

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1990

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1990

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1990

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Tim Geiger, Michael Ploetz und Jens Jost Hofmann

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-071505-7
e-ISBN (PDF) 978-3-11-071555-2
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-071564-4
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Control Number: 2021932446

© 2021 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

www.degruyter.com

Inhalt

Grußwort des Bundesministers des Auswärtigen	VII
Vorwort	IX
Vorbemerkungen zur Edition	XII
Verzeichnisse	
Dokumentenverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	LXXXIV
Abkürzungsverzeichnis.....	XCV
Dokumente	
Band I (Dokumente 1–203).....	3
Band II (Dokumente 204–437).....	845
Register	
Personenregister	1833
Sachregister.....	1917
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Januar 1990	



© Auswärtiges Amt/phototek.net

Grußwort des Bundesministers des Auswärtigen Heiko Maas

Die Verwirklichung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 markiert eine Zäsur, deren Wirkungen weit über die deutsche Geschichte hinausreichen und ohne die die heutige Verankerung unseres Landes in einem geeinten, friedlichen Europa und im multilateralen System undenkbar wäre. An diesem historischen Einschnitt ist nun auch die Edition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ angelangt. Dies bietet die Gelegenheit zurückzublicken – auf 30 Jahre Deutsche Einheit und auf 30 Jahre Editions-geschichte.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre waren die wesentlichen Entscheidungen dafür getroffen worden, nach dem Abschluss der Reihe „Akten zur deutschen Auswärtigen Politik“ (1918–1945) nun auch ausgewählte Dokumente aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes zu den inter- und transnationalen Beziehungen der Bundesrepublik zu veröffentlichen. Zur Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit wurde das renommierte Institut für Zeitgeschichte München–Berlin mit dieser Aufgabe betraut, das zu diesem Zweck eine eigene Editions-Abteilung zur Arbeit im Auswärtigen Amt ins Leben rief.

Am 1. Juni 1990 begannen die Arbeiten an drei Bänden zum Jahr 1963, die Ende 1993 veröffentlicht wurden. Seitdem wird jedes Jahr, stets nach Ablauf der dreißigjährigen Akten-sperrfrist, ein Jahrgang in zwei oder drei Teilbänden mit kommentierten Dokumenten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht – eine Sammlung von mittlerweile über 13.000 erstmals veröffentlichten Dokumenten in 75 Bänden, die sich in den vergangenen 30 Jahren zu einem unverzichtbaren Referenzwerk für alle entwickelt hat, die sich für die Vorgeschichte unserer außenpolitischen Gegenwart interessieren.

Diese stolze Zahl gibt Anlass zu danken, allen voran den Herausgebern, von denen hier stellvertretend die drei Hauptherausgeber genannt werden sollen, die der Edition vorstanden bzw. noch vorstehen: Professor Dr. Dr. h. c. Hans-Peter Schwarz (†), Professor Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller und Professor Dr. Andreas Wirsching – sowie der Wissenschaftlichen Leiterin der Edition, Dr. Ilse Dorothee Pautsch, und ihrem Vorgänger Dr. Rainer A. Blasius. Auch allen anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die mit großem Einsatz an dieser Veröffentlichung mitgewirkt haben, sowie allen weiteren an diesem Werk Beteiligten spreche ich meinen Dank und meine Anerkennung für diese herausragende Leistung aus.

Nicht zuletzt gilt mein herzlicher Dank den Kolleginnen und Kollegen des Politischen Archivs im Auswärtigen Amt, ohne deren tatkräftige Unterstützung diese Arbeit nicht möglich wäre. In diesem Sinne wünsche ich der Edition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ für die Zukunft weiterhin ein gutes Gelingen.



Vorwort

Mit den Jahresbänden 1990 wird zum achtundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht. Zugleich blickt die Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr auf ihr dreißigjähriges Bestehen zurück. Mit großer Dankbarkeit und Freude verweisen wir auf das Geleitwort von Bundesminister Heiko Maas, das diesem Jahrgang der Edition vorangestellt ist.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv und seiner Leiterin Professor Dr. Elke Freifrau von Boeselager. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl (†) und Frau Dr. Maike Kohl-Richter danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke. Erstmals konnte auch der Nachlaß von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher im Politischen Archiv in die Dokumentenauswahl einbezogen werden.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Zum Jahresende 2019 ist Professor Dr. Gregor Schöllgen aus dem Herausgebergremium ausgeschieden, dem er seit 2005 angehörte. Ihm sei für seine jahrelange engagierte Mitarbeit herzlich gedankt. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag De Gruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Tim Geiger, Herr Dr. Michael Ploetz und Herr Dr. Jens Jost Hofmann, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung – zum großen Teil unter den erschwerten Bedingungen der Covid-19-Pandemie – nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Rainer Ostermann durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhner durch Schreibearbeiten sowie Frau Anne Füllenbach, B.A. und Frau Paulina Scholtysik, B.A.

Zur Dokumentenauswahl des Bandes AAPD 1990

Wie schon das Jahr 1989, so bewegt sich auch das Folgejahr, das Jahr der Einheit Deutschlands, in einem Bereich, in dem bereits weit vor Ablauf der üblichen Sperrfristen eine vielfältige Publikationstätigkeit einsetzte. So wurden neben zahlreichen Memoiren der beteiligten Akteure umfangreiche Dokumentensammlungen publiziert.

Aus dem Bereich der Bundesrepublik machte das Bundeskanzleramt den Anfang, das 1995 gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern die Veröffent-

lichung relevanter Dokumente in Auftrag gab. Der 1998 in der Reihe „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ als Sonderedition für die Jahre 1989/90 erschienene Band DEUTSCHE EINHEIT stellte dementsprechend die Rolle von Bundeskanzler Kohl in den Mittelpunkt und blendete andere relevante Akteure wie Bundesminister Genscher und das Auswärtige Amt sowie weitere Ressorts weitgehend aus.

Die 2015 zum 25. Jahrestag durch das Institut für Zeitgeschichte veröffentlichte Edition DIE EINHEIT rückte daher die Aktivitäten des Auswärtigen Amts unter Bundesminister Genscher ins Zentrum und berücksichtigte überdies Aktenbestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA). Aus Platz- und Zeitgründen konnte hier jedoch nur eine begrenzte, wenn auch repräsentative Auswahl berücksichtigt werden.

Zudem wurden mit der 2011 erschienenen, von Andreas Hilger herausgegebenen Edition der Gespräche Genschers mit dem sowjetischen Außenminister Schevardnadse die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90 bereits näher beleuchtet (DIPLOMATIE FÜR DIE EINHEIT). Einblick in die sowjetische Politik dieser Zeit und in deutsch-sowjetische Kontakte liefert überdies die 2011 in deutscher Übersetzung vorgelegte Edition von Dokumenten aus dem Archiv von Generalsekretär Gorbatschow (GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE), ferner die vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung herausgegebene Sammlung interner sowjetischer Analysen (KREML UND WIEDERVEREINIGUNG).

Aus den Außenministerien Großbritanniens (GERMAN UNIFICATION) und Frankreichs (DIPLOMATIE FRANÇAISE) wurden zum 20. Jahrestag der Einheit ebenfalls wichtige Dokumente vorgelegt. Editionen zum Prozess der deutschen Vereinigung gibt es auch für Polen (POLSKA), Österreich (ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE), Ungarn (WENDEZEIT) und natürlich die DDR (LEHMANN, Außenpolitik; COUNTDOWN). Darüber hinaus sei verwiesen auf die Zusammenstellung von Dokumenten aus elf Staaten des von den AAPD mitgetragenen „International Committee of Editors of Diplomatic Documents“ (WHEN THE WALL) sowie auf die einschlägigen Dokumentensammlungen zur Sicherheitspolitik (CARDBOARD CASTLE; ARMEE OHNE ZUKUNFT; DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN MILITÄRGESCHICHTE), insbesondere die vom Washingtoner National Security Archive herausgegebenen amerikanisch-sowjetischen Spitzengespräche (LAST SUPERPOWER SUMMITS). Für die USA sind über die Präsidentenbibliothek von Präsident Bush zahlreiche Spitzengespräche bis auf wenige Ausnahmen online verfügbar.

Der Jahresband 1990 der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ stand daher wie sein Vorgängerband vor der Aufgabe, aus den überaus umfangreich vorhandenen Akten des Auswärtigen Amts eine Auswahl zu treffen, die die zentralen Aspekte der Politik des Jahres angemessen abbildet, ohne bereits bekannte Dokumente erneut abzdrukken. Zu berücksichtigen ist außerdem der Anspruch, auch im Jahr 1990 die gesamte Bandbreite der Bonner Politik abzubilden, was die hier vorliegende Edition von den angesprochenen Publikationen unterscheidet. Auch wenn naturgemäß gerade aus deutscher Perspektive der Einheitsprozeß alle anderen Ereignisse überstrahlt, gab es eine Fülle weiterer Ereignisse, die gebührend berücksichtigt werden sollten. Zu nennen wären hier vor allem die Arbeiten an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Reform- und Transformationsprozesse in Mittel- und Ost-

europa, der Umgang mit der Volksrepublik China nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung, die Friedensprozesse in Mittelamerika und dem südlichen Afrika, außenwirtschaftliche und kulturpolitische Fragen sowie Probleme der internationalen Umwelt-, Asyl- und Migrationspolitik. Im KSZE-Prozeß wurde mit der „Charta von Paris“ die Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa angestrebt, während in Abrüstungs- und Verteidigungsfragen mit dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und dem „Wiener Dokument“ über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) ein wichtiger Durchbruch gelang. Vor allem die durch den Einmarsch des Irak in Kuwait am 2. August 1990 ausgelöste Golfkrise entwickelte eine Dynamik, die in der zweiten Jahreshälfte die internationale Bühne zu dominieren begann.

Daher haben sich Herausgeber, wissenschaftliche Leitung und Bearbeiter entschlossen, auf den Wiederabdruck bereits publizierter Dokumente weitestgehend zu verzichten. Wo immer Gesprächsaufzeichnungen und andere relevante Dokumente bereits veröffentlicht sind oder eine Gegenüberlieferung vorhanden ist, wird an entsprechender Stelle mit einem Kurztitel darauf hingewiesen. Die jeweiligen Publikationen lassen sich durch das Literaturverzeichnis leicht erschließen.

Berlin, den 1. Dezember 2020

Andreas Wirsching

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1990“ (Kurztitel: AAPD 1990) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben dem Grußwort des Bundesministers Heiko Maas das Vorwort des Hauptherausgebers, Vorbemerkungen zur Edition, ein Dokumenten-, Literatur- sowie Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Januar 1990.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1990“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlussachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden, ergänzt durch eine Auswahl von im Bundesarchiv in Koblenz überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen. Erstmals konnte zudem der nach dem Tod von Hans-Dietrich Genscher 2016 dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts übergebene Nachlaß des Bundesministers a. D. systematisch für das Bezugsjahr ausgewertet werden.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die Aktivitäten des Auswärtigen Amts. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen, aber auch im nichtstaatlichen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zum Teil unterlagen sie als Verschlussachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden dem Editionsteam die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlussachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1990 edierten Dokumente übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht als neuer, durch die Arbeit der Editionsgruppe gebildeter Bestand offengelegter vormaliger VS-Dokumente (Bestand B 150). Dabei ist festzustellen, daß sich eine schon in den vorangegangenen Jahren einsetzende Tendenz fortsetzt und verstärkt: Das sich abzeichnende Ende des Kalten

Krieges führte zu einem auffälligen Rückgang der VS-Einstufungen von Dokumenten innerhalb des Auswärtigen Amts.

Nur eine geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 437 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem fett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerem Schriftgrad ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolummentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter oder Leiterin gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ oder „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amtes (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufbereitung mußten gelegentlich ein Durchdruck oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normalem Schriftgrad – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden bis auf wenige Ausnahmen ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in fetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mitsamt dahinterstehender Referatsnummer sowie die jeweilige Archiv-Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen (B 130) sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in der ersten Anmerkung ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, bleiben in der Regel unberücksichtigt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Angesichts der vom Haupterausgeber in seinem Vorwort erörterten Fülle für das Jahr 1990 bereits vorliegender (inter)nationaler Akteneditionen war es zudem unverzichtbar, auf Parallelüberlieferungen in diesen Werken zu verweisen.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung

vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Dokumentationen und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (29.1.2021) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die fett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen und Parteien, sowie Dienstbezeichnungen und sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abbréviationen. Ferner werden Abkürzungen von Firmen und Medien im Sachregister unter den Schlagwörtern „Wirtschaftsunternehmen“ bzw. „Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z.B.“, „d.h.“, „m.E.“, „u.U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Januar 1990 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter bzw. Leiterinnen der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- | | | |
|---|--|-------|
| 1 | 03.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron | S. 3 |
| | Citron konstatiert ein wachsendes sowjetisches Interesse am Konzept einer nuklearen Minimalabschreckung und erörtert Motive und Interessenlagen der politischen, militärischen und zivilen Akteure. | |
| 2 | 03.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oestreich | S. 12 |
| | Oestreich erörtert Auswirkungen des Umbruchs in den mittel- und osteuropäischen Staaten auf den Nord-Süd-Dialog, insbesondere durch die Pluralisierung im östlichen Lager. | |
| 3 | 04.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix | S. 15 |
| | Derix analysiert die Lage in Jugoslawien. Diese sei durch die Wirtschaftskrise des Landes, vor allem aber durch die gegensätzliche Entwicklung der politischen Systeme in den Teilrepubliken, voran Slowenien und Serbien, gekennzeichnet. | |
| 4 | 09.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem japanischen Ministerpräsidenten Kaifu | S. 18 |
| | Im Zentrum des Gesprächs steht die Frage des Umgangs mit der Volksrepublik China nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung. Weitere Themen sind die Lage in Korea, die Beziehungen zwischen Japan und der Bundesrepublik sowie der Kauf von Airbus-Flugzeugen durch japanische Fluggesellschaften. | |
| 5 | 10.01. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Rosengarten und Kudlich | S. 22 |
| | Rosengarten und Kudlich erörtern die künftigen Beziehungen der DDR zu den Europäischen Gemeinschaften. EG-Kommissionspräsident Delors habe dabei die durch die rechtliche Sonderstellung des innerdeutschen Handels begründete Vorzugsbehandlung der DDR bekräftigt. | |
| 6 | 11.01. Gespräch des Staatssekretärs Lautenschlager mit EG-Kommissar Dondelinger | S. 27 |
| | Die Gesprächspartner erörtern, ob die Europäische Kommission trotz fehlender Zuständigkeit im Bereich der Kulturpolitik tätig werden könne bzw. solle. Diese Frage werde sich insbesondere mit Blick auf die mittel- und osteuropäischen Staaten stellen. | |

- 7** 11.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff S. 30
Sudhoff skizziert Gedanken, um den Prozeß der innerdeutschen Annäherung außenpolitisch gegenüber den Vier Mächten abzusichern.
- 8** 12.01. Gesandter Paschke, Washington, an das S. 35
Auswärtige Amt
Paschke legt die amerikanische Politik und Interessenlage zur deutschen Frage dar. Dabei erörtert er die von Präsident Bush und Außenminister Baker formulierten vier Punkte und konstatiert, daß die USA wie keine andere Macht bereit seien, die deutsche Einheit zu unterstützen.
- 9** 15.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 43
rumänischen Ministerpräsidenten Roman in Bukarest
Im Zentrum steht die Lage in Rumänien nach dem Sturz von Präsident Ceauşescu. Erörtert werden Fragen einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Energie, Kultur und Soziales.
- 10** 18.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 47
bulgarischen Staatsratsvorsitzenden Mladenow in Burgas
Die Gesprächspartner behandeln die Lage Bulgariens nach der Neubildung der Regierung. Schwerpunkt des Gesprächs bilden der Umgang mit der Opposition und Fragen der wirtschaftlich-finanziellen Hilfe durch die Bundesregierung.
- 11** 18.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 52
Citron nimmt Stellung zu Befürchtungen im Ausland, ein vereinigtes Deutschland könne Europa wirtschaftlich beherrschen. Er legt dar, warum diese Ängste unbegründet seien.
- 12** 18.01. Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 57
Terfloth schildert den Andrang von ausreisewilligen Angehörigen der deutschen Minderheit in Rumänien. Er bittet um eine Aufstockung des Botschaftspersonals und empfiehlt rasche Maßnahmen, um den Menschen eine Bleibeperspektive zu geben.
- 13** 23.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 60
Dreher
Angesichts der Forderung Ungarns und der Tschechoslowakei nach Abzug der in ihren Ländern stationierten sowjetischen Streitkräfte erörtert Dreher die rechtlichen Grundlagen des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte in den Warschauer-Pakt-Staaten.

- | | | |
|-----------|--|-------|
| 14 | 25.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek | S. 64 |
| | Jelonek berichtet über die COCOM-Konsultationen mit den USA. Im Zentrum habe eine Überprüfung der COCOM-Liste gestanden. | |
| 15 | 25.01. Botschafter Graf von Brühl, Wien, an das Auswärtige Amt | S. 66 |
| | Brühl resümiert das Gespräch des Bundesministers Genschers mit dem österreichischen Außenminister Mock. Im Mittelpunkt standen der österreichische EG-Beitrittsantrag, die Lage in Österreich bzw. der DDR und die deutsche Einheit. | |
| 16 | 25.01. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt | S. 69 |
| | Pfeffer wertet die Rede des Bundeskanzlers Kohl in Paris als einen Wendepunkt für die zuvor teils skeptische Haltung in Frankreich zur deutschen Einheit. Besonderes Gewicht sei dabei der Stellungnahme des EG-Kommissionspräsidenten Delors zugekommen. | |
| 17 | 26.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel | S. 72 |
| | Scheel empfiehlt, die nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 eingeschränkten bilateralen Beziehungen zur Volksrepublik China zu normalisieren. | |
| 18 | 29.01. Kapitän zur See Clausen, Paris, an das Auswärtige Amt | S. 79 |
| | Clausen berichtet über die ab 1992 geplante Einführung des nuklearen Kurzstreckensystems „Hades“ bei den französischen Streitkräften. | |
| 19 | 30.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem mexikanischen Präsidenten Salinas de Gortari | S. 81 |
| | Themen sind die bilateralen Beziehungen, besonders ein Ausbau der Kulturbeziehungen, und die wirtschaftliche Entwicklung Mexikos, der Bundesrepublik, der UdSSR und der mittel- und osteuropäischen Staaten. | |
| 20 | 30.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vollers | S. 86 |
| | Vollers zieht eine Zwischenbilanz über die Beteiligung der Bundesrepublik an der VN-Beobachtergruppe für Zentralamerika (ONUCA). Insbesondere das bereitgestellte medizinische Personal und das Verbindungsflugzeug für das ONUCA-Kommando seien ein Erfolg. | |
| 21 | 31.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach | S. 88 |
| | Lambach analysiert das Gespräch des DDR-Ministerpräsidenten Modrow mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorba- | |

- tschow, sowie deren Presseerklärungen mit Blick auf ihre Position zur deutschen Einheit.
- 22** 01.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dienstbier in Nürnberg S. 91
- Themen sind die Eröffnung neuer Grenzübergänge zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik, Sichtvermerks-, Asyl- und Wirtschaftsfragen sowie die Gemeinsame Historikerkommission.
- 23** 02.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem designierten brasilianischen Präsidenten Collor de Mello S. 94
- Die Gesprächspartner erörtern die wirtschaftliche und politische Entwicklung Brasiliens, einen Besuch des Bundeskanzlers Kohl sowie Fragen des Umweltschutzes.
- 24** 02.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 98
- Lambach analysiert den Stufenplan „Für Deutschland, einig Vaterland“ des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow.
- 25** 03.02. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, an das Auswärtige Amt S. 104
- Richthofen gibt einen Überblick über die Haltung Großbritanniens zur deutschen Einheit.
- 26** 06.02. Aufzeichnung des Referats 411 S. 108
- Dargestellt werden die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere zur DDR und zur UdSSR.
- 27** 06.02. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 115
- Blech wertet Äußerungen der sowjetischen Führung zu einer möglichen NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands aus.
- 28** 08.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 120
- Bettzuege faßt Verlauf und Ergebnisse des Besuchs des polnischen Außenministers Skubiszewski zusammen, der insbesondere die bilateralen Beziehungen, die deutsche Einheit und den KSZE-Prozeß behandelt habe.
- 29** 08.02. Rundschreiben des Botschafters Reichenbaum S. 122
- Reichenbaum stellt den Anteil der Bundesrepublik an der EG- bzw. an der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit dar, der stärker in der Öffentlichkeit akzentuiert werden solle.

-
- | | | |
|-----------|---|--------|
| 30 | 09.02. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Kastrup und Jelonek | S. 127 |
| | Kastrup und Jelonek wägen Vor- und Nachteile des amerikanischen Vorschlags für einen Ausbau der Beziehungen zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften ab. | |
| 31 | 09.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten | S. 134 |
| | Rosengarten skizziert Inhalt, Genese und Bedeutung des deutsch-sowjetischen Ressortabkommens zur Lieferung von Nahrungsmitteln in die UdSSR. | |
| 32 | 09.02. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt | S. 136 |
| | Ploetz erörtert bündnispolitische Aspekte der deutschen Einheit, insbesondere die Einbeziehung der Allianz-Partner und eine mögliche Ausgestaltung der künftigen NATO-Mitgliedschaft Deutschlands. | |
| 33 | 09.02. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 139 |
| | Ruhfus resümiert Überlegungen des amerikanischen Außenministeriums für eine die Vier Mächte und die beiden deutschen Staaten umfassende „4+2“-Formel zur Lösung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit. | |
| 34 | 12.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder | S. 142 |
| | Schönfelder übermittelt eine Sprachregelung zur deutsch-deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion, durch die das Engagement der Bundesrepublik für die EG-Integration nicht geschmälert werden sollte. | |
| 35 | 12.02. Botschafter Stabreit, z. Z. Kapstadt, an das Auswärtige Amt | S. 144 |
| | Stabreit schildert Eindrücke von der ersten öffentlichen Rede des stellvertretenden ANC-Vorsitzenden Mandela und dessen Pressekonferenz am Tag nach seiner Freilassung. | |
| 36 | 12.02. Ministerialdirektor Kastrump, z. Z. Ottawa, an das Auswärtige Amt | S. 147 |
| | Kastrup resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker, bei dem sich beide auf eine 2+4-Formel zur Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit einigten. | |

- 37** 13.02. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Ersten Stellvertretenden Außenminister der DDR, Krolikowski S. 149
Die Gesprächspartner betonen die Notwendigkeit, die deutsche Einheit im europäischen Gesamtkontext zu gestalten. Schwerpunkte sind die Beziehungen zur UdSSR und zu Polen sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- 38** 13.02. Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem Abteilungsleiter im libyschen Außenministerium, Ferjani S. 154
Gesprächsthema sind die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Kontroverse um die libysche Chemiefabrik in Rabta.
- 39** 14.02. Sitzung der Arbeitsgruppe „Außen- und Sicherheitspolitik“ des Kabinettausschusses „Deutsche Einheit“ S. 157
Im Zentrum der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik des Kabinettausschusses „Deutsche Einheit“ stehen die Diskussionen über den Zusammenhang von deutscher Einheit und NATO-Mitgliedschaft, aber auch verfassungsrechtliche Fragen der Wiedervereinigung.
- 40** 14.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck S. 163
Höynck bilanziert das Delegationsgespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow. Themen waren der Wunsch der DDR nach ungebundenen Finanzkrediten und Respektierung der Eigenständigkeit ihres Staates sowie eine Währungs- und Wirtschaftsunion.
- 41** 14.02. Aufzeichnung des Referats 424 S. 166
Dargelegt werden die rechtlichen Grundlagen und politischen Grundsätze der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik.
- 42** 14.02. Botschafter Behrends, Ottawa, an das Auswärtige Amt S. 169
Behrends berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Mulroney zu Fragen der deutschen Einheit.
- 43** 15.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Arens S. 172
Arens informiert über Gespräche zwischen der DDR und Israel in Kopenhagen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Weitere Themen sind Maßnahmen der EG-Kommission gegen Israel und die Entwicklung in der UdSSR.

-
- 44** 15.02. Gespräch des Staatsministers Schäfer mit den Botschaftern von Katar, Irak, Syrien, Marokko und der Arabischen Liga S. 175
- Im Zentrum des Gesprächs steht die Kritik der arabischen Staaten an der Entscheidung der Bundesregierung, U-Boote an Israel zu liefern.
- 45** 15.02. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 178
- Trumpf gibt einen Überblick über den Regelungs- und Anpassungsbedarf EG-rechtlicher Bestimmungen für den Fall einer deutschen Einheit.
- 46** 19.02. Botschafter Ruth, Rom, an das Auswärtige Amt S. 188
- Ruth berichtet über das Gipfeltreffen der der Europäischen Volkspartei angehörenden Partei- und Regierungschefs in Pisa. Dabei habe sich der italienische Ministerpräsident Andreotti öffentlich für die deutsche Einheit ausgesprochen.
- 47** 19.02. Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Bundesminister Genscher S. 190
- Kohl besteht auf einer vollständigen Einbeziehung und Unterrichtung des Bundeskanzleramts in alle Fragen, die mit dem 2+4-Prozeß zusammenhängen.
- 48** 20.02. Botschafter Bräutigam, VN (New York), an das Auswärtige Amt S. 191
- Angesichts der Zunahme von VN-Friedensmissionen reflektiert Bräutigam Entwicklungen und Potentiale der friedenssichernden Funktion der Vereinten Nationen und einer stärkeren Teilnahme der Bundesrepublik.
- 49** 21.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vollers S. 193
- Vollers unterrichtet über die bei einer Konferenz der fünf Ständigen VN-Sicherheitsratsmitglieder in Paris ins Auge gefaßte stärkere Einbeziehung der Vereinten Nationen in die Lösung des Kambodscha-Konflikts. Dabei werde eine stärkere Beteiligung der Bundesrepublik gewünscht.
- 50** 21.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel S. 197
- Scheel empfiehlt, das japanische Interesse an einer Intensivierung des Dialogs mit der Bundesrepublik und den Europäischen Gemeinschaften aufzugreifen.

- 51** 23.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hennig S. 201
Hennig resümiert Verlauf und Ergebnisse des Seminars über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte in Europa vom 16. Januar bis 5. Februar, das im Rahmen der VSBM-Verhandlungen in Wien stattfand.
- 52** 25.02. Botschafter Ruhfus, Washington, an das S. 207
Auswärtige Amt
Nach den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Camp David berichtet der Botschafter über die Pressekonferenz, bei der nach der polnischen Westgrenze, der 2+4-Formel und der Zukunft der NATO gefragt worden sei.
- 53** 27.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 210
niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers und
Außenminister van den Broek in Den Haag
Die deutsche Einheit steht im Zentrum des Gesprächs, insbesondere die Einbeziehung der nicht am 2+4-Prozeß beteiligten Nachbarstaaten und die Frage der künftigen Bündniszugehörigkeit Deutschlands.
- 54** 28.02. Vierer-Direktorengespräch in London S. 218
Themen sind organisatorische Fragen der 2+4-Gespräche auf Beamten- wie Ministerebene, ferner Fragen im Zusammenhang mit der NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands, der polnischen Westgrenze, eines Friedensvertrags bzw. einer vergleichbaren abschließenden völkerrechtlichen Regelung sowie Berlin-Fragen im Zusammenhang mit dem rechtlichen Status der Stadt.
- 55** 28.02. Botschafter von Pachelbel-Gehag, Kopenhagen, an das S. 229
Auswärtige Amt
Pachelbel-Gehag konstatiert ein großes Interesse Dänemarks an der deutschen Einheit und empfiehlt, Ängsten vor wirtschaftlicher Dominanz Deutschlands durch Konsultationen und konsequente europäische Integration entgegenzutreten.
- 56** 01.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 233
Dreher
Dreher setzt sich mit der Frage auseinander, welcher sicherheitspolitische Status für ein vereinigtes Deutschland in der NATO anzustreben sei.
- 57** 01.03. Botschafter Ruhfus, Washington, an das S. 241
Auswärtige Amt
Ruhfus skizziert die Diskussion in den USA zur Westgrenze Polens.

- | | | |
|-----------|--|--------|
| 58 | 02.03. Aufzeichnung des Referats 310 | S. 245 |
| | Informiert wird über die Sitzung des Arbeitsstabs Libanon, bei der die Kontakte zum Umfeld der Entführer der beiden Deutschen Strübig und Kempfner analysiert wurden. | |
| 59 | 02.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder an die Botschaft in Rom | S. 251 |
| | Schönfelder erläutert, warum Deutsch Arbeits- und Vertragssprache der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung werden sollte. | |
| 60 | 05.03. Aufzeichnung des Bundesministers Genscher | S. 252 |
| | Genscher vermerkt, im Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzler Kohl habe er die Spannungen in der Koalition erörtert. Themen waren ein Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz, die Frage der NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands, die Frage der polnischen Westgrenze sowie Genschers Nichtbeteiligung bei Kohls Besuch in den USA. | |
| 61 | 05.03. Ministerialdirektor Kastrup an die Botschaften in London, Paris und Washington | S. 258 |
| | Kastrup unterrichtet über sein Gespräch mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Adamischin in Genf. Thema war das Verhältnis eines vereinigten Deutschlands zur NATO. | |
| 62 | 06.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seibert | S. 260 |
| | Seibert bewertet die erste Phase der Open-Skies-Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt. Er geht dabei besonders auf die Verhandlungsführung der UdSSR ein. | |
| 63 | 07.03. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Kobler | S. 263 |
| | Kobler berichtet über seinen Einsatz bei der Wahlbeobachtungsmission der Vereinten Nationen in Nicaragua (ONUVEN), das Ergebnis der dortigen Wahlen sowie den deutschen Beitrag zur VN-Beobachtergruppe in Zentralamerika (ONUCA). | |
| 64 | 07.03. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt | S. 266 |
| | Blech nimmt den Besuch des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, in der UdSSR zum Anlaß, um Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zur Frage einer NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands zu analysieren. | |
| 65 | 07.03. Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher | S. 270 |
| | Kohl nimmt Stellung zu Ausführungen der Staatsministerin Adam-Schwaetzer über eine Anpassung der EG-Verträge nach | |

- einer Vereinigung Deutschlands gemäß Artikel 23 oder 146 Grundgesetz.
- 66** 08.03. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 271
Ploetz berichtet über die Unterrichtung des Ständigen Rats der NATO durch Bundeskanzler Kohl zur Entwicklung des deutschen Einigungsprozesses.
- 67** 12.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd S. 277
Erörtert werden der deutsche Einigungsprozeß, insbesondere die Beteiligung Polens und die Auswirkungen auf die Europäischen Gemeinschaften, ferner die Unabhängigkeitsbestrebungen in Litauen, die KSZE und die Beziehungen zum Irak.
- 68** 12.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Stüdemann S. 280
Stüdemann stellt Überlegungen an, mit welchen Entwicklungen nach der Erklärung der Unabhängigkeit Litauens von der UdSSR zu rechnen sei.
- 69** 13.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris S. 285
Genscher und Dumas erörtern die Frage der polnischen Westgrenze im Zusammenhang mit dem deutschen Einigungsprozeß.
- 70** 14.03. Gespräch des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris S. 287
Lafontaine schildert Dumas seine Haltung zum deutschen Einigungsprozeß.
- 71** 14.03. Botschafter Pabsch, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 291
Pabsch gibt das Gespräch des ehemaligen Bundespräsidenten Scheel mit dem chilenischen Präsidenten Aylwin anlässlich von dessen Amtseinführung wieder. Themen waren die Rückkehr Chiles zur Demokratie, die bilateralen Beziehungen und die „Colonia Dignidad“.
- 72** 15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 294
Jelonek bewertet den Entwurf eines Abkommens zur Umwandlung des Polen 1975 von der Bundesrepublik gewährten ungebundenen Finanzkredits („Jumbo-Kredit“). Im Mittelpunkt steht dabei die Errichtung einer Stiftung polnischen Rechts in Warschau.

-
- 73** 16.03. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 296
Mit Blick auf die bevorstehenden deutsch-französischen Konsultationen entwirft Pfeffer ein Stimmungsbild Frankreichs hinsichtlich der deutschen Einigung. Er empfiehlt, diese mit Initiativen im Bereich der Europapolitik zu flankieren.
- 74** 19.03. Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Staatsminister im polnischen Präsidialamt, Czyrek S. 301
Die Gesprächspartner erörtern den geplanten Besuch Weizsäckers in Polen und die Frage der polnischen Westgrenze im Zusammenhang des deutschen Einigungsprozesses.
- 75** 20.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seibert S. 305
Seibert legt dar, wie die Entdeckung, daß die Nationale Volksarmee der DDR im Besitz von SS-23-Raketen sei, im Hinblick auf den INF-Vertrag von 1987 zu bewerten ist.
- 76** 21.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Eitel S. 308
Angesichts der sich abzeichnenden Vereinigung Deutschlands bilanziert Eitel die von beiden deutschen Staaten bereits erbrachten Reparationsleistungen und geht auf die rechtlichen Grundlagen weiterer Forderungen ein.
- 77** 21.03. Ministerialdirigent Sulimma, z. Z. Windhuk, an das Auswärtige Amt S. 324
Sulimma resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem namibischen Präsidenten Nujoma anlässlich der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Windhuk. Dabei kamen die Beseitigung der Kriegsfolgen und die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Sprache.
- 78** 22.03. Ministerialdirigent Sulimma, z. Z. Windhuk, an das Auswärtige Amt S. 326
Sulimma informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden ANC-Vorsitzenden, Mandela, in Windhuk. Gegenstand war die Überwindung der Apartheid in Südafrika.
- 79** 23.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Lissabon S. 329
Genscher und Dumas erörtern die Volkskammerwahl in der DDR, das Gespräch Genschers mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Windhuk, die KSZE und die europäische Wirtschafts- und Währungsunion.

- 80** 23.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 330
 Kuhna
 Kuhna unterrichtet über die deutsch-spanischen Regierungskonsultationen in Konstanz. Unter Leitung von Bundeskanzler Kohl und des spanischen Ministerpräsidenten González wurden der deutsche Einigungsprozeß und dessen Auswirkungen auf die Europäischen Gemeinschaften erörtert.
- 81** 23.03. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das S. 333
 Auswärtige Amt
 Trumpf resümiert die Gespräche des Bundeskanzlers mit EG-Kommissionspräsident Delors und der EG-Kommission in Brüssel. Kohl erläuterte dabei die Einbettung der deutschen Einigung in den europäischen Integrationsprozeß.
- 82** 26.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 336
 portugiesischen Außenminister Pinheiro in Lissabon
 Themen sind die Regierungsbildung in der DDR, der deutsche Einigungsprozeß, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, die KSZE, der europäische Integrationsprozeß, die Beziehungen zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften und die weitere Nutzung des Stützpunkts Beja durch die Luftwaffe.
- 83** 26.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 341
 von Jagow
 Jagow informiert über die außerordentliche Tagung des Ministerkomitees des Europarats in Lissabon. Im Mittelpunkt stand die Rolle des Europarats angesichts der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa.
- 84** 27.03. Ressortbesprechung zu Stand und Perspektiven der S. 345
 Beziehungen zur Volksrepublik China
 Die zuständigen Ressorts erörtern, wie die bilateralen Beziehungen nach der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im Juni 1989 fortgeführt werden sollten.
- 85** 27.03. Aufzeichnung des Bundesministers Genscher S. 351
 Genscher notiert Informationen des tschechoslowakischen Außenministers Dienstbier über die Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten in Prag.
- 86** 27.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller S. 352
 Zeller notiert die Ergebnisse seiner Reise nach Australien und Neuseeland. Er nimmt Stellung zur Lage in der Region und gibt Hinweise zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sowie zur Rolle der Europäischen Gemeinschaften.

-
- 87** 28.03. Gesandter Heyken, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 363
Heyken analysiert die Veränderungen im politischen System der UdSSR. Neben der Einführung einer Präsidialverfassung und eines Mehrparteiensystems stünden die Unabhängigkeitserklärung Litauens und die zukünftige Stellung Rußlands auf der Tagesordnung.
- 88** 02.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck S. 370
Höynck diskutiert auf Basis der Rechtslage den Unterschied zwischen Reparationsleistungen und Leistungen zur Wiedergutmachung und Entschädigung. Mit Blick auf die polnischen Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus spricht er sich für eine Entschädigung durch die Bundesrepublik aus.
- 89** 02.04. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, an das Auswärtige Amt S. 372
Richthofen informiert über den Verlauf und die Ergebnisse der deutsch-britischen Konsultationen in London. Im Zentrum der Gespräche standen der deutsche Einigungsprozeß und Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.
- 90** 04.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten S. 380
Rosengarten gibt einen Überblick über die Entwicklungen der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT, wobei er insbesondere auf die Gegensätze zwischen Industrie- und Entwicklungsländern eingeht.
- 91** 04.04. Botschafter Ganns, Windhuk, an das Auswärtige Amt S. 384
Ganns berichtet über das Ende der Tätigkeit der VN-Mission UNTAG in Namibia und bewertet deren Arbeit bei der Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit.
- 92** 05.04. Gespräch des Botschafters Eiff mit dem Vorsitzenden der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ), Tudjman, in Zagreb S. 389
Gesprächsthemen sind die innenpolitischen Entwicklungen in Jugoslawien vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen in Kroatien und Slowenien. Dabei erläutert Tudjman seine Ideen zur Reform des politischen Systems Jugoslawiens.
- 93** 05.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler S. 392
Butler informiert über den Stand der Verhandlungen für ein weltweites Verbot chemischer Waffen im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD).

- 94** 05.04. Bundeskanzler Kohl an den polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki S. 398
 Kohl erläutert die Position der Bundesregierung zur Frage der Umschuldung Polens im bi- und multilateralen Rahmen sowie zur wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit.
- 95** 06.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schiff S. 401
 Schiff informiert über das Gespräch des US-Sonderbotschafters für Drogenfragen, Kilday, mit Ministerialdirigent Schilling. Thema war die Schaffung eines Konsultationsmechanismus zur Bekämpfung der weltweiten Drogenkriminalität.
- 96** 09.04. Gespräche des Ministerialdirektors Kastrop mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Adamischin und dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, in Moskau S. 404
 Gesprächsthemen sind die inneren und äußeren Aspekte des deutschen Einigungsprozesses, insbesondere die Währungs- und Wirtschaftsunion, die Regierungsbildung in der DDR, die 2+4-Gespräche sowie die Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands.
- 97** 09.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Göckel S. 419
 Göckel notiert den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KWZE) im Rahmen der KSZE.
- 98** 10.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 422
 Schönfelder informiert über den Abschluß der Verhandlungen zur Gründung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.
- 99** 11.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlüter S. 424
 Schlüter resümiert eine Hausbesprechung zur Frage, ob die Bundesregierung gegen den Irak Sanktionen verhängen solle. Dies habe die amerikanische Regierung gefordert, nachdem irakische Staatsangehörige versucht haben sollen, Atombombenzünder in den Irak zu schmuggeln.
- 100** 11.04. Botschafter Stabreit, z.Z. Kapstadt, an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt S. 427
 Stabreit teilt mit, daß sein Antrag auf Dienstreise nach Bonn zum Südafrika-Symposium der DGAP genehmigt worden sei. In diesem Zusammenhang bittet er das Bundeskanzleramt um seine Beteiligung beim Besuch des südafrikanischen Präsidenten de Klerk in Bonn.

-
- | | | |
|------------|---|--------|
| 101 | 12.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse
Derix | S. 429 |
| | Auf der Basis von Medienberichten informiert Derix über die Zustände in rumänischen Kinderheimen und Waisenhäusern. Er stellt die diesbezüglichen Hilfsmaßnahmen internationaler Organisationen und mögliche Schritte des Auswärtigen Amts dar. | |
| 102 | 12.04. Aufzeichnung des Legationssekretärs Timmermann | S. 432 |
| | Timmermann berichtet über die Ergebnisse des Gesprächs des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem Wirtschaftsberater der gewählten nicaraguanischen Präsidentin Chamorro, Mayorga. Erörtert werden die innenpolitische Situation in Nicaragua, die schnelle Bewilligung von Hilfgeldern und die Wiederaufnahme der Finanziellen Zusammenarbeit. | |
| 103 | 17.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gröning | S. 435 |
| | Gröning informiert über die von der UdSSR zu tragenden Mehrkosten für ihre in der DDR stationierten Streitkräfte bei Inkrafttreten der deutsch-deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Er erörtert Möglichkeiten einer finanziellen Ausgleichsregelung zugunsten der UdSSR. | |
| 104 | 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup | S. 441 |
| | Kastrup legt ein Konzept zur neuen Rolle der KSZE vor, das bei der KSZE-Gipfelkonferenz verwirklicht werden soll, um eine neue gesamteuropäische Friedensordnung zu erreichen. | |
| 105 | 19.04. Botschafter Ruhfus, Washington, an das
Auswärtige Amt | S. 447 |
| | Ruhfus berichtet über eine Konferenz zum Klimawandel, zu der der amerikanische Präsident Bush 18 Staaten nach Washington eingeladen habe. | |
| 106 | 23.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Vorwerk | S. 450 |
| | Vorwerk vermerkt die Ergebnisse deutsch-amerikanischer Konsultationen zur libyschen Chemieanlage in Rabta und der damit verbundenen Frage der Herstellung chemischer Waffen durch Libyen. | |
| 107 | 24.04. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse
Sommer | S. 453 |
| | Sommer diskutiert rechtliche, organisatorische und finanzielle Fragen im Zusammenhang mit der Gründung eines deutsch-französischen Fernsehkulturkanals (Arte), wobei er besonders auf Aspekte des Bund-Länder-Verhältnisses rekurriert. | |

- 108** 25.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 455
französischen Außenminister Dumas in Paris
Erörtert werden der Stand des deutschen Einigungsprozesses, die Sondertagung des Europäischen Rats in Dublin, die KSZE-Gipfelkonferenz, der deutsch-französische Fernsehkanal (Arte), der Übertragungsstandard für hochauflösendes Fernsehen (HDTV) und die Ausgestaltung des EG-Außenhandelsregimes für Kraftfahrzeuge nach Vollendung des Binnenmarktes.
- 109** 25.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Garbe S. 459
Garbe informiert über den bevorstehenden Arbeitsbesuch des südafrikanischen Präsidenten de Klerk und bezieht Stellung zur Frage der protokollarischen Wahrnehmung de Klerks durch den Bundespräsidenten.
- 110** 25.04. Aufzeichnung des Referats 402 S. 462
Dargelegt werden die Bedeutung des Rohstoffs Kaffee für den Außenhandel der Entwicklungsländer und die Regulierung des Preises sowie der nationalen Absatzmengen im internationalen Handelsverkehr durch den Abschluß internationaler Kaffee-Übereinkommen.
- 111** 26.04. Sitzung des deutsch-französischen Rats für S. 465
Verteidigung und Sicherheit in Paris
Themen sind die 2+4-Gespräche, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Stationierung französischer Truppen nach der deutschen Einheit, die Rolle der NATO und die Frage des Zeitpunkts eines NATO-Gipfels, die deutsch-französische Initiative für eine Europäische Politische Union, Fragen der Rüstungszusammenarbeit sowie die KSZE-Gipfelkonferenz.
- 112** 26.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 471
Rosengarten
Rosengarten informiert über die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zur UdSSR bzw. zum RGW. Er geht insbesondere auf die nach Inkrafttreten der deutsch-deutschen Währungs- und Wirtschafts- und Sozialunion fortbestehenden Liefer- und Bezugsverpflichtungen der DDR gegenüber der UdSSR ein.
- 113** 26.04. Gesandter Heinichen, Paris, an das Auswärtige Amt S. 476
Heinichen übermittelt das gemeinsame Schreiben des Bundeskanzlers Kohl und des französischen Präsidenten Mitterrand an den Präsidenten des Obersten Rats Litauens, Landsbergis, zur Unabhängigkeitserklärung seines Landes.
- 114** 26.04. Bundeskanzlers Kohl an den Präsidenten von B'nai S. 478
B'rith International, Reich
Kohl begrüßt die Haltung von B'nai B'rith International zum deutschen Einigungsprozeß. Er geht auf das zwischen der Kon-

- rad-Adenauer-Stiftung und B'nai B'rith International geschaffene Austauschprogramm ein und legt die Haltung der Bundesregierung zum Minderheitenschutz und zu den Beziehungen mit Israel dar.
- 115** 30.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Karpow S. 481
- Themen sind eine atomwaffenfreie Zone im Ostseeraum, der deutsche Einigungsprozeß, die Unabhängigkeitserklärung Litauens, die KSE-Verhandlungen in Wien, die KSZE-Gipfelkonferenz sowie die künftige Zusammenarbeit zwischen einem vereinten Deutschland und der UdSSR.
- 116** 30.04. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 487
- Bettzuege berichtet über das erste Arbeitstreffen zwischen Bundesminister Genscher und dem Außenminister der DDR, Meckel. Themen waren die deutsche Einigung und der KSZE-Prozeß, die KSZE-Gipfelkonferenz sowie die Gründung einer Gemeinsamen Kommission von Auswärtigem Amt und DDR-Außenministerium.
- 117** 30.04. Botschafter Graf von der Schulenburg, Athen, an das Auswärtige Amt S. 489
- Schulenburg informiert über eine Regierungserklärung des griechischen Ministerpräsidenten Mitsotakis, in der dieser angekündigt habe, die Reparationsfrage mit einem vereinten Deutschland wieder aufnehmen zu wollen.
- 118** 30.04. Botschafter Eickhoff, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 491
- Eickhoff berichtet über sein Gespräch mit dem Staatssekretär im türkischen Außenministerium, Özçeri, zu den bilateralen Beziehungen vor dem Hintergrund der Forderung nach Abberufung türkischer Konsulatsangehöriger wegen Geheimdiensttätigkeiten in der Bundesrepublik.
- 119** 30.04. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 496
- Trumpf berichtet über die Tagung des Europäischen Rats in Dublin (Dublin I). Im Zentrum standen der deutsche Einigungsprozeß, die Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands, die Beziehungen zur EFTA und zu den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie die deutsch-französische Initiative für eine Europäische Politische Union.
- 120** 02.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Präsidenten Jaruzelski in Warschau S. 501
- Themen sind der Staatsbesuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker in Polen, die Frage der polnischen Westgrenze sowie die KSZE.

- 121** 03.05. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 504
 Blech übermittelt Informationen des Botschafters der DDR, König, über die Gespräche, die der Ministerpräsident der DDR, de Maizière, mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow und mit Ministerpräsident Ryschkow bzw. der Außenminister der DDR, Meckel, mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse in Moskau geführt haben. Erörtert wurden die deutsche Einheit und damit zusammenhängende Wirtschafts- und Währungsfragen.
- 122** 03.05. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das S. 509
 Auswärtige Amt
 Ploetz berichtet über die außerordentliche NATO-Ministerrats- tagung in Brüssel. Themen waren die zukünftige Entwicklung von NATO und KSZE sowie die deutsche Frage, insbesondere der 2+4-Prozeß.
- 123** 04.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 519
 Mit Blick auf bevorstehende deutsch-französische Gespräche entwickelt Jelonek Vorschläge für Vertragsänderungen, die zur Verwirklichung einer Europäischen Politischen Union notwendig seien.
- 124** 04.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 525
 Trautwein informiert über den Inhalt der von der Bundesregie- rung und der Regierung der DDR zu beschließenden Wirt- schafts-, Währungs- und Sozialunion.
- 125** 05.05. Erstes 2+4-Ministertreffen in Bonn S. 533
 Themen sind der Verhandlungsgegenstand, Ort und Zeitpunkt der künftigen 2+4-Treffen, ferner die Frage der Einbeziehung Polens in den Prozeß und die Klärung der polnischen Grenz- frage.
- 126** 07.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 542
 Oestreich
 Oestreich gibt einen Überblick zur VN-Sondergeneralversamm- lung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in New York.
- 127** 07.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 544
 Bettzuege
 Bettzuege würdigt den Besuch des Bundespräsidenten in Polen. Freiherr von Weizsäcker habe Fragen des bilateralen Verhältni- ses erörtert und zu einer atmosphärischen Verbesserung der Beziehungen beigetragen.

-
- 128** 08.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem griechischen Außenminister Samaras S. 547
- Themen sind Griechenlands wirtschaftliche Lage und seine Beziehungen zu den NATO-Mitgliedstaaten, ferner Zypern, die deutsche Einigung und das deutsch-sowjetische Verhältnis.
- 129** 08.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup S. 550
- Kastrup entwickelt Vorschläge, wie die EPZ und eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik für eine angestrebte Europäische Politische Union weiterzuentwickeln seien.
- 130** 08.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Mattes S. 555
- Mattes unterrichtet über das von der Ad-hoc-Gruppe Einwanderung der Innen- und Justizminister der EG-Mitgliedstaaten erarbeitete Übereinkommen betreffend Zuständigkeitsfragen bei Asylverfahren. Dazu legte er den Entwurf eines Schreibens an den Bundesminister des Innern, Schäuble, vor.
- 131** 10.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem vietnamesischen Außenminister Nguyen S. 561
- Die Gesprächspartner erörtern die wirtschaftliche und politische Entwicklung Vietnams, Kambodschas, der Volksrepublik China, der UdSSR sowie der mittel- und osteuropäischen Staaten. Nguyen plädiert für eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen.
- 132** 10.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten S. 566
- Rosengarten resümiert das Gespräch des Staatssekretärs Lautenschlager mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Obminskij, das die außenwirtschaftlichen und finanziellen Folgen der deutschen Einigung für die UdSSR behandelte.
- 133** 10.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hillgenberg S. 572
- Hillgenberg hält die Ergebnisse eines westlichen Vierertreffens der Rechtsexperten fest, bei dem Form, Inhalt und Zeitpunkt einer abschließenden völkerrechtlichen Regelung für die deutsche Einheit, eine Ablösung der Vier-Mächte-Rechte, Grenz- und Berlin-Fragen sowie die Fortgeltung völkerrechtlicher Verträge der DDR erörtert wurden.
- 134** 11.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit der litauischen Ministerpräsidentin Prunskiene S. 577
- Im Zentrum steht die Lage in Litauen, aber auch den beiden anderen baltischen Republiken. Genscher empfiehlt den Dialog mit der Zentralgewalt in Moskau. Insbesondere solle die Anwendung der Unabhängigkeitserklärung Litauens ausgesetzt werden.

- 135** 11.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 582
 Dreher
 Dreher resümiert die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Kananaskis. Im Zentrum standen die Auswirkung des Wandels in Mittel- und Osteuropa auf die Nuklearstrategie und das Nukleararsenal der Allianz.
- 136** 14.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 587
 Weber-Lortsch
 Weber-Lortsch faßt die Sondierungsgespräche zusammen, die von Angehörigen des Auswärtigen Amts mit der neuen Leitung des Außenministeriums der DDR am 11. Mai in Ost-Berlin geführt wurden. Zugleich informiert er über die geplante Neuorganisation des MfAA.
- 137** 14.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 590
 Elias
 Elias schildert Erfahrungen und Eindrücke seiner Dienstreise nach Afghanistan. Angesichts des Bürgerkriegs und der unverändert instabilen Lage spricht er sich gegen die Wiedereröffnung der Botschaft in Kabul aus.
- 138** 14.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 595
 Jelonek resümiert, bei der Tagung des deutsch-britischen Regierungsausschusses in Frankfurt am Main habe Bundesbankpräsident Pöhl für eine unabhängige Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der amerikanischen Federal Reserve geworben.
- 139** 14.05. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl S. 597
 Nach dem Verlust der Bundesratsmehrheit nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen versichert Bundesminister Genscher Bundeskanzler Kohl weitere Bereitschaft zu enger Zusammenarbeit.
- 140** 16.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit S. 597
 Bundesminister Warnke
 Beide Bundesminister stimmen sich hinsichtlich der geplanten Mittelkürzungen bzw. der Aufgabenstellungen für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit ab, insbesondere hinsichtlich Äthiopiens, einer Fortführung von Entwicklungsprojekten der DDR und von Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa.
- 141** 16.05. Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt S. 601
 Pfeffer übermittelt amerikanische Informationen zu einem Gespräch zwischen dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und dem amerikanischen Vizepräsidenten Quayle. Dabei seien die deutsche Einigung und die künftige Entwicklung der NATO sowie der UdSSR besprochen worden.

-
- 142** 18.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 605
Citron unterrichtet über das gemeinsame deutsch-sowjetische Kolloquium der Planungsstäbe beider Außenministerien zu „Europäischen Umweltstrategien“.
- 143** 18.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 611
Seibert
Seibert informiert über den Stand der Verschrottung der deutschen Pershing Ia-Systeme, die in den USA durchgeführt werden solle, um den in der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 gesetzten Zeitplan einzuhalten.
- 144** 18.05. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 613
Blech stellt die Haltung der Führung der UdSSR zur Litauen-Frage bzw. zum Baltikum dar und gibt Empfehlungen, wie sich die Bundesregierung positionieren sollte.
- 145** 19.05. Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im S. 616
Rahmen der EPZ in Parknasilla
Im Zentrum des Gesprächs beim Mittagessen stehen die Lage in der UdSSR, insbesondere der Konflikt im Baltikum und die wirtschaftliche Situation, sowie die deutsche Einigung.
- 146** 21.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 624
südafrikanischen Präsidenten de Klerk
Erörtert werden die innenpolitische Entwicklung in Südafrika und dessen Beziehungen zu den Nachbarstaaten sowie die Frage einer Aufhebung der EG-Sanktionen gegen den Apartheidstaat.
- 147** 21.05. Aufzeichnung des Botschaftsrats Cuntz, Brüssel (EG) S. 627
Cuntz bilanziert das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Parknasilla. Themen waren weitere Schritte zu einer europäischen Politischen bzw. einer Wirtschafts- und Währungsunion, die KSZE, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Beziehungen zu den USA sowie Südafrika, der EG-Beitrittswunsch Zyperns, Fragen des Antisemitismus und die Lage in Bulgarien.
- 148** 21.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 630
Neubert
Neubert legt dar, es gebe in den sowjetischen Medien verstärkte Anzeichen, daß die UdSSR bereit sein könnte, eine NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands zu akzeptieren.
- 149** 21.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 635
Oesterhelt unterrichtet über die zweite Runde der trilateralen Direktorengespräche zur Regelung der Grenzfrage und gibt Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.

- 150** 21.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 638
 Bettzuege
 Bettzuege informiert über die Ministerkonferenz der VN-Economic Commission for Europe (ECE) vom 8. bis 16. Mai in Bergen zu Umwelt und Entwicklung.
- 151** 22.05. Aufzeichnung des Bundesministers Genscher S. 640
 Genscher vermerkt, er habe im Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzler Kohl insbesondere das Kredithilfereisen der UdSSR und die entsprechende, nicht mit dem Auswärtigen Amt koordinierte Reise des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, nach Moskau erörtert.
- 152** 22.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 642
 von Moltke
 Moltke faßt Informationen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Seitz, über die Gespräche des amerikanischen Außenministers Baker in Moskau zusammen, die primär Fragen der deutschen Einheit sowie der Abrüstung bzw. Sicherheitspolitik gegolten hätten.
- 153** 22.05. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 644
 Hellbeck berichtet über die Gespräche des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt in der Volksrepublik China mit Deng Xiaoping und dem Generalsekretär des ZK der KPCh, Jiang Zemin. Im Zentrum standen die Niederschlagung der Demokratiebewegung und Chinas wirtschaftliche Entwicklung.
- 154** 23.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 649
 Jelonek unterrichtet über den vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verfaßten Tropenwaldbericht der Bundesregierung, der dem Kabinett vorgelegt werden soll.
- 155** 23.05. Botschafter Reiners, Sanaa, an das Auswärtige Amt S. 652
 Reiners informiert über die Vereinigung Nord- und Südjemens zur Republik Jemen, insbesondere über die Bestimmungen der neuen Verfassung und erste politische Entscheidungen.
- 156** 25.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach S. 655
 Roßbach gibt einen Überblick über die rüstungskontrollpolitischen Ergebnisse des Besuchs des amerikanischen Außenministers Baker in der UdSSR, insbesondere in Bezug auf START, VKSE und chemische Waffen.
- 157** 25.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 660
 Derix
 Angesichts der Einwände des Bundeskanzlers Kohl gibt Derix Empfehlungen zum weiteren Vorgehen bei den trilateralen Direktorengesprächen zur Regelung der Grenzfrage.

-
- 158** 28.05. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 662
Holik legt ein Papier vor, in dem Aufgaben und Strukturen von KSZE-Zentren für Konfliktverhütung bzw. für Verifikation skizziert werden.
- 159** 28.05. Bundeskanzler Kohl an den israelischen Ministerpräsidenten Shamir S. 668
Kohl nimmt Stellung zur Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel und bekräftigt die Position der Europäischen Gemeinschaften hinsichtlich der von Israel besetzten Gebiete.
- 160** 30.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lincke S. 670
Lincke erörtert anhand der Verhandlungsgeschichte des Luxemburger Abkommens von 1952 die Frage, ob israelische Wiedergutmachungsforderungen gegen ein vereinigtes Deutschland möglich seien. Er skizziert Lösungsmöglichkeiten zum Abbau des aus der bilateralen Kapitalhilfe resultierenden negativen Nettotransfers.
- 161** 31.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irischen Ministerpräsidenten Haughey S. 678
Mit Blick auf den Europäischen Rat in Dublin (Dublin II) erörtern die Gesprächspartner EG-Fragen, insbesondere die Arbeiten zur Europäischen Politischen Union bzw. Wirtschafts- und Währungsunion, Sitzfragen von EG-Institutionen, Fragen des Umweltschutzes und der Drogenbekämpfung, das Verhältnis zur OECD und zu GATT sowie die Sanktionen gegen Südafrika.
- 162** 31.05. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 684
Blech skizziert Persönlichkeit und politische Positionen des neu gewählten Vorsitzenden des Obersten Sowjet der RSFSR, Jelzin.
- 163** 01.06. Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem Staatssekretär im Außenministerium der DDR, Domke, in Ost-Berlin S. 687
Die Gesprächspartner befassen sich mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel, insbesondere mit den damit verbundenen israelischen Entschädigungsforderungen.
- 164** 01.06. Botschafter Meyer, Paris (OECD), an das Auswärtige Amt S. 691
Meyer informiert über die OECD-Ministerratstagung in Paris, bei der das Beitrittsgesuch Jugoslawiens, der Dialog mit den Schwellenländern in Asien, die Uruguay-Runde des GATT, der Ausbau marktwirtschaftlicher Strukturen in der Weltwirtschaft und die aktuelle Wirtschaftslage erörtert wurden.

- 165** 05.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker in Kopenhagen S. 694
Baker unterrichtet Genscher über sein vorausgegangenes Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Gegenstand waren militärische und rüstungskontrollpolitische Aspekte der deutschen Einheit.
- 166** 05.06. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse von Moltke und Neubert S. 695
Moltke und Neubert legen eine Analyse des Gipfeltreffens zwischen dem amerikanischen Präsidenten Bush und seinem sowjetischen Amtskollegen Gorbatschow in Washington vor. Neben der deutschen Einheit seien Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und Regionalkonflikte in Afrika, Asien und Lateinamerika behandelt worden.
- 167** 05.06. Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher S. 701
Anhand einer beigelegten Aufzeichnung verdeutlicht Kohl seine Haltung zu den trilateralen Direktorengesprächen zur Regelung der Grenzfrage.
- 168** 05.06. Bundesminister Seiters an die Bundesminister S. 703
Seiters übermittelt eine Kabinetttvorlage, die das Übereinkommen vom 19. Juni zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zum Gegenstand hat.
- 169** 06.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Skubiszewski in Kopenhagen S. 709
Im Mittelpunkt stehen die trilateralen Direktorengespräche zur Regelung der Grenzfrage. Weitere Themen sind die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Kulturpolitik und die NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands.
- 170** 07.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit NATO-Generalsekretär Wörner in Turnberry S. 713
Die Gesprächspartner erörtern den Stand der 2+4-Verhandlungen, die Lage in der UdSSR, die französische Haltung zur NATO-Gipfelkonferenz 1991 und den Teilnehmerkreis beim vertraulichen Teil von NATO-Ministerratstagungen.
- 171** 08.06. Botschafter von Ploetz, z. Z. Turnberry, an das Auswärtige Amt S. 715
Ploetz gibt einen Überblick zum ersten Tag der NATO-Ministerratstagung in Turnberry, bei der eine Neugestaltung der Beziehungen der NATO zu den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts erörtert worden sei.

-
- | | | |
|------------|---|--------|
| 172 | 09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse
Seibert | S. 718 |
| | Seibert analysiert die Ankündigung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse, die nuklearen Kurzstreckensysteme der sowjetischen Streitkräfte einseitig aus Mitteleuropa abziehen. | |
| 173 | 09.06. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das
Auswärtige Amt | S.720 |
| | Ploetz resümiert die Diskussionen am zweiten Tag der NATO-Ministerratstagung in Turnberry. Bei der Beratung des Communiqués standen Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme, der KSZE-Prozeß sowie die deutsche Vereinigung im Mittelpunkt. Die Minister verabschiedeten die „Botschaft von Turnberry“ und befaßten sich mit der Vorbereitung der NATO- und der KSZE-Gipfelkonferenz. | |
| 174 | 10.06. Botschafter Boomgaarden, Managua, an das
Auswärtige Amt | S. 723 |
| | Boomgaarden schildert die Zusammenarbeit mit der Botschaft der DDR in Nicaragua, die Stimmung in der DDR-Kolonie und die Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen deutsche Einheit und Entwicklungspolitik. | |
| 175 | 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
stellvertretenden ANC-Vorsitzenden Mandela | S. 727 |
| | Kohl und Mandela erörtern die Verhandlungen zwischen ANC und südafrikanischer Regierung über eine Beendigung der Apartheid. Mandela spricht die Lieferung von U-Boot-Blaupausen aus der Bundesrepublik nach Südafrika an. Behandelt werden ferner die Frage von Sanktionen und die Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Inkatha Freedom Party. | |
| 176 | 13.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse
von Moltke | S. 736 |
| | Moltke gibt einen Überblick zu dem auf Einladung des Bundeskanzlers Kohl erfolgten Besuch von Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Medien der USA in der Bundesrepublik. | |
| 177 | 13.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck | S. 740 |
| | Höynck äußert sich zum Vorschlag der USA, zu einer Feierstunde anlässlich des Abbaus des Checkpoint Charlie in Berlin neben Bundesminister Genscher und den Außenministern der Drei Mächte auch den Außenminister der DDR, Meckel, und den sowjetischen Außenminister Schewardnadse hinzuzuziehen. | |

- 178** 13.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Goetz S. 741
 Goetz vermerkt die Ergebnisse einer Ressortbesprechung über die Rückführung von deutschen Kulturgütern, die infolge des Zweiten Weltkriegs in die UdSSR und die Staaten Osteuropas verbracht wurden.
- 179** 15.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Petersmann S. 743
 Petersmann informiert über die erfolgreiche Kandidatur Hannovers für die Weltausstellung (Expo) im Jahr 2000, die unter dem Motto „Mensch–Natur–Technik“ stattfinden soll.
- 180** 15.06. Aufzeichnung des Referats 422 S. 745
 In der Aufzeichnung über die Finanzbeziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik als dessen Hauptgläubigerland kommen die Umschuldungsregelungen im Pariser Club, der ungebundene Finanzkredit von 1975 („Jumbo-Kredit“), der Beitrag der Bundesrepublik zum Stabilisierungsfonds, die Gewährung von Hermes-Bürgschaften sowie der bilaterale Investitionsförderungs- und Schutzvertrag zur Sprache.
- 181** 15.06. Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 749
 Eiff unterrichtet über ein Gespräch mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar, bei dem dieser die Frage von Reparationen und Entschädigungen für die während des Zweiten Weltkriegs verschleppten Zwangsarbeiter aufgeworfen habe.
- 182** 18.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 751
 Bettzuege resümiert die Ergebnisse des High Level Meetings des COCOM in Paris, bei dem zahlreiche Ausfuhrbeschränkungen für Exporte in die UdSSR und die mittel- und osteuropäischen Länder aufgehoben wurden.
- 183** 19.06. Aufzeichnung des Referats 340 S. 754
 Thema sind die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan angesichts des sich verschärfenden Konflikts in und um Kaschmir.
- 184** 19.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dieckmann S. 757
 Dieckmann informiert über die dritte Runde der Gespräche zwischen Staatssekretär Lautenschlager und dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Obminskij über finanzielle Fragen, die sich nach Inkrafttreten der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Zusammenhang mit den sowjetischen Truppen in der DDR stellen.

-
- 185** 19.06. Botschafter Knackstedt, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 760
Knackstedt berichtet über ein Gespräch mit dem ehemaligen polnischen Außenminister Orzechowski über Bestrebungen im polnischen Parlament, den 1953 erklärten Verzicht auf Reparationen zu widerrufen, sowie über die Frage einer Entschädigung für ehemalige polnische Zwangsarbeiter.
- 186** 19.06. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 762
Ploetz resümiert die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Münster. Dabei wurden die 2+4-Gespräche, der KSZE-Prozeß, die Beziehungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt und die Frage von Höchststärken für die Streitkräfte eines vereinigten Deutschlands behandelt.
- 187** 20.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 768
Angesichts der Erfolge im Bereich der Abrüstung analysiert Citron, welche Schritte zur Konversion der Rüstungsindustrien in der UdSSR und den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts unternommen werden könnten.
- 188** 20.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach S. 774
Roßbach befaßt sich mit der Frage, welcher Personalumfang für die Streitkräfte eines vereinigten Deutschlands im Rahmen eines KSE-Abkommens angestrebt werden sollte.
- 189** 20.06. Bundesbankoberrätin Sailer-Schuster, Rom, an das Auswärtige Amt S. 778
Sailer-Schuster unterrichtet über italienische Reaktionen auf Äußerungen des Bundesbankpräsidenten Pöhl, dem zufolge bei der Schaffung eines europäischen Zentralbanksystems zunächst mit einer kleineren Zahl von Ländern begonnen werden sollte.
- 190** 21.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Gujral S. 782
Themen sind die 2+4-Verhandlungen, die Außenpolitik der neuen indischen Regierung, die indisch-pakistanischen Beziehungen, die Konflikte im Punjab und in Kaschmir sowie das Verhältnis zur Volksrepublik China.
- 191** 21.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Antall S. 786
Antall berichtet über die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts in Moskau und dessen Haltung zur deutschen Einheit. Weitere Themen sind die Wirt-

- schaftslage Ungarns, der Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki in Budapest, die deutsche Einigung, insbesondere die NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands, die Regelung der polnischen Westgrenze und die sowjetischen Truppen in der DDR sowie die Ausschreitungen gegen die ungarische Minderheit in Rumänien.
- 192** 21.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 791
- Schönfelder benennt die anstehenden Schritte zur Vorbereitung der EG-Regierungskonferenz für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
- 193** 22.06. Zweites 2+4-Ministertreffen in Ost-Berlin S. 797
- Die sechs Außenminister würdigen die Entschließungen des Bundstags und der Volkskammer der DDR zur polnischen Westgrenze. Sie widmen sich einer abschließenden Regelung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, der Frage der Souveränität und der NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands. Weitere Themen sind Berlin und die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten sowie eine Institutionalisierung des KSZE-Prozesses.
- 194** 22.06. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 809
- Brunner schildert ein Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten González, bei dem sich dieser zur deutschen Einheit und zur Wirtschaftslage in der UdSSR geäußert, aber auch auf die Folgen von Äußerungen des stellvertretenden Bundesbankpräsidenten Schlesinger für die Stabilität der spanischen Währung hingewiesen habe.
- 195** 22.06. Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush S. 811
- Kohl bittet Bush, Umweltthemen wie den Abbau der Ozonschicht, den Treibhauseffekt und den Schutz des Tropenwaldes beim Weltwirtschaftsgipfel in Houston verstärkt in die Diskussion einzubeziehen.
- 196** 26.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lautenschlager S. 815
- Lautenschlager resümiert seine Verhandlungen in Moskau über die Finanzierung der sowjetischen Stationierungskosten nach der im Juli anstehenden Einführung der DM in der DDR.
- 197** 27.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler S. 817
- Butler hält fest, daß sich die USA und die UdSSR auf ein Zieldatum für den Abschluß einer Konvention über ein Verbot chemischer Waffen geeinigt haben.

-
- 198** 27.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 820
Bettzuege
Bettzuege unterrichtet über die Tagung des Europäischen Rats in Dublin (Dublin II). Behandelt wurden dabei die europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Politische Union, der Binnenmarkt, Umweltschutz, Freizügigkeit und Drogenkriminalität, die Beziehungen zur UdSSR und zu Südafrika, der Nahe Osten, die Nichtverbreitung von Kernwaffen, ferner die deutsche Einheit und der KSZE-Prozeß.
- 199** 27.06. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das S. 826
Auswärtige Amt
Unter Hinweis auf entsprechende Feststellungen des syrischen Präsidenten Assad warnt Schlingensiepen vor einer Ausbreitung des religiösen Fundamentalismus im Nahen Osten.
- 200** 27.06. Schreiben des CDU-Abgeordneten Abelein an S. 829
Bundeskanzler Kohl
Abelein teilt Kohl mit, warum er entgegen seiner ursprünglichen Absicht für die Entschließung des Bundestags über die Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze gestimmt habe.
- 201** 28.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 830
costaricanischen Außenminister Niehaus
Genscher informiert über die Lage in der DDR, die 2+4-Verhandlungen, eine Institutionalisierung des KSZE-Prozesses und die Frage der sowjetischen Truppen in der DDR. Niehaus berichtet über Bemühungen zur Wiederherstellung der Wirtschaftsintegration in Zentralamerika, den Friedensprozeß in Nicaragua und den fortdauernden Bürgerkrieg in El Salvador. Angesprochen werden ferner die bilateralen Beziehungen, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes und der Kulturpolitik.
- 202** 28.06. Botschafter z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. Kopenhagen, S. 835
an das Auswärtige Amt
Rantzau skizziert den Abschluß der „Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) in Kopenhagen und erläutert, wie deren Schlußdokument zu bewerten sei. Er hält außerdem fest, wie seitens der Konferenzteilnehmer auf einen neuerlichen Ausbruch politischer Gewalt in Rumänien reagiert wurde.
- 203** 29.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gruber S. 840
Mit Blick auf die bevorstehende Vereinigung Deutschlands arbeitet Gruber heraus, in welchem Umfang mit der Reduzierung der deutschen Streitkräfte bei den KSE-Verhandlungen in Wien zu rechnen sei.

- 204** 02.07. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 845
 Ploetz berichtet über den Vortrag des Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, Eide, zur Bedrohungslage der NATO durch den Warschauer Pakt nach Abschluß eines KSE-Vertrags.
- 205** 05.07. Aufzeichnung des Referats 412 S. 846
 Referat 412 informiert über das Inkrafttreten des Vertrags zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie über die in diesem Kontext relevanten außenpolitischen Aspekte.
- 206** 05.07. Botschafter Haas, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 849
 Haas gibt einen Überblick über die wichtigsten Stationen des gemeinsamen Besuchs der Präsidentinnen des Bundestags und der Volkskammer, Süßmuth und Bergmann-Pohl, in Israel.
- 207** 05.07. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 853
 Trumpf informiert über die zweite Ministersitzung der G24 in Brüssel. Wichtigstes Ergebnis ist die Ausweitung der Unterstützungsmaßnahmen auf die DDR, die ČSFR, Bulgarien und Jugoslawien.
- 208** 06.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 858
 Lambach schildert die divergierenden Positionen der Ressorts, die im Kabinettausschuß „Deutsche Einheit“ zur Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR über einen zweiten Staatsvertrag (Einigungsvertrag) zu Tage traten.
- 209** 06.07. Aufzeichnung der Referate 422, 400, 402 und 412 S. 863
 Erläutert werden die Genese der öffentlichen und privaten Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer sowie die seit 1982 sich herausbildenden Lösungsansätze zur Behebung der internationalen Schuldenkrise.
- 210** 06.07. Botschafter von Ploetz, z. Z. London, an das Auswärtige Amt S. 871
 Ploetz informiert über den ersten Sitzungstag der NATO-Gipfelkonferenz in London. Die wichtigsten Themen waren der Wandel der Beziehungen zu den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts sowie die Neuformulierung der Bündnisstrategie.
- 211** 09.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Houston S. 884
 Bush und Kohl diskutieren über die Frage von Finanzhilfen für die UdSSR, die Koppelung multilateraler Anleihen für die VR

- China an eine Verbesserung der Menschenrechtslage, Fragen des Umweltschutzes und über die Agrarverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT.
- 212** 10.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 887
Kuhna
- Kuhna unterrichtet über den Antrag Zyperns zum Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften und nimmt Stellung zu den außenpolitischen Implikationen.
- 213** 10.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 890
Messer
- Messer untersucht die Frage einer möglichen Nachfolge des vereinigten Deutschlands in die Zeichnerposition der DDR beim VN-Seerechtsübereinkommen (SRÜ).
- 214** 11.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 894
Neubert
- Neubert informiert über die Unabhängigkeitsbewegungen in den einzelnen sowjetischen Unionsrepubliken und schildert die Folgen für den sowjetischen Zentralstaat.
- 215** 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 903
Neubert
- Neubert faßt Verlauf und Ergebnisse des XXVIII. Parteitags der KPdSU zusammen, auf dem sich der sowjetische Präsident Gorbatschow gegen seine innerparteilichen Gegner habe durchsetzen können.
- 216** 13.07. Botschafter Pabsch, Santiago de Chile, an das S. 909
Auswärtige Amt
- Pabsch bittet um Weisung zur Frage der Regierung Chiles, ob dem ehemaligen Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, eine Daueraufenthaltserlaubnis in Chile erteilt werden könne.
- 217** 15.07. Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, an das S. 911
Auswärtige Amt
- Arnim schildert das Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow in Moskau. Gesprächsthemen sind die deutsche Einheit und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen.
- 218** 15.07. Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, an das S. 914
Auswärtige Amt
- Arnim schildert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR. Themen sind die Positionen Polens zur Grenzfrage im Rahmen der 2+4-Gespräche sowie die Entwicklung der bilateralen Beziehungen.

- 219** 16.07. Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow in Archys (Bezirk Stawropol) S. 918
- Themen sind die äußeren Aspekte der deutschen Einheit im Rahmen der 2+4-Gespräche, insbesondere die Regelung der Grenzfrage mit Polen, der fortdauernde Verzicht der Bundesrepublik auf Erwerb und Besitz von ABC-Waffen, die Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschland sowie die Frage einer Obergrenze für künftige deutsche Streitkräfte.
- 220** 16.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 933
- Trautwein faßt die Beratungen des Weltwirtschaftsgipfels in Houston zusammen. Im Zentrum standen die deutsche Einheit, Finanzhilfen für die UdSSR, die Beziehungen zur VR China, Agrarverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT und Fragen des Umweltschutzes.
- 221** 16.07. Gesandter Winkelmann, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 938
- Berichtet wird über ein Gespräch des Bundesministers Waigel mit dem sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Sitarjan. Themen sind der Weltwirtschaftsgipfel in Houston und die Frage bilateraler und multilateraler Wirtschafts- und Finanzhilfe für die UdSSR.
- 222** 16.07. Ministerialdirigent Roßbach, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 941
- Roßbach hält die Ergebnisse der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle in Brüssel fest. Gesprächspunkte waren die Einführung eines ergänzenden Personalvorschlags bei den KSE-Verhandlungen in Wien sowie eines „erweitertes Kommunikationssystems“ als vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme.
- 223** 17.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tunesischen Präsidenten Ben Ali S. 946
- Kohl und Ben Ali sprechen über die bilateralen Beziehungen, die politische und wirtschaftliche Lage Tunesiens, die Frage der Einrichtung eines Mittelmeerfonds, die Entwicklung der Maghreb-Union, protektionistische Tendenzen innerhalb der EG sowie die Beziehungen Tunesiens zu Frankreich, Algerien und Libyen.
- 224** 17.07. Drittes 2+4-Ministertreffen in Paris S. 954
- Die Außenminister der Bundesrepublik, der DDR, Frankreichs, Großbritanniens, Polens, der UdSSR und der USA verhandeln über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit, insbesondere über die Grenzfrage, die Bekräftigung des Verzichts auf ABC-Waffen, die Frage einer Obergrenze für die Streitkräfte eines

-
- gesamtdeutschen Staates und die Beziehungen der NATO zum Warschauer Pakt.
- 225** 17.07. Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker an Bundeskanzler Kohl S. 968
Weizsäcker gratuliert Kohl zu den Ergebnissen seines Besuchs in der UdSSR.
- 226** 18.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 969
Studnitz informiert über eine Sitzung des Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“. Themen waren das dritte 2+4-Ministertreffen in Paris, die vertragliche Gestaltung der Beziehungen mit der UdSSR und Polen sowie der Einigungsvertrag mit der DDR.
- 227** 18.07. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 973
Ruhfus berichtet über die Arbeiten zur Eröffnung des Holocaust-Museums in Washington. Er fordert stärkere deutsche Bemühungen, die Chance zur Vermittlung eines ausgewogeneren Deutschlandbilds durch Bereitstellung von Beiträgen und Exponaten nicht verstreichen zu lassen.
- 228** 18.07. Ministerialdirigent Fiedler an Ministerialrat Fuchs, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 977
Nach einem schweren Erdbeben im Iran bittet Fiedler das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, eine Hilfe in Höhe von 10 Mio. DM zu prüfen.
- 229** 19.07. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Almer S. 979
Almer gibt ein Gespräch des Ministerialdirigenten Höynck mit dem albanischen Botschafter Çausi wieder. Höynck weist auf menschen- und völkerrechtliche Verstöße der albanischen Regierung bei der Zufluchtssuche albanischer Bürger in westliche Botschaften in Tirana hin und droht mit Konsequenzen für das bilaterale Verhältnis.
- 230** 20.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 985
Derix berichtet über die Lage in Rumänien nach den Unruhen im Juni. In deren Folge sei die Unterzeichnung des schon parapierten Handels- und Kooperationsabkommens der Europäischen Gemeinschaften mit Rumänien ausgesetzt und das Land von den Hilfen der G24 ausgeschlossen worden. Dennoch solle Rumänien nicht dauerhaft isoliert werden.

- 231** 20.07. Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), an S. 988
das Auswärtige Amt
Hartmann legt die Ergebnisse der siebten Runde der KSE-Verhandlungen in Wien dar. Fortschritte seien bei den Definitionen von Kampfpanzern und Kampffahrzeugen erzielt worden, während bei Personal, Flugzeugen und im Bereich der Verifikation weiterhin Fragen offen seien.
- 232** 23.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron S. 996
Citron berichtet über eine Besprechung mit Bundesminister Genscher zu dessen Rede auf der VN-Generalversammlung. Genscher sei verstärkt an globalen Fragen wie der Zusammenarbeit beim Umweltschutz und der internationalen Schuldenkrise interessiert.
- 233** 23.07. Legationsrat I. Klasse Heidorn, Tripolis, an das S. 998
Auswärtige Amt
Heidorn stellt die theoretischen und praktischen Grundlagen sowie auch die Perspektiven der libyschen Außenpolitik unter Oberst Gaddafi dar.
- 234** 24.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1004
Schönfelder und des Vortragenden Legationsrats
Duckwitz
Berichtet wird über ein Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an EG-Kommissionspräsident Delors, in dem er vor einer Anhebung des EG-Eigenmittelplafonds wegen der Einbeziehung der DDR in das Finanzierungssystem der Europäischen Gemeinschaften warnt.
- 235** 27.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1007
Runge
Runge informiert über die Unterzeichnung des bilateralen deutsch-polnischen Umschuldungsabkommens im Rahmen der Einigung zwischen den Gläubigerstaaten (Pariser Club) und Polen („Polen V“).
- 236** 30.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit der S. 1008
britischen Premierministerin Thatcher in London
Themen sind der Terrorismus, der KSZE-Gipfel in Paris, der Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR, die deutsche Einheit und die Frage der weiteren Stationierung alliierter Truppen in Berlin sowie die europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
- 237** 30.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1014
Weisel
Weisel informiert über die Ergebnisse der deutsch-polnischen Verhandlungen über den Notenwechsel zur Errichtung einer internationalen Jugendbegegnungsstätte in Kreisau/Schlesien.

-
- 238** 02.08. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1018
Ruhfus übermittelt amerikanische Informationen zur irakischen Invasion in Kuwait und schildert die Reaktion der amerikanischen Regierung.
- 239** 06.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 1023
Oesterhelt skizziert Optionen zur Regelung des Aufenthaltsstatuts von Truppen der Drei Mächte bzw. der NATO-Verbündeten auf dem Bundesgebiet und in Berlin sowie von Streitkräften der UdSSR auf dem Gebiet der DDR.
- 240** 06.08. Botschafter Bräutigam, New York (VN), an das Auswärtige Amt S. 1026
Bräutigam schildert Inhalt und Zustandekommen der Resolution Nr. 661 des VN-Sicherheitsrats, mit der Wirtschaftssanktionen gegen den Irak wegen dessen Einmarsch in Kuwait verhängt wurden.
- 241** 06.08. Generalkonsul Graf von Bassewitz, Kiew, an das Auswärtige Amt S. 1030
Anlässlich des einjährigen Bestehens des Generalkonsulats in Kiew zieht Bassewitz eine Bilanz der politischen Entwicklung der Ukraine, insbesondere nach deren Souveränitätserklärung, und reflektiert über die künftige Entwicklung des Landes.
- 242** 07.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister De Michelis und dem französischen Außenminister Dumas in Wien S. 1035
Erörtert werden der irakische Einmarsch in Kuwait, der Regierungswechsel in Pakistan und der Stand der deutschen Einigung bzw. der Zeitplan der 2+4-Gespräche. Weitere Themen sind die KSZE-Gipfelkonferenz sowie die Lage in der UdSSR und den mittel- und osteuropäischen Staaten.
- 243** 07.08. Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker S. 1037
Genscher informiert über den Zeitplan bei der deutschen Einigung. Ferner erläutern beide Außenminister das weitere Vorgehen angesichts der irakischen Invasion in Kuwait.
- 244** 07.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel S. 1039
Dassel resümiert die Lage im Irak und stellt die Reaktionen der Bundesregierung auf die irakische Invasion in Kuwait im nationalen bzw. EPZ-Rahmen dar.

- 245** 08.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff S. 1043
Sudhoff vermerkt, der amerikanische Botschafter Walters habe über die Verlegung von Streitkräften an den Persischen Golf unterrichtet, die über amerikanische Militärbasen in der Bundesrepublik erfolgen würden.
- 246** 09.08. Vortragender Legationsrat Gruber, z. Z. Brüssel, an das S. 1045
Auswärtige Amt
Gruber hält die Ergebnisse der Sitzung der High Level Task Force (HLTF) der NATO für konventionelle Rüstungskontrolle fest. Dort wurde beschlossen, eine Verpflichtungserklärung aller VKSE-Teilnehmer anzustreben, in Folgeverhandlungen Personalbegrenzungen festzulegen und auf eine Erhöhung von Streitkräften zu verzichten.
- 247** 10.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1051
Nocker
Nocker informiert über das sowjetische Interesse an einer Beteiligung deutscher Firmen bei Sicherungsarbeiten für das 1986 havarierte Atomkraftwerk Tschernobyl und gibt einen Überblick über die Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik.
- 248** 10.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1056
Weisel
Weisel zeigt auf, welche Auswirkungen der Titelgewinn der Fußball-Weltmeisterschaft für das internationale Ansehen Deutschlands habe.
- 249** 10.08. Gesandter Dohmes, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1058
Dohmes faßt die Ergebnisse des außerordentlichen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel zusammen. Im Zentrum standen die Reaktion auf den irakischen Einmarsch in Kuwait sowie EG-Aspekte der deutschen Einigung.
- 250** 10.08. Gesandter Bächmann, Brüssel (NATO), an das S. 1064
Auswärtige Amt
Bächmann berichtet über die außerordentliche NATO-Ministeratstagung in Brüssel, bei der die Reaktion der Allianz auf die irakische Invasion in Kuwait erörtert wurde.
- 251** 13.08. Gespräch des Ministerialdirektors Kastrup mit dem S. 1068
sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Kwizinskij in Moskau
Kastrup und Kwizinskij erörtern Inhalt, Aufbau und Formulierung einer abschließenden völkerrechtlichen Regelung (2+4-Vertrag) und weitere mit der deutschen Einigung zusammenhängende Fragen.

-
- 252** 13.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach S. 1081
Roßbach erörtert die Vereinbarkeit eines von nichtsowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten gewünschten Transfers von Militärgerät der Nationalen Volksarmee der DDR mit einem künftigen KSE-Vertrag.
- 253** 14.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Levy in Bad Reichenhall S. 1085
Die Gesprächspartner befassen sich mit der Lage im Nahen Osten nach der irakischen Invasion in Kuwait und der daraus erwachsenden Bedrohung für Israel.
- 254** 14.08. Botschafter Bente, Riad, an das Auswärtige Amt S. 1089
Bente stellt Überlegungen an, welche Auswirkungen die Golfkrise, insbesondere die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien, auf Politik und Gesellschaft des Landes haben wird.
- 255** 14.08. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1092
Ellerkmann informiert über ein Gespräch des irakischen Außenministers Aziz mit den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten. Im Zentrum standen die Festsetzung von Ausländern im Irak und in Kuwait sowie die Vorschläge des irakischen Präsidenten Saddam Hussein vom 12. August.
- 256** 15.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt S. 1097
Teltschik empfiehlt, daß Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker anstelle des Bundeskanzlers Kohl die Bundesrepublik beim Weltkindergipfel der UNICEF am 29./30. September in New York vertreten soll.
- 257** 15.08. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Kastrup und Oesterheld S. 1100
Kastrup und Oesterheld skizzieren den Handlungsbedarf in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen hinsichtlich der Notifizierung der deutschen Einheit.
- 258** 17.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hofstetter S. 1105
Angesichts der Diskussion um einen Einsatz der Bundesmarine im Persischen Golf erläutert Hofstetter die verfassungsmäßigen Grundlagen und die Haltung der Bundesregierung zu „Out of area“-Einsätzen der Bundeswehr.

- 259** 17.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1110
Vollers
Vollers informiert über die vom vereinten Deutschland voraussichtlich an die Vereinten Nationen zu entrichtenden Finanzleistungen und die Schwierigkeiten, verlässliche Angaben über Zahlungen und Schulden der DDR gegenüber den VN und ihren Sonderorganisationen zu ermitteln.
- 260** 17.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 1113
Oesterhelt unterrichtet über die ersten beiden Runden der Sondierungsgespräche mit den Drei Mächten über eine Neuregelung der Verträge zum Aufenthalt von deren Truppen im Bundesgebiet und in Berlin.
- 261** 20.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schlüter S. 1115
Schlüter referiert die gemeinsame Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses des Bundestags über die Golfkrise.
- 262** 20.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1118
Mattes
Mattes informiert über die wachsende Zahl jüdischer Einwanderer aus der UdSSR. Er verweist auf die Rechtslage, Überlegungen des federführenden Bundesministeriums des Innern und vergleichbare Entwicklungen in der DDR.
- 263** 21.08. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das S. 1122
Auswärtige Amt
Trumpf informiert über das Vorschlagspaket der EG-Kommission, durch das im Zuge der deutschen Einigung das Gebiet der DDR in die Europäische Gemeinschaft überführt werden soll.
- 264** 21.08. Gesandter von Nordenskjöld, Washington, an das S. 1124
Auswärtige Amt
Nordenskjöld wägt das Für und Wider der Wahrscheinlichkeit ab, daß die USA eine militärische Lösung des Golfkonflikts anstreben.
- 265** 22.08. Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit S. 1129
dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse
Die Gesprächspartner erörtern die weiteren Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit, vor allem aber die irakische Invasion in Kuwait.
- 266** 22.08. Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit S. 1132
dem jordanischen König Hussein
Hussein und Genscher legen einander ihre Sichtweise auf die durch Iraks Invasion in Kuwait ausgelöste Golfkrise dar.

-
- 267** 22.08. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, an das Auswärtiges Amt S. 1134
Richthofen faßt die Sondersitzung des WEU-Ministerrats in Paris zusammen, die sich mit der Reaktion des Bündnisses auf die Golfkrise befaßt.
- 268** 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Paschke S. 1143
Paschke nimmt Stellung, ob und in welcher Form Auslandsvertretungen der DDR in Staaten, in denen die Bundesrepublik bislang nicht vertreten ist, weitergeführt werden sollen.
- 269** 23.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann S. 1148
Angesichts der Zuspitzung der Lage im Nahen Osten empfiehlt Ackermann, die Haltung des Auswärtigen Amts zur Lieferung von Medikamenten an Israel, die auch bei der Herstellung von chemischen Waffen genutzt werden könnten, zu überdenken.
- 270** 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 1150
Oesterhelt hält fest, was er der Zeitschrift „Stern“ zum Prozedere und Umfang der durch das Auswärtige Amt zu regelnden Überleitung völkerrechtlicher Verträge der DDR mitgeteilt habe.
- 271** 24.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Weiß S. 1152
Angesichts fortdauernder Befürchtungen in Frankreich über den künftigen Kurs der Bundesrepublik empfiehlt Weiß, bei den deutsch-französischen Konsultationen in München ein Aktionsprogramm zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu verabschieden.
- 272** 24.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach S. 1156
Lambach gibt einen Überblick über den Handlungsbedarf seitens der Abteilungen des Auswärtigen Amts bis zur Herstellung der deutschen Einheit.
- 273** 24.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Hoessle S. 1161
Hoessle empfiehlt, die Botschaft der PLO in Ost-Berlin im Zuge der deutschen Vereinigung zu schließen und die PLO entsprechend zu unterrichten.
- 274** 24.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel S. 1164
Scheel nimmt Stellung zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehung mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea).

- 275** 27.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dieckmann S. 1168
 Dieckmann resümiert die Verhandlungen der Bundesminister Waigel und Haussmann am 24. August in Moskau über den deutsch-sowjetischen Überleitungsvertrag bzw. den Vertrag über eine umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik.
- 276** 27.08. Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1173
 Hellbeck gibt einen Ausblick auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven der Volksrepublik China nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung und skizziert die Optionen deutscher Politik.
- 277** 28.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1177
 ägyptischen Außenminister Meguid in Frankfurt am Main
 Die Gesprächspartner erörtern die Entwicklung der durch die irakische Invasion in Kuwait ausgelösten Golfkrise. Im Zentrum steht dabei die Haltung der arabischen Staaten.
- 278** 29.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1184
 Dreher
 Dreher wägt unter rechtlichen und politischen Gesichtspunkten ab, ob die Bundesregierung dem amerikanischen Wunsch nachkommen sollte, See- und Lufttransportkapazitäten für die Verlegung amerikanischer Truppen an den Persischen Golf zur Verfügung zu stellen.
- 279** 30.08. Aufzeichnung des Referats 331 S. 1188
 Referat 331 gibt einen Überblick über die Lage in Zentralamerika, insbesondere die Friedensbemühungen in El Salvador, Nicaragua und Guatemala.
- 280** 30.08. Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), an S. 1191
 das Auswärtige Amt
 Hartmann berichtet über die Plenarsitzung der VKSE, in deren Mittelpunkt die Erklärungen des Bundesministers Genschers und des amtierenden Außenministers der DDR, de Maizière, zur Streitkräfte-Obergrenze des vereinten Deutschlands gestanden hätten. Außerdem habe der sowjetische Delegationsleiter Grinewskij zu den Vorschlägen der NATO-Mitgliedstaaten Stellung genommen.
- 281** 31.08. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1196
 Bettzuege
 Bettzuege übermittelt den Kabinettsbeschuß vom 9. August zur Nuklearexportpolitik. Darin werden die Grundsätze der Nichtverbreitungspolitik der Bundesregierung skizziert.

-
- 282** 31.08. Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Baker S. 1202
Unter Bezugnahme auf ein Schreiben Bakers legt Genscher den Standpunkt der Bundesregierung zu Fragen der Stationierung alliierter Streitkräfte im Bundesgebiet und in Berlin dar.
- 283** 03.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem jordanischen König Hussein S. 1204
Thema ist der irakische Einmarsch in Kuwait. Hussein schildert die politischen Hintergründe des Konflikts und seine Vermittlungsbemühungen. Kohl äußert sich zur Lage Israels und zu den Aussichten eines Militäreinsatzes gegen den Irak.
- 284** 03.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar in Paris S. 1211
Pérez de Cuéllar berichtet Genscher über sein Treffen mit dem irakischen Außenminister Aziz in Amman zur Beilegung der Golfkrise. Ein weiteres Thema sind die vom Irak festgesetzten Ausländer.
- 285** 03.09. Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 1214
Berichtet wird über das Treffen des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Lončar in Belgrad. Gesprächspunkte waren die deutsche Einheit und die wirtschaftlichen Folgen für Jugoslawien, Asylanträge aus dem Kosovo, die Reformpolitik der jugoslawischen Regierung, die Beziehungen des Landes zur EG, die Golfkrise und die Frage von jugoslawischen Reparationsforderungen.
- 286** 04.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hofstetter S. 1222
Hofstetter analysiert die zweite Verhandlungsrunde mit der UdSSR in Moskau über einen Aufenthalts- und Abzugsvertrag für die auf dem Territorium der DDR stationierten sowjetischen Truppen.
- 287** 04.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Kyaw S. 1227
Kyaw zeigt auf, welche Auswirkungen der durch die Golfkrise verursachte Ölpreisanstieg auf die Entwicklungsländer und die mittel- und osteuropäischen Staaten hat. Außerdem geht er auf die Versuche des irakischen Präsidenten Saddam Hussein ein, den Einmarsch in Kuwait mit dem Nord-Süd-Konflikt zu verbinden.
- 288** 04.09. Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 1231
Eiff übermittelt für den Auswärtigen Ausschuß des Bundestags eine Einschätzung zu den Konflikten zwischen Serben und Albanern im Kosovo.

- 289** 06.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dieckmann S. 1233
Dieckmann legt dar, welche Punkte in den Verhandlungen des Bundesministers Waigel mit dem sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Sitarjan über ein Überleitungsabkommen noch offengeblieben sind.
- 290** 06.09. Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher S. 1235
Kohl läßt Genscher wissen, wie er dessen jüngste Äußerungen zur Dauer des Grundwehrdiensts in der Bundeswehr einschätzt.
- 291** 07.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1236
Schlageter
Schlageter zeigt auf, wie die EG-Kommission in die Verhandlungen über einen deutsch-sowjetischen Vertrag über eine umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik eingebunden wurde.
- 292** 08.09. Gesandter von Nordenskjöld, Washington, an das S. 1238
Auswärtige Amt
Nordenskjöld berichtet über den Besuch des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine in den USA. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Frage einer finanziellen Beteiligung der Bundesrepublik an den Kosten für den durch die Golfkrise verursachten amerikanischen Militäreinsatz.
- 293** 10.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 1241
Oesterhelt legt dar, warum die Bundesregierung ermächtigt werden müsse, die Regelungen für den Aufenthalt der Truppen der Vier Mächte sofort mit Vollzug der deutschen Einheit im Wege einer Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.
- 294** 10.09. Regierungsdirektor Schmidt-Volkmar, Moskau, an das S. 1245
Auswärtige Amt
Gegenstand des Berichts ist der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen mit der UdSSR über die Lieferung von Nahrungs- und Genußmitteln aus dem Gebiet der DDR.
- 295** 10.09. Gesandter Bächmann, Brüssel (NATO), an das S. 1248
Auswärtige Amt
Bächmann rekapituliert die Sondersitzung des NATO-Ministerrats. Neben einer Unterrichtung über das Gipfeltreffen der Präsidenten Bush (USA) und Gorbatschow (UdSSR) in Helsinki waren weitere Schritte zur Beilegung der Golfkrise das Hauptthema der Diskussion.
- 296** 11.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1253
Dreher
Dreher gibt einen Überblick zum Abzug der chemischen Waffen der amerikanischen Streitkräfte aus der Bundesrepublik.

-
- 297** 11.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1255
Schönfelder
Schönfelder erläutert die interministeriell erarbeitete Position der Bundesregierung für die Regierungskonferenz der EG-Mitgliedstaaten zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
- 298** 12.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1259
Schönfelder
Schönfelder resümiert die Beratungen des informellen Treffens der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten in Rom über weitere Schritte zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
- 299** 12.09. Schreiben des Präsidenten der Bundesbank, Pöhl, an S. 1262
Bundesminister Genscher
Pöhl übermittelt Genscher eine Stellungnahme des Zentralbankrats der Bundesbank zur Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
- 300** 13.09. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1268
Auf der Grundlage seiner Gespräche mit den Delegationsleitern bewertet Holik die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungs- und Rüstungskontrollkonsultationen zu VKSE und START in Moskau.
- 301** 13.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1272
Dassel
Nach der Freilassung von deutschen Frauen und Kindern durch die irakischen Behörden erläutert Dassel die Lage der in Kuwait weiterhin festgesetzten deutschen Staatsbürger und benennt Möglichkeiten, diesen die Reise nach Bagdad zu ermöglichen.
- 302** 15.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1275
amerikanischen Außenminister Baker auf dem Petersberg
Die Gesprächspartner befassen sich mit der deutschen Einheit, vor allem aber der Golfkrise. Dabei werden die Haltung des Iran und der Volksrepublik China sowie Hilfsmaßnahmen für die von den Sanktionen gegen den Irak betroffenen Staaten erörtert. Weitere Themen sind die KSZE und die VKSE in Wien.
- 303** 15.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1281
amerikanischen Außenminister Baker in Ludwigshafen-Oggersheim
Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Golfkrise und die Maßnahmen der Bundesrepublik zur Unterstützung der von den Sanktionen gegen den Irak besonders betroffenen Staaten sowie der deutsche finanzielle und materielle Beitrag zum Militäreinsatz der USA und ihrer Verbündeten.

- 304** 16.09. Botschafter Bartels, Amman, an das Auswärtige Amt S. 1286
 Bartels skizziert die Wahrnehmungsmuster und historischen Narrative, die in der arabischen Welt die Analyse der Golfkrise bestimmen.
- 305** 18.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1290
 Heubaum
 Heubaum hält fest, welche Schritte die Bundesrepublik unternommen hat und weiter unternimmt, um in Chile Menschenrechtsverletzungen in der „Colonia Dignidad“ aufzuklären und rechtlich zu ahnden.
- 306** 19.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kochanke S. 1293
 Kochanke resümiert die Unterrichtung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags durch Bundesminister Genscher über das vierte 2+4-Ministertreffen in Moskau, bei dem der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland unterzeichnet wurde.
- 307** 19.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1295
 Gegenstand sind die finanziellen und materiellen Unterstützungsleistungen der Bundesrepublik für die von der Golfkrise besonders betroffenen Staaten sowie für den Militäreinsatz der USA und ihrer Verbündeten.
- 308** 19.09. Botschafter Bräutigam, New York (VN), an das Auswärtige Amt S. 1300
 Bräutigam beschreibt die Auswirkungen der Golfkrise auf die Vereinten Nationen. Neben der Führungsrolle des Sicherheitsrats, dem Verhältnis der USA zu der Organisation und den Friedensbemühungen des VN-Generalsekretärs zeigt er auf, welche Folgen der irakische Einmarsch in Kuwait für die Debatte um den Nahostkonflikt habe.
- 309** 21.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt S. 1304
 Für die bevorstehende Kabinettsitzung skizziert Oesterhelt die Haltung des Auswärtigen Amts zur Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung.
- 310** 21.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1306
 Trautwein unterrichtet über die deutsch-französischen Konsultationen in München. Bundeskanzler Kohl, Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Rocard sowie zahlreiche Minister beider Länder befaßten sich mit dem Ausbau der bilateralen Beziehungen, der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union, den französischen Truppen in der Bundesrepublik, der gemeinsamen Kulturpolitik sowie der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie.

- 311** 24.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt S. 1310
Bitterlich gibt einen Überblick zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand und Ministerpräsident Rocard in München. Themen waren die französischen Truppen in der Bundesrepublik, die europäische Wirtschafts- und Währungsunion bzw. Politische Union, der Sitz europäischer Institutionen, die Situation der UdSSR, ČSFR und Jugoslawiens, die Golfkrise, eine EG-Erweiterung, der deutsch-französische Fernsehkanal (Arte) sowie die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Hochgeschwindigkeitsbahnen.
- 312** 24.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1317
Thema sind die Verschärfungen des Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetzes, die den Sanktionen gegen den Irak sowie den irakischen und libyschen Anstrengungen im Bereich der Chemiewaffenproduktion Rechnung tragen.
- 313** 24.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel an die Botschaft in Moskau S. 1322
Scheel übermittelt eine Verbalnote an die mongolische Regierung. Darin teilt die Bundesregierung ihren Wunsch mit, die Botschaft der DDR in Ulan-Bator zu übernehmen und als Auslandsvertretung der Bundesrepublik fortzuführen.
- 314** 25.09. Ministerialdirektor Schlagintweit, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1324
Schlagintweit informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Velayati am Rande der VN-Generalversammlung. Themen waren die Golfkrise und die deutsche Einheit.
- 315** 25.09. Ministerialdirektor Schlagintweit, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1325
Schlagintweit berichtet, Bundesminister Genscher habe mit dem südkoreanischen Außenminister Choi Ho-joong in New York über eine Wiedervereinigung mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) sowie die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea (Südkorea) gesprochen.
- 316** 26.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1327
Unterrichtet wird über die vierte Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag von Kernwaffen in Genf. Dabei habe Bundesminister Genscher den Verzicht der Bundesrepublik auf ABC-Waffen bekräftigt und die deutsche Exportpolitik im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie erläutert.

- 317** 26.09. Runderlaß des Ministerialdirigenten Höynck S. 1330
Höynck übermittelt den deutschen Auslandsvertretungen die Botschaft des Bundeskanzlers Kohl zur deutschen Vereinigung mit der Bitte, diese den jeweiligen Staats- und Regierungschefs am 3. Oktober zu übergeben.
- 318** 26.09. Botschafter Pabsch, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 1335
Pabsch resümiert ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der chilenischen Luftwaffe, Matthei, aus Anlaß von abfälligen Äußerungen des Oberbefehlshabers der chilenischen Streitkräfte, Pinochet, über die Bundeswehr.
- 319** 26.09. Ministerialdirektor Kastrup, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1338
Kastrup berichtet über das Vierertreffen der Politischen Direktoren am Rande der VN-Generalversammlung in New York. Themen waren die künftige Zusammenarbeit im Viererkreis, der 2+4-Vertrag, die KSZE-Außenministerkonferenz in New York, die VKSE in Wien, eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten und die nuklearen Kurzstreckensysteme in Europa.
- 320** 26.09. Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1343
Schlagintweit faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Qian Qichen am Rande der VN-Generalversammlung zusammen. Neben der Golfkrise wurde eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen angesprochen.
- 321** 27.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf Leutrum von Ertingen S. 1345
Leutrum vermerkt, daß Finnland die im Friedensvertrag von 1947 und im Beistandsvertrag mit der UdSSR von 1948 enthaltenen, Deutschland betreffenden Klauseln für überholt erklärt und auf Reparationsforderungen verzichtet habe.
- 322** 27.09. Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1349
Schlagintweit berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem äthiopischen Außenminister Tesfaye in New York. Dabei kamen der Bürgerkrieg in Äthiopien und die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik zur Sprache.
- 323** 27.09. Ministerialdirektor Schlagintweit, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1350
Schlagintweit teilt mit, daß im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Nakayama die

Beziehungen zwischen Japan und der UdSSR, der Abzug der sowjetischen Truppen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, die Lage der Volksrepublik China und der Umgang mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) zur Sprache kamen.

- 324** 27.09. Rundschreiben des Staatssekretärs Sudhoff an die Ehepartner der Angehörigen des Auswärtigen Diensts S. 1352
Sudhoff zeigt auf, welche Verbesserungen für Ehepartner im Gesetz über den Auswärtigen Dienst und dem zugehörigen dienst- und besoldungsrechtlichen Begleitgesetz vorgesehen sind.
- 325** 28.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors S. 1355
Kohl und Delors behandeln die Frage einer EG-Erweiterung, die europäischen Regierungskonferenzen für eine Politische und eine Wirtschafts- und Währungsunion, die Sitzfrage von EG-Institutionen, die Uruguay-Runde des GATT sowie Hilfen für die UdSSR und die mittel- und osteuropäischen Staaten.
- 326** 01.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1361
Jelonek legt ein gemeinsames Papier des deutschen und französischen Außenministeriums für eine Europäische Politische Union vor.
- 327** 01.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lincke S. 1372
Lincke gibt einen Überblick über die Vereinbarungen mit den Drei Mächten und weiteren NATO-Partnern sowie mit der UdSSR über den Aufenthalt von deren Streitkräften in Deutschland.
- 328** 02.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel S. 1374
Dassel skizziert die Lage der Botschaft in Kuwait und empfiehlt deren Räumung. Das Botschaftspersonal solle nach Bagdad ausreisen.
- 329** 02.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann S. 1377
Ackermann wäge das Pro und Contra ab, angesichts der Golfkrise den Export von Kriegswaffen an Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates weiterhin zu genehmigen.
- 330** 03.10. Botschafter Bräutigam, New York (VN), an das Auswärtige Amt S. 1382
Bräutigam schildert die Notifizierung der deutschen Einigung in den Vereinten Nationen, besonders in der Generalversammlung und bei Generalsekretär Pérez de Cuéllar.

- 331** 05.10. Botschaftsrat I. Klasse Richter, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1383
 Richter berichtet über die Reaktionen in Israel auf die deutsche Einheit am 3. Oktober. Er reflektiert Stand und Zukunft der bilateralen Beziehungen.
- 332** 06.10. Generalkonsul Boldt, Zagreb, an das Auswärtige Amt S. 1386
 Boldt informiert über die sich zuspitzenden Nationalitätenkonflikte zwischen den jugoslawischen Volksgruppen und Teilrepubliken.
- 333** 08.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Iversen S. 1391
 Iversen resümiert die Ergebnisse einer Konferenz der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen im Kloster Walberberg über Ursachen und Folgen der Nord-Süd-Migration.
- 334** 08.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1393
 Bettzuege gibt einen Überblick zum deutsch-sowjetischen Überleitungsvertrag sowie zum Vertrag über eine umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik mit der UdSSR.
- 335** 10.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal S. 1396
 Themen sind die deutsche Einheit, vor allem aber die Golfkrise. Saud al-Faisal appelliert dabei an die Festigkeit Deutschlands und seiner europäischen Verbündeten.
- 336** 10.10. Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher S. 1401
 Kohl fordert Aufklärung über die Involvierung des Auswärtigen Amts bei der Vorbereitung des Gesprächs von Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker mit dem Dalai Lama in Berlin.
- 337** 11.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck S. 1402
 Höynck entwickelt die Idee für ein deutsch-französisch-polnisches Außenministertreffen („Weimarer Dreieck“).
- 338** 11.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1404
 Jelonek erörtert das weitere Vorgehen bezüglich der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für Komponenten zum Bau des iranischen Atomkraftwerks Bushehr.
- 339** 11.10. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1408
 Blech schildert die Aussichten für die Ratifizierung des 2+4-Vertrags durch den Obersten Sowjet, wo die Kritik an der Außenpolitik der sowjetischen Führung zunehme.

-
- 340** 11.10. Legationssekretär Dequin, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1411
- Dequin berichtet über das im Zuge des deutsch-iranischen Kulturdialogs ausgerichtete „Internationale Seminar über Menschenrechte im Islam und in der christlichen Welt“ in Teheran.
- 341** 12.10. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 1415
- Brunner übermittelt die Glückwünsche des spanischen Ministerpräsidenten zur deutschen Einheit. González habe zur Einigung Europas, insbesondere der Wirtschafts- und Währungs- sowie zur Politischen Union, Stellung genommen und Fragen der bilateralen Wirtschaftspolitik erörtert.
- 342** 16.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Runge S. 1418
- Runge gibt einen Überblick über die internationale Schuldenstrategie und ihre Fortentwicklung seit dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston und den Jahrestagungen von IWF und Weltbank in Washington.
- 343** 16.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix S. 1422
- Derix informiert über den Besuch des ungarischen Außenministers Jeszenszky, in dessen Mittelpunkt der Ausbau der bilateralen Beziehungen gestanden habe.
- 344** 19.10. Deutsch-italienische Regierungskonsultationen in Venedig S. 1424
- Themen sind die Regierungskonferenzen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union, ferner die Vollendung des EG-Binnenmarkts, der alpenquerende Transitverkehr und bilaterale Wirtschaftsthemen.
- 345** 19.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke S. 1430
- Moltke zeigt auf, welchen Stellenwert die deutsche wirtschaftliche, finanzielle, militärische und humanitäre Golfkrisenhilfe im internationalen Vergleichsrahmen habe.
- 346** 19.10. Gesandtin Vollmar-Libal, z. Z. Palma de Mallorca, an das Auswärtige Amt S. 1433
- Vollmar-Libal bilanziert das KSZE-Treffen über den Mittelmeerraum in Palma de Mallorca. Schwerpunkte waren die italienisch-spanische Initiative für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum sowie Umweltfragen.

- 347** 22.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1443
Derix
Derix stellt Überlegungen an, ob die neue Qualität der Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas den Abschluß neuer Grundlagenverträge erfordere.
- 348** 22.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1446
Jelonek empfiehlt, die italienische EG-Ratspräsidentschaft bei der Kompromißlösung für ein Agrarangebot der EG bei der Uruguay-Runde des GATT zu unterstützen.
- 349** 23.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1450
Kruse
Kruse legt den Stand der Abwicklung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR dar und erläutert den Aufbau der „Verwaltungs- und Abwicklungsstelle“ in Berlin.
- 350** 23.10. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das S. 1452
Auswärtige Amt
Ploetz teilt mit, die amerikanische Ständige Vertretung bei der NATO habe über die Verlegung amerikanischer Panzer aus Deutschland in die Golfregion unterrichtet.
- 351** 23.10. Botschafter Boomgaarden, Managua, an das S. 1453
Auswärtige Amt
Boomgaarden warnt, durch das Verhalten pro-sandinistischer Solidaritätsgruppen aus der Bundesrepublik, die nicht den demokratischen Machtwechsel in Nicaragua akzeptierten, drohe Schaden für die bilateralen Beziehungen zu entstehen.
- 352** 24.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Vertretern S. 1456
des Zentralrats der Deutschen Gesellschaften in Polen
Im Zentrum der Begegnung stehen Situation und Perspektiven der deutschen Minderheit in Polen.
- 353** 25.10. Hausbesprechung mit Bundesminister Genscher S. 1462
Erörtert wird die Positionierung des Auswärtigen Amts zu Fragen der Europäischen Politischen Union, insbesondere zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und den Kompetenzen der EG-Organen.
- 354** 25.10. Botschafter Lewalter, Sofia, an das Auswärtige Amt S. 1467
Lewalter empfiehlt, die Bundesrepublik solle den Demokratisierungsprozeß in Bulgarien durch eine verstärkte Präsenz im Land sowie durch wirtschaftliche Hilfe unterstützen.

-
- 355** 26.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd in Halle S. 1470
Themen sind die Golfkrise, der Nahostkonflikt, die Europäische Politische Union bzw. die Wirtschafts- und Währungsunion, die Uruguay-Runde des GATT, die KSZE und die Entwicklungen in der UdSSR, in Jugoslawien und der Türkei.
- 356** 26.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 1476
Schönfelder faßt zusammen, welche Ziele in der ersten Phase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erreicht sein müssen.
- 357** 28.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Rom S. 1479
Besprochen werden die Beziehungen zur UdSSR, deren politische, wirtschaftliche und finanzielle Probleme, die Uruguay-Runde des GATT, Sitzfragen für EG-Institutionen sowie die Golfkrise.
- 358** 29.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem argentinischen Außenminister Cavallo S. 1483
Neben Fragen der Nichtverbreitung werden die Umschuldung Argentiniens, die bilateralen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, die Uruguay-Runde des GATT und die Golfkrise behandelt.
- 359** 29.10. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1487
Ellerkmann berichtet, unter den im Irak und in Kuwait inhaftierten Deutschen habe die Erklärung des Europäischen Rats zur Golfkrise Empörung, gerade auch über das Verhalten der Bundesregierung, ausgelöst. Der ehemalige Bundeskanzler Brandt sei daher um eine Reise in den Irak ersucht worden.
- 360** 29.10. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl S. 1491
Genscher übermittelt Kohl eine Stellungnahme, in der die Position des Auswärtigen Amts zum Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Dalai Lama am 4. Oktober in Berlin dargelegt wird.
- 361** 30.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder S. 1495
Schönfelder skizziert die Position der Bundesregierung bezüglich der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere hinsichtlich der Haushaltspolitik, dem Europäischen Zentralbanksystem und dem Beginn der zweiten Stufe.

- 362** 31.10. Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Brandt, z. Z. New York S. 1499
- Erörtert wird eine Reise Brandts in den Irak wegen der dort und in Kuwait als Geiseln festgehaltenen Ausländer. Kohl schlägt vor, Brandt solle sich von Vertretern der internationalen christdemokratischen sowie liberalen Parteienfamilie begleiten lassen.
- 363** 31.10. Gespräch des Staatsministers Schäfer mit dem griechischen Außenminister Samaras in Athen S. 1501
- Themen sind griechische Reparationsforderungen, die deutsche Hilfe bei der Bekämpfung von Waldbränden am Berg Athos, die weitere Entwicklung von EG und KSZE, Fragen der Terrorismusbekämpfung in Griechenland, die Lage in Jugoslawien und der Zypernkonflikt.
- 364** 31.10. Vorlage des Ministerialdirigenten Sulimma S. 1506
- Angesichts des politischen Wandels in Südafrika nimmt Sulimma Stellung zur Frage einer teilweisen Aufhebung der restriktiven Maßnahmen der EG gegen das Land, auf die einige Partnerstaaten bereits drängen würden.
- 365** 31.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1510
- Bettzuege informiert über die Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rats am 27./28. Oktober in Rom (Rom I). Dabei seien die Politische Union, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie Hilfen für die UdSSR und die Staaten Mittel- und Osteuropas erörtert worden, ferner die Golfkrise, der Nahostkonflikt, die Beziehungen zum Iran und die transatlantische Erklärung über die Beziehungen zu den USA und Kanada.
- 366** 02.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dienstbier in Prag S. 1515
- Themen sind die bilateralen Beziehungen, der KSZE-Prozeß, eine Rückerstattung ehemaligen sudetendeutschen Eigentums, ein Assoziierungsabkommen zwischen EG und ČSFR, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der Warschauer Pakt.
- 367** 02.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel S. 1519
- Im Zusammenhang mit den Bemühungen zur Freilassung von im Irak und in Kuwait festgehaltener Ausländer übermittelt Dassel Informationen zu einer Reise des Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Brandt, in den Irak.

-
- 368** 07.11. Aufzeichnung des Botschafters Holik S. 1522
Holik skizziert den Stand der Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf (CD), darunter insbesondere die Frage der amerikanischen Haltung zu Verdachtskontrollen. Er legt den Entwurf eines Schreibens an den amerikanischen Außenminister Baker vor.
- 369** 07.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1525
Jelonek faßt den Briefwechsel zwischen Bundesminister Genscher und dem amerikanischen Außenminister Baker zur nuklearen Nichtverbreitung zusammen und übermittelt den Entwurf eines neuen Schreibens.
- 370** 07.11. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1528
Ellerkmann berichtet über Gespräche, die der Präsident der Sozialistischen Internationale, Brandt, in Bagdad mit dem ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Nakasone und dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, geführt hat. Themen waren die Golfkrise und ein neuer Nahost-Plan Arafats.
- 371** 08.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki in Frankfurt/Oder S. 1531
Themen sind bilaterale Fragen wie der Autobahnausbau bei Frankfurt/Oder, die Lieferung von NVA-Material an Polen, der Abschluß eines Grenz- bzw. Nachbarschaftsvertrags, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die deutsche Minderheit in Polen, eine Entschädigung ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter sowie die Golfkrise.
- 372** 09.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow S. 1546
Erörtert werden die Lage in der UdSSR, insbesondere die Nationalitätenkonflikte, ein neuer Unionsvertrag, Wirtschaftsreformen, Währungsfragen und eine deutsche Nahrungsmittelhilfe. Zudem werden im Zusammenhang mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland das Wohnungsbauprogramm und Eingliederungshilfen für sowjetische Soldaten besprochen. Weitere Gesprächspunkte sind die Lieferung von NVA-Material an Polen, die ČSFR und Ungarn, die Lage der Deutschen in der UdSSR, die Golfkrise und der Nahostkonflikt.
- 373** 09.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse S. 1560
Die Gesprächspartner würdigen den 9. November in der deutschen Geschichte und die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Umfassenden Vertrags. Des weiteren besprechen sie die Reise des Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Brandt, in den Irak.

- 374** 09.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse S. 1566
Erörtert werden die innere Lage in der UdSSR, insbesondere Separatismus, Nationalismus und Islamismus, sowie die damit zusammenhängende Gefahr eines Zerfalls des sowjetischen Staates.
- 375** 09.11. Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow S. 1568
Die Regierungschefs und Minister referieren die Gespräche mit ihren jeweiligen Fachkollegen über den KSZE-Prozeß, Abrüstungsfragen, den Golfkonflikt, Wirtschafts-, Finanz- und Energiefragen, das Wohnungsbauprogramm für sowjetische Soldaten sowie die Entwicklung der bilateralen Beziehungen in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Perspektive.
- 376** 09.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke S. 1574
Moltke unterrichtet über den Wunsch der USA, zu Testzwecken noch vor dem Abschluß des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa ehemaliges NVA-Gerät zu erhalten.
- 377** 09.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1578
Bettzuege berichtet über die Ratifizierung der Zusatzprotokolle von 1977 zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949 durch den Bundestag.
- 378** 12.11. Aufzeichnung des Referats 213 S. 1580
Referat 213 gibt einen Überblick über den Inhalt der im Zusammenhang mit dem 2+4-Vertrag abgeschlossenen vier Verträge mit der UdSSR: den Umfassenden Vertrag, das Überleitungsabkommen, den Aufenthalts- und Abzugsvertrag sowie den Vertrag über eine umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik.
- 379** 12.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1586
Bettzuege erläutert die Ergebnisse der zweiten Weltklimakonferenz in Genf und geht dabei insbesondere auf die Haltung der Bundesregierung zur Emissionsreduktion und zum Schutz der Tropenwälder ein.
- 380** 12.11. Botschafter Kiewitt, Beirut, an das Auswärtige Amt S. 1589
Kiewitt berichtet über ein Gespräch mit dem geistigen Führer der Hisbollah, Scheich Fadlallah, zu den im Libanon festgehaltenen deutschen Geiseln Strübig und Kempfner.

-
- 381** 13.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Frickhinger S. 1592
Frickhinger informiert über die Entschädigungsansprüche von Drittstaaten wegen Enteignungen und Vermögensschäden in der ehemaligen DDR sowie über den Stand der bisherigen Verhandlungen mit diesen Staaten über eine Kompensation.
- 382** 13.11. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1596
Trumpf resümiert die Tagung des EG-Ministerrats in Brüssel. Themen waren die Golfkrise, die im Irak als Geiseln festgehaltenen Ausländer, die Reise des Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Brandt, sowie die transatlantischen Erklärungen mit den USA bzw. Kanada. Behandelt wurden zudem die Uruguay-Runde des GATT, Hilfen für die UdSSR und die mittel- und osteuropäischen Staaten, die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums, Assoziationsabkommen mit Polen, Ungarn und der ČSFR sowie der Antrag Österreichs auf EG-Beitritt.
- 383** 14.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Präsidentschaftskandidaten Wałęsa in Warschau S. 1601
Erörtert werden die Präsidentschaftswahlen in Polen, Wałęsas Pläne im Falle seiner Wahl, das KSZE-Gipfeltreffen in Paris sowie die künftigen bilateralen Beziehungen.
- 384** 15.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1602
Bettzuege informiert über die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrags durch Bundesminister Genscher und den polnischen Außenminister Skubiszewski in Warschau.
- 385** 16.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach S. 1605
Roßbach gibt einen Überblick über den Inhalt des fertiggestellten Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Abkommen).
- 386** 16.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Roßbach S. 1610
Roßbach legt die Bestimmung des weitgehend fertig gestellten „Wiener Dokuments“ über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen dar und informiert über die planmäßige Fortsetzung der VSBM-Verhandlungen.
- 387** 20.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Havel in Paris S. 1614
Im Mittelpunkt stehen die deutsche Einheit, ein bilateraler Freundschaftsvertrag, die Wirtschaftsbeziehungen, die Wirt-

- schaftslage und Reformen in der ČSFR, Entschädigungsforderungen von Sudetendeutschen sowie ein Assoziationsabkommen mit der EG.
- 388** 21.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Paris S. 1619
- Gesprächsthemen sind der KSZE-Gipfel in Paris, der Einfluß von Medien auf die Demokratie, die Golfkrise, insbesondere die Haltung der UdSSR und die Festsetzung von Ausländern im Irak und in Kuwait, der Nahostkonflikt, die Bundestagswahl sowie die Lage der britischen Premierministerin Thatcher.
- 389** 23.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ackermann S. 1624
- Ausgehend von der Lieferung von Hubschraubern der Firma MBB an den Irak, informiert Ackermann über neue Möglichkeiten, Rüstungslieferungen aus binationalen Koproduktionen künftig zu verhindern.
- 390** 26.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1626
- Bettzuege informiert über den Ablauf und die Ergebnisse der KSZE-Gipfelkonferenz in Paris, auf der die „Charta von Paris für ein neues Europa“ verabschiedet wurde.
- 391** 26.11. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1632
- Ellerkmann schildert Hintergründe, die zur Freilassung von im Irak und in Kuwait festgehaltenen Deutschen geführt haben könnten.
- 392** 27.11. Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1635
- Berichtet wird über ein Treffen des irakischen Präsidenten mit als Geiseln festgehaltenen Amerikanern, bei dem Saddam Hussein amerikanischen Aussagen widerspricht, über Atomwaffen zu verfügen.
- 393** 28.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Roman S. 1639
- Gesprächsthemen sind die bilateralen Beziehungen, die Lage der Deutschen in Rumänien, die Entwicklung des Landes seit dem Sturz des rumänischen Präsidenten Ceauşescu sowie wirtschaftliche Fragen.
- 394** 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hartmann, Bundeskanzleramt S. 1647
- Hartmann nimmt Stellung zu den Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Bundeskanzler Kohl im Ge-

- spräch mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Čalfa vertreten solle.
- 395** 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit S. 1650
Schlagintweit berichtet über Hinweise, daß es im Falle von kriegerischen Auseinandersetzungen in der Golfregion zu Terroranschlägen in der Bundesrepublik kommen könne, die von irakischen Botschaftsangehörigen gesteuert würden. Das Bundesministerium des Innern empfehle deren Ausweisung.
- 396** 28.11. Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1654
Lincke
Lincke informiert, daß gemäß dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 deutsche Altschulden aus der Weimarer Republik nach Herstellung der deutschen Einheit zu bedienen sind.
- 397** 29.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Čalfa S. 1655
Themen sind die Regierungskonferenzen für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion bzw. Politische Union, ein bilateraler Freundschaftsvertrag, eine Kooperation zwischen Volkswagen und Škoda, Wirtschaftsfragen, sudetendeutsche Entschädigungsforderungen und ein EG-Assoziationsabkommen der ČSFR.
- 398** 29.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Herold S. 1664
Herold berichtet über die erste Sitzung der deutsch-sowjetischen Gemischten Kommission nach Artikel 25 des Aufenthalts- und Abzugsvertrags.
- 399** 29.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1667
Rosengarten
Rosengarten resümiert die Diskussionen in den skandinavischen Staaten über einen möglichen jeweiligen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.
- 400** 29.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1670
Jelonek faßt die Gespräche des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, in Moskau zusammen, in deren Zentrum Soforthilfen bei Nahrungsmitteln und im Wirtschaft- und Finanzbereich standen.
- 401** 29.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1679
Bettzuege
Bettzuege informiert über die transatlantischen Erklärungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA bzw. Kanada.

- 402** 03.12. Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher S. 1681
Kohl rügt Pressespekulationen über eine zukünftige Verwendung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt.
- 403** 04.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1682
Vollers
Vollers bewertet die Resolution Nr. 678 des VN-Sicherheitsrats zur Golfkrise, die die Mitglieder der Staatengemeinschaft autorisiert, einen Rückzug des Irak aus Kuwait zu erzwingen.
- 404** 06.12. Aufzeichnung des Referats 331 S. 1685
Gegenstand sind die bilateralen Beziehungen zu Kuba, die durch die Zufluchtnahme kubanischer Bürger in anderen westlichen Vertretungen belastet worden seien. Ein weiteres Thema ist der Umgang mit Projekten der DDR in Kuba.
- 405** 07.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 1688
Seitz stellt Überlegungen zu einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik an. Hintergrund sind dabei Befürchtungen über eine Zuwanderungswelle insbesondere aus der UdSSR.
- 406** 07.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1698
von Hoessle
Hoessle bezieht Stellung zu Bitten Israels um zusätzliche Finanzhilfen angesichts der Golfkrise. Er zeigt auf, welche Unterschiede es in dieser Frage zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Finanzen gibt.
- 407** 07.12. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das S. 1701
Auswärtige Amt
Ploetz unterrichtet über das kombinierte Ministertreffen des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) und der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO. Im Mittelpunkt standen Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers Cheney zur Golfkrise und zur militärischen Präsenz der USA in Europa.
- 408** 10.12. Botschaftsrat I. Klasse Papenfuß, Bagdad, an das S. 1707
Auswärtige Amt
Aufgrund eines Artikels der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ geht Papenfuß der Frage nach, ob deutsche Staatsbürger im Irak illegal bei Rüstungsprojekten mitwirken.
- 409** 11.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1713
Schumacher
Vor dem Hintergrund der Umwälzungen in den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts skizziert Schumacher, welche politischen und militärischen Aufgaben die NATO in Zukunft übernehmen sollte.

-
- 410** 11.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1720
Neubert
Neubert zeigt auf, wie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Sowjetrepubliken das politische Gefüge der UdSSR in Frage stellen und welche Auswirkungen dies auf die Politik des Präsidenten Gorbatschow hat.
- 411** 11.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1727
Hauswedell
Hauswedell befaßt sich mit den amerikanisch-pakistanischen Beziehungen nach Hinweisen, daß Pakistans über Atomwaffen verfüge.
- 412** 11.12. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, an das S. 1733
Auswärtige Amt
Zum Abschluß des Festjahrs „Glasgow 1990 – Europäische Hauptstadt der Kultur“ gibt Richthofen einen Überblick zu den deutschen Beiträgen und hebt deren positive Resonanz in Großbritannien hervor.
- 413** 12.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1736
Jelonek unterrichtet über die Schlußkonferenz der Uruguay-Runde des GATT, die wegen einer fehlenden Einigung im Bereich der Landwirtschaft ohne Ergebnis zu Ende ging.
- 414** 12.12. Botschafter Graf von der Schulenburg, Athen, an das S. 1740
Auswärtige Amt
Schulenburg bezieht Stellung zu einem Artikel der Wochenzeitung „Die Zeit“, der den Umgang mit dem Massaker in Kalavrita, das von Einheiten der deutschen Wehrmacht verübt wurde, problematisiert.
- 415** 13.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem russischen S. 1742
Ministerpräsidenten Silajew
Themen sind der Föderalismus in der Bundesrepublik und der UdSSR, die Bedeutung der RSFSR für die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Hilfen für die UdSSR, der Abzug der sowjetischen Truppen sowie die Deutschstämmigen in der UdSSR.
- 416** 13.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem saudi- S. 1748
arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal
Die Gesprächspartner tauschen sich über die Golfkrise aus. Im Mittelpunkt stehen dabei die schwindenden Aussichten auf eine friedliche Lösung und die Rolle des irakischen Präsidenten Saddam Hussein.

- 417** 14.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem britischen Premierminister Major in Rom S. 1752
 Mit Blick auf die Europäischen Regierungskonferenzen erörtern Kohl und Major die Befugnisse des Europäischen Parlaments, die Auswirkungen der Europapolitik auf Großbritannien sowie Fragen der Europäischen Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion.
- 418** 15.12. Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1755
 Ruhfus resümiert ein Gespräch mit dem Berater im amerikanischen Außenministerium, Zoellick, über die Schlußkonferenz der Uruguay-Runde des GATT, die Beziehungen zwischen NATO, WEU und Europäischen Gemeinschaften, die Lage in der UdSSR und den mittel- und osteuropäischen Staaten, die Golfkrise, Rüstungskontrolle und die Verhandlungen über Entschädigungen für Enteignungen durch die UdSSR und die DDR.
- 419** 17.12. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt S. 1761
 Trumpf berichtet über die Eröffnung der Regierungskonferenzen für eine Europäische Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion.
- 420** 17.12. Botschafter Holik, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1763
 Holik resümiert die Diskussion beim Vierertreffen der Außenminister Baker (USA), Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Hurd (Großbritannien) über die Auslegung des KSE-Vertrags durch die UdSSR.
- 421** 17.12. Botschafter Vergau, New York (VN), an das Auswärtige Amt S. 1765
 Thema sind die Auswirkungen der Golfkrise auf die Vereinten Nationen. Vergau behandelt das Zusammenwirken der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, die Rolle des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar und der VN-Generalversammlung sowie der Bewegung Blockfreier Staaten und regionaler Staatengruppen.
- 422** 18.12. Aufzeichnung des Arbeitsstabs Sowjetunion S. 1771
 Bilanziert werden die von staatlichen Stellen und privaten Trägern aus der Bundesrepublik geleistete Sowjetunionhilfe sowie der deutsche Beitrag zur Hilfe auf multilateraler Ebene.
- 423** 18.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holl S. 1774
 Holl gibt Eindrücke seiner Reise nach Pakistan, Nepal und Indien wieder. Neben den bilateralen Beziehungen äußert er sich zum indisch-pakistanischen Gegensatz, zum afghanischen Wider-

- stand, dem Demokratisierungsprozeß in Nepal und der innenpolitischen Lage in Indien.
- 424** 18.12. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1783
- Ploetz informiert über die NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Themen waren die Golfkrise, die künftige Rolle der NATO, die Beziehungen zur UdSSR und zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, außerdem das sicherheitspolitische Zusammenwirken zwischen NATO, WEU und den Europäischen Gemeinschaften.
- 425** 18.12. BDI-Präsident Necker, DGB-Vorsitzender Meyer und DIHT-Präsident Stihl an Bundeskanzler Kohl S. 1789
- Nach der ohne Einigung auseinandergegangenen Schlußkonferenz der Uruguay-Runde des GATT bitten Necker, Meyer und Stihl den Bundeskanzler, auf eine Änderung der Verhandlungsposition der Europäischen Gemeinschaften im Agrarbereich hinzuwirken.
- 426** 19.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Freiherr von Kittlitz S. 1791
- Kittlitz vermerkt Ausführungen des Botschafters Ruhfus, z. Z. Bonn, zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Hintergrund sind die fehlende Einigung bei der Schlußkonferenz der Uruguay-Runde des GATT, die Frage einer zukünftigen europäischen Sicherheitspolitik, die Golfkrise und die deutsche Sowjetunionhilfe.
- 427** 19.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bettzuege S. 1793
- Bettzuege gibt einen Überblick zur Tagung des Europäischen Rats in Rom (Rom II). Behandelt wurden die Eröffnung der Regierungskonferenzen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion, die Hilfen für die UdSSR und die ost- und mitteleuropäischen Staaten, die Golfkrise, der Nahostkonflikt sowie der Friedensprozeß im Libanon und in Südafrika.
- 428** 20.12. Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker S. 1798
- Genscher und Baker tauschen sich über den Rücktritt des sowjetischen Außenministers Schewardnadse und den Wunsch der Türkei nach einer Dislozierung der Luftkomponente der Mobilen Eingreiftruppe (AMF) der NATO aus.
- 429** 21.12. Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem türkischen Präsidenten Özal S. 1800
- Kohl und Özal erörtern den Rücktritt des sowjetischen Außenministers Schewardnadse, die Golfkrise und den Wunsch der

- Türkei nach einer Dislozierung der Luftkomponente der Mobilen Eingreiftruppe (AMF) der NATO.
- 430** 21.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1804
Bindseil
Bindseil gibt einen Überblick zu den Verhandlungen mit den USA über Entschädigungsforderungen amerikanischer Staatsangehöriger für Enteignungen durch die UdSSR und die DDR.
- 431** 21.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1808
Neubert
In einer ersten Einschätzung bewertet Neubert die Gründe und Folgen des Rücktritts des sowjetischen Außenministers Schewardnadse.
- 432** 21.12. Ministerialdirigent Henze, z.Z. Rom, an das S. 1812
Auswärtige Amt
Henze unterrichtet über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der Staaten der Rio-Gruppe in Rom. Erörtert wurden die Schlußkonferenz der Uruguay-Runde des GATT sowie eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Lateinamerika.
- 433** 21.12. Botschafter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das S. 1815
Auswärtige Amt
Ploetz informiert über eine informelle Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zum türkischen Antrag, die Luftkomponente der Mobilen Eingreiftruppe (AMF) in die Türkei zu entsenden.
- 434** 21.12. Botschafter Blech, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1820
Gegenstand ist eine Einschätzung des Leiters des Planungsstabs im sowjetischen Außenministerium, Tarasenko, zum Rücktritt von Außenminister Schewardnadse.
- 435** 25.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1823
irakischen Botschafter Ghani in Wachtberg-Pech
Genscher bittet Ghani, die irakische Regierung auf die Dringlichkeit hinzuweisen, einen Besuchstermin für den amerikanischen Außenminister Baker zu benennen.
- 436** 27.12. Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 1825
Nach Wahlen und Referenden in verschiedenen jugoslawischen Teilrepubliken legt Eiff eine Analyse der innenpolitischen Lage Jugoslawiens vor.

- 437 28.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Trautwein S. 1830
Trautwein informiert über das Außenministertreffen der EG-
und EFTA-Mitgliedstaaten, in dessen Zentrum die Schaffung
eines Europäischen Wirtschaftsraums stand.

Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahressbände 1949/50–1953, 1961 ff., München 1994–2015 bzw. Berlin/Boston 2016 ff.
- ADAP, D Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D: 1937–1945. Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950. Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956.
- AdG Archiv der Gegenwart. Jg. 1990, zusammengestellt von Werner Zürrer, St. Augustin 1991.
- AMERIKA DIENST Amerika Dienst, hrsg. vom United States Information Service, Embassy of the United States of America, Bonn 1965 ff.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- ARMEE OHNE ZUKUNFT Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente, hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts von Hans Ehlert, 2. Auflage, Berlin 2002.
- ARNIM, Zeitnot Joachim von Arnim, Zeitnot. Moskau, Deutschland und der weltpolitische Umbruch, Bonn 2012.
- AUSSENPOLITIK. ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALE FRAGEN Aussenpolitik. Zeitschrift für Internationale Fragen. Bielefeld/Stuttgart/Freiburg/Hamburg 1950–1998.
- AUSSENPOLITIK DER DDR Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Potsdam-Babelsberg in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Jahressbände 1949–1985, Berlin [Ost] 1954–1988.
- AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ Aussenpolitische Korrespondenz, hrsg. von der Hauptabteilung Presse des Ministeriums für
- LXXXIV

- CARDBOARD CASTLE A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991, hrsg. von Vojtech Mastny und Malcom Byrne, Zürich 2005.
- COUNTDOWN Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan, Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987–1990, Berlin 1996.
- DASCHITSCHEW, Moskaus Griff Wjatscheslaw Daschtschew, Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik, Hamburg/Berlin/Bonn 2002.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1940–1989.
- DEUTSCHE AUSSENPOLITIK 1990/91 Deutsche Aussenpolitik 1990/91. Auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung. Eine Dokumentation, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1991.
- DEUTSCHE EINHEIT Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, hrsg. vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998.
- DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG Der deutsch-israelischer Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, hrsg. von Rolf Vogel, Teil I: Politik. 3 Bde., München/New York/London/Paris 1987 und 1988.
- DEUTSCHLAND-ARCHIV Deutschland-Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Köln 1970 ff.
- DEUTSCHLAND 1990 Deutschland 1990. Dokumentation zu der Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 99 Bde., Bonn 1993.
- DIE EINHEIT Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, hrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin von Horst Möller, Ilse Dorothee Pautsch, Gregor Schöllgen, Hermann Wentker und Andreas Wirsching, bearbeitet von Heike Amos und Tim Geiger, Göttingen 2015.
- DIPLOMATIE FÜR DIE EINHEIT Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, hrsg. von Andreas Hilger, München 2011.

-
- DIPLOMATIE FRANÇAISE La diplomatie française face à l'unification allemande. D'après des archives inédites réunies par Maurice Vaisse et Christian Wenkel, Paris 2011.
- DISPATCH US Department of State Dispatch, hrsg. vom Department of State, Washington D. C. 1990.
- DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN MILITÄRGESCHICHTE Dokumente zur deutschen Militärgeschichte 1945–1990. Bundesrepublik und DDR im Ost-West-Konflikt, im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr hrsg. von Christoph Nübel, Berlin 2019.
- DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK DER SOWJETUNION Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin, 3 Bde., Berlin (Ost) 1957–1968.
- DzD II/1 Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bd. 1: Die Konferenz von Potsdam (3 Teilbände), bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992; Bd. 2: Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 7. September bis 31. Dezember 1949, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, München 1996; Bd. 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1997.
- DzD III/2 Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, hrsg. vom Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1956, bearbeitet von Ernst Deuerlein und Hansjürgen Schierbaum, Frankfurt am Main 1963.
- DzD III/3 Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, hrsg. vom Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd. 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1957, bearbeitet von Ernst Deuerlein, Gisela Biewer und Hansjürgen Schierbaum, Frankfurt am Main 1967.
- DzD IV/1 Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: 10. November 1958 bis 30. November 1966, hrsg. vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Bd. 1: 10. November 1958 bis 9. Mai 1959, bearbeitet von Ernst Deuerlein und Hannelore Nathan, Frankfurt am Main 1971.
- DzD V/2 Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969, hrsg.

- EG-NACHRICHTEN
EG-Nachrichten. Berichte und Informationen, Dokumentation, hrsg. vom Presse- und Informationsbüro der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bonn/Berlin/München 1987 ff.
- ENTSCHEIDUNGEN DES
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS
Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen 1952 ff.
- EUROPA-ARCHIV
Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND
WÄHRUNGSUNION
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analysen und Dokumentation, hrsg. von Henry Krägenau und Wolfgang Wetter, Baden-Baden 1993.
- EUROPE. DOCUMENTS
Europe. Documents, hrsg. von Europe, Agence Internationale d'Information pour la Presse, Luxemburg 1959 ff.
- EUROPE TRANSFORMED
Europe transformed. Documents on the End of the Cold War, hrsg. von Lawrence Freedman, London 1990.
- FDK (FREIE DEMOKRATISCHE
KORRESPONDENZ)
Freie Demokratische Korrespondenz. Pressedienst der Freien Demokratischen Partei. Bonn 1960 ff.
- FRANKREICH-INFO
Frankreich-Info, hrsg. von der Presse- und Informationsabteilung der Französischen Botschaft, Bonn 1980 ff.
- FRUS, Conference at Quebec 1944
Foreign Relations of the United States. Conference at Quebec, 1944, Washington D.C. 1972.
- FRUS, MALTA AND YALTA 1945
Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta, 1945, Washington D.C. 1955.
- GENSCHER, Erinnerungen
Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.
- GENSCHER, Unterwegs
Hans-Dietrich Genscher, Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit, Berlin 1991.
- GERMAN UNIFICATION
Documents on British Policy Overseas. Serie III, Bd. VII: German Unification, 1989–1990, hrsg. von Patrick Salmon, Keith Hamilton und Stephen Twigge, London/New York 2010.
- GESETZBLATT DER DDR
Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.

-
- GORBATSCHOW, Sobranie Michail Sergeevič Gorbačev, Sobranie sočinenij, Bde. 20–23, Moskau 2009–2013.
- GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, hrsg. von Aleksandr Galkin und Anatolij Tschernjajew. Deutsche Ausgabe hrsg. von Helmut Altrichter, Horst Möller und Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger. Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz, München 2011.
- HAMMER, ZIRKEL, DAVIDSTERN Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.
- HANSARD, Commons Parliamentary Debates (Hansard). Sixth Series, House of Commons, Official Report, London 1981 ff.
- IM KREML BRENNT NOCH LICHT „Im Kreml brennt noch Licht“. Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989–1991, hrsg. von Detlef Nakath, Gero Neugebauer und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1998.
- INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS International Legal Materials, hrsg. von der American Society of International Law, Washington D. C. 1962 ff.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1960 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. vom Bundesarchiv, Bd. 13: 1960, bearb. von Ralf Behrendt und Christoph Seemann unter Mitwirkung von Ulrich Enders, Josef Henke und Uta Rössel, München 2003.
- KAISER, Deutschlands Vereinigung Karl Kaiser (Hrsg.), Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten, bearb. von Klaus Becher, Bergisch Gladbach 1991.
- KIESSLER/ELBE, Runder Tisch Richard Kiessler, Frank Elbe, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden 1993.
- KOHL, Erinnerungen 1990–1994 Helmut Kohl, Erinnerungen 1990–1994, München 2007.
- KREML UND WIEDERVEREINIGUNG Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen, hrsg. von Stefan Karner, Mark Kramer, Peter Ruggenthaler, Manfred Wilke u. a., Berlin 2015.
- KREML UND DIE WENDE Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Regime. Dokumente, hrsg. von Stefan Karner, Mark Kramer, Peter

- Ruggenthaler, Manfred Wilke u. a., Innsbruck/Wien/Bozen 2014.
- KWIZINSKI, Sturm
Julij A. Kwizinski, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.
- LAST SUPERPOWER SUMMITS
The Last Superpower Summits. Gorbachev, Reagan, and Bush. Conversations that ended the Cold War, hrsg. von Svetlana Savranskaya und Thomas Blanton unter Mitarbeit von Anna Melyakova, Budapest/New York 2016.
- LEHMANN, Außenpolitik
Ines Lehmann, Die Außenpolitik der DDR 1989/1990. Eine dokumentierte Rekonstruktion, Baden-Baden 2010.
- LEHMANN, Vereinigung
Ines Lehmann, Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse. 4 Bde., Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1996–2004.
- MASTERPIECES
Masterpieces of History. The peaceful end of the Cold War in Europe, 1989, hrsg. von Svetlana Savranskaya, Thomas Blanton und Vladislav Zubok unter Mitarbeit von Anna Melyakova, Budapest/New York 2010.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1949–1974
Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1975–1980
Texts of Final Communiqués (Volume II). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1975–1980, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1986–1990
Texts of Final Communiqués (Volume IV). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1986–1990, Brüssel o. J.
- NATO STRATEGY DOCUMENTS
NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
- NEUE ZEIT
Neue Zeit (Novoe vremja). Außenpolitische Wochenschrift, Moskau 1957 ff.
- ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE
Österreich und die deutsche Frage 1987–1990. Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit, hrsg. von Michael Gehler und Maximilian Graf unter Mitarbeit von Philipp Greilinger, Sarah Knoll und Sophie Bitter-Smirnov, Göttingen 2018.

- OSTEUROPA Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart 1951 ff.
- POLENS GEGENWART Polens Gegenwart, 20. Jahrgang, 1987, hrsg. von der Polnischen Agentur Interpress, Auslandspresseredaktion, Warschau o. J.
- POLITIK AUS ERSTER HAND Hans-Dietrich Genscher, Politik aus erster Hand. Kolumnen des Bundesministers a. D. Hans-Dietrich Genscher in der Nordsee-Zeitung Bremerhaven, Bremerhaven 1992.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.
- POLSKA Polska wobec zjednoczenia Niemiec 1989–1991. Dokumenty dyplomatyczne, hrsg. von Włodzimierz Borodziej unter Mitarbeit von Dominik Pick, Warschau 2006.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Book I: January 1 to July 1, 1983. Book II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 bzw. 1985.
- PUBLIC PAPERS, BUSH Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush 1989. Book I: January 20 to June 30, 1989. Book II: July 1 to December 31, 1989, Washington D. C. 1990; 1990: Book I: January 1 to June 30, 1990. Book II: July 1 to December 31, 1990, Washington D. C. 1991.
- QIAN QICHEN, Episodes Qian Qichen, Ten Episodes in China's Diplomacy, London 2005.
- REICHSGESETZBLATT Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council. Security Council. Official Records, New York 1964 ff.
- REVOLUTIONS IN EASTERN EUROPE Documents on British Policy Overseas. Serie III, Bd. XII: Britain and the Revolutions in Eastern Europe, 1989. Hrsg. von Richard Smith, London/New York 2020.
- SCHWARDNADSE, Zukunft Eduard Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991.
- SCHWARDNADSE, Vorhang Eduard Schewardnadse, Als der Eiserne Vorhang zerriss. Begegnungen und Erinnerungen, Duisburg 2007.
- SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2 Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolf-

- gang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
- SOWJETUNION HEUTE Sowjetunion heute, hrsg. von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Presseagentur Nowosti (APN), Köln 1956 ff.
- SPD-FÜHRUNG 1989/90 Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, hrsg. von Ilse Fischer, Bonn 2009.
- TELTSCHIK, 329 Tage Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.
- TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Bd. 7 (1989) und Bd. 8 (1990, 2 Teilbände), redaktionelle Bearbeitung: Gesamtdeutsches Institut–Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1990 bzw. 1991.
- TEHERAN–JALTA–POTSDAM Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. und eingeleitet von Alexander Fischer, Köln 1968.
- TIMM, Alles umsonst? Angelika Timm, Alles umsonst? Verhandlungen zwischen der Claims Conference und der DDR über „Wiedergutmachung“ und Entschädigung, Berlin 1996.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, and 16 September 1975, 3 Bde., New York 1986 und 1987.
- UNASYLVA Unasyuva. An international journal of the forestry and food industries, hrsg. von der Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen, 38. Jahrgang (1986/2), Heft 152, Rom 1986.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, 24 Bde., hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1973–1988.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bde., hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
- UNTS United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, New York 1946/47 ff.
- XCII

-
- VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN Verfassungen der kommunistischen Staaten, hrsg. von Georg Brunner und Boris Meissner, Paderborn/München/Wien/Zürich 1980.
- VERHANDLUNGEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS Verhandlungen des Europäischen Parlaments. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Anhang, hrsg. vom Amt für Amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1968 ff.
- VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE Rüdiger Hartmann/Wolfgang Heydrich/Nikolaus Meyer-Landrut, Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa. Vertragswerk, Verhandlungsgeschichte, Kommentar, Dokumentation, Baden-Baden 1994.
- VOLKSKAMMER, PROTOKOLLE Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode, Protokolle von der 1. Tagung am 5. April 1990 zur 38. Tagung am 2. Oktober 1990, Berlin 2000.
- VORWÄRTS IMMER „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/1989, hrsg. und eingeleitet von Gerd-Rüdiger Stephan unter Mitarbeit von Daniel Küchenmeister, Berlin 1994.
- WENDEZEIT 1987–1990 Die politisch-diplomatischen Beziehungen in der Wendezeit 1987–1990, hrsg. und bearb. von Andreas Schmidt-Schweizer, Berlin/Boston 2018 (Quellen zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn 1949–1990, hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Humanwissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 3).
- WEIDENFELD, Maastricht Werner Weidenfeld (Hrsg.), Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union, Gütersloh 1994.
- WEISSBUCH 1985 Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, im Auftrag der Bundesregierung hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1985.
- WEIZSÄCKER, Reden Richard von Weizsäcker, Reden und Interviews, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bd. 6: 1. Juli 1989 – 30. Juni 1990, Bonn 1990.
- WHEN THE WALL When the Wall Came Down. The Perception of German Reunification in International Diplomatic Documents 1989–1990, hrsg. von Marc Dierikx und Sacha Zala, Bern 2019 (online unter dodis.ch/q12)
- ZBIÓR DOKUMENTÓW Zbiór Dokumentów, hrsg. vom Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warschau 1945 ff.

ZENTRALER RUNDER TISCH

Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokolle und Dokumente, hrsg. von Uwe Thaysen. 5 Bde., Wiesbaden 2000.

20 JAHRE KSZE

20 Jahre KSZE. Eine Dokumentation, hrsg. vom Auswärtigen Amt. 2. Auflage, Bonn 1997.

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)	APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
AA	Auswärtiges Amt	ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland	ARG	Argentinien
ABC	American Broadcasting Company	AS	Arbeitsstab
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen	ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ABM	Anti-Ballistic Missile	AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter
Abt.	Abteilung	AUS	Australien
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency	AV	Auslandsvertretung
ADAP	Akten zur deutschen Auswärtigen Politik	AWACS	Airborne Early Warning and Control System
AdG	Archiv der Gegenwart	AWG	Außenwirtschaftsgesetz
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	AWV	Außenwirtschaftsverordnung
AFG	Afghanistan	Az/AZ	Aktenzeichen
AFP	Agence France-Presse	B	Belgien
AG	Aktiengesellschaft bzw. Arbeitsgruppe	B-Waffen	Biologische Waffen
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BAW	Bundesamt für Wirtschaft
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga bzw. Ausfuhrliste	BBC	British Broadcasting Corporation
ALB	Albanien	BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
ALG	Algerien	BdV	Bund der Vertriebenen
AM	Außenminister/in	BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
ANC	African National Congress	BG	Bulgarien
Anlg.	Anlage(n)		

Abkürzungsverzeichnis

BGBL.	Bundesgesetzblatt	BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
BGS	Bundesgrenzschutz		
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien	BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt	BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	BND	Bundesnachrichtendienst
BK	Bundeskanzler(amt)	Bo	Botschafter/in
BKA	Bundeskriminalamt	BPA	Bundespresseamt/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BKP	Bulgarische Kommunistische Partei	BPräs	Bundespräsident
BM	Bundesminister/ium	BR	Bundesrat bzw. Bundesrepublik
BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Sozialordnung	BR (I)	Botschaftsrat/rätin (I. Klasse)
BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen	BRA	Brasilien
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft	BRD	Bundesrepublik Deutschland
BMD	Ballistic Missile Defense	BSP	Bruttosozialprodukt
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen	BSR	Bundessicherheitsrat
BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie	BT	Bundestag
BMI	Bundesminister/ium des Innern	BUL	Bulgarien
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz	BVerfG(E)	Bundesverfassungs- gericht(sentscheidung)
BMJFFG	Bundesminister/ium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	BW	Bundeswehr bzw. Biologische Waffen
BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten	CBM	Confidence Building Measures
BMPT	Bundesminister/ium für Post und Telekommunikation	CD	Colonia Dignidad bzw. Conference on Disarmament
BMU	Bundesminister/ium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	CDH(P)	Conférence sur la dimension humaine (Paris)
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr	CDN	Canada
		CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
		CFE	Conventional Forces in Europe
		CH	Confoederatio Helvetica (Schweiz)
XCVI			

ChBK	Chef des Bundeskanzleramts	DED	Deutscher Entwicklungsdienst
CHD	Conference on the Human Dimension	DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
ChefBK	Chef des Bundeskanzleramts	DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
CHL	Chile	Dg	(Ministerial-)Dirigent/in
CHN	China (Volksrepublik)	DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
CIA	Central Intelligence Agency	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
CNN	Cable News Network	DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy	DK	Dänemark
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance	DL	Delegationsleiter
Coreper	Comité des représentants permanents	DLF	Deutschlandfunk
Coreu	Correspondence européenne	DM	Deutsche Mark
COS	Costa Rica	DPC	Defence Planning Committee
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe	DRK	Deutsches Rotes Kreuz
ČSFR	Česká a Slovenská Federativní Republika	DTA	Democratic Turnhalle Alliance
ČSSR	Československá Socialistická Republika	DVPA	Demokratische Volkspartei Afghanistans
CSU	Christlich-Soziale Union	DVRJ	Demokratische Volksrepublik Jemen
CTB	Comprehensive Test Ban	DVRK	Demokratische Volksrepublik Korea
cti	citissime	DW	Deutsche Welle bzw. Dritte Welt
CW	Chemiewaffen	DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
C-Waffen	Chemiewaffen	E	España
D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor/in	EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst	EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
DB	Drahtbericht	EC	European Community
DC	Democrazia Cristiana	ECE	Economic Commission for Europe
DDR	Deutsche Demokratische Republik		
DE	Drahterlaß		

Abkürzungsverzeichnis

ECOFIN	Economic and Financial Affairs Council	EXPO	Exposition mondiale
ECU	European Currency Unit	EZ	Entwicklungszusammenarbeit
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	EZB	Europäische Zentralbank
EEA	Einheitliche Europäische Akte	EZBS	Europäisches Zentralbanksystem
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds	F	Frankreich
EFTA	European Free Trade Association	FAO	Food and Agriculture Organization
EG(K)	Europäische Gemeinschaften(-Kommission)	FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
EGK	EG-Kommission	FBI	Federal Bureau of Investigation
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
EH	Entwicklungshilfe	FCO	Foreign and Commonwealth Office
EIB	Europäische Investitionsbank	FDJ	Freie Deutsche Jugend
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	FDP	Freie Demokratische Partei
EL	Entwicklungsländer	FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
ELS	El Salvador	FF	Franc Français/ Französischer Franc
EP	Europäisches Parlament	FIDESZ	Fiatal Demokraták Szövetsége
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit	FIN	Finnland
ER	Europäischer Rat	FK	Fernkopie
ERP	European Recovery Program	FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional
ESA	European Space Agency	FRA	Frankreich
EuGH	Europäischer Gerichtshof	FRG	Federal Republic of Germany
EuR	Europarat	FRUS	Foreign Relations of the United States
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	FS	Fernschreiben
EVP	Europäische Volkspartei	FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	FüS	Führungsstab der Streitkräfte
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
EWS	Europäisches Währungssystem		

GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	IBG	Israelisch Besetzte Gebiete
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
GB	Großbritannien	IDA	International Development Association
GBA	Generalbundesanwalt	IEA	Internationale Energieagentur
GCC	Gulf Cooperation Council	IEPG	Independent European Program Group
GD	Generaldirektor/in	IEWSS	Institute for East-West Security Studies
GDR	German Democratic Republic	IFV	Investitionsförderungs- und -schutzvertrag
geh.	geheim	i. G.	im Generalstab
GG	Grundgesetz	IGH	Internationaler Gerichtshof
GI	Goethe-Institut	IISS	International Institute for Strategic Studies
GK	Gefechtskopf bzw. Generalkonsul/at	IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
GL	Gruppenleiter	IL	Industrieländer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
GPG	General Political Guidelines	INI	Indien
GR/GRI	Griechenland	INO	Indonesien
GRO	Großbritannien	IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
GS	Generalsekretär	IRA	Irish Republican Army
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammen- arbeit	IRK	Irak
GUA	Guatemala	IRL	Irland
GV	Generalversammlung	IRN	Iran
HDTV	High Definition Television	IS	Internationaler Stab
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica	ISI	Inter-Services Intelligence
HH	Haushalt	ISL	Island
HLG	High Level Group	ISR	Israel
HLTF	High Level Task Force	IT	Informationstechnik bzw. Italien
HOD	Hausordnungs- und Objektschutzdienst	ITA	Italien
HU	Hungary		
I	Italien		

Abkürzungsverzeichnis

ITTO	International Tropical Timber Organization	KW	Kernwaffen
ITU	International Telecommunication Union	KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
IWF	Internationaler Währungsfonds	KWZE	Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa
J/JAN/JAP	Japan	KZ	Konzentrationslager
JAR	Jemenitische Arabische Republik	L	(Referats-)Leiter/in
JPN	Japan	LA	Lateinamerika
JUG	Jugoslawien	LBNA	Land Based Navel Aircraft
KAB	Kambodscha	LH	Lufthansa
KAN	Kanada	LIA	Libanon
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung	LIY	Libyen
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau	Lkw	Lastkraftwagen
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti	LLDC	Least Developed Countries
KKW	Kernkraftwerk	LMB	Leiter Ministerbüro
KMK	Kultusministerkonferenz	LPI	Leiter Planungsstab
KOM	(Europäische) Kommission	LPol	Leiter der Politischen Abteilung (der Botschaft)
KOV	Koreanische Volksrepublik (Nordkorea)	LR (I)	Legationsrat/rätin (I. Klasse)
KP	Kommunistische Partei	LUX	Luxemburg
KPCh	Kommunistische Partei Chinas	MAR	Marokko
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	MB	Ministerbüro
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa	MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	MC	Military Committee
KT	Kilotonne	MD	Ministerialdirektor/in
KUW	Kuwait	MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags
KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa	MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
KVZ	Konfliktverhütungszentrum	MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
		MDg	Ministerialdirigent/in
		MECU	Million European Currency Unit
		MEX	Mexiko
		MEZ	Mitteuropäische Zeit
		MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

MfS	Ministerium für Staatssicherheit	NVA	Nationale Volksarmee
MK	Ministerkomitee	NVV	Nichtverbreitungsvertrag
MLT	Malta	NWG	Norwegen
MM	Mittelmeer	OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
MoD	Ministry of Defence	OAS	Organization of American States
MOE	Mittel- und Osteuropa	OB	Oberbürgermeister/in
MP	Ministerpräsident/in	ODA	Official Development Assistance
MR	Menschenrechte bzw. Ministerialrat/rätin bzw. Ministerrat	OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
MS	Mitgliedstaat/en	OIC	Organisation of the Islamic Conference
MW	Megawatt	ONUCA	Grupo de Observadores de las Naciones Unidas en Centroamérica
MwSt.	Mehrwertsteuer	ONUEN	Organizacion de las Naciones Unidas para la Verificación de Elecciones en Nicaragua
N	Norwegen	OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
NATO	North Atlantic Treaty Organization	OS	Oberster Sowjet
ND	Nachrichtendienst	OST/ÖST	Österreich
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands	OZ	Ortszeit
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	P (I/Ia//II)	Pershing (I/Ia/II) bzw. Portugal
NGO	Non-Governmental Organization	PAK	Pakistan
NIC	Nicaragua	PAN	Panama
NIG	Nigeria	PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima
NL/NLD	Niederlande	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
N+N	Neutrale und Nichtgebundene (Staaten)	PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
NO	Naher Osten	PK	Politisches Komitee bzw. Pressekonferenz
NOR	Norwegen	PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê
NP	Nasionale Party/National Party		
NPG	Nukleare Planungsgruppe		
NRW	Nordrhein-Westfalen		
NS	Nationalsozialismus		
NSWP	Nicht-Sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten		
NV	Nichtverbreitung		

Abkürzungsverzeichnis

Pkw	Personenkraftwagen	RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
PL	Polen		
PLO	Palestine Liberation Organization	RUM	Rumänien
PM	Premierminister/in	RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
PNC	Palestinian National Council	S	Schweden
PNET	Peaceful Nuclear Explosions Treaty	SA	Südafrika
PNG	Papua-Neuguinea	SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
PO	Portugal	SALT	Strategic Arms Limitation Talks
PÖA	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	SAM	Sowjetisches Außenministerium
POL	Polen	SAR	Saudi-Arabien
Pol	Politik/Politische	SB	Sonderband bzw. Sonderberichterstatter
PORT	Portugal	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Präs.	Präsident/in bzw. Präsidentschaft	SCG	Special Consultative Group
PR	Public Relations	SCN	Schweden
PStS	Parlamentarische(r) Staatssekretär/in	SCZ	Schweiz
PTG	Portugal	SDI	Strategic Defense Initiative
PV	Parlamentarische Versammlung	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei	SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
Pz	Panzer	SGV	Sondergeneral- versammlung
RAF	Rote Armee Fraktion bzw. Royal Air Force	SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
RBM	Regierender Bürgermeister	SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
RD	Regierungsdirektor/in		
RE	Runderlaß	SLCM	Sea-Launched Cruise Missile
Ref.	Referat	SNF	Short-Range Nuclear Force
Res.	Resolution	SOW	Sowjetunion
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	SP/SPA	Spanien
RK	Rechts- und Konsular-	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
RL	Referatsleiter/in bzw. Richtlinie		
CII			

SR	Sicherheitsrat	TNS	Teilnehmerstaaten
SRBM	Short-Range Ballistic Missile	TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
SRINF	Shorter-Range Intermediate-Range Nuclear Forces	TR	Türkei
SRÜ	Seerechtsübereinkommen	TRbl	Transferrubel
SS	Schutzstaffel	TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme, Violence Internationale
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik	TSE/TSL	Tschechoslowakei
StA	Staatsanwaltschaft	TTBT	Threshold Test Ban Treaty
START	Strategic Arms Reduction Talks	TUN	Tunesien
StäV	Ständige Vertretung	TUR	Türkei
StGB	Strafgesetzbuch	TZ	Technische Zusammenarbeit
StM(in)	Staatsminister/in	U	Ungarn
StP	Staatspräsident/in	UA	Unterabteilung
StS	Staatssekretär/in	UDF	Ungarisches Demokratisches Forum
StV	Ständige(r) Vertreter/in	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SU	Sowjetunion	UK	United Kingdom
SUA	Südafrika	UN	United Nations
SV	Sichtvermerk	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
SWAPO	South West Africa People's Organization	UNDP	United Nations Development Programme
SWE	Schweden	UNEP	United Nations Environment Programme
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
SYR	Syrien	UNFPA	United Nations Population Fund
SZDZ	Szabad Demokraták Szövetsége	UNG	Ungarn
SZR	Sonderziehungsrechte	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
T	Türkei	UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
TASM	Tactical Air-to-Surface Missile	UNO	United Nations Organization bzw. Unión Nacional Opositora
TASS	Telegrafnoje agentstwo Sowjetskogo Sojusa		
taz	die tageszeitung		
Tgb.	Tagebuch		
TLE	Treaty Limited Equipment		

Abkürzungsverzeichnis

UNTAG	United Nations Transition Assistance Group	VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
UNOVEN	United Nations Observer Mission for the Verification of the Elections in Nicaragua	VVSBM	Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
UR	Uruguay-Runde	WDR	Westdeutscher Rundfunk
US/USA	United States of America	WEU	Westeuropäische Union
USG	Under-Secretary-General	Wi	Wirtschaft
USP	Ungarische Sozialistische Partei	WGT	Westliche Gruppe der (sowjetischen) Truppen
VAE	Vereinigte Arabische Emirate	WHO	World Health Organization
VAM	Vizeaußenminister/in	WP	Wahlperiode bzw. Warschauer Pakt
VAR	Vereinigte Arabische Republik	WTZ	Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
VAS	Verwaltungs- und Abwicklungsstelle	WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen	WV	Wiedervorlage bzw. Wiener Verhandlungen
VEN	Venezuela	WVO	Warschauer Vertragsorganisation
VIE	Vietnam	WWG	Weltwirtschaftsgipfel
VKSE	Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
VLR (I) / VLRin (I)	Vortragende/r Legationsrat/rätin (I. Klasse)	YU	Yugoslavia
VM	Verteidigungsminister/in	ZA	Zentralamerika
VN	Vereinte Nationen	z. b. V.	zur besonderen Verwendung
VO	Verordnung	ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
VP	Vizepräsident/in	Ziff.	Ziffer
VR	Volksrepublik	ZK	Zentralkomitee
VRC	Volksrepublik China	ZYP	Zypern
VS(-v)	Verschlusssache (vertraulich)		

Dokumente

1

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron**3. Januar 1990¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Nukleare Minimalabhaltung aus sowjetischer Sicht;
hier: Motive, Interessen, konzeptioneller und militärtechnischer Rahmen
einer entstehenden sowjetischen Konzeption

Bezug: Aufzeichnung des Planungsstabs vom 18.12.1989 (Rolle der Nuklear-
waffen)⁴

Vorbemerkung: Im Anschluß an die Vorlage zur „Rolle der Nuklearwaffen in
einer Strategie der Minimalabhaltung“ (vgl. Bezug) wird nachfolgend die neue
sowjetische Konzeption und Interessenlage dargestellt.

I. Sowjetische Akzeptanz der Abschreckung („Abhaltung“) auf Grundlage eines
minimierten Nuklearpotentials (zugleich Kurzfassung)

1) Zusammenfassung und Bewertung

Vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis, in
Europa und in Deutschland verstärkt sich im Rahmen einer bislang kontroversen
inersowjetischen Diskussion der Wandel hin zur Konzeption einer zukünftigen
„Nuklearen Minimalabhaltung“. Es geht dabei nicht nur um eine sicherheits-
und bündnispolitisch, sondern inzwischen auch um eine deutschlandpolitisch
bedeutsame Entwicklung. Es geht u. a. um ein in verschiedenen Zusammen-
hängen (z. B. Vierer-Treffen der Botschafter⁵; Rede Schewardnades in Brüssel⁶)
deutlich gewordenes sowjetisches Interesse, in den europäischen und deutschen
Entwicklungsprozeß eine – notfalls bremsende – Stabilisierungs- und Steuerungs-
funktion der vier Sieger- und Nuklearmächte einzuführen und für diesen Zweck
die Beziehungen zu den drei Westmächten auf allen Ebenen, darunter in der

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 7. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 14. Februar 1990 vorgelegen, der den Rücklauf
über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat
BM vorgelegen.“
Hat Ministerialdirektor Citron erneut vorgelegen.

⁴ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vgl. B 9 (Ref. 02), Bd. 178529.

⁵ Am 11. Dezember 1989 fand im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in Berlin (West) ein Gespräch
der Botschafter der Vier Mächte, Boidevaix (Frankreich), Kotschemassow (UdSSR), Mallaby (Groß-
britannien) und Walters (USA), statt, über das Boidevaix am selben Tag Staatssekretär Sudhoff
unterrichtete. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 210 vom 11. Dezember 1989; B 1 (Ref. 010),
Bd. 178926. Vgl. ferner das Fernschreiben von Boidevaix an das französische Außenministerium;
DIPLOMATIE FRANÇAISE, Dok. 26. Zum Botschaftertreffen vgl. auch GERMAN UNIFICATION, Dok. 73; IM
KREML BRENNT NOCH LICHT, Dok. 10; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 121; DIE EINHEIT, Dok. 28.

⁶ Am 19. Dezember 1989 hielt der sowjetische Außenminister Schewardnadse eine Rede vor dem
Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments und sprach mit den Außenministern der EG-
Mitgliedstaaten. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 131. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-
ARCHIV 1990, D 127–136.

Am selben Tag besuchte Schewardnadse als erster Außenminister eines Warschauer-Pakt-Staats das
NATO-Hauptquartier in Brüssel. Vgl. dazu AAPD 1989, II, Dok. 417. Vgl. ferner KREML UND DIE
WENDE, Dok. 95.

bislang besonders strittigen Frage nuklearer Konzeptionen und Rüstungen, möglichst störungsfrei zu machen.

Nach ersten Denkanstößen ziviler sowjetischer Experten, die sich ab Ende 1986 zunächst in verschiedenen Stabilitätsmodellen auf den nuklearstrategischen Bereich konzentrierten, ist seit dem kürzlichen Besuch Gorbatschows in Helsinki (25./26.10.1989⁷) auch die Einbeziehung taktischer Nuklearwaffen in Europa in dieses Konzept (noch ohne technische Differenzierung) zweifelsfrei deutlich geworden.

Die von der politischen Führung (Gorbatschow, Schewardnadse) nach außen vorsichtig indossierten Vorarbeiten ziviler Sicherheitsexperten werden nun offenbar auch in militärischen Führungskreisen – allerdings bisher noch nicht von der Führungsspitze (VtgMin, GenStab) – mit größerer Aufgeschlossenheit aufgenommen. So wurde bei den deutsch-sowjetischen Stabsgesprächen im BMVg am 14.12.89⁸ die Konzeption der nuklearen Minimalabhaltung⁹ von Genlt.¹⁰ Starodubow (milit. ZK-Berater) als eine realpolitische Notwendigkeit dargestellt. Begründet wurde dies unter Hinweis auf das (1) westliche Festhalten an der nuklearen Abschreckung, auf das (2) Aufkommen neuer Kernwaffenmächte sowie auf die (3) wachsende Proliferationsgefahr von Massenvernichtungstechnologien in der Dritten Welt. Jedoch wolle die Sowjetunion damit ihre perspektivische Vision einer nuklearwaffenfreien Welt nicht grundsätzlich aufgeben.

Aus den Äußerungen ziviler und militärischer Experten schält sich inzwischen die Vorstellung heraus, längerfristig eine vereinbarte und überprüfbare nukleare Minimalabhaltung durch schrittweise Reduzierungen bis hin zu jeweils 5% der derzeitigen strategischen (SU/US) und substrategischen Potentiale (Europa) zu erreichen. Auf der Grundlage sowjetischer Zahlen entspräche dies für die SU etwa 500 GK auf mobilen ICBM und auf seegestützten Systemen (idealerweise SS-25 mit je 1 GK und SS-N-20) und ca. 200 „taktischen Waffen“ (bisher unspezifiziert) in Europa. Entsprechende sowjetische Präzisierungen zu den drei westlichen Nuklearpotentialen stehen bislang noch aus, sind aber spätestens im Rahmen der trilateralen Expertengespräche auf Instruktionsebene¹¹ zu erwarten.

Die Akzeptanz eines während einer ungewiß langen Übergangszeit¹² schrittweise minimierten Nuklearpotentials sowie eine – bei zivilen Experten – aufkom-

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit dem finnischen Präsidenten Koivisto am 25. Oktober 1989 in Helsinki; MASTERPIECES, Dok. 95.

⁸ Das Bundesministerium der Verteidigung notierte am 15. Dezember 1989, mit den deutsch-sowjetischen Stabsgesprächen vom Vortag sei der „im April des Jahres begonnene Meinungs- und Gedankenaustausch zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik fortgesetzt“ worden. Im Zentrum hätten „Fragen zur Fortentwicklung militärpolitischer Beziehungen zwischen den Streitkräften, Sachstand und Perspektiven VKSE, Diskussion zu Militärstrategie und Militärdoktrin und Sachstand der Realisierung einseitiger Streitkräftereduzierung im WP“ gestanden. Vgl. B 41 (Ref. 213), Bd. 147178.

⁹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Sowjetischerseits wird der Begriff ‚Abschreckung‘ (ustrashenie) u. a. wegen des damit assoziierten Feindbildes vermieden und der Begriff ‚Abhaltung‘ (sderzhivanie) – im Sinne der französischen ‚dissuasion‘ – bevorzugt.“

¹⁰ Generalleutnant.

¹¹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Entsprechend einer Anregung Gorbatschows hat das New Yorker IEWSS in Zusammenarbeit mit dem Moskauer Europa-Institut und dem Londoner IISS eine AG westlicher und östlicher Experten gebildet, die über dieses Thema arbeiten sollen. Auf deutscher Seite: Prof. Kaiser und alternierend General a. D. Altenburg und Uwe Nerlich (SWP).“

¹² An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Es geht um die Übergangszeit bis hin zur von der SU weiterhin visionär angestrebten Abschaffung von KW. Aus computergestützten Simulationen der sowjeti-

mende Bereitschaft zur Entwicklung eines gemeinsamen Nuklearkonzepts der KW-Staaten (politische Doktrin und defensive Strategie) deuten auf die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit einer grundlegenden Änderung der bisherigen sowjetischen Haltung zur westlichen Abschreckung, insbesondere zur erweiterten Abschreckung in Europa hin. Dies schließt weitere propagandistische Schachzüge auf der bisherigen Linie nicht aus. Diese dürften aber eher als eine prestigebedingte Begleiterscheinung des Rückzugs von der bisher gegenüber der Öffentlichkeit verfolgten Anti-Nuklearstrategie zu bewerten sein.

Die sich für Europa andeutende sicherheitspolitische Chance aus den neuen Entwicklungsansätzen besteht darin, daß die Sowjetunion tatsächlich ein verhandlungsförderndes Interesse daran entwickeln könnte, die bisherige überdimensionierte nukleare Ost-West-Konfrontation allmählich in einen kooperativ vereinbarten und vernünftig dimensionierten nuklearen Stabilitätsanker in ganz Europa zu überführen. Es geht dabei um den ordnungs- und sicherheitspolitischen Kernbereich einer zukünftigen Europäischen Friedensordnung, an der wir ein besonderes Interesse haben.

2) Vorschlag zu unserer Haltung

a) Es ist damit zu rechnen, daß sich Einzelaspekte dieser innersowjetischen Diskussion bereits in Beiträgen anlässlich des bevorstehenden Seminars über Militärdoktrinen in Wien¹³ niederschlagen werden. Angesichts des klaren Trends sowjetischer Äußerungen hin zu einem größeren Realismus in sicherheitspolitischen Fragen sollte die westliche Gesprächsführung auch in diesem Punkt (1) einfühlsam auf sowjetische Prestigebedürfnisse im Zusammenhang mit der Abkehr von der bisherigen Denuklearisierungskampagne eingehen, (2) Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten herausarbeiten, um damit (3) Chancen für einen neuartigen Dialog zu eröffnen, der allmählich hinführen kann zu gemeinsam getragenen oder zumindest wechselseitig akzeptierten Konzeptionen im Rahmen kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa.

b) Es wird – für die Deutschen insgesamt – von größter Bedeutung sein, in diesem allmählich auf uns zukommenden Prozeß nicht nur durch Analysen, politische Äußerungen, Reden und Konsultationen, sondern vor allem durch Teilnahme an etwaigen Expertengesprächen oder gar an Konferenztsichen mitzuwirken.

II. Politische Interessen und Motive auf sowjetischer Seite

Die hinter diesem Wandel stehenden wichtigsten politischen Motive und Interessen werden nachfolgend (unter Auswertung einschlägiger Äußerungen ziviler und militärischer Experten sowie der politischen Führung) skizziert:

1) Konzeptionell gewinnen an Bedeutung:

- die zunehmende Entdämonisierung der westlichen Abschreckung im Zuge einer realistischeren Bedrohungsanalyse (besonders deutlich bei zivilen Experten; zögerlicher, ja überwiegend noch ablehnend die Militärs);

Fortsetzung Fußnote von Seite 4

schen Akademie der Wissenschaften vom Frühjahr 1987 ergibt sich als sowjetische These, daß die restlichen 5% des Nuklearpotentials aus Stabilitätsgründen nicht mehr schrittweise, sondern nur in einem gemeinsamen Schritt aller KW-Mächte abgebaut werden können.“

¹³ Zum Seminar über Militärdoktrinen und Sicherheitskonzepte der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 16. Januar bis 5. Februar 1990 in Wien vgl. Dok. 51.

- die Suche nach einer realpolitischen Einordnung der Nuklearwaffen in eine sich nicht mehr nur auf den konventionellen Bereich beschränkende defensive Doktrin¹⁴ und Strategie/Taktik. Entsprechend erfolgt auch eine allmähliche Umetikettierung bisher massiv verurteilter nuklearer Offensivpotentiale zu (minimierten) Potentialen der Zurückhaltung und Abhaltung;
- die konsequente Übertragung der zentralen sicherheitspolitischen Leitvorstellung des Neuen Denkens, d. h. der „Hinlänglichkeit“ des Potentials für Verteidigungszwecke, über den konventionellen Bereich hinaus auch auf das nukleare Dispositiv (in einer – allerdings zivilen – Diskussionsvariante sogar als massive Forderung nach drastischer einseitiger Reduzierung, d. h. nach Verzicht auf bisheriges Gleichgewichts- bzw. Paritätsdenken);
- die Notwendigkeit einer konsequenten Erstreckung des Kooperationsgedankens als Kernelement des Neuen Denkens auch auf den nuklearen Bereich und damit zusammenhängend:
- die Bereitschaft zur allmählichen Abkehr von durch nukleare Überrüstung nur noch künstlich aufrechterhaltener Bipolarität (SU/US) und die Notwendigkeit, den neuartigen Kooperationsanforderungen einer multipolaren Welt zukünftig auch auf der nuklearen Ebene zu entsprechen.

2) Nuklearmächte, Bündnisse und Deutsche Frage

Von zunehmender Bedeutung angesichts des stürmischen Wandels in Europa und vor allem in Deutschland schält sich ein nuklearwaffenbezogenes sowjetisches Interesse an Stabilität heraus, u. a. durch:

- Viererkooperation: Entstörung des nuklearen sicherheitspolitischen Kerns des Ost-West-Konflikts durch zweifelsfreie Anerkennung der legitimen Sicherheitsinteressen (einschl. der erweiterten Abschreckung) von US, GB, F in Europa. Hierdurch wird eine wesentliche Verbreiterung des Kooperationsfundaments zwischen den vier ehemaligen Siegermächten in Europa angestrebt.
Entsprechend zeigt sich auch in anderen Zusammenhängen ein immer deutlicheres sowjetisches Interesse, eine Stabilisierungs- und Steuerungsfunktion der vier Sieger- und Nuklearmächte in Europa in den europäischen und insbesondere in den deutschen Wandlungsprozeß einzuführen.
- US-Präsenz in Europa: Die sowjetische Einschätzung, daß eine zukünftig auch die sowjetische Präsenz in Ost-Europa mitlegitimierende amerikanische Präsenz in West-Europa ohne Nuklearwaffen (siehe „no nukes, no troops“) nicht dauerhaft sein könnte (zugespißt: angesichts der Lageentwicklung sichern amerikanische Streitkräfte und Nuklearwaffen in Europa indirekt auch die sowjetische Präsenz in Mittel-Osteuropa).
- Bündnisse: Die sowjetische Einsicht in die politisch stabilisierenden Wirkungen minimierter Kernwaffenpotentiale auf die jeweilige Bündnikohäsion. In Nuklearwaffen werden nunmehr anscheinend zweckmäßige Bremsen gegen

¹⁴ Bei der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin wurden der Übergang zu einer defensiven Militärdoktrin des Warschauer Pakts betont und der NATO gemeinsame Gespräche über die jeweilige Militärdoktrin angeboten. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394. Zur Militärdoktrin des Warschauer Pakts vgl. ferner AAPD 1987, I, Dok. 154, und AAPD 1987, II, Dok. 192.

eine zu rasche Änderung/Auflösung der Bündnisstrukturen und abstützende Widerlager beim kooperativen Brückenbau zwischen den sich ändernden Bündnissen gesehen. Diese Sicht entspricht auch einer neuartigen sowjetischen Akzeptanz der NATO (siehe u. a. Schewardnadse in Brüssel) sowie der sowjetischen Erwartung, daß umgekehrt der Westen keinen Keil ins östliche Bündnis treibt (wechselseitiger Destabilisierungsverzicht).

- Deutschlandpolitisch: Neben der jeweiligen Bündniszugehörigkeit der beiden deutschen Staaten stellen Nuklearwaffen auf deutschem Boden aus sowjetischer Sicht die entscheidende Bremse gegen ein allzu rasches Zusammenwachsen dar, soweit dies über eine enge Kooperation beider deutscher Staaten (z. B. Föderation) hinausgeht und Sicherheitsinteressen anderer europäischer Staaten hierdurch empfindlich berührt werden!¹⁵

3) Rüstungskontrollpolitisch

Hier geht es neben einer Reihe von bekannten rüstungskontrollpolitischen Motiven und Interessen insbesondere um eine:

- realpolitische Ablösung von der Vision einer nuklearwaffenfreien Welt und Wahrung des militärtechnologischen Kerns der sowjetischen Weltmachtstellung auf drastisch verringertem Niveau;
- Berücksichtigung von Nuklearwaffen in Europa als sicherheitspolitische Stabilisatoren nach Reduzierungen im Rahmen der VKSE¹⁶ (Hintergrund: Nach Aufgabe bisheriger konventioneller sowjetischer Überlegenheit durch Akzeptanz eines konventionellen Gleichgewichts bzw. zukünftiger wechselseitiger Verteidigerdominanz könnte die SU aus historisch bedingtem Sicherheitsdenken einen Bedarf an flankierender nuklearer Sicherung empfinden);
- rüstungswirtschaftlich: Sowjetischerseits wird durchaus gesehen, daß Kernwaffen bis zu einer gewissen Grenze Spielraum schaffen können für weitere konventionelle Reduzierungen und damit auch für volkswirtschaftlich besonders bedeutsame Einsparungen (Hintergrund: Nuklearwaffen erheblich billiger);
- technologisch: Kostengünstige Nuklearwaffen als Barrieren gegen hochtechnologische westliche Waffenentwicklungen – im konventionellen wie im Raketenabwehrbereich, welche die sowjetischen Möglichkeiten überfordern könnten;
- Retorsionskapazität: Wahrung einer als immer notwendiger erkannten Retorsionskapazität gegen aufkommende neue Kernwaffenmächte¹⁷;
- und mit Blick auf Kernwaffensperrvertrag¹⁸: Interesse an möglichst glaubwürdiger sowjetischer Konzeption (u. a. Verpflichtung nach Art. VI zur nuklearen Abrüstung) mit Blick auf die Überprüfungskonferenz im Sommer 1990¹⁹,

¹⁵ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das verspricht für unsere SNF-Abrüstungsinteressen nichts Gutes, und zwar vor allem, was die westliche Seite betrifft.“

¹⁶ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das sagt Dregger auch.“

¹⁷ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das wird das große Thema der Zukunft.“

¹⁸ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 143.

¹⁹ Die vierte Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 fand vom 20. August bis 14. September 1990 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 316.

vor allem aber mit Blick auf das Auslaufen dieses Vertrages und dessen Neuverhandlung ab 1995.

Zusammenfassend hierzu: Dieser Überblick zeigt, daß hinter der sowjetischen Wende hin zur nuklearen Minimalabhaltung die Suche nach einem zukunftsfähigen, umfassenden und zugleich geschlossenen Konzept steht, das sich möglichst widerspruchsfrei auf den verschiedenen Handlungsebenen umsetzen läßt.

III. Konzeption und militärtechnische Rahmenbedingungen (ausgewählte Gedanken aus der innersowjetischen Diskussion, soweit unter I. bis II. noch nicht angesprochen)

1) Kern der sich entwickelnden Konzeption ist die gesicherte Zweitschlagsfähigkeit durch massive Vergeltung auf der Grundlage drastisch reduzierter und möglichst unverwundbarer Potentiale (entsprechend Forderung nach „Akzeptanz gemeinsamer Spielregeln“). Erreicht werden soll dabei eine unmißverständliche Stärkung der politischen Funktion von Kernwaffen. Sie gelten ausschließlich als politische Mittel einer zuverlässigen Kriegsverhinderung durch Androhung eines „unakzeptablen Schadens“ gegenüber gegnerischen Bevölkerungs- und Industriezentren (counter-value) im Falle eines Angriffs. Hierfür werden in Beispielrechnungen – mit Blick auf die verletzbaren inneren Strukturen der USA – lediglich bis zu 5 „durchkommende“ GK im Megatonnen-Bereich für ausreichend gehalten.

2) Zur Sicherung einer strategischen Stabilität auf der Basis einer nuklearen Minimalabhaltung, die sich am Ende nicht nur auf die SU und die USA beschränken kann, sind u. a. erforderlich eine:

- Auflösung des Widerspruchs zwischen dem politischen Bekenntnis der Großmächte zur Nichtführbarkeit sowie Nichtgewinnbarkeit eines Nuklearkrieges (u. a. Genfer Gipfelerklärung vom November 1985²⁰) und den hierzu unverändert entgegengerichteten konzeptionellen und technologischen Entwicklungen auf beiden Seiten (Forderung nach Schließung der Glaubwürdigkeitslücke);
- Aufgabe eines schematischen Paritätsdenkens (als Hauptursache der Rüstungsspirale) im Großmächteverhältnis, das den apokalyptischen Realitäten eines hypothetischen Nukleareinsatzes überhaupt nicht gerecht werde (in einem Diskussionsbeitrag: Es gehe für die SU hierbei auch um eine spezifische Entstalinisierung des nicht mehr zeitgemäßen „Gleichgewichtsdenkens“);
- deutliche Anhebung der Nuklearschwelle u. a. durch Aufgabe bisheriger Counter-force-Planungen (Entwaffnungsschläge) und Aufgabe von Versuchen, konzeptionell und technologisch eine nukleare Kriegsführungsfähigkeit anzustreben (u. a. durch nukleare Eskalationskonzepte, durch Entwicklung hochpräziser Trägersysteme, durch chirurgisch wirkende Gefechtsköpfe sowie durch bestimmte aktive und passive Schutzmaßnahmen);
- Minimierung der Möglichkeit weniger eines absichtlichen als eines unabsichtlichen, technisch zufällig ausbrechenden Nuklearkrieges;

²⁰ Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, anlässlich ihres Treffens vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Zum Treffen vgl. ferner LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 9–17, sowie AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

- Annahme einer Rationalität des Handelns im West-Ost-Kontext, hingegen zunehmende Unsicherheit mit Blick auf zukünftige Nord-Süd-Entwicklungen (Unkalkulierbarkeit neuer KW-Mächte und Proliferation von Massenvernichtungstechnologie in der Dritten Welt);
- schließlich eine bemerkenswert deutliche moralische Akzeptanz der Abschreckung im Sinne einer nuklearen Minimalabhaltung: Counter-value-Konzepte seien wegen ihrer demonstrativen Erhöhung der Nuklearschwelle und damit der entscheidenden Grenze zur Vernichtung und Selbstvernichtung in jedem Falle positiver zu bewerten als Counter-force-orientierte nukleare Kriegsführungskonzepte.

Prognose hierzu: Die innersowjetische Diskussion dürfte im Vorfeld des 28. Parteitags der KPdSU²¹ (Herbst 1990) weiter an Bedeutung gewinnen. Es geht um die innenpolitische Durchsetzung eines kooperativen Nuklearkonzeptes als unabdingbares sicherheitspolitisches Fundament für eine längere Übergangsphase der West-Ost-Beziehungen. Entsprechende Rahmenbeschlüsse zur politischen Stabilisierungsfunktion von Nuklearwaffen sind durchaus möglich, womit die bisher von militärischer Seite stärker in den Vordergrund gerückte militärisch-technische Ratio des sowjetischen Nuklearpotentials und damit verbundene Beschaffungsforderungen zurücktreten würden. Nach einem START-Abkommen wäre ggfs. der innenpolitische Handlungsspielraum auf sowjetischer Seite für weitere, u. U. drastische Schritte deutlich vergrößert.

3) Nukleare Minimalabhaltung setzt – nach Meinung vor allem ziviler Experten – Verzicht/Beschränkung einer technisch abgestützten Optionsvielfalt voraus (ansonsten Möglichkeit destabilisierender Fehlwahrnehmungen bezüglich einer von der Gegenseite angestrebten Kriegsführungsfähigkeit). Nukleare Minimalabhaltung setzt mit zunehmender Schrittfolge beim Abbau von Nuklearwaffen zur Sicherung der Stabilität immer zwingender voraus:

- wechselseitige Gewißheit über eine Verringerung der Zielplanung und – damit zusammenhängend – der Bedarfsplanung bei Trägersystemen und Gefechtsköpfen (bei Counter-value-Planung besteht hierfür ein erheblich größerer Spielraum als bei einer höheren Präzision und größeren Mehrfachabdeckung erfordernden Counter-force-Planung);
- Verzicht/Zurückhaltung bei Substitutionsmöglichkeiten für abgerüstete Nuklearwaffen (d. h. durch andere Massenvernichtungsmittel, neuartige Präzisions- und Flächenwaffen etc.);
- Verzicht/Zurückhaltung bei Abwehrmaßnahmen (BMD-Systeme, Stealth, U-Boot-Bekämpfung etc.) und bei Verbesserung der Eindringfähigkeit sowie bei der Zivilverteidigung sowie:
- (evtl. auch vereinbarter) Schutz von Aufklärungs- und Leitsystemen;
- besonders strenge Anforderungen an Verifikation, Zählregeln, Nachladefähigkeit, Stationierungsabsprachen (zur Art, zu geographischen Räumen);
- Interesse an – evtl. sogar gemeinsam durchgeführter – technischer Zuverlässigkeitssicherung bzw. -überprüfung (dadurch Stärkung von Stabilität, Vertrauensbildung und politisch intendierter Abhaltewirkung);

²¹ Zum XXVIII. Parteitag der KPdSU vom 2. bis 13. Juli 1990 in Moskau vgl. Dok. 215.

- hierfür und für andere Zwecke: modernes technisch gut ausgestattetes Kommunikationsnetz zwischen den Bündnissen und Nuklearmächten.

Kurzbewertung: Die hier nur skizzierten Rahmenparameter zur Stärkung einer umfassenden strategischen Stabilität auf dem Weg hin zu einer nuklearen Minimalabhaltung machen Sinn und sollten auch in unsere eigenen Überlegungen einbezogen werden.

4) Weitere Rüstungskontrollaspekte

a) Mit Blick auf eine zukünftige Einbeziehung britischer und französischer Nuklearwaffen in den Abrüstungsprozeß haben computergestützte Simulationsmodelle der sowjetischen Akademie der Wissenschaften offenbar²² ergeben, daß dies erst nach einer Reduzierung von 75 % der heutigen strategischen Potentiale der SU und der USA notwendig sein werde.

b) Ein Teil der zivilen Experten setzt sich mit großem Nachdruck für einseitige sowjetische Reduzierungsmaßnahmen bei den strategischen Potentialen ein. Die Sowjetunion könne schon heute ohne weiteres ihr Potential einseitig um 50% reduzieren, ohne ihre Zweitschlagsfähigkeit zu gefährden. Hierdurch werde der Weg hin zu einer akkordierten Minimalabhaltung beschleunigt. Unilaterale Schritte seien kein Ausdruck der Schwäche, sondern einer sicherheitspolitischen Vernunft. Sie würden – ähnlich wie die einseitigen sowjetischen Reduzierungen im konventionellen Bereich²³ – ihre Wirkung in der westlichen Öffentlichkeit und damit auf die westlichen Entscheidungsprozesse nicht verfehlen. Derartige Äußerungen sind allerdings in den letzten Wochen insbesondere von militärischen Experten vehement zurückgewiesen worden.

c) Eine vereinbarte Konfiguration taktischer Nuklearwaffen auf minimiertem Niveau unter Akzeptanz des westlichen Konzepts einer erweiterten nuklearen Abschreckung werde – so einige Äußerungen – einerseits den Spielraum für zusätzliche sowjetische Truppenabzüge erhöhen. Zugleich müsse aber bedacht werden, daß von Nuklearwaffen unter bestimmten Rahmenbedingungen auch ein Anreiz zur Bereithaltung eines größeren konventionellen Dispositivs ausginge (Sicherung konventioneller Kriegsführungsfähigkeit).

In diesem Diskussionszusammenhang geht es also um die sicherheitspolitische und rüstungswirtschaftliche Optimierung des Mischungsverhältnisses zwischen nuklearen und konventionellen Potentialen in Europa unter Berücksichtigung der nationalen und der bündnispolitischen Interessen der beteiligten Staaten.

Entsprechend hat die sowjetische Delegation bei den deutsch-sowjetischen Stabsgesprächen im BMVg am 14.12.89 darauf aufmerksam gemacht, daß aus sowjetischer Sicht Reduzierungen im nuklearen Bereich zusätzliche Voraussetzungen für konventionelle Reduzierungen schaffen, das Konzept der Minimalabschreckung aber zugleich eine Entsprechung auf dem konventionellen Sektor verlange. Dies bedeute vor allem eine weitreichende Reduzierung besonders destabilisierender Waffen, die Abschaffung hochbeweglicher Streitkräfteanteile, die Um-

²² Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff eingekreist. Dazu Fragezeichen.

²³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

strukturierung zu Verteidigungsstreitkräften sowie der Abbau einer die Angriffsfähigkeit stützenden Infrastruktur.

Diese integrale Argumentation ist zwar im Kern nicht neu, sie könnte aber im Lichte des neuen Nuklearkonzepts den sowjetischen Verhandlungsspielraum sowohl bei zukünftigen KSE-II-Verhandlungen²⁴ als auch bei zukünftigen Verhandlungen über taktische Nuklearwaffen in Europa erweitern.

IV. Ausblick auf das sowjetische Nuklearkonzept in Europa

Die wichtigste politische Wirkung der voranstehend skizzierten Entwicklung dürfte darin bestehen, daß hiermit im Vorfeld zukünftiger Verhandlungen über nuklear-taktische Waffen in Europa konzeptionell ein insbesondere für die drei westlichen Nuklearmächte eher beruhigendes Umfeld entsteht.

Wenn westliche und östliche Erklärungen tatsächlich umgesetzt werden, dann können mit Beginn der KSE-Implementierung ab Ende 1990/1991 zum einen SNF-Verhandlungen beginnen, zum anderen wäre die SU – laut eigenen Erklärungen – mit Beginn solcher Verhandlungen bereit, bestehende Asymmetrien in diesem Bereich einseitig abzubauen und zugleich über eine Reduzierung des verbleibenden Potentials zu verhandeln.

Dabei handelt es sich – auch nach einem beiderseitigen Verzicht auf nukleare Artilleriegefechtswaffen – um eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Denn es geht um eine beiderseits zu akzeptierende Konfiguration zahlreicher sonstiger Nuklearwaffen.

Es ist wahrscheinlich, daß die SU bei den Verhandlungen über taktische Nuklearwaffen in Europa eine nukleare Minimalabhaltung (d. h. Reduzierung auf 5% des bestehenden Gesamtpotentials) möglichst rasch anstrebt, um sich nach einem START-Abkommen in den verbleibenden 90er Jahren auf drastische weitere Reduzierungen der strategischen Potentiale zu konzentrieren. Aus der Sicht eines derartigen Kalküls dürfte die SU durchaus von guten Chancen für eine recht weitreichende Umsetzung der Gorbatschow-Vision einer schrittweisen weltweiten Denuklearisierung ausgehen.

Citron

B 9 (Ref. 02), Bd. 178529

²⁴ Seit 6. März 1989 führten die 23 Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt in Wien Verhandlungen über eine Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (VKSE). Dabei sollten zunächst die für Offensivhandlungen verwendbaren Waffen- und Ausrüstungsmaterialien (in den Kategorien Panzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artillerie großer Reichweite, Kampfflugzeuge und Kampfubschrauber) der in Europa stationierten Land- und Luftstreitkräfte reduziert werden („Wien I“). Für das Vertragsgebiet „vom Atlantik bis zum Ural“, das in vier ineinander gestaffelte und um das zentraleuropäische Konfrontationsgebiet herumgruppierete Zonen gegliedert war, sollte es absolute sowie regional aufgeschlüsselte Obergrenzen geben. In einer zweiten Phase („Wien II“) sollten Folgeverhandlungen für Streitkräftereduzierungen der Teilnehmerstaaten erfolgen. Für den Wortlaut des Verhandlungsmandats vom 10. Januar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 96f. Für den Stand der VKSE vgl. AAPD 1989, II, Dok. 425.

2

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oestreich

402-440.94

3. Januar 1990¹Über Dg40 i. V.², D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Nord-Süd-Dialog;

hier: Auswirkungen der Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa
auf den Nord-Süd-Dialog

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung⁵

Die Wandlungen im Osten verändern Szenerie und Inhalte des Nord-Süd-Dialoges. Damit verbundene Tendenzen zur Versachlichung sollten von uns mit Behutsamkeit gestärkt werden.

1) „Die neue Phase erfordert auch eine Entideologisierung der Beziehungen zwischen den Staaten. Wir entsagen nicht unseren Überzeugungen, unserer Philosophie und unseren Traditionen...“. Seit diesem Hinweis Gorbatschows in seiner VN-Rede vor einem Jahr⁶ nutzen mittel- und osteuropäische Staaten die Foren des Nord-Süd-Dialoges für ihre Emanzipationsbestrebungen und stellen dabei auch traditionelle Inhalte und Organisationsformen des Nord-Süd-Dialogs in Frage.

Beispiele:

„Die Notwendigkeit radikaler Reformen ist erkannt... Wir haben das System zentral geplanter Kommandowirtschaft in allen Aspekten ausprobiert, und es hat versagt“ (so der polnische Vertreter vor dem 36. UNCTAD-TDB⁷).

„Mein Land wird an der Expertengruppe (für Intersystems Trade) nicht als Mitglied der D-Gruppe teilnehmen“ (so der ungarische Delegierte vor der UNCTAD-Expertengruppe 27.11. – 1.12.89).

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oestreich und Vortragendem Legationsrat Jessen konzipiert.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Reichenbaum Vortragendem Legationsrat I. Klasse Albrecht am 5. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek Ministerialdirigent von Kyaw am 5. Januar 1990 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. Januar 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Orientierungen in Ziffer 5 halte ich tendenziell für richtig.“
Hat Ministerialdirektor Jelonek am 11. Januar 1990 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 402 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oestreich erneut vorgelegen.

⁵ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Ziffer 5 enthält Vorschläge.“

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 357 und Dok. 359.

⁷ Zum ersten Teil der Sitzung des Trade and Development Board der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 2. bis 13. bzw. am 18. Oktober 1989 in Genf vgl. <https://digitallibrary.un.org/record/109282?ln=es>.

2) SU und osteuropäische Staaten verfolgen damit je nach Interessenlage unterschiedliche inhaltliche Ziele:

- Die SU wirbt durch unpolemisches Auftreten (eher „Partner des Nordens“ denn „natürlicher Verbündeter des Südens im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus“) vor allem für ihre weltwirtschaftliche Integration.
- Die ost- und mitteleuropäischen Staaten suchen die Gelegenheit
 - Handlungsspielräume zu testen, zu betonen und auszudehnen;
 - politische Standorte neu zu definieren und international abzusichern (wobei Polen, anders als Ungarn, Tendenzen zeigt, sich auch als EL zu verstehen).
- China hingegen zeigt wieder stärker ideologisch gefärbtes Auftreten und läuft damit Gefahr, aus der eher vermittelnden Position der letzten Jahre etwas in eine Isolierung zu geraten.

3) Mit der Neudefinition ihrer Interessen und ihrer freieren Artikulation stellen die mittel- und osteuropäischen Länder auch überkommene Strukturen in den Gremien des Nord-Süd-Dialoges in Frage. Dies gilt gleichermaßen für:

- Verhandlungsstrukturen: Die ungarische Unzufriedenheit mit dem bestehenden Gruppensystem in der UNCTAD (EL = G 77; westliche IL = B-Gruppe; Osten = D-Gruppe/China) wird Auflockerungstendenzen bei den EL verstärken;
- und für die Verhandlungsführung der RGW-Staaten, die kaum noch durch ideologisch gefärbte allgemeine Konfrontation, sondern durch sachorientierte Erörterung von Einzelthemen globalen Interesses (wie z.B. Umwelt, Bevölkerungswachstum, Drogenproblematik, wirtschaftliche Probleme) und Bemühen um weltwirtschaftliche Integration unter Verzicht auf propagandistische Punktsiege gekennzeichnet ist.

4) Die EL reagierten hierauf bisher mit:

- Befürchtungen vor weiterer Marginalisierung (Sorge, IL würden Aufmerksamkeit und Ressourcen auf Kosten des „Südens“ in Richtung „Osten“ verlagern);
- einer gewissen Verhärtung der G 77-Positionen gegenüber den IL;
- Abwehrreaktionen z.B. gegenüber Bestrebungen von Polen um Einstufung als EL bzw. Einbeziehung in Schuldenregelungen;
- Verunsicherung und auch Nachdenklichkeit gegenüber den Gründen für den Wandlungsprozeß.

Für alle sichtbar wandelt sich der „Osten“ vom alternativen bzw. angestrebten Modell zum abschreckenden Beispiel für das Versagen ideologisch ausgerichteter Wirtschaftsführung. Deren Scheitern zwingt viele EL zum Überdenken ihrer ordnungspolitischen Vorstellungen in Richtung auf weltwirtschaftliche Integration, mehr Markt, größere Rolle des einzelnen im Entwicklungsprozeß und erschüttert die Staatsgläubigkeit sowie das Vertrauen in die in vielen EL herrschenden Einparteiensysteme. Der sich verbreitende Zweifel an der visionären Ideologie des Marxismus-Leninismus öffnet den Blick für die Realitäten des Hier und Heute. Der Verlust an Vision läßt aber auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten klarer hervortreten.

Die EL sind sich zunehmend bewußt, daß sie mit den östlichen „Nachbarn“ der IL in Konkurrenz um Ressourcen und Investitionen stehen und – bei abnehmen-

dem Blockdenken – weniger als bisher darauf zählen können, allein aus Gründen der Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen Lager unterstützt zu werden. Diese Erkenntnis kann den Drang zu weltwirtschaftlicher Integration und, damit einhergehend, sachorientierter Debatte verstärken. Sie kann zudem Kraft zur Selbsthilfe freisetzen, vorausgesetzt, daß Reformbereitschaft sich durch wirtschaftlichen Erfolg und verstärkte Kooperation und Hilfsbereitschaft der EL auch erkennbar auszahlt.

5) Wir sollten die zur Zeit bei EL und „Osten“ bestehende Bereitschaft zur Integration in die Weltwirtschaft sowie zur Versachlichung und Problemorientierung des Dialoges sowohl im Interesse einer Verbesserung der Beziehungen zu den EL wie auch der Förderung der neuen Haltung des „Ostens“ unterstützen. Dazu gehört

- Abbau der Marginalisierungsfurcht der EL durch Flankierung unseres ostpolitischen Engagements nach Süden. Erforderlich sind gerade jetzt klare Signale, wie z. B.
 - Beibehaltung/Ausbau unseres entwicklungspolitischen Engagements;
 - möglichst klare Trennung der Instrumentarien unserer Hilfe in Richtung Osten und der Instrumentarien der Entwicklungsländerhilfen, und zwar aus optischen und sachlichen Gründen (in EL müssen vielfach Strukturen erst geschaffen, im Osten bestehende Strukturen hingegen vor allem reorientiert werden);
 - Konstruktives IL-Engagement bei den bevorstehenden Nord-Süd-Konferenzen, Offenheit gegenüber Angeboten neuer Dialogformen;
 - Sichtbare Honorierung von Reformbereitschaft in EL.
- Bereitschaft zur verstärkten Einbeziehung des Ostens in den Nord-Süd-Dialog (in wichtigen multilateralen Foren und internationalen Organisationen) und in den Meinungsbildungsprozeß zu weltwirtschaftlichen Fragen (hier käme einem etwaigen neuen Nord-Süd-Gipfel eine nützliche Funktion zu, auch vor dem Hintergrund, daß der Wunsch der SU nach Teilnahme an den G7-Wirtschaftsgipfeln auf Bedenken stößt).
- Behutsamkeit gegenüber Tendenzen zur Gruppenauflösung. Obwohl im Zuge der Differenzierungen in „Ost“ wie „Süd“ eine Lockerung des überkommenen Gruppensystems in der UNCTAD und anderen Gremien positive Auswirkungen auf den Verhandlungsmodus haben kann, sollten wir diesen Prozeß von uns aus nicht forcieren, d.h. kontraproduzente Wirkungen einer zusätzlichen Verunsicherung der SU – aber auch auf seiten der EL – vermeiden.

Oestreich

B 54 (Ref. 402), Bd. 152893

3

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-320.10 JUG

4. Januar 1990¹Über Herrn Dg21², Herrn D2³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Jugoslawien zu Beginn des Jahres 1990

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Jugoslawien präsentiert sich zum Jahresbeginn 1990 in einer schwierigen und komplexen Gemengelage. Die Reformen kommen auf Bundesebene nur mühsam und in den einzelnen Republiken mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran. Die bekannten strukturellen Probleme werden durch zunehmenden Nationalismus vor allem in Serbien (Kosovo!⁵) und das starke wirtschaftliche Gefälle in ihren negativen Auswirkungen verstärkt.

Die steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den seit langem bestehenden Defiziten des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens führt in den einzelnen Republiken zu sehr unterschiedlichen Konsequenzen. Während Slowenien und Kroatien auf dem Wege zu westlich-demokratisch orientierten Systemen (Mehrparteiensystem; Rechtsstaat) sind, festigen sich in Serbien⁶, Montenegro und Mazedonien populistisch-nationalistische Einparteienherrschaften.

Die Armee stellt in der Auseinandersetzung um politische Reformen ein retardierendes Element dar. Sie ist jedoch gleichzeitig ein Korrektiv gegen hegemonistische (serbische) und partikularistische (slowenische) Bestrebungen, die den Zusammenhalt Jugoslawiens bedrohen.

Zwar entwickeln sich die politischen Strukturen der Teilrepubliken derzeit tendenziell auseinander. Ein Auseinanderbrechen Jugoslawiens ist gleichwohl kein akutes Problem. Noch ist das historische Band aus der Zeit des Partisanenkrieges (Gleichberechtigung der Nationalitäten im Bund der Kommunisten Jugoslawiens) nicht völlig zerschlossen. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise scheint auch ein Minimalkonsens zu bestehen, daß eine völlige Auflösung des Wirtschaftsraumes Jugoslawien bei der komplementären Wirtschaftsstruktur der Republiken (Industrieprodukte aus dem Norden, Rohstoffe und Zulieferungen aus dem Süden) allen schaden würde. Das Fehlen einer vernünftigen Alternative erweist sich derzeit immer noch als das stärkste Gegenmittel zur Neutralisierung der zentrifugalen Kräfte.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Legationsrat I. Klasse Almer konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 4. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrop am 5. Januar 1990 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. Januar 1990 vorgelegen.

⁵ Zur Entwicklung im Kosovo vgl. AAPD 1989, I, Dok. 79 und Dok. 200. Vgl. auch Dok. 288.

⁶ Zur Entwicklung in der jugoslawischen Teilrepublik Serbien vgl. AAPD 1988, I, Dok. 58.

II. Im einzelnen

1) Seit Titos Tod (1980) verloren die jugoslawischen Bundesorgane ständig an Einfluß. Das Übergewicht der zentrifugalen Kräfte läßt sich durch folgende Faktoren erklären:

- Zuspitzung der in der Vergangenheit durch die gemeinsame Ideologie (Selbstverwaltungssozialismus) überbrückten ethnischen Gegensätze.
- Trotz Ressourcentransfer von den wohlhabenderen zu den ärmeren Teilrepubliken kein Abbau des starken wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles.
- Unterschiedliche Ansätze zu Art und Richtung der allseits als notwendig erachteten wirtschaftlichen und politischen Reformen (Verfassungsänderung).

2) Die Schwächung des politischen Zentrums führte zu einer von permanentem Krisenmanagement geprägten, anhaltend schwierigen Wirtschaftslage. Zwar ist nach einer westlichen Stützungsaktion (1988, mit besonderem Engagement der deutschen Seite⁷) die außenwirtschaftliche Situation stabilisiert (derzeit knapp 6 Mrd. US-\$ Devisenreserven), doch sind die binnenwirtschaftlichen Indikatoren besorgniserregend:

- Hyperinflation (zuletzt 2500 % p. a.),
- offene (15 %) und verdeckte (20–25 %) Arbeitslosigkeit mit hohen regionalen Spitzen (Kosovo bis zu 50 %),
- durchschnittliche Reallöhne auf dem Niveau der 60er Jahre (ebenfalls regionale Abweichungen),
- Stabilisierung des BSP auf niedrigem Niveau.

3) Angesichts der steigenden Unzufriedenheit der Bevölkerung über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Defizite des Landes versuchen die Führungen der Teilrepubliken, ihre Machtpositionen durch eine zunehmend nationalistische Politik zu sichern. Insbesondere Serbien setzt unter seinem Republikspräsidenten Milošević (im November 1989 durch Referendum für 4 Jahre bestätigt⁸, bisherige Praxis: Wahl durch das Parlament für 1 Jahr) auf eine Wiederbelebung des großserbischen Nationalismus der Vorkriegszeit. Dies spiegelt sich wider in der Gleichschaltung der autonomen Provinzen Kosovo (unter Inkaufnahme blutiger Unruhen im März und November 1989) und Wojwodina, der Nachbarrepublik Montenegro sowie der Mobilisierung der serbischen Minderheiten in Kroatien und Bosnien-Herzegowina.

Letzter Höhepunkt dieser Politik war – nach dem Verbot einer serbischen Demonstration in Laibach durch die slowenischen Behörden – die Ausrufung eines serbischen Wirtschaftsboykotts gegenüber Slowenien (Anfang Dezember 1989). Slowenien mißtraut serbischen Forderungen nach einer Stärkung der Bundeskompetenzen, da es aufgrund der Politik von Milošević die Dominanz eines ser-

⁷ Referat 421 notierte am 15. Juni 1988 zu den Umschuldungsverhandlungen für Jugoslawien im Pariser Club: „Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird Jugoslawien hinsichtlich der Tilgungs- und Zinszahlungen bis Mitte 1989 eine Entlastung von 952 Mio. \$ bringen. Auf die Bundesrepublik Deutschland als einen der größten Gläubiger entfällt ein Beitrag von 328 Mio. DM; dies entspricht einem Anteil am umzuschuldenden Gesamtvolumen von ca. 20 %.“ Vgl. B 63 (Ref. 420), Bd. 157117.

⁸ Der Präsident der jugoslawischen Teilrepublik Serbien, Milošević, wurde am 12. November 1989 wiedergewählt.

bisch kontrollierten „Blocks“ in einem straffer geführten Jugoslawien fürchtet. Das Streben nach mehr politischer Eigenständigkeit schlug sich deutlich in der geänderten slowenischen Verfassung (September 1989) nieder.

4) Die seit März 1989 amtierende Regierung hat trotz aller Widerstände der Teilrepubliken bedeutsame Fortschritte in der Durchsetzung ihrer markt- und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik erzielt. MP Marković konnte noch vor dem Jahresende eine grundsätzliche Einigung mit dem IWF erzielen und das Maßnahmenpaket seines Wirtschaftsprogrammes für 1990 in großen Teilen durch das jugoslawische Parlament bringen: ein radikales Anti-Inflationsprogramm mit einem befristeten (bis 30.6.1990) Lohnstopp und mit einem Währungsschnitt bei Koppelung des Dinar an die DM.

In der Debatte um die beabsichtigten politischen Reformen kollidieren die Standpunkte der Teilrepubliken zur Einführung von politischem Pluralismus, zur Trennung von Partei und Staat, zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und der menschenrechtlichen Lage. Slowenien und Kroatien sind auf dem Wege zu einem westlich-demokratisch orientierten System (Zulassung oppositioneller Gruppen für die im Frühjahr 1990 bevorstehenden Wahlen⁹, Abschaffung des politischen Strafrechts, volle Meinungs- und Pressefreiheit), Serbien, Montenegro und Mazedonien tendieren zu populistisch-nationalistischen Einparteiensherrschaften, die auch vor Repression (Kosovo), politischer Justiz (Vllasi-Prozeß¹⁰) und staatlich gesteuerten Medienlandschaften nicht zurückschrecken.

Auch das letzte ZK-Plenum des BdKJ (26./27.12.1989) bestätigte den Eindruck, daß es dem BdKJ auf dem bevorstehenden Parteitag (20.–22.1.1990) nicht gelingen wird, diese Gegensätze zu überwinden und eine gemeinsame Plattform für die allseits angestrebte Änderung der jugoslawischen Verfassung zu finden.

5) Die Armee, historisch eng mit der kommunistischen Partei verbunden, stellt in der Auseinandersetzung um politische Reformen ein retardierendes Element dar (Ablehnung eines Mehrparteiensystems). Als Hüter der gesamtjugoslawischen Einheit tritt sie sowohl serbischem Hegemoniestreben als auch slowenischem Partikularismus entgegen. Ihr Verhalten im Falle eines eventuellen Auseinanderbrechens des Landes ist nicht prognostizierbar, doch allein die theoretische Möglichkeit eines Eingreifens dürfte viele „Hitzköpfe“ davon abhalten, bis zum Äußersten zu gehen.

III. Ausblick

Im kommenden Jahr werden sich die politischen Strukturen der Teilrepubliken tendenziell auseinanderentwickeln. Die Nationalitätenkonflikte (Serbien/Slowenien, evtl. auch Serbien/Kroatien; Kosovo) werden sich fortsetzen. Ein Auseinanderbrechen Jugoslawiens ist gleichwohl kein akutes Problem. Noch ist das historische Band aus der Zeit des Partisanenkrieges (Gleichberechtigung der Nationalitäten im BdKJ) nicht völlig zerschlossen. Angesichts der schweren

⁹ Am 8. bzw. am 22. April 1990 fanden in der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien und am 22. April bzw. 6. Mai 1990 in der Teilrepublik Kroatien Parlamentswahlen statt.

¹⁰ Im Frühjahr 1989 wurde der Vorsitzende des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens des Autonomen Gebietes Kosovo, Vllasi, abgesetzt und verhaftet. Seit 30. Oktober 1989 wurde ihm und weiteren 14 Angeklagten albanischer Nationalität im Kosovo der Prozeß gemacht wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“. Vgl. dazu den Artikel „Der Serbe Milošević rechnet mit den albanischen Führern ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Oktober 1989, S. 3.

Wirtschaftskrise versucht zwar jede Teilrepublik, bei der Verteilung der Anpassungslasten der notwendigen Wirtschaftsreformen die eigenen partikularen Interessen durchzusetzen, doch scheint ein Minimalkonsens zu bestehen, daß die Einheit Jugoslawiens im politischen und wirtschaftlichen (komplementäre Wirtschaftsstruktur der Teilrepubliken: Industrieprodukte aus dem Norden, Rohstoffe und Zulieferungen aus dem Süden) Interesse aller steht. Letztlich verfügen weder Serbien (nach dem Scheitern der an den serbischen Patriotismus appellierenden „Wiedergeburt“-Anleihe) noch das kleine Slowenien (mit knapp 2 Mio. Einwohnern alleine wirtschaftlich kaum lebensfähig) über eine vernünftige Alternative zur Politik der Regierung Marković. Dies dürfte das stärkste Gegenmittel zur Neutralisierung der zentrifugalen Kräfte Jugoslawiens sein – vorausgesetzt, Vernunft und Rationalität setzen sich in der aufgeheizten politischen Atmosphäre des Landes durch.

Referat 421 hat mitgezeichnet.

Derix

B 42 (Ref. 215), Bd. 163381

4

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem japanischen Ministerpräsidenten Kaifu

9. Januar 1990¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem japanischen Ministerpräsidenten Toshiki Kaifu im erweiterten Kreis am Dienstag, den 9. Januar 1990, 11.40–12.10 Uhr²

Gesprächsteilnehmer

von deutscher Seite: der Bundeskanzler, MD Teltschik, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, BR Dr. Schulte als Dolmetscher;

von japanischer Seite: Ministerpräsident Kaifu, Außenminister Nakayama, Stv. Außenminister Owada als Note-taker, Herr Takeo Mori als Dolmetscher.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 17. Januar 1990 gefertigt und am 25. Januar 1990 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.

Hat Bächmann am 25. Januar 1990 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Zeller an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheel „m[it] d[er] Bitte| um Übernahme“ verfügte.

Hat Schlagintweit am 25. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Zeller am 26. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Scheel vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; B 37 (Ref. 341), Bd. 161927.

² Im Rahmen einer zehntägigen Europareise hielt sich der japanische Ministerpräsident Kaifu vom 8. bis 10. Januar 1990 in der Bundesrepublik und in Berlin auf.

Der *Bundeskanzler* (BK) unterstreicht die im vorhergehenden Vier-Augen-Gespräch festgestellte Übereinstimmung in der Haltung gegenüber der VR China und regt hierzu einen Informationsaustausch an. So inakzeptabel die dortigen Menschenrechtsverletzungen und die fortdauernde politische Repression seien, müsse es doch Ziel des Westens sein, China aus seiner Isolation heraus und auf den Reformkurs zurückzuführen. Aus geopolitischer Sicht wäre es schlecht, wenn die Entwicklungen in China der Gesamtentwicklung in der Welt entgegenläfen. Er, BK, könne nicht einschätzen, in welchem Maße der Wandel in Osteuropa auch die Verhältnisse in China beeinflusse. Er könne sich nur vorstellen, daß die chinesische Führung, die den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden Krenz bei dessen Besuch in Peking³ groß gefeiert hatte, von dessen anschließendem Sturz⁴ nicht unbeeindruckt geblieben sei.

PM *Kaifu* (PM) erklärt, daß es auch seiner Grundhaltung entspreche, China nicht zu isolieren. Im japanischen Parlament habe es heftige Diskussionen über das Verhältnis Japans zu China gegeben. Gute Beziehungen zwischen Japan und China seien jedoch wichtig für die Stabilität in Asien. Japan empfinde eine besondere Verantwortung, China zu einer Politik zurückzuführen, die es nicht in Gegensatz zu den weltpolitischen Entwicklungen stelle.

Zu einem Informationsaustausch über die beiderseitige China-Politik sei er, PM, gern bereit.

BK weist auf das persönliche Engagement hin, mit dem er seit seiner Amtsübernahme die Vertiefung unserer Beziehungen zu China betrieben habe. Um so größer sei für ihn die Enttäuschung über die Massaker am Platz des Himmlischen Friedens⁵ gewesen. Trotz fortbestehender innerer Reserven halte er es jedoch für vordringlich, auch den Kurs der EG so zu steuern, daß China nicht isoliert werde. Probleme gebe es hierbei mit der deutschen Öffentlichkeit, da sich insbesondere die deutschen Studenten – verständlicherweise – mit den Mitgliedern der chinesischen Demokratiebewegung solidarisierten. In den USA habe er bei einer Vortragsveranstaltung in der Harvard-Universität im vergangenen Jahr⁶ das gleiche Phänomen beobachtet.

Möglicherweise sei es die einmütige Verurteilung der Pekinger Ereignisse durch die Weltöffentlichkeit im vergangenen Jahr gewesen, die die Machthaber in der DDR und in der ČSSR davon abgehalten habe, auf die Demonstranten in Leipzig und in Prag ebenfalls das Feuer zu eröffnen.

BK schließt mit der Bemerkung, daß für ihn die beste Nachricht aus China die Rückkehr des ehemaligen PM Zhao Ziyang in sein Regierungsamt⁷ sein würde.

³ Das Mitglied des Politbüros der SED, Krenz, nahm vom 25. September bis 2. Oktober 1989 an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik in China teil.

⁴ Egon Krenz war vom 18. Oktober bis 3. Dezember 1989 Generalsekretär der SED sowie vom 24. Oktober bis 6. Dezember 1989 Staatsratsvorsitzender der DDR.

⁵ Zur Niederschlagung der Demokratiebewegung in der Volksrepublik China im Juni 1989 vgl. Dok. 17, Anm. 9.

⁶ Bundeskanzler Kohl nahm Anfang Juni 1989 an den Abschlußfeierlichkeiten teil, mit denen sein ältester Sohn Walter das Studium in Harvard beendete.

⁷ Bei der Plenarsitzung des ZK der KPCh am 23./24. Juni 1989 wurde die Absetzung des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, offiziell bekanntgegeben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1302 des Botschafters Hellbeck, Peking, vom 25. Juni 1989; B 37 (Ref. 341), Bd. 161816.

PM bemerkt, daß nach seinen Informationen Deng Xiaoping und MP Li Peng wesentlich dazu beigetragen hätten, daß Zhao Ziyang noch am Leben sei. Inzwischen sei seit seinem Rücktritt vom Amte des Vorsitzenden der Militärkommission der Einfluß Deng Xiaopings sehr zurückgegangen.⁸ Die Lage in China sei gegenwärtig sehr labil. Für die Regierung Japans wie für die Bundesregierung stelle sich gleichermaßen die Aufgabe, alles zu tun, um zu seiner Stabilisierung beizutragen.

PM berichtet sodann über das Verhältnis Japans zu den beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel. Zu Südkorea, wo sich bei anhaltendem Wirtschaftswachstum eine politisch zunehmend stabile Lage entwickle, verfüge Japan über gute Beziehungen. Japan habe auch mehrfach versucht, Regierungskontakte zu Nordkorea aufzunehmen, sei aber an der mangelnden Flexibilität Pjöngjangs gescheitert. Im Interesse von Stabilität, Freiheit und Demokratie in der Welt setze Japan dennoch seine Kontaktbemühungen zu Nordkorea fort. Dem Kräfte-dreieck Japan, EG-Europa und USA wachse zunehmend Verantwortung für die Stabilität in der Welt zu.

Für Nordkorea erhoffe sich Japan eine ähnliche Entwicklung, wie sie sich in der DDR vollzogen habe. Dies sei aber nur über eine Annäherung der beiden koreanischen Staaten denkbar. Eine solche würde auch zu einer Verbesserung der Gesamtlage in der Region führen. Hier müsse man Geduld haben, aber auch sanften Druck ausüben: Die beiden koreanischen Staaten dürften nicht die letzten in Asien bleiben, die miteinander im Streit lebten.

BK unterstreicht seine Überzeugung von der wachsenden Bedeutung Europas für die weitere Entwicklung in der Welt. Für uns Deutsche dürften sich in den 90er Jahren zunehmend Möglichkeiten ergeben, Fehler der Vergangenheit wiedergutzumachen. Für die Zeit um das Jahr 2000 und danach rechne er, BK, mit drei weltpolitischen Schwerpunkten:

- Asien mit Japan als Kristallisationskern,
- Nordamerika unter Führung der USA,
- Europa mit Deutschland als Kernstück.

Eine solche Entwicklung gebe Deutschen wie Japanern ein zusätzliches Motiv für die weitere Vertiefung ihrer bilateralen Beziehungen, die nicht gegen Dritte gerichtet seien. Beide Regierungen verfügten – und dies sei ein weiteres verbindendes Element – über besonders gute Beziehungen zu den USA.

Das geplante japanische Engagement in Polen und Ungarn sei aus deutscher Sicht sehr zu begrüßen. Zu beiden Ländern hätten wir in Europa den besten Zugang und die besten Beziehungen. Er, BK, habe Ungarn vor drei Wochen besucht.⁹ Der erfolgreiche Wandel in Polen und Ungarn sei Voraussetzung für

⁸ Deng Xiaoping übergab am 9. November 1989 das Amt des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission des ZK der KPCh an den Generalsekretär des ZK der KPCh, Jiang Zemin. Vgl. dazu den Artikel „Jiang Zemin wird Nachfolger Dengs als Vorsitzender der Militärkommission“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. November 1989, S. 7.

Den Vorsitz in der Zentralen Militärkommission der Volksrepublik China legte Deng am 21. März 1990 nieder. Vgl. dazu den Artikel „Deng gibt sein letztes Regierungsamt ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. März 1990, S. 8.

⁹ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 16. bis 18. Dezember 1989 in Ungarn auf. Für das Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh am 16. Dezember 1989 in Budapest vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 124, und WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 60.

die Wende in der DDR gewesen. Sollten die Reformen in diesen beiden Ländern scheitern, würde sich dies als Katastrophe für Gorbatschows Reformpolitik erweisen.

Zum bilateralen Verhältnis unterstreicht BK, daß er den kulturellen Beziehungen langfristig ebenso große Bedeutung wie dem Wirtschaftsaustausch beimesse. Was die wirtschaftlichen Beziehungen EG–Japan angehe, sei man in Europa darüber enttäuscht, daß Japan offenbar mit der Einführung des europäischen Airbus in seine Luftflotte nach wie vor Probleme habe, obwohl Europa hier seit langem auf ein Signal für eine ausgewogenere japanische Handelspolitik warte. Als er, BK, sein Amt übernommen habe, sei er vor der Frage gestanden, ob die Bundesregierung die kostspielige Entwicklung der neuen Airbus-Generation fortsetzen solle. Er habe sich – und dies vor allem aus marktwirtschaftlichen Gründen – dafür entschieden. Es wäre ein Schlag für die Marktwirtschaft gewesen, wenn einer US-Firma das Weltmonopol für leistungsfähige Verkehrsflugzeuge zugefallen wäre.

PM weist darauf hin, daß die innerstaatliche japanische Fluglinie JAS („Japanese Aviation System“) bereits mehrere Airbus-Flugzeuge gekauft habe.

Zusammenfassend unterstreicht PM die folgenden – aus japanischer Sicht besonders wichtigen – Punkte des vorhergehenden Gesprächs:

- Für Japan sei der Reformprozeß in Mittel-, Ost- und Südosteuropa von größter Bedeutung. Bereits auf dem Pariser Wirtschaftsgipfel¹⁰ habe Japan seine Bereitschaft bekundet, diese Entwicklungen nicht nur mit Geld zu unterstützen. Es habe vielmehr den festen politischen Willen Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft in dieser Region zu fördern, um so schrittweise zu deren Verbreitung in der ganzen Welt beizutragen.
- Was Japans bilaterale Beziehungen zur Sowjetunion angehe, habe er, PM, versucht, (in dem Vier-Augen-Gespräch) bei BK um Verständnis für die japanische Position zu werben.
- Der Airbus sei ihm, PM, als ein guter Flugzeug bekannt. Einige Maschinen dieses Typs seien von japanischer Seite ja bereits bezogen. Die Frage des Ankaufs weiterer Maschinen sei Sache der Privatwirtschaft. Er hoffe aber insoweit auf weitere Erfolge für Airbus Industries.

B 37 (Ref. 341), Bd. 161927

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. AAPD 1989, II, Dok. 231.

5

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsräte I. Klasse Rosengarten und Kudlich

411-423 DDR

10. Januar 1990¹

410-420.00

Über Herrn Dg 41², Herrn D4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵
Sofort (Vorlage bei 010 heute)

Betr.: Stand und Perspektiven der zukünftigen Gestaltung des Verhältnisses
der EG zu den osteuropäischen Ländern⁶;
hier: Sonderrolle der DDR⁷

Bezug: Fernmündliche Anforderung MB vom 9.1.1990

Anlg.: 3⁸

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Hintergrundinformation

I. EG-KOM-Präsident Delors hat in seinem Interview mit der irischen Tageszeitung „The Irish Times“ vom 5.1.1990 die DDR als ein „potentielles Mitglied der Gemeinschaft“ bezeichnet.⁹ Wörtlich sagte Delors: „Ich bin (auch) sicher, daß eine mögliche Wiedervereinigung („unification“) etwas ist, was helfen wird, die Gemeinschaft zu stärken. Ich bin sehr zuversichtlich, was diesen Punkt anbelangt. Ostdeutschland ist ein potentielles Mitglied („potential member“) der Gemeinschaft. Die Hindernisse waren die Jalta-Vereinbarungen¹⁰, der Kalte

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Rosengarten und Kudlich sowie Legationssekretär Strieder konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 10. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 11. Januar 1990 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. Januar 1990 um 10 Uhr vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mein Thesenpapier von heute ergänzt die Vorlage.“

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 12. Januar 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine gute konzeptionelle Vorlage“.

Das Ministerbüro verfügte am 15. Januar 1990 den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an die Referate 410 und 411.

Hat Lautenschlager am 15. Januar 1990 erneut vorgelegen.

Hat Kyaw, auch in Vertretung Jeloneks, erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Kommentar BM/StS“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 16. Januar 1990 erneut vorgelegen.

⁶ Zu den Beziehungen der EG zu den mittel- und osteuropäischen Staaten vgl. Dok. 26.

⁷ Nach der Aufnahme von Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe am 25. Juni 1988 führte die DDR Sondierungsgespräche mit der EG-Kommission über ein Handelsabkommen. Die Bundesregierung drängte dabei auf die Fortgeltung der Sonderbestimmungen zum innerdeutschen Handel. Vgl. dazu AAPD 1989, II, Dok. 254.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 11, 18 und 22.

⁹ Die Wörter „Delors“, „The Irish Times“ und „5.1.1990“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Im Gespräch mit Delors sollte hierauf Bezug genommen werden.“

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit EG-Kommissionspräsident Delors am 11. Januar 1990 in Brüssel vgl. DIE EINHEIT, Dok. 37.

¹⁰ In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin,

Krieg und die kommunistische Herrschaft. Wenn wir dies abschaffen, sind die Ostdeutschen (the people of East Germany) – weil sie Deutsche sind – potentielle Mitglieder der Gemeinschaft. So einfach ist das.“

Delors hat dies aber nicht als den einzigen möglichen Weg bezeichnet: Allgemein gesprochen gebe es „viele mögliche Szenarien (zur Frage einer möglichen Erweiterung der Gemeinschaft), aber dies ist nicht die Zeit, eine Wahl zu treffen“ (s. Anl. 1¹¹).

II. Die Qualifizierung der DDR als ein potentielles EG-Mitglied, für dessen Mitgliedschaft zwar noch wesentliche, aber im Lichte der Änderungen des Ost-West-Verhältnisses nicht unüberwindliche Hindernisse bestehen, ist Teil einer Reihe von Aussagen der EG-KOM zur Sonderrolle der DDR. Seit der Erklärung Delors' im Anschluß an die Klausurtagung der KOM im November 1989¹² ist offizielle Sprachregelung der Kommission, daß die DDR im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den anderen europäischen Ländern einen Sonderfall darstellt. Dieser Ansatz liegt in unserem Interesse.¹³

Die Sonderrolle der DDR gegenüber der EG wurde bisher von der Kommission inhaltlich allerdings noch nicht zusammenfassend definiert.

Die aus dem innerdeutschen Verhältnis abgeleitete Sonderrolle der DDR findet im Rahmen der EG ihren Ausdruck

- im System des innerdeutschen Handels, das durch Protokollerklärung zum EWG-Vertrag¹⁴ EG-rechtlich in seinem Bestand abgesichert ist;
- im (von den EG-Partnern damals akzeptierten) Überprüfungsvorbehalt von Bundesregierung und Bundestag zu den Römischen Verträgen¹⁵ für den Fall der Wiedervereinigung. Dieser Überprüfungsvorbehalt wurde sowohl gegenüber den EG-Partnern im Laufe der Verhandlungen zu den Römischen Verträgen als auch später in einer EntschlieÙung des Bundestages erklärt¹⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 22

über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Communiqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

- 11 Für das am 5. Januar geführte Interview vgl. den Artikel „Irish presidency faces ‚immense challenge‘“; THE IRISH TIMES vom 6. Januar 1990, S. 3. Vgl. B 38 (Ref. 210), Bd. 140798.
- 12 Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), berichtete am 16. November 1989 zur Haltung der EG-Kommission: „Bei der Klausurtagung am 11./12.11.89 war man der Meinung, daß die DDR als Sonderfall zu behandeln sei, der nicht mit and[er]en] mittel- und osteurop[ä]ischen] Staaten wie Polen oder Ungarn gleichgesetzt werden kann.“ In einem Interview mit dem französischen Fernsehsender TF1 habe EG-Kommissionspräsident Delors am 12. November 1989 die Bereitschaft zu Verhandlungen mit der DDR über ein Handels- und Kooperationsabkommen sowie darüber hinausgehende Hilfen betont. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3702; B 38 (Ref. 210), Bd. 140797.
- 13 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „[r]ichtig“.
- 14 Für den Wortlaut des Protokolls vom 25. März 1957 über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 984. Vgl. B 38 (Ref. 210), Bd. 140798.
Gemäß Artikel 239 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 war das Protokoll „Bestandteil dieses Vertrags“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 900.
- 15 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.
- 16 Bei den Verhandlungen über die Verträge vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. der Europäischen Atomgemeinschaft wurde die Erklärung abgegeben: „Die Bundesregierung geht von der Möglichkeit aus, daß im Fall der Wiedervereinigung Deutschlands eine Überprüfung der Verträge über den Gemeinsamen Markt und EURATOM stattfindet.“

(Delors hatte in seinem „Irish Times“-Interview ebenfalls auf diese Vorbehalts-
erklärung Bezug genommen);

- in der Erklärung der Bundesregierung bei Unterzeichnung der Römischen
Verträge zur Bestimmung des Begriffs „Deutscher Staatsangehöriger“¹⁷ (alle
Erklärungen in Anl. 2¹⁸).

Wie weit die anderen Mitgliedstaaten – und im konkreten Fall auch die KOM –
über den Handelsbereich hinaus die Sonderrolle der DDR akzeptieren und als
Freiraum für innerdeutsche bilaterale Vereinbarungen respektieren werden,
bleibt abzuwarten. Um so wichtiger wird es sein, dabei mögliche EG-Aspekte
immer im Auge zu behalten.

III. 1) Die Aussage von Delors im „Irish Times“-Interview stellt klar, daß diese
Sonderrolle der DDR ihre materielle Ausprägung auch in einer gegenüber allen
anderen Drittländern privilegierten (potentiellen) Beitrittsoption findet. Mit
anderen annäherungswilligen und potentiell beitriffähigen Staaten verfolgt
die EG in der längerfristigen Perspektive, soweit es sich um reformorientierte
Länder Mittel- und Osteuropas handelt, letztlich das von Ihnen in Esclimont¹⁹
eingeführte Assoziierungskonzept in Form von Kooperationsabkommen gemäß
Art. 238 EWG-Vertrag²⁰, dem sich inzwischen GB, F und die EG-KOM ange-
schlossen haben. Die DDR wird von Delors zwar nicht vom Kreis dieser „Ko-
operationsstaaten“ ausgenommen, doch erscheint dies nicht als notwendige
Zwischenstufe.²¹

In ihrer Stellungnahme vom 18.12.89 zum türkischen Beitrittsantrag (s. Anl. 3²²)
lehnt es die Kommission ab, an Beitrittsverhandlungen der Gemeinschaft mit
Bewerberländern vor 1993 zu denken, sofern nicht außergewöhnliche Umstände
vorliegen. Dies ist nach unseren Hintergrundinformationen eine „lex DDR“, die
sich ggfs. auf solche außergewöhnlichen Umstände berufen könnte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 23

Dazu führte Staatssekretär Hallstein am 21. März 1957 im Bundestag aus: „Die Formulierung
,Überprüfung der Verträge‘ ist absichtlich gewählt, um alle Möglichkeiten zu decken, die sich im
Falle der Wiedervereinigung ergeben können. Außer den beiden extremen Möglichkeiten einer Be-
teiligung oder Nichtbeteiligung des wiedervereinigten Deutschlands an den Verträgen kommt ja eine
dritte Möglichkeit in Betracht – und das ist vielleicht die wahrscheinlichste –, nämlich die, daß das
wiedervereinigte Deutschland sich an der Gemeinschaft zu beteiligen wünscht, aber eine Anpassung
der Verträge an die neu entstandene Lage erbitten muß.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 2. WP,
200. Sitzung, S. 11332.

¹⁷ Zur Erklärung der Bundesregierung vom 25. März 1957 vgl. DZD III/3, S. 524. Vgl. B 38 (Ref. 210),
Bd. 140798.

¹⁸ Vgl. Anm. 14 und 17.

¹⁹ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./
15. Oktober 1989 im Château d'Esclimont vgl. AAPD 1989, II, Dok. 323.

²⁰ Laut Artikel 238 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 konnte die Gemeinschaft „mit einem dritten
Staat, einer Staatenverbindung oder einer internationalen Organisation Abkommen schließen, die eine
Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Ver-
fahren herstellen“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 900.

²¹ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent von Kyaw handschriftlich: „H[err] Delors nimmt im
Interview ausdrücklich auf den Art. 238 Bezug.“

²² Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 20. Dezember 1989 zum türkischen Antrag vom 14. April
1987 auf EG-Beitritt (SEK(89) 2290 endg.) vgl. https://www.cvce.eu/en/obj/commission_opinion_on_turkey_s_request_for_accession_to_the_community_20_december_1989-en-4cc1acf8-06b2-40c5-bb1e-bb3d4860e7c1.html, bzw. B 38 (Ref. 210), Bd. 140798. Für eine Zusammenfassung vgl. BULLETIN
DER EG 12/1989, S. 91. Vgl. dazu ferner AAPD 1989, II, Dok. 396.

2) Leitet sich das Sonderverhältnis zwischen EG und DDR aus den besonderen innerdeutschen Beziehungen ab, so muß sich die Annäherung der DDR an die EG bis zum evtl. Beitritt auch im Gleichklang mit der Entwicklung des deutsch-deutschen Verhältnisses vollziehen. Dies bedeutet konkret:

a) Die Annäherung EG–DDR kann sich nicht allein, wie für andere RGW-Länder vorgesehen, auf bilateraler vertraglicher Ebene (Handels- und Kooperationsverträge, Ausbau dieser Beziehungen zu Assoziierungen mit Freihandelsperspektive und zuletzt vertragliche Konföderations- und Beitrittsoption) vollziehen.

Motor einer bis zur evtl. Mitgliedschaft führenden Annäherung an die EG ist somit nicht eine immer dichter werdende (auf vertraglicher Grundlage beruhende) Kooperation EG–DDR, sondern eine fortschreitende deutsch-deutsche Annäherung.²³

b) Der Ausbau der bilateralen vertraglichen Beziehungen EG–DDR durch ein Handels- und Kooperationsabkommen und möglicherweise eine vertragliche Assoziierung wie mit den anderen Staaten Osteuropas kann den Annäherungsprozeß EG–DDR unterstützen. Das Modrow-Memorandum an die EG vom 17.11.1989²⁴ verdeutlicht immerhin auch die Bereitschaft der jetzigen DDR-Führung zu einer umfassenden Kooperation mit der EG, einschließlich politischer Konsultationen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit.

Das System des innerdeutschen Handels wird durch die vertraglichen Beziehungen der Gemeinschaft zur DDR nicht berührt. Dies wird durch eine entsprechende Unberührtheitsklausel im zukünftigen Handels- und Kooperationsabkommen sichergestellt.

3) Entscheidend für die Gestaltung des Verhältnisses der DDR zur EG ist letztlich der in freien Wahlen geäußerte Volkswille. Wenn dieser zu einer wie immer gearteten staatlichen Einheit Deutschlands führt, käme das – von Delors nicht ausgeschlossene – Szenario des „Nachrückens“ in die Stellung des einen deutschen EG-Mitgliedstaats zum Tragen (unter „technischer“ Anpassung des EG-Rechts).²⁵

IV. Zur weiteren Entwicklung des Verhältnisses der EG zu allen mittel- und osteuropäischen Ländern verfolgt die EG-KOM im Grundsatz unser Assoziierungs- und Kooperationskonzept:

1) Kurzfristige Soforthilfemaßnahmen und „klassische“ Handelsabkommen auch mit Kooperationsteil als erste Ansätze für die Unterstützung der reform-

²³ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „r[ichtig]“.

²⁴ Am 17. November 1989 übermittelte der Ministerpräsident der DDR, Modrow, der EG-Kommission ein Memorandum, in dem die DDR die baldige Aufnahme von Verhandlungen und darüber hinaus eine „Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie, Umweltschutz, Transport, Fischerei, Standardisierung und Statistik wie auch in humanitären Bereichen, Kultur, Bildung und Information“ erbat. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 2–4.

Am 21. Dezember 1989 ermächtigte der EG-Ministerrat die EG-Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR für ein Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1989, S. 90.

²⁵ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „r[ichtig]“.

orientierten Staaten Mittel- und Osteuropas müssen in einer zweiten Phase verdichtet werden, indem das Potential bestehender Instrumente der Zusammenarbeit voll ausgenutzt, gegebenenfalls angereichert und durch weitere Abkommen flankiert wird (z.B. durch zunächst asymmetrische Freihandelsabkommen).

2) Die bisherige Strukturierung der Beziehungen reicht nicht aus, um handelspolitisch, wirtschaftlich, finanziell und außenpolitisch auf die unterschiedlichen Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa auf Dauer angemessen zu reagieren.

3) Die EG muß in einer – längerfristig einzuleitenden – dritten Phase mit dem Angebot einer institutionalisierten Ausgestaltung der Beziehungen zu den Reformstaaten ein politisches Zeichen setzen.

4) Art. 238 EWG-Vertrag bietet dafür verschiedene Ansatzpunkte. Für die europäischen RGW-MS kommt eine Assoziierung in Form von Kooperationsabkommen mit (zunächst asymmetrischen) Freihandelsregelungen in Betracht. „Echte“ Assoziierungen im Sinne von Beitrittsoption oder Zollunion etwa nach dem Griechenland-Modell²⁶ könnten nur bei entsprechender Konvergenz der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme ins Auge gefaßt werden.²⁷

5) Solche Abkommen gehen inhaltlich über rein handelsvertragliche Regelungen hinaus und sind im Kooperationsteil auf eine breite Zusammenarbeit angelegt (z.B. Jugoslawien²⁸: „Globale Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen“).

6) Der besondere politische Wert einer Assoziierungskooperation gemäß Art. 238 EWG-Vertrag liegt in der Schaffung besonderer wirtschaftlicher und politischer Beziehungen. Daraus resultiert Pflicht zum gemeinsamen Vorgehen in Fragen, die das Abkommen regelt. Dadurch ergeben sich zugleich Möglichkeiten, den komplementären²⁹ außenpolitischen Dialog im Rahmen der EPZ auszubauen und zu vertiefen.

Die KOM denkt daran, über dieses Thema auf der informellen AM-Tagung in Dublin am 20.1.1990³⁰ zu sprechen. Dann wird Präsident Delors (am Mittwoch,

²⁶ Am 9. Juni 1961 schlossen die EWG und Griechenland ein Assoziierungsabkommen. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II, S. 1141–1361.

Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 bei.

²⁷ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent von Kyaw handschriftlich: „Wichtig ist m. E., daß die Bezugnahme von H[errn] Delors auf den [Artikel] 238 diese Möglichkeit explizit einschließt.“

²⁸ Vgl. dazu das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien vom 2. April 1980; AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 41 vom 14. Februar 1983, S. 2–27.

²⁹ Der Passus „der Schaffung ... komplementären“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

³⁰ In der Presse wurde gemeldet, EG-Kommissionspräsident Delors habe beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20. Januar 1990 in Dublin der DDR „ein ‚Sonderverhältnis‘ zur EG“ eingeräumt. Falls gewünscht, habe die DDR einen Platz in der EG und müsse nicht wie andere beitrittswillige Länder bis zur Vollendung des EG-Binnenmarkts warten. Dies sei teils auf Widerspruch gestoßen. Beschlossen worden sei, Verhandlungen mit der DDR über ein Assoziierungsabkommen voranzutreiben, Rumänien und Polen eine Nahrungsmittelforthilfe zu gewähren und eine KSZE-Gipfelkonferenz noch 1990 zu befürworten. Vgl. den Artikel „Die EG befürwortet eine

17.1.) auch schon das Arbeitsprogramm der KOM für 1990³¹ dem EP vorgestellt haben.³²

Referat 210 hat mitgezeichnet.

Rosengarten

Kudlich

B 38 (Ref. 210), Bd. 140798

6

Gespräch des Staatssekretärs Lautenschlager mit EG-Kommissar Dondelinger

615-425.40

11. Januar 1990¹

Kulturpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft;
hier: Gespräch StS Lautenschlager mit EG-Kommissar Dondelinger am 11.1.
1990, 16.00 Uhr, im Auswärtigen Amt

An dem knapp einstündigen Gespräch, das im Rahmen eines eintägigen Besuches
des für Kulturfragen und den audio-visuellen Bereich zuständigen Kommissars
(Kom) Dondelinger in Bonn stattfand, nahmen teil:

Kommissar Dondelinger, Frau Tomasini (Kabinett Dondelinger), Herr Langguth
(EGK-Vertretung Bonn), Herr Czysz (EGK-Vertretung Bonn);

von seiten des Auswärtigen Amtes: StS Lautenschlager, MDg Dr. von Kyaw,
VLR I Werndl.

Kom. *Dondelinger* eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, er sei sich sehr
wohl darüber im klaren, daß die Gemeinschaft keine Zuständigkeit im kulturel-
len Bereich besitze; kulturelle Fragen kämen indes auf die Gemeinschaft zu, und
zwar sowohl in Form der Auswirkungen, die die Vollendung des Binnenmark-

Fortsetzung Fußnote von Seite 26

KSZE-Gipfelkonferenz noch in diesem Jahr“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Januar
1990, S. 6.

³¹ Zum Arbeitsprogramm der EG-Kommission für 1990 vgl. BULLETIN DER EG 1/2-90, S. 115–117, und
BULLETIN DER EG, Beilage 1/90.

³² Vgl. dazu die Rede des EG-Kommissionspräsidenten Delors am 17. Januar 1990 vor dem Europäischen
Parlament in Straßburg (Auszug); DEUTSCHE AUSSENPOLITIK 1990/91, Dok. 2.

Am 29. Januar 1990 begannen in Brüssel Verhandlungen der EG-Kommission mit der DDR über
einen Handels- und Kooperationsvertrag. Botschafter Trumpf, Brüssel (EG), berichtete am selben
Tag, die DDR habe „auf eine Erläuterung ihres erst am Wochenende vorgelegten eigenen Abk[om-
mens]vorschlag“ verzichtet und zu erkennen gegeben, daß sie erst den Vertragsentwurf der EG-
Kommission abwarten wolle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 256; B 221 (Ref. 411/E 21), Bd. 166634.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Werndl am 17. Januar
1990 gefertigt und mit Begleitschreiben vom 18. Januar 1990 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse
Reiche geleitet mit der Bitte, die Zustimmung des Staatssekretärs Lautenschlager „zum Vermerk
und Verteiler einzuholen“.

Hat Lautenschlager am 19. Januar 1990 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; B 91 (Ref. 615), Bd. 539.

tes² im Kulturbereich habe, als auch in der Perspektive der Entwicklung in Richtung auf die Europäische Union wie schließlich bei der Gestaltung der Außenbeziehungen, vor allem im Verhältnis zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Die Frage sei, wie sich die Gemeinschaft den auf sie zukommenden Anforderungen stelle.

StS *Lautenschlager* wies auf die Besonderheiten hin, die im Kulturbereich zu berücksichtigen seien. Er erläuterte insbesondere unser internes, vom föderativen Staatsaufbau bestimmtes System der Zuständigkeitsregelung. Im Innenverhältnis liege die Zuständigkeit für Kulturfragen ganz überwiegend bei den Ländern, die Außenvertretung obliege dagegen dem Bund. Die Kontakte zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich seien gut. Was die Zusammenarbeit im EG-Rahmen betreffe, so handele es sich hier um einen evolutiven Prozeß, der zusammen mit den Ländern gestaltet werden müsse. Zur näheren Unterrichtung über unsere Situation und unsere Vorstellungen bezüglich der Kulturpolitik und kulturellen Zusammenarbeit in Europa übergab StS *Lautenschlager* Kom. *Dondelinger* ein Exemplar der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.11.89 (BT-Drucks. 11/5668).³

Kom. *Dondelinger* stimmte den Ausführungen des Staatssekretärs zu. Es dürfe in der EG kein Problem sein, wenn unterschiedliche Verfassungssysteme bei der Zusammenarbeit aufeinanderträfen. Föderative Strukturen hätten Zukunft in der Gemeinschaft. Spanien und Belgien, die früher keine föderativen Strukturen gekannt hätten, übernahmen sie jetzt. Sie böten bessere Voraussetzungen für Kulturpolitik als monolithische Strukturen.

StS *Lautenschlager* dankte Kom. *Dondelinger* für das Verständnis und die Sensibilität, die er für unsere Besonderheiten im Kulturbereich bisher gezeigt habe. Kontakte der EGK mit den Ländern, wie Kom. *Dondelinger* sie bei seinem Zusammentreffen mit dem KMK-Plenum am 1.12.1989 in Berlin gehabt habe, seien sicherlich für beide Seiten nützlich. Aus Berlin sei ihm u. a. eine Bemerkung *Dondelingers* dahingehend berichtet worden, daß die EGK im Innenverhältnis keine vertraglichen Zuständigkeiten für Kultur anstreben wolle, aber zur Einbeziehung der kulturellen Komponente in die Gestaltung der Außenbeziehungen, insb. mit den mittel- und osteuropäischen Ländern, vertraglich legitimiert werden solle. Ob er uns diese Bemerkung näher erläutern könne?

Kom. *Dondelinger* erwiderte, so habe er das in Berlin nicht gesagt. Er habe vielmehr darauf hingewiesen, daß die Frage der kulturellen Zusammenarbeit auf die Gemeinschaft bei der Gestaltung ihrer Außenbeziehungen zukommen werde. Wenn die EGK demnächst Abkommen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas aushandeln werde⁴, werde von diesen sicherlich auch die Forderung nach Zusammenarbeit im Kulturbereich gestellt werden. Es werde schwierig sein, sich dem zu verweigern.

² In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

³ Für die Antwort der Bundesregierung vom 9. November 1989 „Kulturpolitik in Europa und in der Europäischen Gemeinschaft“ vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/5668 vom 14. November 1989.

⁴ Zu den Beziehungen der EG zu den mittel- und osteuropäischen Staaten vgl. Dok. 26.

StS *Lautenschlager* fragte, was der Inhalt solcher Vereinbarungen sein solle. Die jüngsten Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa beruhten zu einem wesentlichen Teil auf dem nie verlorengegangenen Gefühl einer gesamteuropäischen Identität. Die kulturellen Gemeinsamkeiten mit den Ländern Mittel- und Osteuropas seien immer ein großer Aktivposten gewesen. In unseren bilateralen Abkommen mit diesen Ländern sei die kulturelle Zusammenarbeit ein sehr wichtiger Bestandteil. Die Frage sei, ob darüber hinaus auch Abmachungen auf EG-Ebene notwendig bzw. zweckmäßig seien. Was solle ggfs. der Inhalt sein?

Kom. *Dondelinger* antwortete: Die EGK habe – außer der Förderung von Austausch – noch keine genauen Vorstellungen. Er wolle auch erst wissen, wie die Mitgliedstaaten das Problem sähen und auf Anforderungen von außen zu reagieren gedächten. Man könne ja, ebenso wie dies bei internen Projekten geschehe, Abmachungen mit Drittländern von den Mitgliedstaaten treffen lassen anstatt von der Gemeinschaft als solcher, also von den im Rat vereinigten Ministern statt vom Rat. Im Sinne dieser Gedankenführung sei seine zitierte Bemerkung in Berlin zu verstehen gewesen. Im übrigen sei seine Begegnung mit den Kultusministern in Berlin interessant gewesen. Er beabsichtige, solche Kontakte zu wiederholen. Auch BM Schäuble, mit dem er am Vormittag gesprochen habe, habe ihn hierzu ermutigt. Evtl. werde eine der nächsten Sitzungen des KMK-Plenums in Brüssel stattfinden.

Im Verlauf einer längeren sich daran anschließenden Diskussion über generell notwendige institutionelle Veränderungen auf dem Wege der Gemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion⁵ sowie zur Europäischen Union machte Kom. Dondelinger u. a. die Bemerkung, daß institutionelle Veränderungen in der Gemeinschaft die Verfassungen der Mitgliedstaaten nicht antasten würden.

StS *Lautenschlager* warf die Frage auf, ob bei einer Vertragsänderung auch ein Passus zum Kulturbereich aufgenommen werden solle. Auch die Länder dächten wohl an so etwas, allerdings in anderer Richtung, nämlich in Richtung einer Ausklammerung des Kulturbereichs aus dem EWG-Vertrag⁶.

⁵ Der Europäische Rat setzte auf der Tagung am 27./28. Juni 1988 in Hannover einen Ausschuß unter Vorsitz des EG-Kommissionspräsidenten Delors ein, der Vorschläge zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) unterbreiten sollte. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 191.

Der am 17. April 1989 vorgelegte „Delors-Bericht“ („Report on economic and monetary union in the European Community“) skizzierte drei Stufen zur Verwirklichung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: In Stufe I sollten alle Beschränkungen im Kapital- und Devisenverkehr abgebaut werden. Stufe II sah die Schaffung neuer Gemeinschaftsorgane, insbesondere eines Europäischen Zentralbanksystems, vor, während mit Stufe III die WWU mit festen Wechselkursen verwirklicht werden sollte. Für den Wortlaut des Berichts vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 283–304. Vgl. dazu AAPD 1989, I, Dok. 94.

Der Europäische Rat übernahm auf der Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid den Delors-Bericht: Der Beginn der ersten Stufe der WWU wurde auf 1. Juli 1990 terminiert und der EG-Ministerrat aufgefordert, eine Regierungskonferenz vorzubereiten, die entscheiden sollte über die Festlegung der weiteren Stufen, also die Angleichung der Finanz- und Währungspolitiken der EG-Mitgliedstaaten in einem System fester Wechselkurse. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 406 f. Vgl. dazu AAPD 1989, I, Dok. 189 und Dok. 194.

Am 8./9. Dezember 1989 legte der Europäische Rat bei der Tagung in Straßburg fest, die Regierungskonferenz vor Ende des Jahres 1990 beginnen zu lassen. Vgl. dazu AAPD 1989, II, Dok. 405.

⁶ Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

Auf Frage nach den Absichten der EGK bezüglich des MEDIA-Programms nach Auslaufen der Pilotphase Ende 1990⁷ erklärte Kom. *Dondelinger*, im Februar 1990 werde die Evaluierung des Projekts durch externe Sachverständige vorliegen, anschließend werde die EGK Vorschläge für eine Fortsetzung von MEDIA als reguläres Programm unterbreiten. Sie werde im Haushalt 1991 für den audiovisuellen Bereich insgesamt 40 Mio. ECU beantragen, überwiegend für MEDIA. Rechtsgrundlage für einen entsprechenden Sachbeschuß solle Art. 235 EWG-Vertrag sein.

B 91 (Ref. 615), Bd. 539

7

Aufzeichnung des Staatssekretärs Sudhoff

11. Januar 1990¹

Gedanken zur deutschen Außenpolitik im Jahre 1990

Für die deutsche Außenpolitik stellt sich im Jahre 1990 vor allem anderen die Aufgabe, den Prozeß der Annäherung der beiden Staaten in Deutschland außenpolitisch zu begleiten und abzusichern. Diese spezielle Zielorientierung deutscher Außenpolitik hat es in dieser Form seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben. Es geht ganz einfach darum, das in den zahllosen internationalen Vereinbarungen und Erklärungen immer wieder beschworene Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Deutschen zu erlangen.

Das politische Umfeld für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen ist außerordentlich vielschichtig und kompliziert. Hier ist einmal der eigentliche politische Bereich unserer Beziehungen zur Sowjetunion und zu den drei Westmächten angesprochen. Zum anderen geht es um die laufenden Be-

⁷ Referat 615 empfahl am 10. Januar 1990, bezüglich „des im Kulturbereich laufenden Pilotprojekts MEDIA (Förderung von Produktion, Vertrieb, Synchronisation/Untertitelung und Ausbildung im Filmbereich)“ solle Staatssekretär Lautenschlager im Gespräch mit EG-Kommissar Dondelinger darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik „grundsätzliche Probleme in der Frage der Gemeinschaftszuständigkeit und damit auch der Gemeinschaftsfinanzierung habe (Länder, BMF).“ Vgl. B 91 (Ref. 615), Bd. 539.

¹ Staatssekretär Sudhoff legte die Aufzeichnung am 11. Januar 1990 Bundesminister Genscher vor. Dazu teilte er handschriftlich mit: „Anbei einige Hintergrund-Überlegungen für Ihr Pressegespräch am 12.1.1990.“ Vgl. den Begleitvermerk; B 38 (Ref. 210), Bd. 140717.

Hat Genscher am 11. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 14. Januar 1990 vorgelegen, der den Rücklauf an Sudhoff verfügte.

Am 15. Januar 1990 leitete Sudhoff die Aufzeichnung an Ministerialdirektor Kastrup. Dazu notierte er handschriftlich: „Beigefügtes Papier habe ich für den Bundesminister als Hintergrundgedanken für sein Pressegespräch am 12.1.1990 geschrieben. Er hat es gedanklich weitgehend genutzt. Ich bitte, das Papier zu den deutschlandpolitischen Akten zu nehmen.“

Hat Kastrup am 15. Januar 1990 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 210 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 16. Januar 1990 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; B 38 (Ref. 210), Bd. 140717.

mühungen um Abrüstung, wobei für unsere deutschen Interessen die Wiener Verhandlungen² von besonderer Bedeutung sind.

Beginnen wir, was das politische Umfeld betrifft, mit der Sowjetunion.

Die Sowjetunion ist unter den vier Alliierten des Zweiten Weltkrieges diejenige Macht, die vom Post-Jalta³-Status quo am meisten profitiert hat. Sie hat sich ein bis an die Elbe vorgeschobenes Imperium geschaffen, von dem sie sich bisher ein optimales politisches und militärisches Glacis versprechen konnte. Das Kernstück der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen „Vorfeld-Positionen“ war und ist die DDR, sicherlich in dem Sinne, daß die SU damit ein Faustpfand gegenüber Deutschland als der früheren Kontinentalmacht in der Hand hatte. Dieses Faustpfand politischer und militärischer Absicherung wird durch die innerdeutsche Entwicklung in Frage gestellt, auch ohne daß die Frage „DDR und NATO-Mitgliedschaft“ gestellt würde.

Die DDR war bisher ein zuverlässiger politischer, militärischer und wirtschaftlicher Partner, der schon aus Eigeninteresse heraus sich eng an die SU anlehnte.

Das wird jetzt in Frage gestellt, und zwar zu einer Zeit, in der Gorbatschow sich auch in anderen Teilen des sowjetischen Riesenreiches Auflösungserscheinungen gegenüber sieht.⁴ Die damit für ihn verbundenen innenpolitischen Probleme sind offenkundig.

Aus der Sicht der SU muß sich deshalb die Frage nach einer Kompensation stellen. Was bekommt die SU dafür, daß sie der innerdeutschen Entwicklung freien Lauf läßt?

Wir haben im Grunde auf diese Frage eine Antwort gegeben, noch bevor sich diese Frage überhaupt gestellt hat, nämlich durch die im Juni 1989 unterzeichnete Gemeinsame Erklärung.⁵ Diese Erklärung verstanden und verstehen die Sowjets als Ausdruck unseres Willens zu einer weitestgehenden wirtschaftlichen Kooperation. Die Blütenräume dieser Erklärung sind bisher nicht gereift. Die Tatsachen hinken hinter den großen Worten her. Unsere Zusagen wären ohnehin eines Tages eingefordert worden, sie werden im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Entwicklung nun um so drängender eingefordert werden. Die SU wird in Zukunft wissen wollen, wie wir zu unserem eigenen Wort stehen, und das ist aus sowjetischer Sicht auch durchaus verständlich.

Die SU wird sich aber mit Deklarationen der Bundesrepublik Deutschland nicht zufriedengeben können. Sie wird wissen wollen, was sie an Nutzen ziehen kann aus einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft⁶ oder sogar aus einer deutschen Einheit. Diesen Nutzen wird sie politisch und wirtschaftlich bewerten.

² Zu den VKSE in Wien vgl. Dok. 1, Anm. 24.

Parallel dazu begannen am 6. März 1989 ebenfalls in Wien Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM) im Rahmen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten. Vgl. dazu AAPD 1989, I, Dok. 75. Zum Stand vgl. AAPD 1989, II, Dok. 430.

³ Zur Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

⁴ Zur Lage in der UdSSR vgl. Dok. 87.

⁵ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vom 13. Juni 1989, die beim Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik verabschiedet wurde, vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544. Zum Besuch vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4, GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 33–44, und AAPD 1989, I, Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁶ Der Ministerpräsident der DDR, Modrow, kündigte am 17. November 1989 in seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer innere Reformen an, die u. a. die Beibehaltung des Sozialismus und der

Politisch erwartet sie eine deutsche Politik, die die Bedeutung der Großmacht SU für Europa in Rechnung stellt und eine Sowjetunion-offene Haltung an den Tag legt. Das bedeutet nicht, daß die SU von uns verlangen wird, unserer Westbindung abzuschwören. Sie wird aber erwarten, daß ein konföderiertes oder sonstwie enger verflochtenes Deutschland die sowjetischen politischen Anliegen auch gegenüber dem Westen – jedenfalls hin und wieder – zu vertreten bereit ist. Auch erwartet sie von einer neuen Form der Staatlichkeit in Deutschland eine noch intensivere Wirtschaftszusammenarbeit.

Im militärischen Bereich ist eine sowjetische Zustimmung zur Einbeziehung der DDR in den NATO-Verbund nicht vorstellbar. Hier liegt das größte Problem. Es ist nicht nur psycho-politischer Natur; hier geht es für die Sowjets um handfeste Sicherheitsinteressen.

Mir erscheint wichtig, den Sowjets gegenüber durch Worte und Taten zu bekunden, daß eine neue deutsche Staatlichkeit auch für die SU erhebliche Vorteile mit sich bringt, die den Preis einer sowjetischen Zustimmung zur deutsch-deutschen Annäherung wert sind.

Es wird der eingehenden Analyse bedürfen, was wir vertraglich und praktisch tun müßten, um diesen Erwartungshorizont der Sowjets auszufüllen.

Zum Westen:

Unsere Freunde im Westen sehen sich nach 40 Jahren rein deklaratorischer Bekundungen ihrer Bereitschaft zum Eintreten für die deutsche Einheit plötzlich mit dem Faktum konfrontiert, daß die gezogenen Wechsel nunmehr präsentiert werden.

Die bisherige verbale westliche Unterstützung für unsere nationalen Ziele einzufordern, bringt uns allein nichts. Auch dem Westen gegenüber müssen wir handfest verdeutlichen, welche Vorteile eine praktische Unterstützung des deutschen Einheitsprozesses mit sich bringen wird.

Die Franzosen sind hierbei unser wichtigster Adressat, denn ohne die Franzosen läuft für Deutschland nichts.

Zwei Dinge scheinen mir hier wichtig. Wir müssen den Franzosen klare Evidenz dafür geben, daß wir es mit der europäischen Einigung ernst meinen. Der Wirtschaftskoloß Deutschland nun auch als politischer Koloß – das ist für Frankreich dann zuviel, wenn Deutschland nicht irreversibel und allumfassend in die Gemeinschaft des Westens eingebunden ist. Die Vorstellungen Mitterrands und der Classe politique von der französischen Rolle in der Europäischen Gemeinschaft sind immer darauf hinausgelaufen, Frankreich eine politisch dominierende Rolle zu sichern und gleichzeitig die deutsche Wirtschaftskraft auch für die französischen Interessen zu sichern.

Daraus leite ich die Schlußfolgerung ab, daß über das Ob der Wirtschafts- und Währungsunion⁷ von unserer Seite her nicht mehr diskutiert werden kann und

Fortsetzung Fußnote von Seite 31

Zweistaatlichkeit Deutschlands bei kompletter Neugestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen in einer „Vertragsgemeinschaft“ vorsahen. Für den Wortlaut der Rede vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLAND-POLITIK III/7, 1989, S. 422 f.

Bundeskanzler Kohl griff den Terminus im Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 auf. Für den Wortlaut der Rede vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 177. Sitzung, S. 13502–13514. Vgl. dazu ferner DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 102, und DIE EINHEIT, Dok. 25.

⁷ Zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vgl. Dok. 6, Anm. 5.

über das Wann tunlichst auch nicht mehr. Politisch muß hinzukommen, daß wir den Franzosen den klaren Eindruck vermitteln, daß wir ihre politischen Interessen – in Europa und weltweit – nach besten Kräften mittragen, und daß wir den Prozeß der deutschen Einigung nicht zum Ausgangspunkt von Neudefinitionen der deutschen Außenpolitik machen werden. Frankreich fürchtet uns als Konkurrenz, wir müssen uns ihnen deshalb als verständnisvoller und unterstützender Partner vermitteln. Wir müssen fragen, was man tun kann, um den Élysée-Vertrag⁸ noch besser auszustatten.

Über das bilaterale deutsch-französische Verhältnis hinaus bedarf die Abstützung unserer Deutschlandpolitik eines verstärkten europapolitischen Engagements. Wir müssen es sein, die in Zukunft noch mehr als bisher die Rolle des Europäischen Parlaments stärken wollen, die in Zukunft noch stärker als bisher die politische Union Europas propagieren und praktisch fördern.

Dies wirkt in zwei Richtungen:

- Es wirkt dämpfend auf die Befürchtungen unserer westlichen Partner vor einem neuen – „freischwebenden“ – Deutschland unbekannter Größe und Kraft,
- es bindet dieses neue Deutschland noch stärker in die westliche Gemeinschaft ein.

Gerade letzterer Gesichtspunkt erscheint mir von besonderer Bedeutung. Wir haben 40 Jahre lang nicht nur deshalb die Westbindung gesucht, um nach dem Hitler-Regime und dem verlorenen Zweiten Weltkrieg wieder „hoffähig“ zu werden, auch nicht nur zur Abwehr von Gefahren aus dem Osten. Wir haben die Gemeinschaft des Westens auch deshalb gesucht, um zukünftige Generationen in Deutschland vor Schaukelpolitiken, Alleingängen, Traumtänzereien und Bindungslosigkeiten vergangener Jahrzehnte zu bewahren, Phänomene, die zu den Katastrophen 1914 und 1933 maßgeblich beigetragen haben. Je fester Deutschland in den Westen eingebunden ist, um so größer ist auch die Sicherheit vor den potentiellen Irrungen und Verwirrungen späterer Generationen.

Wir müssen immer wieder unseren westlichen Freunden klarmachen, daß sie es mit in der Hand haben, welchen Weg die Deutschen gehen. Je mehr sie uns in ein sich integrierendes Europa einbinden, um so sicherer auch für sie selbst. Deshalb ist die Politik von Frau Thatcher umso unverständlicher.

Der Westen muß aber auch verstehen, daß der Prozeß der deutschen Selbstbestimmung nicht aufgehalten werden kann. Es wäre verhängnisvoll, wenn unsere Freunde im Westen aus Furcht vor einer unüberschaubaren Entwicklung in Deutschland diese selbst zu behindern suchten. Das würde nur denen in die Hände spielen, die diesen Weg ohnehin alleine und ohne Europa gehen wollen.

⁸ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

Mit den Protokollen vom 22. Januar 1988 wurde der Élysée-Vertrag durch die Einsetzung eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats sowie eines Finanz- und Wirtschaftsrats ergänzt und weitere Maßnahmen beschlossen. Für den Wortlaut der Protokolle zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 1152–1156. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 32.

Eine solche Haltung würde auch mit dazu beitragen, in Frage zu stellen, wofür die Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre auch nach innen Politik gemacht hat, nämlich den Deutschen die Gewißheit zu verschaffen, daß ihre Heimat Europa ist.

Die Abrüstung ist der andere Bereich, bei dem es in ganz spezifischer Weise um deutsche Interessen geht. Die politische Teilung Europas und die militärische Massierung auf beiden Seiten sind die spiegelbildlichen Konsequenzen des für Deutschland verlorenen Zweiten Weltkrieges. Neben der eigentlichen militärischen Bedrohung durch den Osten, die es abzubauen gilt, trägt eine weitgehende Abrüstung auch entscheidend dazu bei, uns aus der politischen Schuldhaft zu befreien, in der Deutschland seit Jalta gehalten wird. Die Existenz der Militärblöcke auf beiden Seiten hat für Deutschland, das geteilt und damit in einzigartiger Weise exponiert ist, immer auch die Konsequenz einer beschränkten nationalen Souveränität gehabt. Dies meine ich nicht im Sinne vertraglicher Bindungen und Vier-Mächte-Verantwortlichkeiten. Die Tatsache alleine, daß wir uns als geographische Mitte Europas und als unmittelbarer Nachbar zum Ostblock dessen militärischer Stärke unmittelbar gegenüber sehen, hat uns in die Situation fortdauernder latenter „Erpreßbarkeit“ gebracht, und zwar auf beiden Seiten. Der Abbau der militärischen Überpotentiale und vor allem der Offensivfähigkeit des Ostens gibt uns auch einen neuen politischen Spielraum, in dem wir nicht nur verbal wie bisher, sondern auch tatsächlich als gleichberechtigter Partner unter gleichberechtigten Freunden politisch agieren können.

Abrüstung ist für uns folglich viel mehr als der Abbau militärischer Drohkulissen. Sie ist ein Stück politischer Freiheitsgewinnung. Daher haben wir Deutsche, noch viel mehr als unsere westlichen Partner, ein Interesse an guten Ergebnissen in Wien, und daher haben wir auch in ganz besonderer Weise ein Interesse an einem Wien II.

Sudhoff

B 38 (Ref. 210), Bd. 140717

8

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 128****Aufgabe: 12. Januar 1990, 18.41 Uhr¹****Ankunft: 13. Januar 1990, 01.33 Uhr**

Betr.: Deutsche Frage – Interessenlage der USA

Bezug: DB 5033 vom 12.12.1989 – Pol 321.00 USA²

Zur Unterrichtung

Vorbemerkung

Dieser Bericht wurde vor der sowjetischen Anregung zu einem Vierertreffen über Deutschland³ konzipiert, die dafür erforderlichen Gespräche wurden vor dem 10.1. geführt.

Die darin angestellten Überlegungen haben durch den sowjetischen Vorstoß nicht an Relevanz eingebüßt – im Gegenteil.

Kurzfassung

1) Die Haltung der USA zu dem nach amerikanischer Auffassung derzeit bereits stattfindenden Lösungsprozeß in der deutschen Frage erscheint aus hiesiger Sicht im wesentlichen von vier fundamentalen Interessen geprägt:

- Unterstützung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Deutschen und des Strebens nach deutscher Einheit,
- Stabilität in Europa einschließlich Stabilität des Reformprozesses in Osteuropa und der SU (Gorbatschow),
- Fortdauernde Zugehörigkeit Deutschlands zur westlichen Wertegemeinschaft (NATO, EG),
- Sicherung weiterer US-Präsenz und US-Einfluß in Europa.

Diese vier umfassenden US-Interessen sind in den beiden autoritativen US-Kursbestimmungen aus jüngster Zeit

- vier Punkte von US-Präsident Bush (NATO Brüssel, 4.12.)⁴

¹ Das von Botschaftsrat Kaul, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6 und 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 15. Januar 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Lesenswert, insbes[ondere] Kurzfassung und Schlußparagraph V (DB 130).“

² Für den Drahtbericht Nr. 5033 des Botschafters Ruhfus, Washington, vgl. DIE EINHEIT, Dok. 31.

³ Gesandter Paschke, Washington, informierte am 10. Januar 1990, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Seitz, habe mitgeteilt, daß der sowjetische Botschafter in Washington, Dubinin, dem amerikanischen Außenminister Baker ein Non-paper des sowjetischen Außenministers Schewardnadse übergeben habe. Die UdSSR wünsche eine „baldige Vier-Mächte-Begegnung“ zur Erörterung der deutschen Frage. Dies sei geboten, da der Abschluß eines „Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik unmittelbar bevorstehe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 94; B 38 (Ref. 210), Bd. 140720.

⁴ Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Präsidenten Bush bei der NATO-Gipfelkonferenz am 4. Dezember 1989 in Brüssel; PUBLIC PAPERS, Bush 1989, S. 1644–1647. Vgl. auch AAPD 1989, II, Dok. 392 und Dok. 393.

– Berlin-Rede AM Baker (12.12.)⁵

voll enthalten (s. Bezugsbericht).

2) Sie erscheinen aus US-Sicht grundsätzlich gleichwertig und gleichrangig.

Zugleich ist deutlich, daß diese umfassenden, weitere nachgeordnete Interessen (s. unten) einschließenden US-Zielsetzungen für den deutschen Lösungsprozeß im dynamischen Zusammenhang miteinander stehen, miteinander konkurrieren und in der Tendenz zum Teil einander auch zuwiderlaufen können. An dem (vermeintlichen) Gegensatz „Stabilität – Veränderung durch Selbstbestimmung“ wird letzteres besonders klar.

3) Bei dieser Lage besteht die Herausforderung der für USA plötzlich so aktuellen deutschen Frage für amerikanische Politik und Regierung aus heutiger Sicht primär darin, die obigen vier Interessen gleichzeitig möglichst so zur Geltung zur bringen, daß dabei

- der Lösungsprozeß als solcher wie von den USA angestrebt verläuft: möglichst erschütterungsfrei und konfliktlos, auch im Hinblick auf den Reformprozeß in Osteuropa und in der SU, und
- die schließlich erreichte Lösung den obigen US-Zielen möglichst voll gerecht wird.

Kommt es zu der von den USA befürworteten deutschen Einheit, so kann die damit verbundene US-Zielvorstellung allgemein wie folgt umschrieben werden:

- Ein geeintes, zum Westen gehörendes Deutschland in einem geeinten Europa, in dem die USA weiterhin anerkannte Präsenz und Mitsprache haben.

Bei allem wissen die Amerikaner, daß in nächster Zeit die Deutschen selbst, in erster Linie die Menschen in der DDR, die weitere Entwicklung bestimmen werden und daß die Einflußmöglichkeiten der übrigen interessierten Parteien einschließlich der USA vergleichsweise gering sind.

Für uns muß es in dieser kritischen Phase weiterhin darum gehen, durch engste Abstimmung mit den US-Partnern deren bisher vorsichtige Unterstützung für unser nationales Anliegen weiterhin zu stärken, damit die USA den Prozeß der Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten möglichst sichtbar unterstützend begleiten und mittragen (also keine bloße Beobachterrolle, kein bloßes Zuwarten, schon gar nicht eine Bremsfunktion durch ständiges Anmahnen der Stabilitätsanfordernisse).

Darüber hinaus sollten wir bald eigene Vorstellungen entwickeln, wie eine von uns gewünschte US-Präsenz und Mitsprache in Europa im Falle eines geeinten Deutschland konkret aussehen könnte. Die rechtzeitige Verständigung hierüber mit den USA wäre sicherlich ein guter Beitrag, unter der Oberfläche spürbare US-Besorgnisse (in Frage der Rechtsstellung der Vier-Mächte in Berlin, erwartete

⁵ Der amerikanische Außenminister Baker hielt am 12. Dezember 1989 im Presseclub in Berlin (West) eine Rede. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, D 77–84.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke resümierte am 13. Dezember 1989, Baker habe darin den amerikanischen Entwurf für die künftige Architektur Europas entwickelt. Von einem Ost-West-Antagonismus sei nicht mehr die Rede: „Gesamteuropa wird als ‚Commonwealth of Nations‘ definiert. Die Identität oder Nähe der amerikanischen Sicht mit der unsrigen ist spürbar.“ Vgl. B 41 (Ref. 213), Bd. 147167.

Änderung der Rolle der NATO) über verminderten Einfluß der USA in Europa als Folge deutscher Einheit aktiv aufzufangen. Dies würde der US-Unterstützung für das deutsche Streben nach Einheit zugute kommen.

Im einzelnen

I. Selbstbestimmung und deutsche Einheit

5) Zur Einschätzung der US-Haltung zu dieser Frage – auch im Verhältnis zu dem bekannten US-Interesse an Stabilität – ist vorab festzustellen:

Die amerikanische Unterstützung für Selbstbestimmung der Menschen in der DDR und deutsches Streben nach Einheit ist echt und wahrscheinlich auch stabil. Sie beruht nicht nur auf einer positiven Grundströmung der amerikanischen öffentlichen Meinung, sondern auch auf einem im letzten Halbjahr spürbar geschärften politischen Bewußtsein, daß eine solche Haltung und deutsche Einheit (in welcher Form auch immer) mit amerikanischen Interessen im Einklang stehen.

6) Diese US-Haltung umfaßt die grundsätzliche Bereitschaft (bei hinreichender Wahrung der anderen drei Interessen, s. oben), praktisch jede Form des deutschen Zusammenkommens mitzutragen, welche die Menschen in beiden Teilen Deutschlands vereinbaren würden – bis hin zum Denkmodell eines „Bundesstaats Deutschland“, bei dem die Regionen der DDR als Bundesländer in einem föderativen Staat ähnlich der BR Deutschland aufgehen würden.

Generell ist Washington nicht ohne Zuversicht, daß eine auf der Grundlage eines entsprechenden politischen Willens in der DDR sich entwickelnde deutsche Einheit weitgehend zu „westlichen Bedingungen“ (freiheitliche Demokratie, Marktwirtschaft usw.) zustande kommen wird.

7) Der für die US-Administration unter Bush und Baker typische vorsichtig-evolutionäre Ansatz trägt dazu bei, daß diese positive und „objektive“ Haltung der USA nicht immer voll sichtbar wird. Sie ist jedoch als Faktum nicht in Frage zu stellen. Hierfür spielt folgendes eine entscheidende Rolle:

Im Hinblick auf die Eventualität eines wiedervereinigten Deutschland haben die USA – im Gegensatz zu anderen – als einzige zugleich politisch-militärische und wirtschaftliche Supermacht der Erde keine „Gewichtsprobleme“. Von der davon absehbar verbundenen Machtverschiebung in Europa als solcher bräuchten USA keine wirkliche Minderung des eigenen Einflusses zu befürchten.

Die USA der beginnenden 90er Jahre sind grundsätzlich voller Selbstvertrauen in die eigene Stärke und Zukunft. Sie sind in bezug auf die deutsche Frage frei von Konkurrenzängsten und Rivalitätsdenken.

Die USA sind jedoch nicht völlig frei von Sorgen, der eigene Einfluß in Europa könnte als Folge eines geeinten Deutschland zumindest unmittelbar (Frage der Fortdauer der Rechtsstellung der Vier Mächte in Berlin, erwartete Änderungen der Funktion der NATO) reduziert werden.

Dennoch sind die Amerikaner bereit, die für eine Unterstützung des deutschen Einheitsstrebens sprechenden Gesichtspunkte „objektiv“ zu würdigen:

- Prinzipielles US-Eintreten für Selbstbestimmungsrecht,
- Erkenntnis, daß die Teilung Deutschlands „unnatürlich“ (so Präsident Bush), ihre Überwindung ein natürlicher Vorgang ist,

- „record“ der BR Deutschland als über vier Dekaden demokratischer, freiheitlicher und verlässlicher Bündnispartner,
- Erkenntnis, daß bei amerikanischem Widerstand im Verhältnis zur BR Deutschland nichts zu gewinnen, dagegen möglicherweise sehr viel zu verlieren wäre.

8) Die deutsche Frage stellt die USA auch vor die grundsätzliche Wahl, ob sie dem Einheitsstreben des Partners BR Deutschland und der Deutschen insgesamt oder dem Status-quo-Interesse der anderen Supermacht und deren innerer Stabilität den Vorrang geben wollen. Zwar betrachten die USA die SU noch als Ordnungsfaktor in Europa und beziehen auch die verbliebene stabilisierende Wirkung des WP in ihre Politik ein. Unsere US-Partner erkennen jedoch, daß nicht zuletzt aus Gründen erfolgreicher amerikanischer Politik in Europa die Rolle Deutschlands im Wachsen, der Einfluß der SU im Sinken begriffen ist. Für die USA legt dies nahe, nicht auf das falsche Pferd zu setzen (obwohl bei strategischen Waffen sektorale Interessenübereinstimmungen mit SU und US-Rücksichtnahme darauf bestehen bleibt).

In weiterer Perspektive sehen Amerikaner recht deutlich das Potential und die politischen und sonstigen Vorteile, die aus der Zusammenarbeit mit einem auf der Grundlage westlicher Werte geeinten Deutschland erwachsen können. Dies schließt auch eine von US-Seite unterstellte besondere Bereitschaft und Fähigkeit eines solchen „Deutschland“ ein, Kosten und Lasten notwendiger westlicher Hilfe für den wirtschaftlichen Reformprozeß in Osteuropa – ein umfassendes burden sharing neuer Art – zu übernehmen und mitzutragen.

⁶Die amerikanische Unterstützung für das deutsche Streben nach Einheit ist jedoch konditioniert durch das weitere grundlegende US-Interesse an:

II. Stabilität

9) Aus amerikanischer Sicht bringt derzeitiger Umbruch in Ost- und Zentral-europa (deutsche Frage) Risiken mit sich, welche der Dimension der Veränderungen entsprechen. Die Wahrung hinreichender Stabilität in der gegenwärtigen Zeit des Übergangs ist daher ein fundamentales US-Anliegen.

Das US-Interesse an einem stabilitätsorientierten, allmählichen und Schritt-für-Schritt-Vorgehen in der deutschen Frage ist im umfassenden Sinn zu verstehen. Durch die Bezugnahme auf die „allgemeine europäische Sicherheit“ in den vier Punkten des US-Präsidenten wird deutlich gemacht, daß Schritte in der deutschen Frage den demokratischen Umbruch in Osteuropa und der SU (Gorbatschow) nicht gefährden sollen.

10) Die Sorge, die sowjetische Führung unter GS Gorbatschow und ihr Kurs könnte durch das Zusammentreffen bereits jetzt enormer Probleme (Nationalitätenfrage⁷, insbesondere baltische Staaten, Wirtschaftsmisere usw.) durch unangemessenes Vorgehen in für SU zentraler deutscher Frage „überfordert“ und dann letztlich gestürzt werden, steht dabei erkennbar im Vordergrund.

Aus guten Gründen wird von US-Administration nicht versucht, die mutmaßliche „Schmerzschwelle“ der SU öffentlich zu beschreiben oder konkret zu testen. Mit

⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 129 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁷ Zur Lage in der UdSSR vgl. Dok. 87.

US-Regierung in Kontakt befindliche Deutschlandkenner in Think Tanks (etwa Simes, Szabo) glauben, diese Schwelle überschreitende Entwicklungen müßten „provozierenden“ Charakter haben (etwa WP-Austritt DDR, versuchtes Hinauswerfen oder Anschläge auf sowjetische Truppen in DDR usw.).

11) Darüber hinaus bezieht sich das amerikanische Interesse an Stabilität nicht nur auf den Lösungsprozeß, d. h. wie und in welchem Verfahren die deutsche Frage gelöst werden soll. Das amerikanische Stabilitätsinteresse bezieht sich auch auf Ausgang und Ergebnis dieses Lösungsprozesses. Die schließlich erreichte Form deutscher Einheit soll nach US-Vorstellung im Einklang stehen mit der Stabilität einer sich abzeichnenden neuen europäischen Ordnung.

12⁸⁾ Mit den von Präsident Bush in Brüssel postulierten vier Punkten zur deutschen Frage haben die USA quasi den Versuch gemacht, mit aus US-Sicht allseits akzeptablen Prinzipien eine Art „Sicherheitsnetz“ über die deutsche Frage zu werfen. Damit soll dieser Lösungsprozeß in möglichst geordneten, einvernehmlichen Bahnen auf ein mit den US-Interessen (s. unten) übereinstimmendes Ziel hingelenkt werden.

Das starke Stabilitätsinteresse der USA hat dabei in den von AM Baker in Berlin für die internationale Öffentlichkeit bekräftigten vier Bush-Prinzipien mehrfachen konkreten Ausdruck gefunden:

- Forderung nach einem friedlichen, graduellen und Schritt-für-Schritt-Vorgehen,
- Lösungsprozeß sollte „im Kontext ‚Deutschlands‘ fortgesetzter Verankerung in NATO und einer zunehmend integrierten EG“ vor sich gehen,
- Hinweis auf rechtliche Rolle und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte,
- zu Grenzfragen der Verweis auf die Prinzipien der Helsinki-Schlußakte⁹, dies insbesondere als deutliche Mahnung an die deutsche Seite, die polnische Westgrenze nicht in Frage zu stellen.

13) Die ausdrückliche Einbeziehung der Vier-Mächte-Verantwortung in die vier Punkte ist nicht nur Ausdruck des US-Interesses, auf die anderen drei Rücksicht zu nehmen. Sie ist auch nicht nur Konzession an die übrigen Statusmächte. Die Vier-Mächte-Verantwortung ist für die USA bisher immer noch ein wichtiger rechtlicher Pfeiler der Präsenz in Deutschland (Berlin) und Europa. Dabei wird konkret auch das eigene US-Bestreiben deutlich, die Vier-Mächte-Verantwortung als wichtiges rechtliches Vehikel zur Mitgestaltung des Lösungsprozesses in der Reserve zu behalten.

Amerikaner dürften sich aber darüber im klaren sein, daß davon – wenn überhaupt – nur in extremis Gebrauch gemacht werden darf und daß mit dem Abschluß des deutschen Lösungsprozesses im Prinzip davon nichts mehr übrig bleiben kann.

III. Westintegration

14) Das US-Interesse, daß „Deutschland“ während und nach Abschluß des Lösungsprozesses der deutschen Frage weiterhin der NATO und dem „Anker-

⁸ Korrigiert aus: „11“. Die nachfolgende Numerierung wurde entsprechend angepaßt.

⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

grund“ einer zunehmend integrierten Europäischen Gemeinschaft verpflichtet bleibt, ist deutlich und stark.

Die von US-Seite gewollt offene Begriffswahl „Deutschland“ (Ziffer 2 der vier Punkte von Bush) schließt dabei das US-Ziel eines weiterhin zum Westen gehörenden geeinten Deutschland (in welcher Form auch immer) klar erkennbar ein. Nach US-Auffassung ist erforderlich und wahrscheinlich, daß die Einheit Deutschlands auf der Grundlage westlicher Werte erreicht wird.

15) Diese US-Haltung deckt sich mit den seit langem erklärten und immer wieder bekräftigten Zielsetzungen deutscher Politik, welche den USA bekannt sind.

Die ausdrückliche Aufnahme dieses US-Interesses in die Bushschen Prinzipien hat demnach den Charakter einer vorsorglichen US-Klarstellung „für alle Fälle“, daß die USA alle Modelle einer Neutralisierung Deutschlands und eines „Deutschlands zwischen Ost und West“ ablehnen. Auch hier spielt das US-Interesse an Stabilität im künftigen Europa die entscheidende Rolle.

16) Vor dem Malta-Gipfel¹⁰ wurde dieses besonders deutlich. Damals gab es vor allem in US-Medien Spekulationen, in denen mit großer Sorge die Möglichkeit eines sowjetischen Tauschangebots „Neutralität gegen Einheit“ und seine mutmaßlichen Auswirkungen auf die deutsche Haltung erörtert wurden. Die Sorge, daß die SU auch künftig diese Karte noch ausspielen könnte, um die Deutschen zu einem Abgehen vom „rechten Weg zu verlocken“, ist in politischen Kreisen der US-Hauptstadt unter der Oberfläche weiterhin vorhanden.

Allerdings ist anzunehmen, daß immer noch in diese Richtung denkende Amerikaner bei gründlicher Analyse selbst zu dem Schluß kommen werden, daß in der gegenwärtigen konkreten Lage – in der der Osten politisch nach Westen schaut – die EG- und NATO-bewußten Deutschen keinerlei Grund zum Schielen nach dem Osten oder einem eventuellen deutschen Sonderweg haben.

IV. Weitere US-Präsenz und Mitsprache in Europa

17) Die USA verfolgen das starke Interesse, daß der Prozeß der Lösung der deutschen Frage wie sein späterer Ausgang den amerikanischen Anspruch auf Mitwirkung, Einfluß und Präsenz in Europa nicht schwächen, sondern im Gegenteil möglichst voll berücksichtigen sollte.

Neben dem klassischen Bilateralismus umfaßt die amerikanische Europapolitik von Bush und Baker drei institutionelle Elemente: NATO, EG und – zuletzt „entdeckte“ – KSZE. Das US-Interesse an diesen Institutionen beruht darauf, in ihnen genuine amerikanische Interessen zur Geltung zu bringen und sie zur Beeinflussung europäischer Entwicklungen im amerikanischen Sinn zu nutzen.

Dies gilt aus US-Sicht auch für die deutsche Frage. Nach amerikanischer Auffassung sollten NATO, EG und KSZE den Prozeß der deutschen Annäherung stabilisierend begleiten.

¹⁰ Der amerikanische Präsident Bush und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, führten am 2./3. Dezember 1989 Gespräche auf dem im Hafen von Malta's Hauptstadt Valetta ankernenden sowjetischen Kreuzfahrtschiff „Maxim Gorki“. Für die amerikanischen Gesprächsprotokolle vgl. LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 81–85; für die sowjetische Fassung in deutscher Übersetzung GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 59 und 60. Vgl. dazu ferner AAPD 1989, II, Dok. 391 und Dok. 392; KREML UND DIE WENDE, Dok. 89.

18) Der Auftritt Bushs in Brüssel am 4.12. zielte bereits in diese Richtung. Die Anerkennung einer politischeren Rolle der NATO in der Berliner Rede von AM Baker trägt den Veränderungen in Europa und damit auch in Deutschland Rechnung. Darüber hinaus bleibt abzuwarten, inwieweit die USA den sich abzeichnenden Wandel der NATO von einem primär militärischen Bündnis zu einem vorwiegend politischen Pakt auch im Blick auf Konsequenzen der Entwicklung der deutschen Frage mitzutragen bereit sind.

19) Die Einbettung und Einbindung der Deutschen in die Europäische Gemeinschaft entspricht gerade im Hinblick auf die jüngsten Bewegungen in der deutschen Frage in vollem Umfang amerikanischen Interessen. Von den USA durch Baker in Berlin vorgeschlagene neue „institutional and consultative links“ zur EG zeigen darüber hinaus das amerikanische Bedürfnis, über anerkannte Kanäle bei der Schaffung des „neuen Europa“ mitzuwirken.

¹¹20) Die „Entdeckung“ des KSZE-Prozesses durch Bush und Baker verdeutlicht das amerikanische Streben, bei der Reformentwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas aktiv mitzuwirken. Die im KSZE-Prozeß legitimierte Rolle der USA in Europa (zu amerikanischer Zufriedenheit auch anerkannt in deutsch-sowjetischer Gemeinsamer Erklärung vom 13.6.89¹²) ist aus US-Sicht auch ein Instrument, direkt auf den Prozeß in Mittel- und Osteuropa Einfluß zu nehmen und dabei zugleich dem Eindruck schwindender amerikanischer Bedeutung in Europa entgegenzuwirken.

USA erkennen an, daß die von uns maßgeblich mitgestaltete KSZE-Schlußakte alle Elemente einer europäischen Friedensordnung, einschließlich einer Lösung der deutschen Frage, enthält.

21) Dabei ist nach immer deutlicher werdender US-Auffassung zum von der SU ausgegangenen Vorschlag für ein eventuelles KSZE-Gipfeltreffen 1990 (Helsinki II)¹³ aus Washingtoner Sicht besonders wichtig, daß Deutschland in der polnischen Grenzfrage eine eindeutige Haltung einnimmt. Abgesehen davon sind die US-Vorstellungen zu Zweck, Verfahren und Substanz eines solchen Treffens noch im Fluß.

Unmittelbar nach dem Gorbatschow-Vorschlag eines solchen Treffens und erneut nach dem Besuch Mitterrands bei Gorbatschow im Dezember¹⁴ haben amerikanische Medien bemerkenswerterweise sofort vermutet, die Aktivierung dieses Rahmens könne der Versuch sein, ein Mitsprache- oder sogar Vetorecht (Konsensprinzip der KSZE) aller KSZE-Mitgliedstaaten in der deutschen Frage zu etablieren. Zugleich gab es jedoch keine Mutmaßungen darüber, daß die USA einen solchen Versuch mittragen würden.

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 130 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² Zur Gemeinsamen Erklärung vom 13. Juni 1989 vgl. Dok. 7, Anm. 5.

¹³ Bei einer Pressekonferenz in Rom schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 30. November 1989 „im Lichte der Ereignisse des zu Ende gehenden Jahres“ vor, „das gesamteuropäische Gipfeltreffen, d.h. Helsinki II, von 1992 auf 1990 vorzuverlegen“. Zuvor hatte er am 26. Oktober 1989 bei einem Besuch in Finnland angeregt, die für den 24. März 1992 anberaumte IV. KSZE-Folgekonferenz von der Ebene der Außenminister auf die der Staats- und Regierungschefs anzuheben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 212 vom 1. Dezember 1989; B 28 (Ref. 212), Bd. 158559.

¹⁴ Am 6. Dezember 1989 führte der französische Staatspräsident Mitterrand mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Kiew ein Gespräch. Vgl. dazu GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 62. Für Auszüge in englischer Übersetzung vgl. MASTERPIECES, Dok. 114.

V. Ausblick

22) Trotz der oben beschriebenen starken Herausstellung von Stabilitätsgesichtspunkten gibt es aus hiesiger Sicht weiterhin keinerlei wirkliche Anzeichen, daß Washington damit deutschem Einheitsstreben irgendwie entgegenwirken oder dieses spürbar abbremsen will.

Die Bush-Administration ist sich generell bewußt, daß es ohne Freiheit und Selbstbestimmung auf Dauer keine Stabilität geben kann. Auf der anderen Seite ist deutlich, daß eine eventuelle Überbetonung des Stabilitätsaspekts durch die USA erhebliche Gefahren birgt. Dies gilt besonders für die Eventualitäten:

- einer Sicht in Deutschland, USA räumten der Stabilität Vorrang vor Selbstbestimmung der Deutschen ein;
- einer deutschen Perzeption, die USA würden insbesondere dem politischen Überleben Gorbatschows (womöglich aufgrund angeblicher „Malta-Absprache“) über die Wünsche der Deutschen hinweg den Vorrang geben;
- einer Wiederbelebung der Vier-Mächte-Verantwortung mit deren fatalen Eindruck auf die Deutschen, ein „Direktorium“ der Siegermächte wolle weiterhin über ihr Schicksal bestimmen;
- einer Sicht in Deutschland, USA würden das „Spielen auf Zeit“ der drei anderen Statusmächte insgeheim mitmachen.

Amerikanische Gesprächspartner aller Ebenen sollten in nächster Zeit auf die Risiken solcher – wahrscheinlich nicht gewollter und falscher – Eindrücke verstärkt hingewiesen werden. Die USA müssen bei geeigneten Gelegenheiten noch mehr tun, um ihnen wirksam zu begegnen.

Amerikaner müssen wissen, daß sie durch fahrlässiges Entstehenlassen obiger Sichtweisen in Deutschland und dem damit verbundenen Eindruck des Im-Stichgelassen-werdens auf deutscher Seite ihre eigenen Ziele zum deutschen Lösungsprozeß (u. a. US-Präsenz und Mitsprache) erheblichen Risiken aussetzen würden.

23) Unter dem Strich bleibt jedoch:

Von allen Verbündeten sind die Amerikaner diejenigen, die unser Streben nach nationaler Einheit und unsere Politik gegenüber Osteuropa und der SU nicht nur verstehen, sondern politisch und auch emotional mitzutragen bereit sind.

Vor dem Hintergrund eines allgemeinen US-Gefühls der Möglichkeit abnehmenden amerikanischen Einflusses in Europa brauchen umgekehrt auch unsere amerikanischen Partner – zumal in der deutschen Frage – neben enger und vertrauensvoller Abstimmung auch ständige Versicherungen von uns, daß wir nicht nur die Interessen der USA zur deutschen Frage verstehen, respektieren und mit ihnen übereinstimmen, sondern daß wir auch das Interesse der USA an künftiger Präsenz in Europa teilen und mitzutragen bereit sind.

Die immer wieder sichtbare amerikanische Haltung, über die deutsche Frage müßten letztlich die Deutschen selbst entscheiden, ermutigt zu einer solchen Feststellung.

[gez.] Paschke

B 32 (Ref. 204) Bd. 179532

9

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Roman in Bukarest

214-321.00 RUM

15. Januar 1990¹

Von BM noch nicht gebilligt

BM-Besuch in Rumänien 15./16. Januar 1990²;

hier: Gespräch mit MP Roman am 15. Januar 1990

MP begrüßt *BM* und gibt eine Darstellung der aktuellen Lage Rumäniens. Die Revolution habe mit den alten Strukturen gebrochen. Die Front zur Nationalen Rettung habe sich die Herstellung der Demokratie im Lande zur Aufgabe gemacht.³ Die politische Lage befinde sich in einem Prozeß der Stabilisierung.

Auf wirtschaftlichem Gebiet habe man von der Diktatur ein schweres Erbe übernommen. Die wirtschaftlichen Strukturen seien völlig veraltet. Die Landwirtschaft befinde sich in einem schlechten Zustand. Während der Diktatur sei überall mit falschen Zahlen und Angaben operiert worden. Die Lüge sei Teil des politischen und wirtschaftlichen Lebens gewesen. Die Technologie in Rumänien sei veraltet. Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und Energie sei sehr schwierig.

BM erläutert das Verständnis der Bundesregierung für die schwierige Lage Rumäniens. Für das Land und für Europa sei es wichtig, daß Rumänien seine Entwicklung in Stabilität vollenden könne. Die Bundesrepublik Deutschland sei bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten. Die Entscheidung für eine wirkliche Demokratie und für die Rechte der Minderheiten sei von Bedeutung. Wir dächten dabei auch an die deutsche Minderheit, in deren Kreis es zahlreiche Ausreisewünsche gebe.⁴ Er könne nicht sagen, ob es möglich sein werde, die Deutschen zum Verbleib im Lande zu veranlassen. Das werde ganz wesentlich von den Lebensbedingungen abhängen. Wer aber ausreisen wolle, den solle man gehen lassen.

Was die akuten wirtschaftlichen Probleme angehe, komme es darauf an, sie in einer Gemeinschaftsaktion und durch bilaterale Zusammenarbeit überwinden

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 17. Januar 1990 gefertigt.

² Bei seinem Besuch in Rumänien führte Bundesminister Genscher am 15. Januar 1990 in Bukarest zudem Gespräche mit dem rumänischen Präsidenten Iliescu und Außenminister Celac. Am 16. Januar 1990 besuchte er Hermannstadt und Temesvar, wo er ein Gespräch mit Vertretern der deutschen Minderheit führte. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; B 42 (Ref. 215), Bd. 163362.

³ Von Temesvar seit 17. Dezember 1989 ausgehende Unruhen griffen in Rumänien trotz Verhängung des Ausnahmezustands am 20. Dezember 1989 auf weitere Landesteile über und führten zu Toten und Verletzten. Am 22. Dezember wurde der rumänische Präsident Ceauşescu in Bukarest gestürzt, verhaftet und nach einem Schnellverfahren vor einem Militärtribunal am 25. Dezember 1989 mit seiner Ehefrau hingerichtet. Vgl. dazu AAPD 1989, II, Dok. 433.

Referat 214 vermerkte am 5. Januar 1990 zur Lage in Rumänien: „Neue Führung („Rat der nationalen Rettung“ mit 145 Mitgliedern; elfköpfiges Exekutivkomitee des Rates mit Präsident Iliescu an der Spitze; dreiundzwanzigköpfige Regierung unter MP Roman) im Prozeß der Etablierung. Sie versteht sich als Übergangsführung bis zur Durchführung für April 1990 geplanter freien Wahlen (Entstehen erster Parteien).“ Vgl. B 42 (Ref. 215), Bd. 163362.

⁴ Zur Lage der deutschen Minderheit in Rumänien vgl. Dok. 12.

zu helfen. Er werde sich dafür einsetzen, daß Rumänien in die Hilfsmaßnahmen der 24 für Polen und Ungarn einbezogen werde.⁵ Wichtig sei, daß die rumänische Regierung in der Lage sei, die Hilfe von außen zu koordinieren. Auch müsse der Bedarf zuverlässig ermittelt werden. Was er heute hier höre, werde er beim informellen EPZ-Ministertreffen am 20.1.1990 in Dublin⁶ zusammen mit AM Dumas den Kollegen vortragen. Inzwischen habe auch EG-Kommissar Andriessen hier Gespräche geführt.⁷

Zur Belegung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen solle die Gemischte deutsch-rumänische Wirtschaftskommission nach gründlicher Vorbereitung sehr bald zusammentreten, um Einzelheiten zu klären.⁸ Der Hermes-Bürgschafts-plafond in Höhe von 300 Mio. DM werde in Kürze wieder verfügbar sein.⁹

Die Bundesregierung habe darüber hinaus über viele Jahre einen Sonderbürgschaftsrahmen über 500 Mio. DM für Industrieprojekte im Raum Temesvar bereit gehalten. Die frühere Regierung sei aber nicht in der Lage gewesen, den Rahmen in Anspruch zu nehmen.

MP greift zunächst das Thema Minderheiten auf. Die Front zur Nationalen Rettung habe als eine ihrer ersten Handlungen eine Erklärung zu den Rechten der Minderheiten abgegeben, mit denen man gut zusammenleben wolle.¹⁰

BM unterstreicht die Bedeutung eines toleranten Nebeneinanders der verschiedenen Konfessionen (Orthodoxe, Katholiken, Protestanten).

MP stimmt dem zu und verweist auf die Mitgliedschaft von Pfarrer Tókéš im Rat der Front zur Nationalen Rettung.

BM fragt nach der Mitgliedschaft von Vertretern der deutschen Minderheit im Rat.

MP erklärt, man warte, daß die deutsche Minderheit ihre Repräsentanten im Rat benenne.

Er geht auf das Thema Wirtschaft über. In der Anfangsphase habe es bei der Koordinierung von Hilfsmaßnahmen gewisse Mißverständnisse gegeben. Inzwischen

⁵ Die Gruppe der 24 (G24) wurde nach dem Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris gebildet, um wirtschaftliche Hilfe für die Reformländer Polen und Ungarn zu ermöglichen. Die EG-Kommission koordinierte die Arbeiten. Vgl. dazu Ziffer 6 der G 7-Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen; EUROPA-ARCHIV 1989, D 490 f.

Bei der Tagung der Außenminister der G24-Staaten am 13. Dezember 1989 in Brüssel wurde eine Aufnahme Bulgariens, der DDR und ČSSR sowie Jugoslawiens in das Programm in Aussicht gestellt, sofern dort die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen seien. Vgl. dazu AAPD 1989, II, Dok. 416.

⁶ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 5, Anm. 30.

⁷ Der Vizepräsident der EG-Kommission, Andriessen, besuchte am 12. Januar 1990 die ČSSR, am 13. Januar Bulgarien und am 14. Januar 1990 Rumänien.

⁸ Vortragender Legationsrat Heinsberg vermerkte am 15. Februar 1990, die deutsch-rumänische Wirtschaftskommission habe zuletzt 1988 getagt: „BMW i will erst Weiterentwicklung der politischen Lage (Wahlen in Rumänien am 20.5.1990) abwarten, auch Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft möchte sich angesichts bisher mangelnden Interesses der deutschen Wirtschaft noch nicht für Kommissionssitzung engagieren.“ Vgl. B 63 (Ref. 421), Bd. 157158.

⁹ Referat 421 legte am 3. Januar 1990 dar, der Ausfuhrbürgschafts-plafond von 300 Mio. DM sei am 18. April 1989 aufgrund von Zahlungsrückständen aufgehoben worden. Diese seien jedoch „bis Ende 1989 vollständig zurückgezahlt“ worden, so daß mit einer Wiedereröffnung des Plafonds noch im Januar 1990 zu rechnen sei. Vgl. B 63 (Ref. 421), Bd. 157154.

¹⁰ Vgl. dazu die Erklärung des Rates zur Nationalen Rettung Rumäniens vom 23. Dezember 1989; EUROPA-ARCHIV 1990, D 169–171.

gebe es keine Schwierigkeiten mehr. Er dankt für die von deutscher Seite geleistete Hilfe. Auf dem Energiesektor sei die Lage kritisch. Man erhoffe sich hier Hilfe von der Bundesrepublik Deutschland. Mit einem deutschen Unternehmen würden bereits Gespräche geführt. Die SU liefere einen großen Teil an Energie. Das reiche aber nicht aus.

Rumänien sei für eine breite wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der Energiesektor könne ein gutes Beispiel sein. Die neue Regierung ermuntere die Betriebe, direkte Kontakte zu ausländischen Partnern aufzunehmen. Über Hermes und einen neuen Kreditrahmen solle so schnell wie möglich verhandelt werden.

BM stellt klar, daß der Hermes-Plafond eröffnet werde. Verhandeln müsse man über einen neuen Kreditrahmen. Zuvor solle die rumänische Regierung aber zuerst geeignete Projekte definieren und deutsche Partner ermitteln. Dabei solle man auch an mittlere Betriebe denken.

Er habe heute mit Repräsentanten eines deutschen Energieunternehmens (RWE) gesprochen. *BM* fragt nach dem Volumen und Zeitraum des rumänischen Energiebedarfs.

MP nennt 350 Megawatt für 1 bis 2 Monate zur Überwindung der gegenwärtigen kritischen Phase. Darüber hinaus sei man aber bei entsprechenden kommerziellen Bedingungen an einer längerfristigen Kooperation interessiert. Die rumänischen Kraftwerke müßten außerdem von Grund auf erneuert werden.

BM weist darauf hin, daß die Bundesrepublik Energie-Importeur ist. Unsere Lieferanten seien die SU und Frankreich. Bei uns sei die Technik der Energieversorgung und des Energiesparens hochentwickelt.¹¹

BM schlägt sodann vor, auch die kulturelle Zusammenarbeit zu intensivieren. Die Gemischte Kommission solle zur Ausarbeitung eines Mehrjahresprogramms bald zusammentreten.¹² Wir dächten an eine Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich und bei den Hochschulen. Wir seien in der Lage, sofort 12 Jahresstipendien und 20 Studienaufenthalte für Post-Graduierte anzubieten. Die Bewerbungsfrist sei für Rumänien bis Mitte März verlängert worden. Der DAAD werde eine Delegation von Hochschulrektoren einladen, und von seiten der DFG werde für die Nationalbibliothek eine Buchspende im Werte von 25 000 DM zur Verfügung gestellt. Wir hoffen auch, daß unser Kulturinstitut seine Tätigkeit jetzt voll entfalten könne (*MP*: ja).¹³

¹¹ Vortragender Legationsrat Schöning vermerkte am 19. Januar 1990, Bundesminister Genscher habe am 17. Januar angeordnet, „so rasch wie möglich Stromlieferungen als Soforthilfe für Rumänien in Höhe von 350 MW bis Ende März 1990“ aufzunehmen. RWE werde am 22. Januar 1990 mit der Lieferung beginnen. Das Auswärtige Amt stellte dafür aus dem Haushaltstitel Humanitäre Hilfe bis zu 50 Mio. DM zur Verfügung. Vgl. B 42 (Ref. 215), Bd. 163373.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Heide informierte am 22. Januar 1990, das sechste Durchführungsprogramm zum Abkommen vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit sei 1987 in Bukarest bis Ende 1988 verlängert worden: „Mangels Erfolgsaussichten haben wir seither nicht zur nächsten Sitzung eingeladen. Die rumänische Seite hat die fällige Einladung auch nicht angemahnt.“ Das neue Durchführungsprogramm solle bis 1991 dauern. Vgl. das Rundschreiben an die an der kulturellen Zusammenarbeit mit Rumänien beteiligten Institutionen vom 22. Januar 1990; B 96 (Ref. 605), Bd. 179987.

¹³ Botschafter Terfloth, Bukarest, legte am 14. März 1990 im kulturpolitischen Jahresbericht dar: „Nach dem Umsturz zeichnet sich eine völlig neue kulturpolitische Lage ab. Mehr noch als im politischen

Im sozialen Bereich dächten wir an deutsch-rumänische Begegnungsstätten, Altersheime in der Region der deutschen Minderheit und die Schaffung von Internaten für Schüler, die deutsche Schulen besuchen wollen. Wir seien bereit, viel zu tun, um das Hierbleiben der deutschen Minderheit attraktiver zu machen.

Wer aber ausreisen wolle, dem müsse das auch möglich sein. Er habe von Schwierigkeiten bei der Paßausstellung gehört.

MP verweist darauf, daß die neue Führung vor wenigen Tagen ein Dekret über freie Reisen rumänischer Bürger erlassen habe.¹⁴ Jeder rumänische Bürger, der ausreisen wolle, habe das Recht auf eine Antwort in 2 Monaten, und die Antwort werde in der Regel positiv sein. Bereits gestellte Anträge würden innerhalb von 20 Tagen beschieden.

BM fragt nach Besuchsreisemöglichkeiten.

MP verweist auf das neue Dekret, wonach jeder Rumäne das Recht auf Ausstellung eines Reisepasses hat.

BM weist abschließend auf unser großes Interesse an einer erfolgreichen Entwicklung in Rumänien hin.¹⁵

B 42 (Ref. 215), Bd. 163362

Fortsetzung Fußnote von Seite 45

stehen die Zeichen im kulturellen Bereich auf Liberalisierung, Dezentralisierung und Öffnung zum Ausland.“ So sei seit Anfang 1990 das Dekret aufgehoben worden, das jeden Kontakt rumänischer Staatsbürger mit Ausländern genehmigungspflichtig gemacht habe. Vgl. den Schriftbericht Nr. 378; B 42 (Ref. 215), Bd. 163378.

¹⁴ Am 8. Januar 1990 erließ der rumänische „Rat der ‚Front zur nationalen Rettung‘“ ein Dekret, das mit sofortiger Wirkung uneingeschränkte Reisefreiheit erlaubte. Die Visumpflicht für im Ausland lebende Rumänen wurde abgeschafft.

¹⁵ Vortragender Legationsrat Schrömbgens notierte am 17. Januar 1990, Bundesminister Genscher habe in einer Hausbesprechung am selben Tag darauf hingewiesen, in der Sitzung des Kabinetts am Morgen habe er „zu einer notwendigen und möglichen RUM-Hilfe viel Verständnis“ gefunden. Entscheidend sei, daß die Hilfe schnell ankomme: „Es müsse zum einen klar sein, daß sie dem BM-Besuch unmittelbar und kausal folge, zum anderen könne die Befürchtung hier in D eingedämmt werden, ein großer Ansturm stehe bevor. Dieser Erfolg könne z. B. durch die Hilfe für Altersheime bewirkt werden, wenn Alte in RUM blieben, auch wenn die Kinder in D seien, zumal auch die Unterkunft in RUM preiswerter sei“. Vgl. B 42 (Ref. 215), Bd. 163362.

10

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Staatsratsvorsitzenden Mladenow in Burgas

105-90/A 1

18. Januar 1990¹

Gespräch des Herrn Bundesminister Genscher mit Herrn Staatsratsvorsitzenden Mladenow am 18.1.1990 um 15 Uhr in Burgas/Bulgarien;²
hier: Aufzeichnung nach Dolmetschernotizen

Mladenow geht nach Begrüßung unmittelbar auf Lage in Bulgarien ein. Veränderungen seien objektiv notwendig gewesen.³ Alte Strukturen und altes System seien nicht länger haltbar gewesen. Kommandowirtschaft sowie totalitäres Ein-Mann-System mit stalinistischen Strukturen hätten verschwinden müssen. Es handele sich nicht lediglich um Auswechslung von Personen. Vielmehr habe man den Ereignissen in der Welt Rechnung getragen, da Bulgarien von der Entwicklung abgehängt worden wäre. Es sei 5 Minuten vor 12 gewesen, hätte man 1 Monat länger gezögert, wären Explosion und rumänische Verhältnisse⁴ unausweichlich gewesen.

Man strebe in Bulgarien demokratische Gesellschaft an. Alle guten Werte, egal ob aus Ost oder West, sollten darin Platz finden. Man wolle eine Gesellschaft, die sich in Europa integrieren kann, die sich auf Pluralismus der Ideen, Strukturen und Parteien begründe. Hierzu seien Wahlen notwendig, damit der Wähler jene Leute an die Spitze bringen könne, die er für würdig halte, das Land zu führen. Sollten Reformen in BKP⁵ nicht verwirklicht werden, seien auch Reformen in Gesellschaft unmöglich. Man wolle Partei des demokratischen Sozialismus. Am 19.1.90 würden Plattform der Partei sowie neuer Satzungsentwurf veröffentlicht. Man sei sich im klaren, daß politische und wirtschaftliche Reformen parallel zu laufen hätten. Bei Wirtschaftsreformen wolle man zunächst Diversifizierung der Eigentumsformen (auch Privateigentum), wobei sich die effektivste Form als lebensfähig durchsetzen werde. Daneben wolle man die Marktwirtschaft, weil klar sei, daß der Markt entscheidende Rolle spiele. Der Übergang brauche jedoch Zeit, automatische Übergänge würden zu Wirrwarr führen. Bulgarien wolle die Erfahrung anderer Länder hierbei nutzen.

Was Pluralismus betreffe, so gebe es in BG bereits viele neue Gruppierungen und Parteien, von denen er die meisten Führer kenne. Die nächsten Wahlen würden freie Wahlen sein, wobei jedoch der Termin Mai 1990 von der Opposition

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Hille am 19. Januar 1990 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 2. Februar 1990 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 18. Januar 1990 in Bulgarien auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix resümierte am 19. Januar 1990, Ziel des Besuchs sei gewesen, „Eindruck von Absichten neuer Führung zu gewinnen; Ermutigung des beginnenden Demokratisierungsprozesses; Unterstützung für Achtung der Menschenrechte (türkische Minderheit); Abstützung des Reformprozesses durch Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 502; B 42 (Ref. 215), Bd. 163343.

³ Zum Umbruch in Bulgarien vgl. AAPD 1989, II, Dok. 359.

⁴ Zum Umbruch in Rumänien im Dezember 1989 vgl. Dok. 9, Anm. 3.

⁵ Balgarska Komunisticeska Partija (Bulgarische Kommunistische Partei).

als verfrüht angesehen werde, andererseits jedoch die jetzigen Abgeordneten als nicht demokratisch legitimiert bezeichnet würden. Das sei nicht logisch. Aber Schwierigkeiten seien unumgänglich, das ganze Land übe sich erstmals in Demokratie, was in bisherigem System nicht möglich gewesen sei.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beruhten auf der schweren Erblast, die man habe übernehmen müssen. BG wisse nicht, wie es allein damit fertig werden solle. Moralische, aber auch materielle Hilfe aus den europäischen Ländern, darunter auch aus der Bundesrepublik, sei dringend nötig. Man wolle die gute deutsch-bulgarische Zusammenarbeit, die es vor und nach dem Kriege unter den verschiedensten Führern gegeben habe, fortsetzen.

BM dankt für Ausführungen, bezeugt Mladenow Mut bei Änderung der Machtverhältnisse in Bulgarien. Er sei um so mehr erfreut, als es sein alter Freund Petar Mladenow sei, der nunmehr die Geschicke des Staates lenke. BM werde am übernächsten Tag bei Treffen der EG-AM in Dublin⁶ über Eindrücke aus Bulgarien berichten. Der Westen verfolge mit Sympathie Entwicklung in Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, die auch Ost-West-Beziehungen insgesamt förderlich seien. Man wolle jedoch, daß diese revolutionären Veränderungen in einem stabilen Rahmen ablaufen. Natürlich würden diese Prozesse auch Schwierigkeiten und Probleme mit sich bringen, die man jedoch überwinden müsse. Neue bulgarische Führung habe sich internationale Reputation durch Lösung der Probleme um türkische Minderheit Bulgariens erworben. In schwieriger Lage habe sich Mladenows Regierung für Menschenrechte sowie Dialog und Ausgleich bemüht. Dies sei auch in Hinsicht auf Opposition des Landes notwendig. Neben neuem Wahlgesetz müsse es freien Zugang der Opposition zu Print- und elektronischen Medien geben; auch materielle Basis müsse Opposition, u. a. durch Bereitstellung von Gebäuden und Einrichtungen, gewährt werden. BM wolle Mladenow zu weiterer Demokratisierung unter stabilen Rahmenbedingungen ermutigen, wobei man auch auf die Deutschen und die EG rechnen könne. Hinsichtlich des Wahltermins könne BM raten, diesen, wie die Opposition es wolle⁷, um mehrere Monate aufzuschieben.⁸ In jedem Falle habe Bulgarien ein begabtes Volk, das nicht nur in Wirtschaft, sondern auch in Kultur großen Beitrag leisten könne. Im Agrarsektor sei dies beispielhaft bewiesen worden durch Umstellung von Monostruktur auf Anbauvielfalt.

Mladenow dankt für Darlegungen und für Verständnis BMs für die schwierige Lage des Landes. Moralische Unterstützung sei für ihn und seine Genossen in solchen Momenten sehr wichtig. Er stimme zu, daß die neue Entwicklung nur in stabilem Rahmen, auch des Ost-West-Verhältnisses, verlaufen dürfe. Es würden natürlich Emotionen geweckt und Streit aufkommen, dies müsse sich jedoch in zivilisiertem Rahmen halten. Es sei eben leichter, etwas zu zerstören, als etwas Neues aufzubauen.

Mit den oppositionellen Kräften sei man sich einig, daß Pluralismus nötig sei. Dies zeigten auch Verhandlungen am Runden Tisch. Man habe Opposition eigene

⁶ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20. Januar 1990 vgl. Dok. 5, Anm. 30.

⁷ Der Passus „wie ... wolle“ wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

⁸ Am 10. und 17. Juni 1990 fanden in Bulgarien die ersten freien Wahlen seit 1946 statt, aus denen die Bulgarische Sozialistische Partei, die Nachfolgeorganisation der Bulgarischen Kommunistischen Partei, als Siegerin hervorging.

Zeitung, dann auch eigene Zeitschrift sowie Räume für deren Arbeit zugestanden. In Radio und Fernsehen sei Opposition ohnehin bereits Hauptsprecher. Doch sie habe Anrecht auf Zugang zu den Medien. BMs Ratschläge zu Wahltermin habe er sich notiert.

Mladenow geht auf Schreiben des Bundeskanzlers ein, das ihn zufriedenstelle.⁹ Auf alle Bitten sei geantwortet worden. Westeuropa und die Bundesrepublik könnten viel dazu beitragen, daß der Demokratisierungsprozeß schmerzlos verlaufen könne: Politische Unterstützung sei durch positive Haltung zu Veränderungen möglich, moralische Unterstützung ebenfalls. Sehr wichtig sei jedoch, daß Bulgarien sich nach Öffnung auch integrieren könne. BM habe im EG-Rahmen viel für Bulgarien getan, u.a. gleiche Unterstützung wie für Polen und Ungarn durchgesetzt. Für Ende Januar seien Abschlußgespräche zwischen Bulgarien und EG angesetzt; die Bundesrepublik könne darauf hinwirken, daß Bulgarien die gleichen Vorteile wie seinerzeit Ungarn gewährt würden.¹⁰ Er bitte auch hinsichtlich der Zollpräferenzen um wohlwollende Haltung und Unterstützung der Bundesrepublik. (BM wirft ein, er werde dies am Samstag in Dublin tun.) Auch hinsichtlich bulgarischer Beteiligung an GATT, IWF und künftiger Bank für Wiederaufbau und Entwicklung¹¹ (BM: „Sie werden dort Mitgliedsland sein“) rechne man auf die Bundesrepublik.

Bei Wirtschaftsreformen bitte er um Hilfe durch deutsche Spezialisten sowie um Beseitigung der Ausfuhrbeschränkungen für High-Tech. (Einwurf BMs, daß COCOM-Liste den Veränderungen nicht mehr entspricht¹².) Im übrigen werde man wohl den jetzigen Ministerpräsidenten Atanassow durch Andrei Lukanow ersetzen.¹³

BM erklärt am Beispiel DDR, daß man auch dort durch größere Flexibilität und bessere Nutzung der Ressourcen schneller hätte vorankommen können. MP Modrow habe sich seinerzeit durch Abschaffung der Staatssicherheitsorgane hohes Ansehen verschafft, später jedoch¹⁴ bei Versuch der Einführung eines ähnlichen Organs große Probleme bekommen.¹⁵ Auch Bulgarien und v.a. Mladenow

⁹ Bundeskanzler Kohl teilte dem bulgarischen Staatsratsvorsitzenden Mladenow mit Schreiben vom 8. Januar 1990 mit, die Bundesregierung sei zur Unterstützung der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas bereit, also auch Bulgariens, „mit dem uns traditionell enge und freundschaftliche Beziehungen verbinden“. Angesichts des dort fortschreitenden Reformprozesses setze sich die Bundesrepublik für eine „beschleunigte Wiederaufnahme und Fortsetzung der Verhandlungen über das Handels- und Kooperationsabkommen EG–Bulgarien“, den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie eine Aufnahme des Landes in die G 24-Hilfe für Polen und Ungarn ein. Ferner befürworte man den GATT-Beitritt Bulgariens sowie dessen Dialog mit IWF, OECD und Europarat. Vgl. B 42 (Ref. 215), Bd. 163343.

¹⁰ Zu den Beziehungen der EG zu den mittel- und osteuropäischen Staaten vgl. Dok. 26.

¹¹ Zur Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vgl. Dok. 98.

¹² Der Passus „daß COCOM-Liste ... entspricht“ ging auf Streichungen und handschriftliche Änderungen von Bundesminister Genscher zurück. Davor hieß es: „daß COCOM-Liste nicht mehr aktuell sei“.

¹³ Nach dem Rücktritt des bulgarischen Ministerpräsidenten Atanassow am 2. Februar 1990 wurde am folgenden Tag der ehemalige Außenhandelsminister Lukanow neuer Ministerpräsident.

¹⁴ Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Am 18. November 1989 bestätigte die Volkskammer der DDR die Regierung des seit 13. November 1989 amtierenden Ministerpräsidenten Modrow. Das Ministerium für Staatssicherheit wurde in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannt, doch strukturelle oder personelle Änderungen unterblieben. Bürgerkomitees besetzten Anfang Dezember 1989 Bezirks- und Kreisdienststellen des AfNS, auch um Aktenvernichtungen zu verhindern. Die AfNS-Führung trat darauf am 5. Dezember 1989

persönlich könnten sich durch Auflösung der bestehenden Überwachungs- und Sicherheitsdienste großes Ansehen erwerben.

Mladenow kommt auf Fragen der Wirtschaftshilfe zurück. Heutige bulg. Situation lasse sich teilweise mit Lage der Bundesrepublik nach 2. Weltkrieg vergleichen (große Geldmenge, wenig Waren). Aus dieser Sicht sei man dankbar für gute Ratschläge deutscherseits, jedoch auch für direkte Unterstützung. Er wisse um Verdienste BMs für Bulgarien in EG und auch in USA; in Europa sei sonst niemand, der etwas für Bulgarien tun könne oder wolle. Bundesregierung wisse sicherlich auch, daß einseitige Unterstützung der DDR Reformen in anderen Staaten zum Scheitern bringen könnte.

BM geht kurz auf Vergleich Nachkriegsdeutschland–heutiges Bulgarien ein und fragt sodann nach Möglichkeiten der akuten Hilfe.

Mladenow verweist auf große Verschuldung Bulgariens in Bundesrepublik. Er könne sich Hilfestellung durch deutschen Ankauf bulgarischer Aktien zur Schuldentilgung sowie durch Umschuldung vorstellen. Man sei sich klar, daß wirtschaftlich viel zu leisten sei. Noch diskutierten die Menschen in Bulgarien nur, in 2 Monaten würden sie jedoch über Erfolg oder Mißerfolg der Reformen anhand des Warenangebots entscheiden. Er, *Mladenow*, habe gute Leute um sich, die auch demokratisch geschult seien.

BM sagt Prüfung der Vorschläge für Hilfsmaßnahmen seitens der Bundesrepublik zu.

Mladenow betont, wenn *BM* bei nächstem Bulgarien-Besuch seinen alten Freund *Mladenow* wiedertreffen wolle, sei Hilfe dringend nötig. Er könne sich auch eine Art Marshall-Plan für Osteuropa, der dann „Genscher-Plan“ heißen solle, vorstellen. (Hebt BMs Verdienste für Europa und die Welt hervor.) *Mladenow* bittet *BM*, in anschließendem Gespräch mit Opposition mäßigend auf diese einzuwirken, da die Emotionen sehr stark seien.¹⁶ Wichtige Bedeutung der Opposition sei jedoch unumstritten, er hätte sie auch selbst eingeführt, wenn sie sich nicht allein gebildet hätte. Er habe hinsichtlich der Haltung zur Opposition großes Risiko übernommen, jedoch hätten die zahlreichen Gespräche mit *BM* ihn dabei gestärkt, die Opposition zu fördern. Überhaupt habe ein Mann in Europa den größten Einfluß auf ihn, *Mladenow*, gehabt: *BM* Genscher.

BM fragt nach Lage in UdSSR.¹⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 49

zurück. Bürgerkomitees und Oppositionsgruppen vom Zentralen Runden Tisch zwangen die Regierung am 13. Januar 1990, Pläne für ein neues MfS/AfNS ersatzlos fallen zu lassen. Vgl. VORWÄRTS IMMER, Dok. 54; ZENTRALER RUNDER TISCH, Bd. 2, S. 321–339 und S. 346–353.

¹⁶ Botschafter Lewalter, Sofia, berichtete am 19. Januar 1990, im Gespräch mit bulgarischen Oppositionsvertretern in Burgas habe Bundesminister Genscher „die Übereinstimmung aller demokratischen Kräfte in der BR Deutschland in ihrer Unterstützung für die Demokratisierung der Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“ betont und angeregt, die Oppositionsparteien sollten Delegationen in die Bundesrepublik entsenden: „Die hochrangigen Kontakte bei uns würden die Stellung der Politiker in ihrer Heimat stärken. Der Kontakt mit den verschiedenen politischen Parteien bei uns könne klarmachen, wo und wie geholfen werden könne. 1990 sei ein Jahr permanenten Wahlkampfes bei uns, der als Anschauungsunterricht nützlich sei. Er werde sich dafür einsetzen, daß die Besucher von führenden Vertretern des öffentlichen Lebens empfangen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; B 42 (Ref. 215), Bd. 163343.

¹⁷ Zur Lage in der UdSSR vgl. Dok. 87.

Mladenow antwortet, sie sei sehr schwierig. Gorbatschow sei in schwierigerer Lage als er, da sich Nationalitätenproblem mit jedem Tag verschlimmere, wegen in Bulgarien Lösung gefunden worden sei. Bulgarien habe starke Proteste von Nationalisten und Anhängern der alten Partei hinnehmen müssen, es sei jedoch nie zu Blutvergießen oder Schlägereien gekommen. In SU jedoch könnte die Lage außer Kontrolle geraten. Ein weiteres Problem in SU sei mangelnde Geschlossenheit von Partei und Land. Apparat der KPdSU leiste starken Widerstand. Auch BKP-Apparat tue dies, jedoch werde man hier die alten Strukturen vernichten, vielleicht auch den Parteinamen verändern. In SU verliefen die Prozesse zu langsam, und die politischen Reformen seien nicht durch Wirtschaftsreformen flankiert wie in Bulgarien. Auch BM müsse helfen, damit Gorbatschow es schaffen könne. (Zwischenfrage *BM*s: „Wie?“) *Mladenow* antwortet, auch dies sei schwierig.

BM verweist auf Gespräch mit AM Schewardnadse.¹⁸ *BM* wolle klarstellen, daß weitere Abrüstungsschritte erforderlich seien. Nach Mauer aus Stein müsse auch Mauer aus Raketen und Waffen fallen, auch um Reformprozesse konsolidierend zu begleiten. *BM* verweist auch auf seine Rede im Bundestag vom 27.4.89.¹⁹

Mladenow sagt, Gorbatschow und Schewardnadse schätzten *BM* sehr.

BM betont, daß er *Mladenow*s beherzte Schritte schätze²⁰. *Mladenow* antwortet, dann solle er Bulgarien helfen. Spricht Einladung an „persönlichen Freund“, nicht den AM Genscher, für Besuch am Schwarzen Meer im Frühsommer aus. *Mladenow* fügt abschließend hinzu, daß die künftige bulgarische Regierung wohl eine Koalitionsregierung sein werde.

Das Gespräch endete gegen 16.30 Uhr.

B 1 (Ref. 010), Bd. 178927

¹⁸ Bundesminister Genscher führte am 19. Dezember 1989 ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Brüssel. Vgl. DIPLOMATIE FÜR DIE EINHEIT, Dok. 17.

¹⁹ Für die Rede des Bundesministers Genscher am 27. April 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10322–10326.

²⁰ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sehr bewundere“.

11

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron**18. Januar 1990¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung
Betr.: Befürchtungen unserer europäischen Nachbarn über die wirtschaftliche
Dominanz der Deutschen

I. Einleitung und Zusammenfassung

Ausländische Zeitungen beschäftigen sich zunehmend mit der Frage, wie dominant eine integrierte west- und ostdeutsche Wirtschaft in Europa wäre. Die Financial Times hat ermittelt, daß Deutschland 31% des EG-Sozialprodukts herstellen würde, wenn die DDR unser Pro-Kopf-Einkommen hätte – was allerdings bestenfalls in 10 Jahren erreicht werden könnte. Solche aggregierten makroökonomischen Daten sind jedoch wenig aussagekräftig. Die Frage nach der zukünftigen Stärke der deutschen Wirtschaft erfordert darüber hinausgehende Aussagen über zukünftige Marktchancen im Europäischen Wirtschaftsraum, Standortentscheidungen von Unternehmen und über Einflußmöglichkeiten in den internationalen Organisationen, speziell in der EG.

Eine erste Prüfung zeigt, daß die deutsche Wirtschaft vermutlich kurz- und mittelfristig ihre Spitzenstellung in Europa in einigen Sektoren ausbauen wird und sich für sie große Marktchancen in Mittel- und Osteuropa ergeben. Jedoch würde das – für die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ausschlaggebende – technologische Potential (Produkt- und Fertigungstechnologie) mit der deutsch-deutschen Integration und den Marktchancen, die sich hieraus ergeben, nicht automatisch steigen. Denn die „technologische Mitgift“ der DDR ist unbedeutend; vor allem aber vermitteln die Märkte Mittel- und Osteuropas für den Ausbau des technologischen Potentials vorerst keinerlei Anreiz.

Es zeigt sich ferner, daß der Einfluß Deutschlands in den internationalen Organisationen nicht substantiell wachsen würde.

Insgesamt bleibt daher fraglich, ob die Deutschen ihre wirtschaftliche Stärke in politische Macht und internationalen Einfluß transformieren könnten, in Anbetracht

- der Vergemeinschaftung zentraler Bereiche der Wirtschaftspolitik;
- der operativen Selbständigkeit und zunehmenden Europäisierung der Banken und Konzerne in Folge des Binnenmarktprogramms;
- der extremen Exportabhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft, der daraus resultierenden Verwundbarkeit und der scharfen Weltmarktkonkurrenz, der sie ausgesetzt ist.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Referent von Bismarck-Osten konzipiert.

² Hat den Staatssekretären Lautenschlager und Sudhoff am 18. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 21. Januar 1990 vorgelegen.

II. Im einzelnen

1) Aggregierte makroökonomische Daten

Das Bruttosozialprodukt der DDR wird auf 789 Mrd. Ostmark (1987) geschätzt – bei einem Wechselkurs von 1:3 wären das 263 Mrd. DM. Die Integration der west- und ostdeutschen Wirtschaft würde unter heutigen Bedingungen rechnerisch zu einer Steigerung des westdeutschen Sozialprodukts (1988: 2023,2 Mrd. DM) um etwa 13% führen.⁴ Diese Steigerung würde die westdeutsche Wirtschaft innerhalb der nächsten 4–5 Jahre auch alleine erreichen.

Die entscheidende Frage ist daher, wie stark eine integrierte west- und ostdeutsche Wirtschaft wäre, sobald das DDR-Pro-Kopf-Einkommen dem unsrigen angeglichen wäre, am Ende der Aufholphase. Deutschland würde dann ca. 31% des EG-Sozialprodukts herstellen; das sind etwa soviel wie GB und I zusammen. Die Anteile 1987: Bundesrepublik 26,1%, F 20,5%, I 17,7%, GB 15,6%.⁵ Der Anteilzuwachs am EG-BSP entspräche also nicht mehr als 5%.

Zu den 26,7 Mio. Arbeitskräften in der Bundesrepublik würden 8,03 Mio. (ohne Agrarbereich) aus der DDR hinzukommen, wobei die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt auch mit schwer kalkulierbaren strukturellen Belastungen verbunden sein würden. Dabei ist nicht zu erwarten, daß sich die Makro-Struktur der deutschen Volkswirtschaft grundsätzlich ändern würde, da die Wirtschaftsstruktur der DDR derjenigen der Bundesrepublik – historisch bedingt – ähnlich ist (Schwerpunkte: Maschinenbau, Feinmechanik, Elektrotechnik, Fahrzeuge). Da die DDR-Wirtschaft zunächst grundlegend modernisiert werden müßte, wäre jedoch in der ersten Phase des wirtschaftlichen Zusammengehens eine große Zahl von Entlassungen von Arbeitskräften unvermeidlich.

Der Arbeitskräftezuwachs aus Mittel- und Osteuropa schafft demographisch wesentlich bessere Voraussetzungen für langfristiges Wirtschaftswachstum – in dieser Hinsicht sind die Deutschen gegenüber F, I, GB, deren Bevölkerungskurve ebenfalls abflacht, in deutlichem Vorteil.

Am Ende der Angleichungsphase der DDR würde Deutschland in den Sektoren Elektrotechnik, Schienenfahrzeugbau, Maschinenbau seine Spitzenstellung in Europa vermutlich weiter ausbauen können. Im gesamten Fertigwarenereich würde eine integrierte west- und ostdeutsche Wirtschaft noch stärker als bisher dominieren: 1986 produzierte die Bundesrepublik 33,6% der EG-Fertigwaren-Produktion; das entspricht 68% der gemeinsamen I-, F- und GB-Fertigwarenproduktion; bei Integration der west- und ostdeutschen Wirtschaft würden es dagegen 85% sein.⁶

2) Marktchancen

Bei geeigneten Voraussetzungen wird die westdeutsche Wirtschaft verstärkt in der DDR investieren. Wegen der veralteten Produktionsanlagen und der unzureichenden Ausbildung der Arbeitskräfte ist das DDR-Engagement jedoch mit hohen Anfangskosten verbunden.

⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Daten aus: Statistisches Jahrbuch 1989.“

⁵ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Vgl. ‚Still firmly in the bosom of the West‘; in: Financial Times, 30.11.1989, S. 15.“

⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Vgl. ebd.“

a) Gleichwohl ergeben sich gerade für die westdeutsche Wirtschaft schon kurzfristig enorme Marktchancen – dies betrifft nicht nur die DDR, auf Grund der sprachlichen, kulturellen und politischen Gemeinsamkeiten und Beziehungen, sondern ganz Mittel- und Osteuropa: Schon jetzt geben die Deutschen im EG-Außenhandel mit den RGW-Ländern den Ton an: 1988 stammten 44% der EG-Exporte aus Deutschland – 30,6% der Importe aus dem RGW-Raum gingen in die Bundesrepublik (Angaben jeweils ohne innerdeutschen Handel).⁷ Bezogen auf den gesamten Außenhandel der Bundesrepublik ist dies jedoch nicht viel. Bisher gingen nur 5,6% unserer Exporte in die wichtigsten Länder Mittel- und Osteuropas (ČSSR, DDR, Ungarn, P, YU, SU). Unsere Exporte nach Westeuropa waren dreizehnmal so hoch; sie umfaßten 54,4% (EG) und 16,7% (EFTA). Unsere Exporte nach Holland waren 1988 umfangreicher als die Exporte in die genannten mittel- und osteuropäischen Länder, einschließlich DDR, zusammen.⁸

Wichtiger sind dynamische Aspekte: Bei Integration der west- und ostdeutschen Wirtschaft würde sich die westdeutsche Wirtschaft die Verflechtung der DDR-Wirtschaft mit dem RGW-Raum zunutze machen können und ihre organisatorische Präsenz dort weiter ausbauen. Da die westdeutsche Wirtschaft zudem gerade in den sektoralen Bereichen stark ist, bei denen die Reformstaaten in nächster Zeit gewaltigen Bedarf haben – Investitionsgüter –, erwarten die westeuropäischen Nachbarn nicht ganz zu Unrecht, daß es vor allem die deutsche Wirtschaft sein wird, die von der zunehmenden Nachfrage aus Mittel- und Osteuropa Märkte⁹ profitiert.¹⁰ Doch ergeben sich auch für unsere westeuropäischen Partner in der DDR und Mittel- und Osteuropa bedeutende Marktchancen, die sie entschlossen nutzen werden.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die fortdauernde Devisenknappheit der mittel- und osteuropäischen Staaten dem Osthandel enge Grenzen setzen wird.¹¹

b) Mittelfristig wird bei fortschreitender Integration der west- und ostdeutschen Wirtschaft die Spitzenstellung der Deutschen in Europa in den Sektoren Maschinenbau, Elektrotechnik und Schienenfahrzeugbau ausgebaut und befestigt werden. Hierüber können allerdings nur sehr spekulative Aussagen getroffen werden. Steigende Handelsbilanzüberschüsse wären vermutlich die Folge, die bei unseren Nachbarn Akzeptanzprobleme hervorrufen könnten.

Aufgrund seiner Lage im Zentrum des angestrebten europäischen Wirtschaftsraums¹² wird das wirtschaftlich integrierte Deutschland zudem als Unternehmensstandort an Bedeutung gewinnen.

⁷ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Vgl. OECD Monthly Statistics of Foreign Trade, November 1989.“

⁸ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Still firmly in the bosom of the West“; in: Financial Times, 30.11.1989, S. 15.“

⁹ So in der Vorlage.

¹⁰ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Am wenigsten fürchtet das vermutlich Italien, das schon bisher in Mittel- und Osteuropa, speziell der SU, stark vertreten ist, vor allem im Anlagenbau und Fahrzeugsektor.“

¹¹ Korrigiert aus: „Grenzen wird“.

¹² Die Europäischen Gemeinschaften und die EFTA beschlossen am 19. Dezember 1989 in Brüssel die Aufnahme von Verhandlungen zur Begründung eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Vgl. dazu AAPD 1989, II, Dok. 424.

c) Zu bedenken sind aber vor allem die Auswirkungen auf die langfristigen globalen Marktchancen. Die wirtschaftliche Stärke der deutschen Wirtschaft wird davon abhängen, wie sie sich in den Sektoren entwickelt, welche die zukünftige Wirtschaftsstruktur der Industrieländer voraussichtlich entscheidend prägen werden: Mikroelektronik, neue Materialien, Biotechnologie, Datenverarbeitungsdienstleistungen und die flexible Fertigungstechnik. Der „Input“, den die DDR für die entsprechende strategische Entwicklung des technologischen Potentials der deutschen Wirtschaft einbringen könnte, ist unbedeutend. Das DDR- wie insgesamt das zu erwartende wachsende Mittel- und Osteuropa-Engagement (Direktinvestitionen, Firmenaufkäufe, Joint-ventures etc.) bringt technologisch vor allem deshalb keinen Gewinn, weil die Märkte Mittel- und Osteuropas für den Ausbau des technologischen Potentials vorerst keinerlei Anreiz vermitteln: Produktdifferenzierung (Variantenreichtum) beispielsweise spielt dort – ganz im Gegensatz zum OECD-Raum und den NIEs¹³ – keine Rolle; umfassende Nachfrage aus Mittel- und Osteuropa mildert daher den Marktdruck auf deutsche Konzerne, ihre Produktionstechnik konsequent zu flexibilisieren. Es ist aber unbestritten, daß hiervon ihre zukünftige globale Konkurrenzfähigkeit abhängt. Die naheliegende Produktionsverlagerung in die DDR oder nach Mittel- und Osteuropa könnte ferner zu nachlassendem Rationalisierungsdruck führen, was unsere langfristige Konkurrenzfähigkeit ebenfalls gefährdet. Das Engagement der deutschen Wirtschaft in der DDR sowie in Mittel- und Osteuropa darf daher nicht zu Lasten derjenigen im OECD-, speziell des Pazifikraums (einschl. NIEs) gehen, die hohen Wettbewerbsdruck und Gewinnanreize vermitteln, im Innovationstempo Schritt zu halten.¹⁴

3) Stimmrechte und politischer Einfluß in EG, den UN-Organisationen, IWF und Weltbank

Wenn man unterstellt, die Integration der Wirtschaft ginge mit einer politischen Integration der beiden deutschen Staaten einher, so würde Deutschland in der EG aus Gleichgewichtsgründen vermutlich dieselben Stimmrechte haben wie bisher. Das heutige und künftige vertragliche Regelwerk der Gemeinschaft (Majoritätsprinzip, Gemeinschaftskompetenzen in den zentralen wirtschaftspolitischen Bereichen Außenhandel, EGKS-, Agrarpolitik, schließlich die in Aussicht genommene Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Währungspolitik) würde eine Dominanzposition in der EG ausschließen.

Deutschland hätte steigende Beiträge an die Gemeinschaft zu leisten, da diese sich nach dem Sozialprodukt richten.¹⁵ Tendenziell würde damit auch sein Einfluß auf EG-Prozesse steigen, vermutlich vor allem im Vorfeld von EG-Entscheidungen, und zwar nicht nur auf Regierungs-, sondern vor allem auf der Verbandsebene. Denn es wäre damit zu rechnen, daß die deutschen Gewerkschaften und die Industrieverbände in den europäischen Dachverbänden an Einfluß hinzugewinnen.

¹³ Newly Industrializing Economies.

¹⁴ So in der Vorlage.

¹⁵ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager ein Fragezeichen eingefügt. Ferner hob er die Worte „Beiträge“ bzw. „Sozialprodukt“ hervor und vermerkte handschriftlich: „Es handelt sich im Prinzip um eigene Einnahmen der Gemeinschaft. Jedenfalls ganz überwiegend. Die Abflüsse entsprechen dabei grosso modo dem Sozialprodukt, sie richten sich aber nicht danach. Evtl. gäbe es über den Regionalfonds erhöhte Rückflüsse...“

In den UN-Organisationen würde Deutschland nicht mehr mit zwei, sondern mit einer Stimme sprechen. Der deutsche Finanzbeitrag würde steigen, damit auch – jedoch unterproportional – das politische Gewicht bei Verhandlungen über die Mittelverwendung.¹⁶

Deutlicher noch im IWF und Weltbank: Deutschland würde vermutlich eine neue Quote bzw. eine höhere Kapitalanleihe zeichnen und damit höhere Stimmrechte erhalten.¹⁷ Der politische Einfluß würde dadurch jedoch nicht substantiell wachsen, da die Bundesrepublik bereits Mitglied in der „G 5“¹⁸ ist, welche die Politik von IWF und Weltbank maßgeblich bestimmt.

4) Wirtschaftsverwandte Faktoren

Schwer abzusehen ist, inwieweit das größere wirtschaftliche Gewicht eines vereinten Deutschlands sich auch in Bereichen wie Industrienormen, Ausbildungssysteme etc. niederschlagen würde. In vielen dieser Bereiche könnten die Empfindlichkeiten unserer Nachbarn durch europäische Institutionalisierung entgegengewirkt werden.

III. Schlußfolgerung

Die wirtschaftliche Stärke der Deutschen läßt sich nicht schematisch in Macht und internationalen Einfluß transformieren. Sie ist zudem langfristig nicht gesichert.

Die Einbindung der Deutschen in EG und Weltwirtschaft bietet unseren europäischen Partnern weitgehende Sicherheit, daß die Deutschen zusätzliches wirtschaftliches und politisches Gewicht verantwortungsbewußt in die europäische Entwicklung einbringen werden.

Citron

B 9 (Ref. 02), Bd. 178530

¹⁶ Die Wörter „damit auch“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager eingekreist und das Wort „Verhandlungen“ hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist nicht automatisch die Folge – Haushaltsverfahrensrecht der VN ist kompliziert.“

¹⁷ Die Wörter „höhere Stimmrechte“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „zu wessen Lasten?“

¹⁸ Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan und die USA.

12

Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 100****Citissime****Aufgabe: 18. Januar 1990, 16.30 Uhr¹****Ankunft: 19. Januar 1990, 08.12 Uhr**

Betr.: Personelle Situation der Botschaft nach der Revolution²;
hier: RK-Bereich

Bezug: Gespräche bei BM-Besuch am 15./16.1.1990³

Mit der Bitte um Weisung

1) Die Gespräche des BM mit den Vertretern der deutschen Minderheit, den „Demokratischen Foren“ der Rumänien-Deutschen, den Kirchen und deutschen Kulturinstitutionen in Bukarest, Hermannstadt und Temesvar haben eine tiefe Beunruhigung und Verunsicherung zutage gefördert. Die Minderheit, über 200 000 Menschen in Siebenbürgen und im Banat, versucht ihre Rückschlüsse aus der Revolution, dem Umsturz und der veränderten politischen Lage zu ziehen. Dabei stehen zwei Komplexe im Vordergrund:

a) Von nahezu allen Beteiligten werden Anzeichen für eine panikartige, sofortige Auswanderungsbewegung gesehen, um die durch das neue rumänische Paßgesetz⁴ jetzt möglichen Ausreisechancen zu nutzen und einer befürchteten Einschränkung der Aufnahme der Vergünstigungen für Aussiedler in der Bundesrepublik zuvorzukommen. Es liegen rund 50 000 Auswanderungsanträge mit R-Nummern vor. Auch die Warteschlangen vor der Botschaft, 650 an einem Tage, lassen eine Welle schneller Auswanderungsabsichten erkennen.

BM hat an allen Plätzen zur Besonnenheit aufgerufen und eindringlich gebeten, Auswanderungsgedanken gründlich zu überlegen und keine voreiligen Entscheidungen zu treffen.

b) Für die Lage der verbleibenden Deutschen werden jetzt, nachdem die rumänischen Verbote und Behinderungen fortfallen, hohe Anforderungen und Erwartungen geäußert: kulturelle Unterstützung, Altenheime, Internate, Fürsorge, Verbesserung der Rechtslage, konsularische Betreuung. Von mehreren Interessenvereinen wurden umfangreiche Forderungskataloge vorgelegt, die auch die deutschen Schulen und Theater betreffen.

BM hat wiederholt vor allem Information und konsularische Betreuung am Ort versprochen. Es sollen auch Vertreter deutscher Ressorts über die Rechtslage späterer Auswanderungswilliger in Deutschland informieren, Merkblätter

¹ Das Fernschreiben wurde von Legationstrat I. Klasse Mertens, Bukarest, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 22. Januar 1990 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Höynck „z[ur] K[ennntnis]“ verfügte.

Hat Höynck am 22. Januar 1990 vorgelegen.

Hat Derix erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Errichtung einer Außenstelle in Hermannstadt wird von Abt[eilung] 1 in Angriff genommen.“

² Zum Umbruch in Rumänien im Dezember 1989 vgl. Dok. 9, Anm. 3.

³ Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Rumänien vgl. Dok. 9.

⁴ Zur Gewährung von Reisefreiheit in Rumänien vgl. Dok. 9, Anm. 14.

angefertigt werden. Der Schwerpunkt liegt hier auf der Informations-, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeit am Ort.

Wenn wir es als in unserem Interesse liegend betrachten, daß viele Deutsche im Land verbleiben, kann uns das nur gelingen, wenn wir durch eine entsprechende Betreuung dieser Deutschen das dafür erforderliche Vertrauen schaffen.

2) Seit Anfang Januar d.J. hat sich aufgrund der neuen liberalen Paßbestimmungen die Zahl der Antragsteller und Auskunftsuchenden im RK-Bereich mehr als verdoppelt. Trotz winterlichen Temperaturen bilden sich bereits in den Nachtstunden vor der Botschaft lange Warteschlangen. Die rum. Miliz vergibt auf Bitten der Botschaft zwischen 22.00 und 6.00 Uhr Nummernkärtchen, um so den Wartenden zu ermöglichen, eine Unterkunft aufzusuchen.

Dennoch ist es mit den der Botschaft zur Verfügung stehenden materiellen und personellen Mitteln nicht möglich, das gesamte Aufkommen an Anträgen und Auskünften zu bewältigen.

Die BM-Besuche in Hermannstadt und Temesvar haben gezeigt, daß mittelfristig auch für Ausreise-SV für deutsche Minderheit mit erhöhtem Arbeitsanfall gerechnet werden muß. Minderheitsvertreter sprechen von bis zu 60 000 Ausreisewilligen, deren Anträge noch im laufenden Jahr erledigt werden sollen.

Die Sichtvermerkstelle hat aufgrund des starken Andranges die Öffnungszeiten um drei Stunden täglich – vorübergehend – verlängert (8.00–13.00 Uhr und 14.00–16.45 Uhr). Dennoch kann allein mit dieser Maßnahme der Arbeitsanfall nicht bewältigt werden, da normalerweise in den Nachmittagsstunden anfallende Tätigkeiten nur mittels – für die Ortskräfte – anzuordnender Überstunden erledigt werden können.

3) Zur kurzfristigen Behebung der Engpässe schlägt die Botschaft daher folgende Maßnahmen vor:

a) Personell: Abordnung von 2 Beamten des gehobenen Dienstes ab Ende Januar 1990. (Abordnung KS z.A.⁵ Sedat endet am 19.1.1990, KS z.A. Grimm und KSin z.A. Grimm werden am 28.1. einen festgebuchten Urlaub antreten, der wegen Vakanz und polit. Krise zweimal verschoben werden mußte.)

- Schaffung und Bewilligung von zwei zusätzlichen Planstellen des gehobenen Dienstes;
- Genehmigung auf Umwandlung der bisherigen Halbtagsstelle (PSV⁶-Kraft Puwak) in eine Ganztagsstelle sowie Genehmigung von vorerst weiteren zwei PSV-Kräften.

b) Materiell: Anmietung geeigneter Räumlichkeiten für RK-Abteilung, die jedoch kurz- bzw. mittelfristig nicht realisierbar ist. Daher Beschaffung eines Containers für zwei SV-Schalter, der im Garagenhof der Botschaft aufgestellt werden kann.

4) Mittelfristige Maßnahmen

BM hat in Gesprächen mit Minderheitsvertretern sowohl in Bukarest als auch in Hermannstadt und Temesvar zugesagt, daß deutsche Volkszugehörige zukünftig

⁵ Konsultssekretär zur Anstellung.

⁶ Paß- und Sichtvermerk.

auch direkt in ihren Siedlungsgebieten betreut werden sollten.⁷ Gegenüber Botschaft haben Minderheitsvertreter Anregung vorgetragen, Konsulate⁸ in Hermannstadt und/oder Temesvar einzurichten. Dabei wurde auf Konsulat Pécs/Fünfkirchen als Beispiel verwiesen.⁹ Konsulat böte die Möglichkeit, neben konsularischer auch kulturelle und ggf. wirtschaftliche Betreuung zu gewährleisten. Im Vergleich zur Zahl der zu betreuenden Deutschen liegt der Fall Hermannstadt/ Temesvar klarer als etwa Pécs/Fünfkirchen.

Vorübergehend kämen Sprechtagereisen in Frage, wobei allerdings o.g. Personalverstärkung unabdingbare Voraussetzung wäre. Über Organisation solcher Sprechtage (Räumlichkeiten, Transport usw.) sowie ggf. notwendiger materieller Anforderungen erfolgt gesonderter Bericht.¹⁰

[gez.] Terfloth

B 42 (Ref. 215), Bd. 163363

⁷ Der Passus „direkt in ... werden sollten“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]!“.

⁸ Das Wort „Konsulate“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sprechtagereise!“

⁹ Referat 214 vermerkte am 15. Juni 1990: „Im Dezember 1988 wurde mit Ungarn der Austausch von Generalkonsulaten (Bundesrepublik Deutschland in Fünfkirchen (Pécs) und Republik Ungarn in München) vereinbart. Die Eröffnung der beiden Generalkonsulate ist nach Abschluß der notwendigen technischen und organisatorischen Vorbereitungen für Herbst 1990 vorgesehen.“ Vgl. B 42 (Ref. 214), Bd. 156496.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kruse teilte der Botschaft in Bukarest am 24. Januar 1990 mit, das Auswärtige Amt genehmige als Sofortmaßnahme „eine Stelle des gehobenen Dienstes im RK-Bereich mit dem Schwerpunkt Aussiedlerfragen“ sowie für 1990 „die Beschäftigung von zusätzlich 2,5 Hilfskräften zur Mitarbeit im Paß- und Sichtvermerksbereich“. Für den Haushalt 1991 würden weitere Stellen beantragt. Vgl. den Drahterlaß Nr. 99; B 42 (Ref. 215), Bd. 163363.

13

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-340

23. Januar 1990¹Über Dg 20², D 2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Die sowjetischen Streitkräfte in den NSWP-Staaten;
 hier: Stationierungsgrundlagen und Perspektiven im Lichte der
 Forderung der NSWP-Staaten nach Reduzierung und Abzug
 sowjetischer Streitkräfte

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Kurzfassung

1) Zur Zeit sind in der DDR ca. 388 000, in der ČSSR ca. 80 000, in Ungarn ca. 55 000 und in Polen ca. 40 000 sowjetische Truppen stationiert. Während sich die DDR bislang zurückhält, haben jüngst Polen in moderater, die ČSSR sowie Ungarn in unmißverständlicher Form den zumindest teilweisen Abzug der sowjetischen Streitkräfte (SK) binnen Jahresfrist gefordert; sie haben damit deren weiteren Verbleib ausdrücklich von ihrer Zustimmung abhängig gemacht. Der ungarische MP Németh gab am 23.1.1990 vor dem ungarischen Parlament bekannt, die SU habe einem völligen Abzug ihrer in Ungarn stationierten SK zugestimmt, eine ungarisch-sowjetische Expertenkommission werde in den nächsten Tagen einen Zeitplan für den Abzug ausarbeiten.⁶ Nach der ersten Runde tschechoslowakisch-sowjetischer Expertengespräche über den Abzug sowjetischer SK brachte der Sprecher des ČSSR-Außenministeriums am 17.1.1990 die Überzeugung zum Ausdruck, beide Seiten würden so bald wie möglich eine annehmbare Lösung finden.⁷

2) Die neue Grundlinie in der sowjetischen Außenpolitik, das Recht der WP-Verbündeten auf Gestaltung ihrer inneren Entwicklung ohne äußere Einmischung anzuerkennen, ebnet auch den Weg für eine von doktrinären sozialistischen Interpretationsvorgaben freiere Würdigung der vertraglichen Beziehungen zwischen den NSWP-Staaten und der SU. Weder die bilateralen „Truppenstationierungsverträge (TSV)“⁸ noch die Freundschafts- und Bündnisver-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse Freitag konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Hofstetter am 24. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 25. Januar 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr interessante und gute Aufzeichnung! Zur besonderen Problematik der DDR folgt noch eine ergänzende und vertiefende Vorlage.“

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Januar 1990 vorgelegen.

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 18. Februar 1990 vorgelegen.

⁶ Botschafter Arnot, Budapest, teilte am 26. Januar 1990 mit, laut ungarischem Außenministerium sei der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Ungarn „beschlossene Sache, werde sich aber bis in das Jahr 1991 hinziehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 105; B 43 (Ref. 221), Bd. 163115.

⁷ Am 26. Februar 1990 unterzeichneten der sowjetische Außenminister Schewardnadse und der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier in Moskau ein Abkommen über den Abzug der sowjetischen Truppen bis Juli 1991. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1990, Z 58.

⁸ In der Langfassung der Aufzeichnung hieß es dazu: „Die SU schloß mit Polen (17.12.1956), mit der DDR (12.3.1957), mit Ungarn (27.5.1957) und mit der ČSSR (16.10.1968) sog. Truppenstationierungs-

träge⁹ oder der Warschauer Vertrag¹⁰ (WV) enthalten eine Legitimation für die Stationierung sowjetischer SK in den vier betroffenen NSWP-Staaten:

- In der ČSSR und Ungarn halten sich die sowjetischen Streitkräfte ohne jegliche Legitimation auf; die SU hat den ihre Stationierung auslösenden Anlaß – die Niederschlagung der Aufstände in Ungarn 1956¹¹ und der ČSSR 1968¹² – inzwischen als Fehler eingestuft.¹³ Damit hat sie bereits implizit dem Verbleib ihrer SK in der ČSSR und in Ungarn den Boden entzogen. Die Forderungen dieser Staaten sind daher konsequent und – zumal im Vorfeld der ersten freien Wahlen¹⁴ – nahezu ultimativ gefaßt.
- Für Polen ist es politisch delikater, auf einem Abzug der dort stationierten sowjetischen SK zu bestehen. Mit der Stationierung ihrer SK in Polen manifestiert die SU auch das gemeinsame sowjetische und polnische Interesse, die im Potsdamer Abkommen¹⁵ nur vorläufig festgelegte Nachkriegsordnung für Mittel- und Osteuropa dauerhaft zu garantieren. Die SU versuchte darüber hinaus – einseitig – ihre SK-Stationierung in Polen mit besatzungsrechtlichen Argumenten zu legitimieren. Aus ihrer Interpretation des Potsdamer Abkommens zog sie implizit den Schluß: Ein Ende der Besetzung ehemals deutscher Gebiete durch sowjetische SK setze deren endgültige Anerkennung als polnische Gebiete durch die definitive Festlegung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze voraus.
- In einer singulären Lage befindet sich allerdings die DDR wegen der fortbestehenden besatzungsrechtlichen Grundlagen für die Stationierung sowjetischer

Fortsetzung Fußnote von Seite 60

verträge ab.“ Diesen Verträgen sei gemeinsam, daß sie nur „das Statut (Standorte, Verteilung, Bewegungsfreiheit etc.) der sowjetischen S[treit]K[räfte] regeln. Dagegen enthalten sie keine Legitimation für die Stationierung selbst“. Vgl. B 14 (Ref. 201), Bd. 151142.

- ⁹ In der Langfassung der Aufzeichnung wurde dazu ausgeführt: „Die F[reundschafts- und]B[eistands]V[erträge] der SU mit Polen (8.4.1965), mit Bulgarien (12.5.1967), Ungarn (7.9.1967), mit der ČSSR (6.5.1970), mit Rumänien (7.7.1970) und mit der DDR (7.10.1975) sind z.T. bereits dreimal erneuert und erweitert worden (3. Generation).“ Diese Verträge seien „in der Regel auf 20 Jahre angelegt (DDR: 25 Jahre), ein Jahr vor dieser Frist einseitig kündbar, andernfalls verlängern sie sich automatisch jeweils um fünf Jahre (DDR: 10 Jahre).“ Vgl. B 14 (Ref. 201), Bd. 151142.
- ¹⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.
Der Vertrag wurde mit Protokoll vom 26. April 1985 um 20 Jahre verlängert. Für den Wortlaut vgl. GESETZBLATT DER DDR 1985, Teil II, S. 47 f.
- ¹¹ Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.
- ¹² Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.
- ¹³ Am 4. Dezember 1989 fand in Moskau ein Treffen der Staats- und Parteichefs der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts statt. In einer Erklärung verurteilten die Teilnehmer die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch den Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen ČSSR. Für die Erklärung vgl. AUSSENPOLITISCHE KORRESPONDENZ 1989, S. 369. Zum Treffen ferner IM KREML BRENNT NOCH LICHT, Dok. 6, bzw. KREML UND DIE WENDE, Dok. 90/1 und Dok. 90/2.
- ¹⁴ Am 25. März und 8. April 1990 fanden in Ungarn Parlamentswahlen statt, aus denen die Oppositionsparteien als Sieger hervorgingen.
Am 8./9. Juni 1990 fanden in der ČSFR Wahlen zu beiden Kammern des Parlaments statt.
- ¹⁵ Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die britischen Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit dem amerikanischen Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. Dzd II/1, S. 2102–2148.

SK auf ihrem Gebiet. Ihr bilateraler Handlungsspielraum gegenüber der SU ist daher gering. Auch aus diesem Grund könnte eine freigewählte DDR-Regierung ein besonderes Interesse an multilateralen konventionellen Abrüstungsverhandlungen haben. Um ihre singuläre Lage zu mildern, müßte der künftigen DDR-Regierung auch an einem gemeinsamen Vorgehen der reformierten NSWP-Staaten gegenüber der SU in Frage sowjetischer Truppenreduzierungen besonderes gelegen sein. Andererseits ist damit zu rechnen, daß die SU ihr Mitspracherecht bei der Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen und der künftigen Struktur Europas weiterhin auch auf ihre – mit der Truppenstationierung in der DDR am sichtbarsten manifestierte – Position als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges stützen wird.

- 3) Nach den angestrebten VKSE-Obergrenzen für im europäischen Ausland stationiertes amerikanisches und sowjetisches Land- und Luftstreitkräftepersonal (westlicher Vorschlag: 275 000 Mann¹⁶) wird die SU über 50% ihrer derzeit im NSWP-Bereich stationierten SK abziehen müssen. Das rasche Eingehen der SU auf die nahezu ultimativen Abzugsforderungen der ČSSR und Ungarns dürfte auch Ausdruck ihres Bemühens sein, außenpolitischem Konfliktpotential angesichts der angespannten inneren Lage (insbesondere Nationalitätenkonflikte¹⁷) weitgehend vorzubeugen.

Die Hauptanliegen der SU gegenüber den NSWP-Staaten werden sein:

- Ihre SK schrittweise innerhalb eines für sie verkraftbaren Zeitrahmens (soziale Probleme bei Eingliederung, Aufnahmekapazitäten) in die SU zurückzuführen.
- Auf eine möglichst ausgewogene Reduzierung ihrer SK im NSWP-Bereich hinzuwirken, wobei ein Gesichtspunkt auch die Aufrechterhaltung der Landverbindung ihrer im europäischen Ausland, insbesondere in der DDR vorläufig verbleibenden Streitkräftegruppen mit der SU sein wird; eine auch ihre sicherheitspolitischen Interessen wahrende Lösung böte ein vereinbarter befristeter Verbleib von sowjetischen Nachschub- und Versorgungseinheiten.
- Die Forderungen über einen vollständigen Abzug in die KSE-Verhandlungen einzubetten, auf diese Weise den bilateralen Abzugsdruck zu kanalisieren und eine gesichtswahrende Reduzierungs- und Abzugsgrundlage zu schaffen.
- Den durch die Forderung nach vollständigem Abzug ihrer SK ausgelösten Prozeß durch Kompromißbereitschaft und durch Standfestigkeit in ihren sicherheitspolitischen Kernanliegen in kontrollierte Bahnen zu lenken (VKSE, KSZE, WP), ohne dabei den Unmut der NSWP-Staaten gegenüber der Warschauer Vertragsorganisation weiter zu schüren.

4) Fazit (Kurz- und Langfassung)

Die Forderungen nach Abzug der sowjetischen SK:

- unterstreichen Souveränitätswillen und Selbstbewußtsein, aber auch die Bereitschaft dieser Reformstaaten, Bedrohungspotentiale tatsächlich abzubauen. Die in allen mittel- und osteuropäischen Staaten eingeleitete Überprüfung

¹⁶ Zum Verhandlungsvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Juli 1989 bei den VKSE in Wien vgl. AAPD 1989, I, Dok. 150.

¹⁷ Zur Lage in der UdSSR vgl. Dok. 87.

ihrer offensiv ausgerichteten Militärdoktrin sowie der Wehrdienstdauer zeigen, daß diese Staaten ihre eigenen SK von den Bemühungen um Abbau des Bedrohungspotentials nicht ausnehmen wollen. Dies gilt insbesondere für die zusätzliche Ankündigung Ungarns, seine nationalen SK um ca. 30% zu reduzieren¹⁸;

- bedürfen der Abstützung durch die konventionellen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen. Wir müssen damit rechnen, daß die östliche Seite verstärkt auf vereinbarte Truppenreduzierungen in diesen Verhandlungen drängen wird;
- machen die entsprechenden bilateralen „Truppenstationierungsverträge“ praktisch gegenstandslos und leiten damit die Auflösung des den Warschauer Vertrag untermauernden Geflechts bilateraler „Truppenstationierungsverträge“ ein. Dies wäre auch ein erster Schritt in Richtung auf Lockerung der im Vergleich zum Warschauer Vertrag erheblich strengeren und weitergehenden bilateralen Freundschafts- und Bündnisverträge aller NSWP-Staaten mit der SU;
- drängen die SU, die einseitig auf die sowjetische Hegemonialstellung ausgerichtete Kommandostruktur der Warschauer Vertragsorganisation in eine stärkere partnerschaftliche Struktur umzuwandeln und sie für einen kooperativen Interessenausgleich mit dem Atlantischen Bündnis weiter zu öffnen (u. a. angestrebt: Vorsitz der Regierungschefs oder Präsidenten anstelle der KP-Generalsekretäre im Politisch-Beratenden Ausschuß des WP);
- deuten in ihrer Kompromißlosigkeit (völliger Abzug binnen Jahresfrist) darauf hin, daß die ČSSR und Ungarn die Option eines künftigen neutralen Status für ihre Länder unter Austritt aus der Warschauer Vertragsorganisation nicht ausschließen.

[...] ¹⁹

Dreher

B 14 (Ref. 201), Bd. 151142

¹⁸ Am 8. Februar 1990 notierte Legationssekretär Sulzer, 1989 hätten „sechs Staaten des Warschauer Pakts (Ausnahme: Rumänien) einseitige Verringerungen ihrer Streitkräftepotentiale angekündigt sowie teilweise durchgeführt.“ Im Fall Ungarns solle die künftige Endstärke bei Soldaten nur noch 70,7% der Ausgangsstärke betragen, bei Panzern 57,1% und bei Flugzeugen 70,8%. 1989 seien die ungarischen Verteidigungsausgaben um 17 % gegenüber 1988 zurückgegangen: „Die Herabsetzung der Dauer der Wehrpflicht von 18 auf 12 Monate wurde für 1991 beschlossen. Die Reduzierungsmaßnahmen gehen einher mit auf die Defensive gerichteten Umstrukturierungen.“ Vgl. B 14 (Ref. 201), Bd. 151142.

¹⁹ Für die Langfassung der Aufzeichnung vgl. B 14 (Ref. 201), Bd. 151142. Für Auszüge vgl. Anm. 8 und 9.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

425-410.74/1

25. Januar 1990¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Deutsch-amerikanische COCOM-Konsultationen⁴;

hier: wesentliches Ergebnis

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Am 23.1. führte ich, gestützt auf eine vielköpfige Ressortdelegation, in Bonn COCOM-Konsultationen mit US-Sonderbotschafter Wendt über die ersten von Präsident Bush veranlaßten Vorschläge zur Liberalisierung der COCOM-Kontrollen.⁵ Am Nachmittag war Wendt im BMWi zu Detailgesprächen. Nach Konsultationen mit den wichtigsten europäischen Verbündeten (D, F, GB, I, NL) und Anhörungen im Kongreß soll der Nationale Sicherheitsrat befaßt werden.

Das US-Interesse besteht darin, die Initiative in der Liberalisierungsfrage zurückzugewinnen, indem sie einen Mittelweg suchen zwischen einerseits den Sicherheitsinteressen des Westens, andererseits den Liberalisierungsforderungen der eigenen Industrie und der europäischen Verbündeten (bes. unserer) und der Förderung der Reformen in Mittel- und Osteuropa. Einer Liberalisierung des Embargos gegenüber der SU stehen die USA, da verfrüht, grundsätzlich ablehnend gegenüber, weil Moskau, anders als andere Staaten des Warschauer Pakts, durch sein militärisches Potential unverändert eine Bedrohung des Westens darstelle. Gleichwohl stimmen die USA einer gewissen Liberalisierung der COCOM-Restriktionen auch gegenüber der SU zu.

II. Die Initiative zu den Konsultationen ging von der amerikanischen Seite aus, um im Rahmen eines Sofortprogramms die erste Stufe einer von Präsident Bush gewünschten Liberalisierung sowie eine beabsichtigte zweite Stufe zu erläutern und Reaktionen entgegenzunehmen. Darüber hinaus kündigten die USA eine grundsätzliche Durchforstung aller COCOM-Kontroll-Listen an.

1) Die erste Stufe des Sofortprogramms soll bereits im Special Executive Meeting des COCOM am 14./15.2.90, das auf unser Drängen stattfindet, umgesetzt werden. Die USA sind bereit, zugunsten aller COCOM-Zielländer (also einschl. SU) auf Kontrollen zu verzichten bzw. das Recht zur Exportgenehmigung in nationale Zuständigkeit zu geben für gewisse Bereiche der Telekommunikation, für Personal Computer und für Werkzeugmaschinen mit einer Positioniergenauigkeit

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dahlhoff konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 25. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 25. Januar 1990 vorgelegen.

Das Ministerbüro verfügte am 29. Januar 1990 den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Jelonek an Referat 425.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 29. Januar 1990 erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 30. Januar 1990 erneut vorgelegen.

⁴ Zu den Ausfuhrbeschränkungen von COCOM vgl. AAPD 1989, I, Dok. 52, und AAPD 1989, II, Dok. 350.

⁵ Vgl. dazu das am 23. Februar 1990 übergebene amerikanische Non-paper „COCOM and Eastern Europe“; B 70 (Ref. 424), Bd. 220427.

von 10 Mikron (gegenwärtige Kontrollschwelle 20 Mikron, für Exporte nach China 6 Mikron, unsere Forderung 5 Mikron im Schreiben BK an Bush vom 20.11.89⁶).

Eine großzügigere Genehmigungspraxis stellen die USA in Aussicht für Exporte nach Mittel- und Osteuropa (ohne SU) von Werkzeugmaschinen zwischen 10 und 6 Mikron, von Richtfunkstationen und Mobilfunkeinrichtungen, und für Joint-ventures zur Montage gewisser Fernmeldeanlagen.

2) Die zweite Stufe soll im Executive Committee des COCOM Mitte Mai 90 umgesetzt werden. Sie soll vorsehen die generelle Genehmigung von Joint-ventures für die Herstellung von Produkten der Telekommunikation am untersten Ende der kontrollierten Technologie, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese Länder verlässliche Vorkehrungen gegen Retransfers in die SU treffen, was Polen und Ungarn bereits angeboten haben. Ferner soll eine liberalere Genehmigungspraxis gelten für weitere Leistungsstufen von Computern. Diese Liberalisierungsmaßnahmen sollen nur den Reformländern, nicht aber der SU, zugute kommen. Auf das im Dezember in Brüssel angedeutete Angebot Schewardnadses zu „on-site inspections“ für westliche Technologie⁷ wollen die USA (zunächst) nicht eingehen.

3) Darüber hinaus laufen in der US-Administration

- eine Überprüfung der gesamten COCOM-Industrielliste auf weitere Lockerungsmöglichkeiten, mit dem Ziel einer Behandlung der Reformländer (ohne SU) wie China. Nach China kann seit 1987 das gesamte untere Spektrum der kontrollierten Industriewaren ohne Einschaltung des COCOM exportiert werden (sog. China Green Line).
- sowie mit Blick auf unsere Forderungen weitere Untersuchungen hinsichtlich der Genehmigung auch hochwertiger Werkzeugmaschinen für alle COCOM-Zielländer einschl. der SU.

III. Wir bewerten die amerikanische Bereitschaft zur Lockerung der Restriktionen des COCOM als ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Er reicht aber noch nicht aus. Die Entwicklungen in den Reformländern und die Wahrung der innenpolitischen Akzeptanz des COCOM erfordern zusätzliche Liberalisierungsmaßnahmen. Wir werden daher auf weitere Lockerungen drängen.

Das gilt besonders für die Telekommunikation. Die in Aussicht gestellten Erleichterungen genügen nicht für die Umsetzung der Absprachen BK Kohl/MP Modrow⁸ und die laufenden Planungen mit Ungarn, Polen und der ČSSR. In den amerikanischen Vorschlägen fehlt eine Liberalisierung der Datenkommunikation. Wir werden daher die in Vorbereitung befindliche deutsche Initiative zur Liberalisierung der Telekommunikation mit Nachdruck durchzusetzen suchen. Sie wird lt. BMWi binnen zwei Wochen im COCOM eingebracht und vorher mit USA und F konsultiert.

⁶ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush vom 20. November 1989 vgl. AAPD 1989, II, Dok. 370.

⁷ Zum Aufenthalt des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 19. Dezember 1989 in Brüssel vgl. Dok. 1, Anm. 6.

⁸ Bundeskanzler Kohl besuchte am 19./20. Dezember 1989 Dresden, wo er Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, und Oppositionsgruppen führte. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 129 und 130, und AAPD 1989, II, Dok. 429. Vgl. dazu ferner die „Gemeinsame Mitteilung“; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/7, S. 470–478.

Schwierig ist die Auseinandersetzung im Bereich der Werkzeugmaschinen. Wir sagen, daß Werkzeugmaschinen mit einer Genauigkeit zwischen 5 und 10 Mikron der SU vor allem aus der DDR und der Schweiz zur Verfügung stehen. Die USA behaupten, daß mit diesen Maschinen in den USA und in der SU die Kernwaffen und die Interkontinentalraketen hergestellt werden. Wir werden mit BMWi und ChBK das weitere Vorgehen abstimmen.

Mit den in Aussicht genommenen Lockerungen der Kontrollen über Computer sind wir vorbehaltlich näherer Prüfung zunächst insgesamt zufrieden. Die Bedürfnisse bei Reaktorsicherheit, Umweltschutz und Infrastruktur sind damit weitgehend abzudecken.

In der Öffentlichkeitsarbeit verdient die neue US-COCOM-Politik, auch wegen des persönlichen Engagements von Präsident Bush, eine positive Würdigung, wobei unser Interesse an wohlüberlegter und abgestimmter weiterer Liberalisierung des COCOM-Systems nicht verschwiegen werden sollte.⁹

Jelonek

B 70 (Ref. 424), Bd. 220427

15

Botschafter Graf von Brühl, Wien, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 25. Januar 1990, 16.15 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 111

Ankunft: 25. Januar 1990, 18.30 Uhr

Citissime

Betr.: BM-Besuch in Wien am 25.1.90²;

hier: Inoffizielles Mittagessen mit ÖAM Dr. Mock

Bei dem inoffiziellen Zusammentreffen zwischen BM und ÖAM Dr. Mock (AM) am 25.1.90, 13.00–14.00 Uhr (anwesend: Botschafter Scheich, ÖAM, und ich) wurden vor allem folgende Themen angesprochen:

⁹ Referat 425 vermerkte am 16. Februar 1990, das Special Executive Meeting des COCOM am 14./15. Februar 1990 in Paris habe nur prozedurale Fortschritte gebracht: „Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens und des streamlining besonders in den Bereichen Computer, Telekom und Werkzeugmaschinen (WZM); neue Arbeitsgruppe Telekom, die zusammen mit AGen Computer und WZM bis Ende Mai 1990 Paket von Erleichterungen auf der Basis der eingebrachten Vorschläge (darunter unser Telekom-Vorschlag) und der ‚China Green Line‘ vorlegen soll; wohlwollendere Behandlung von Ausnahmeanträgen (außer für SU); Aufnahme von Gesprächen mit UNG, POL, CSR über deren Angebote von Endverbleibskontrollen. Weitergehende, substantielle Beschlüsse waren nicht möglich, weil die US-Delegation hierfür keinen über das im Januar vorgelegte (für uns und die übrigen COCOM-MS unzureichende) Angebot hinausgehenden Spielraum hatte.“ Vgl. B 70 (Ref. 424), Bd. 220427.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 26. Januar 1990 vorgelegen, der die Vorlage an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 29. Januar 1990 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 25. Januar 1990 in Wien auf, wo er im VKSE-Plenum für den raschen Abschluß eines KSE-Vertrags und die Abhaltung einer KSZE-Gipfelkonferenz plädierte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 109 des Botschafters Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), vom 25. Januar 1990; B 43 (Ref. 221), Bd. 163135. Für Auszüge aus Genschers Rede vgl. DEUTSCHE AUSSEN-POLITIK 1990/91, Dok. 3.

1) Österreichs Beitrittsantrag zur EG³

BM: Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten Verhandlungen mit OST schon begonnen. Wir haben in der EG wenig Unterstützung erhalten.

DDR-Problematik: Nach der Logik der Dinge sei zunächst ein Assoziationsvertrag mit der DDR zu erwarten.⁴ Delors' Vorschläge hierzu dienten der Europäisierung der deutschen Frage.

AM verwies auf österr. Interesse, Momentum des Beitrittsantrags zu erhalten. Gefahr: Nach Binnenmarkt zunächst Vertiefung der Integration (Wirtschafts- und Währungsunion⁵ usw.) und dadurch Verzögerung Verhandlungsbegins mit OST.

BM: Österreich könne von der Entwicklung in Europa nur profitieren (Zurücktreten des Problems der Neutralität). Er rate Österreich, eng an der Entwicklung der Gemeinschaft teilzunehmen.

AM: Hinweis auf Figaro-Artikel von François-Poncet⁶: „EG werde bei Zutritt neuer Mitglieder unregierbar.“

BM: EG sei schon jetzt schwer regierbar. Bei weiterer Integration seien Demokratisierung und zusätzliche Institutionen erforderlich. Man brauche z.B. bei einer Übertragung von Souveränitätsrechten auf die Wirtschafts- und Währungsunion unbedingt stärkere Demokratisierung.

AM: Österreich sei für eine Vertiefung und eine stärkere Kohärenz der EG auch als Mitglied.

BM: Österreich sei „europareif“. Österr. Beitritt enthalte fast keine Probleme. Sein Beitritt habe daher auf die Regierbarkeit der EG keinen Einfluß.

Botschafter Scheich verweist auf Mediendruck. Kommission sei mit den Arbeiten für das Avis sehr zögerlich.⁷

BM sagt zu, Kommissionspräsident Delors darauf anzusprechen. Zumindest Beginn von Expertengesprächen.

2) Österr. Innenpolitik

AM sah die Möglichkeit für baldige Wahlen in Österreich nicht.⁸ Nach dem Koalitionspakt gehöre dazu die Zustimmung beider Koalitionspartner.

3) BM: Frage nach Verhältnis Österreichs zu seinen Nachbarn.

AM: Gute Beziehungen, sie könnten aber immer noch besser sein. SU-Problematik: Einigkeit, daß Hilfe für SU durch die Größe der SU sehr erschwert werde.

³ Am 17. Juli 1989 übermittelte Österreich den Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1989, II, Dok. 214 und Dok. 222.

⁴ Zu einer EG-Assoziierung der DDR vgl. Dok. 5 und Dok. 26.

⁵ Zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vgl. Dok. 6, Anm. 5.

⁶ Für den Artikel des ehemaligen französischen Außenministers François-Poncet „L'espérance européenne“ vgl. LE FIGARO vom 24. Januar 1990, S. 2. Für Auszüge im deutschen Wortlaut vgl. LEHMANN, Vereinigung, Bd. 1, S. 473 f.

⁷ Die vom EG-Ministerrat erbetene Stellungnahme der EG-Kommission („Avis“) zum Beitrittsantrag Österreichs erfolgte am 31. Juli 1991. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1991, S. 84.

⁸ In Österreich fanden am 7. Oktober 1990 Parlamentswahlen statt.

4) DDR, Besuch Modrow⁹: AM Fischer werde zur Delegation gehören. Er werde mit ihm ein Gespräch führen.

5) BM erläuterte anschließend die innere Situation in der DDR.

6) KSZE, Konferenz der 35¹⁰: BM erklärte unsere Position und riet, die Kandidatur Wiens für die Konferenz im Herbst zur Zeit nicht zu stark zu betonen.

7) Annäherung der beiden deutschen Staaten: Ausgehend von einem Schreiben des AM über deutsche Sprache im Europarat¹¹ erläuterte AM seine Position zur Annäherung der beiden deutschen Staaten, die mit der unsrigen übereinstimme.

BM: Bundesregierung, Opposition und die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland stünden eindeutig auf dem Boden der deutschen EG-Mitgliedschaft. Wenn BK Kohl und er immer wieder die Europäisierung der deutschen Frage fordere, käme das aus voller Überzeugung. Dies müsse aber auch von unseren Freunden in befreundeten Staaten gesagt werden, um zu verhindern, daß es wieder zu einem deutschen Nationalismus komme. Daher sei er AM für seine Haltung dankbar.

[gez.] Brühl

B 1 (Ref. 010), Bd. 178927

⁹ Der Ministerpräsident der DDR, Modrow, besuchte mit mehreren Ministern am 26. Januar 1990 Österreich. Vgl. dazu ÖSTERREICH UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 111–113.

¹⁰ Zum Vorschlag für eine KSZE-Gipfelkonferenz 1990 vgl. Dok. 8, Anm. 13.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow legte am 22. Januar 1990 für Bundesminister Genscher dar, der österreichische Außenminister Mock gehe in seinem Schreiben vom 14. Dezember 1989 irrtümlich davon aus, daß Deutsch im Europarat nicht den Status einer Arbeitssprache besitze. Dies sei jedoch seit 1970 in der Parlamentarischen Versammlung der Fall, „wobei die Kosten hierfür aus dem Haushalt des Europarats bestritten werden. Außerdem wird Deutsch im Ministerkomitee und in Fachministerkonferenzen gedolmetscht“. Vgl. B 21 (Ref. 200/E 21), Bd. 161028.

16

Botschafter Pfeffer, Paris, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 238****Aufgabe: 25. Januar 1990, 10.48 Uhr¹****Ankunft: 26. Januar 1990, 10.48 Uhr**

Betr.: Entwicklung der französischen Haltung zur deutschen Frage²;
 Vortrag des Bundeskanzlers in Paris am 17. Januar 1990³;
 Stellung Delors⁴

1) Der Vortrag des Bundeskanzlers am 17. Januar 1990 in Paris mit der anschließenden Frage- und Antwortstunde und die Verlängerung dieser Diskussion beim Abendessen haben hier einen sehr positiven Widerhall gefunden. Von allen Seiten höre ich unaufgefordert, die Darstellung der deutschen Gefühlslage und unserer politischen Raison habe überzeugt, weil beide Elemente wohl abgewogen gewesen seien. Oft wird hinzugefügt, man habe aus den Medien niederschlagen ein ganz falsches Bild des Bundeskanzlers gehabt. Diese Feststellungen erreichen mich aus den Kreisen der Politik, der Wirtschaft, der Universität und der Académie française.

Der Auftritt des Bundeskanzlers hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich hier eine nüchternere, mitunter sogar wohlwollende Betrachtung der deutschen Frage und unseres nationalen Ziels einstellt. Jetzt ist häufiger zu hören, daß die Vereinigung Deutschlands mit französischer Hilfe im europäischen Rahmen vollzogen (oder, so die weniger freundlichen, gebändigt) werden muß.

Die Erklärungen des Präsidenten der Europäischen Kommission, Delors, wirken in die gleiche Richtung.⁵ Delors' Anwesenheit am 17. Januar und die Worte der Zustimmung und des Dankes von seiten des Bundeskanzlers für ihn haben diesen Effekt noch verstärkt.

Der Vortrag des Bundesbankpräsidenten⁶ mit anschließender Diskussion am Vorabend des Bundeskanzlerbesuchs hat, was die wirtschaftliche und monetäre Seite angeht, in Industriekreisen beruhigt.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 26. Januar 1990 vorgelegen.

² Zur französischen Haltung zur deutschen Frage vgl. AAPD 1989, II, Dok. 360, sowie DIE EINHEIT, Dok. 33. Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 4. Januar 1990 in Latché; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 135.

³ Botschafter Pfeffer, Paris, wies am 13. Januar 1990 darauf hin, die Rede des Bundeskanzlers Kohl am 17. Januar 1990 am Institut Français des Relations Internationales (IFRI) werde große Aufmerksamkeit finden angesichts der „in den Medien, Teilen der politischen Klasse und – in wohl geringerem Maße – dem politisch interessierten Publikum verbreiteten Sorgen betreffend den Zusammenhang zwischen der Entwicklung in Deutschland einerseits und der weiteren Entwicklung der Gemeinschaft der Zwölf andererseits“. Pfeffer empfahl, Kohl solle insbesondere die Furcht um die „EG-Treue“ bei einer deutschen Einheit zerstreuen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 117; B 221 (Ref. 411/E 21), Bd. 166634.

⁴ Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, legte Bundeskanzler Kohl am 15. Januar 1990 einen überarbeiteten Entwurf für dessen Rede am 17. Januar 1990 in Paris vor, in den weisungsgemäß insbesondere Bezugnahmen „zu wichtigen Äußerungen in der uns vorab überlassenen Rede von Präsident Delors“ eingefügt worden seien. Vgl. Bundesarchiv, B 136, Bd. 34023.
 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl vgl. BULLETIN 1990, S. 61–66.

⁵ Vgl. dazu die Rede des EG-Kommissionspräsidenten Delors am 17. Januar 1990 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg (Auszüge); DEUTSCHE AUSSENPOLITIK 1990/91, Dok. 2.

⁶ Für den Wortlaut der Rede von Bundesbankpräsident Pöhl am 16. Januar 1990 in Paris vgl. BUNDESBANK, Auszüge Nr. 4/1990, S. 1–6.

2) Im Lager der Opposition dreht sich inzwischen bei vielen die Windfahne. Der ehemalige Finanzminister Balladur, den ich noch vor kurzem als einen zumindest kaschierten Gegner der Wiedervereinigung beim Abendessen im Beisein von Frau Veil erlebt habe, hat sich inzwischen der Meinung von Delors angeschlossen, daß die Europäische Gemeinschaft der DDR offenstehen sollte.⁷

Am vergangenen Samstag⁸ habe ich auf dem Landsitz von Madame Palewski, der Witwe eines ehemaligen gaullistischen Ministers⁹, ebenfalls eine gelassener Stimmung spüren können. So gab sich Botschafter Puaux, der ehemalige Kabinettsdirektor von Couve de Murville und spätere Politische Direktor des Quai, der unlängst noch einen sehr kritischen Artikel im Figaro veröffentlicht hatte¹⁰, ausgesprochen aufgeschlossen. Ein Gast, bei unserer ersten Begegnung vor zwei Jahren noch voller Hemmungen gegenüber Deutschland, sprach mich auf meinen Vortrag in der Fondation Singer-Polignac¹¹ an und erklärte, mit meinen 14 Punkten voll einverstanden zu sein: Ein wiedervereinigtes Deutschland werde Europa stärken.

3) Der neue Kabinettsdirektor von Dumas, Herr Kessedjian, den ich zu einem Zweier-Essen eingeladen und dem ich die Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft in dieser Zeit des Umbruchs als prioritäre Aufgabe dargelegt habe, unterstrich, daß wir hier „am Platz“ bei der Erläuterung der deutschen Haltung gegenüber der französischen Öffentlichkeit eine außerordentlich wichtige Aufgabe hätten. Sie sei schwierig. Alles komme auf die Auswahl der Argumente, die Darstellung und den Ton an.

4) Insgesamt halte ich noch einmal fest: Das französische Schiff dreht sich. Die Ausführungen Delors' spielen dabei, wie gesagt, eine wesentliche Rolle. Meine alte Vermutung, daß Delors in der französischen Innenpolitik „aufs Ganze“ geht, ergibt sich nun aus seinem Verhalten immer klarer. Zeitungsartikel sprechen offen über seine Ziele (Ministerpräsident, Präsident der Republik, vielleicht auch gleich die höchste Stufe).

Hier äußert sich einmal mehr der Mentalitätswandel in Frankreich gegenüber der europäischen Sache: daß jetzt der Kommissionspräsident in Brüssel eine so meinungsbildende Rolle in der französischen Innenpolitik spielen kann, während doch früher eher die Faustregel galt, daß, wer nach Brüssel ging, seine Ansprüche in Frankreich verlor.

⁷ Zu den Beziehungen der DDR zur EG vgl. Dok. 5 und Dok. 26.

⁸ 20. Januar 1990.

⁹ Gaston Palewski.

¹⁰ Vgl. dazu den Artikel „Vers le V^e Reich“; LE FIGARO vom 8. November 1989, S. 2.

¹¹ Am 10. Januar 1990 führte Botschafter Pfeffer, Paris, mit der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe der französischen Nationalversammlung ein Gespräch über die deutsche Frage. Am nächsten Tag berichtete er dazu, er habe Thesen vorgetragen, „die von der größeren Ost-West-Frage auf die deutsche Frage zulaufen und die auf die französische Denkweise zugeschnitten sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 85 vom 11. Januar 1990; B 38 (Ref. 210), Bd. 140723.

Am 12. Januar 1990 nahm Pfeffer mit dem ehemaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing an einem Kolloquium der Stiftung Singer-Polignac in Paris teil, wo er erneut seine Punkte vortrug. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 112 Pfeffers vom selben Tag; B 38 (Ref. 210), Bd. 140723.

Delors rangiert in der Beliebtheit zusammen mit Mitterrand und Rocard in der Spitzengruppe. Sein Zusammenspiel mit Mitterrand liegt auf der Hand. Delors braucht die Hilfe Mitterrands, wenn er sein Ziel erreichen will. So kann ich auch nicht glauben, daß Delors – wie einige meinen – seine Deutschland-Erklärungen und seine Aufforderung, den Reprivatisierungsstopp aufzuheben, ohne Absprache mit Mitterrand abgegeben habe.

Mitterrand wird umgekehrt ein Interesse daran haben, die eine oder andere, für die Sozialistische Partei schmerzliche Korrektur von Brüssel aus empfehlen zu lassen.

In der Mitte der Opposition hat Delors viele Freunde. So setzt zum Beispiel François-Poncet auf ihn, der nicht von ungefähr in der Fernsehunde am 23. Januar unter dem von Delors geladenen Publikum war. Aus der Sozialistischen Partei kommt andererseits auch Gegenwind gegen Delors auf.

Delors glaubt sich aber offenbar mit seinen Kernaussagen zur europäischen Eingliederung Deutschlands in Übereinstimmung mit der Mehrheit der französischen Bevölkerung (wofür die Sondagen sprechen). Er zwingt seine politischen Rivalen in der Sozialistischen Partei (z. B. Chevènement), aber auch die übrigen politischen Kräfte in Frankreich dazu, in dieser hochsensiblen Frage Farbe zu bekennen. Über diese Thematik, die ihm Profil verleiht, hofft er, die ihm bisher fehlende innerpolitische Gefolgschaft zu gewinnen und in die Mitte des Parteinenspektrums vorzustoßen.

5) Daß wir Delors nicht nur als den für unsere nationale Sache und die europäische Einigung hervorragenden Kommissionspräsidenten, sondern auch als potentiellen französischen Partner in höchsten nationalen Ämtern pflegen sollten, versteht sich von selbst.

[gez.] Pfeffer

B 38 (Ref. 210), Bd. 140723

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel

341-321.00 CHN

26. Januar 1990¹Über Dg34², D3³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister

Betr.: Deutsch-chinesische Beziehungen

Bezug: – Weisung StS Sudhoff vom 9.1.1990⁵– DB Nr. 2380 v. 29.12.1989⁶ Az. POL 321.00 CHN– DB Nr. 1 v. 3.1.1990⁷ Az. POL 321.00 CHN (beide aus Peking)Anlg.: 2⁸ (DB in Bezug)

Zweck der Vorlage: Weitere Behandlung der deutsch-chinesischen Beziehungen

I. Sieben Monate nach den Ereignissen in Peking⁹ und nach Überlegungen, die im Rahmen der EPZ über die Behandlung Chinas¹⁰ angestellt wurden, wird vor-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel und Vortragendem Legationsrat Schröder konzipiert.

Hat Staatsminister Schäfer am 6. Februar 1990 vorgelegen, der für Staatssekretär Sudhoff handschriftlich vermerkte: „Ich bitte dringend, Argumentationshilfe zu meinen Anmerkungen auf S. 2 zu geben.“ Vgl. Anm. 14 und 30.

² Klaus Zeller.

³ Reinhard Schlagintweit.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 6. Februar 1990 vorgelegen, der die Aufzeichnung an Ministerialdirektor Schlagintweit „z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung“ weiterleitete.

Hat Schlagintweit am 6. Februar 1990 vorgelegen, der die Aufzeichnung an Ministerialdirigent Zeller zurückleitete.

Hat Zeller am 6. Februar 1990 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 341 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 7. Februar 1990 erneut vorgelegen.

⁵ Staatssekretär Sudhoff bat Ministerialdirektor Schlagintweit um eine Aufzeichnung zur „Entwicklung unserer Beziehungen zu China“, da nach seinem Eindruck „die USA wie auch andere westliche Partner längst wieder zu alten Formen der Zusammenarbeit mit China zurückgefunden“ hätten. Vgl. B 37 (Ref. 341), Bd. 161824.

⁶ Für den Drahtbericht Nr. 2380 des Botschafters Hellbeck, Peking, vgl. AAPD 1989, II, Dok. 436.

⁷ Botschafter Hellbeck, Peking, analysierte die „Lage Chinas zur Jahreswende 1989/90“: „Trotz mannigfacher Lippenbekenntnisse zur Fortsetzung der Reformpolitik und zur weiteren Öffnung Chinas nach außen erscheint die Politik des Landes seit den Juni-Ereignissen weiter durch eine Repression aller liberalen Regungen im weitesten Sinne bestimmt.“ Allerdings führten „die sich kontinuierlich verschlechternde Lage der Wirtschaft“ und der politische Umbruch in Europa, insbesondere der Machtwechsel in Rumänien, der DDR und der ČSSR, zur Nuancierung dieser Grundtendenz: „Klarer als in den ersten Wochen nach dem 4. Juni schält sich heraus, daß in China wie immer viele Entwicklungsvarianten vorhanden sind. Eine differenzierende Betrachtung bedeutet aber auch, daß eine globale Verdammung Chinas nicht am Platze ist.“ Vgl. B 37 (Ref. 341), Bd. 161824.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6 und 7.

⁹ Am 3./4. Juni 1989 gingen chinesische Streitkräfte in Peking gewaltsam gegen Demonstranten vor, die seit mehreren Wochen auf dem Tiananmen-Platz (Platz des Himmlischen Friedens) für Reformen und Demokratie protestiert hatten. Dabei wurden zahlreiche Menschen getötet. Vgl. dazu AAPD 1989, I, Dok. 161, Dok. 162, Dok. 166 und Dok. 172.

¹⁰ In einer „Erklärung zu China“ gab der Europäische Rat am 26./27. Juni 1989 in Madrid eine Reihe von Sanktionen gegen die Volksrepublik China bekannt, zu denen eine Unterbrechung der militärischen Zusammenarbeit, ein Embargo jeglichen Waffenhandels, die Aussetzung bilateraler Kontakte auf hoher Ebene, die Zurückstellung von Kooperationsvorhaben und Einschränkungen laufender Programme gehörten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1989, D 413 f.

Zu den im Rahmen der G 7 gegen China beschlossenen Maßnahmen vgl. AAPD 1989, II, Dok. 221.

geschlagen, die Beschränkungen im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu China schrittweise zu lockern. Dies betrifft vor allem die

- a) Hermesbürgschaften,
- b) Entwicklungszusammenarbeit (EZ),
- c) Kontakte.

Unsere Partner verhalten sich in diesen Bereichen z.T. erheblich entgegenkommender.

Der ER in Straßburg hat am 8./9.12.1989¹¹ einvernehmlich eine „angemessene Flexibilität“ bei der Handhabung wirtschaftlicher Maßnahmen gegenüber China beschlossen (betr. u. a. Hermesbürgschaften).

Das 205. PK vom 17./18.1.1990 hat

- Kontakten bis zur Ebene beamteter StS zugestimmt,
- Entscheidung der G7 über ersten Weltbankkredit an China¹² (im Februar) zur Kenntnis genommen.¹³

Unser Ziel sollte es bleiben, China außenpolitisch in der Verantwortung zu halten und innenpolitisch auf Mäßigung hinzuwirken. Eine Isolierung Chinas würde uns jeder Einwirkungsmöglichkeit berauben.

Für das weitere Vorgehen der Bundesregierung wird vorgeschlagen:

- a) Anpassung an die Deckungspolitik unserer EG-Partner durch vorsichtige Wiedereröffnung von Hermesdeckungen.
- b) Wiederaufnahme aller Altprojekte der EZ in einem ersten Schritt. Danach Inkraftsetzung des paraphierten Protokolls der 7. Sitzung der gemischten Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 1. Juni 1989.
- c) Anhebung der möglichen hochrangigen Kontakte auf das Niveau beamteter Staatssekretäre. Treffen des BM mit AM Qian Qichen am Rande internationaler Konferenzen sollte möglich sein (z. B. GV-VN). Andere Treffen auf Ebene von Ministern und parlamentarischen Staatssekretären sollten weiterhin ausgesetzt bleiben. Im Laufe des Jahres könnten dann die bilateralen Kommissionssitzungen, die auf StS-Ebene wahrgenommen werden, durchgeführt werden. Dies sollte von Fall zu Fall entschieden werden.

Das oben vorgeschlagene Vorgehen sollte im Deutschen Bundestag in geeigneter Weise sondiert werden.¹⁴

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. AAPD 1989, II, Dok. 405.

¹² Die Weltbank gewährte der Volksrepublik China am 8. Februar 1990 einen „Wiederaufbaukredit von 30 Millionen Dollar für die Beseitigung der Erdbebenschäden“ und schloß die zeitnahe Gewährung eines zusätzlichen Landwirtschaftskredits nicht aus. Vgl. dazu den Artikel „Weltbankkredit für China“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Februar 1990, S. 17.

¹³ Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand in Dublin statt. Vgl. dazu den Rund-erlaß Nr. 1; B 21 (Ref. 200), Bd. 144231. Für die verabschiedeten Erklärungen vgl. BULLETIN DER EG 1/2-1990, S. 97.

¹⁴ Dieser Satz wurde von Staatsminister Schäfer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß im BT weniger nach der Haltung der EG oder der USA gefragt werden wird, sondern danach, was im Hinblick auf die Halt[un]g der VR China zu M[enschen]R[echts]-Fragen (innenpol[itische] Repressionen), zur Unterstützung der Roten Khmer und zur Unterdrückung Tibets an Fortschritten zu verzeichnen ist.“ Vgl. Anm. 1 und 30.

II. Im einzelnen ist hierzu folgendes zu sagen:

1) Die Beziehungen zur VR China haben mit den Ereignissen vom 4. Juni 1989 einen tiefen Einbruch erfahren. National, im Rahmen der EPZ und bei dem WWG in Paris¹⁵ ist eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, die der Regierung der VR China die geschlossene Ablehnung ihres Vorgehens gegenüber der Demokratiebewegung durch den Westen vor Augen führte. Sieben Monate nach den Ereignissen in Peking, nach gewissen positiven Signalen aus China und fortgesetzten Beratungen im Rahmen der EPZ wird vorgeschlagen, unsere Beziehungen zu China zu überprüfen und die Beschränkungen im Verhältnis zu China schrittweise zu lockern.

(Grundlage der Beschränkungen: Entschließung des BT vom 15.¹⁶ und 23.6.¹⁷; EPZ-Erklärung v. 6.6.1989¹⁸; EG-Gipfel in Madrid vom 27.6.1989¹⁹; WWG vom 15.7.1989 (Anlage für StS²⁰)).

Die jetzt anstehenden Fragen betreffen vor allem die weitere Behandlung der

a) Hermesbürgschaften,

b) Entwicklungszusammenarbeit,

c) politischen Kontakte.

2) Unsere Partner behandeln die Fragen a) bis c) wie folgt:

– USA

a) Keine Einschränkungen bei Exportkreditbürgschaften.

b) Keine EZ an sozialistische Staaten.

c) AM-Gespräche am Rande der Kambodscha-Konferenz im August 1989²¹ und bei der GV der VN, Besuche des Sicherheitsberaters Scowcroft (mit StS Eagleburger) in Peking im Juli und im Dezember 1989.²²

¹⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. AAPD 1989, II, Dok. 231.

¹⁶ Korrigiert aus: „16.“.

Für den Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen vom 15. Juni 1989 zu den Ereignissen in der Volksrepublik China, der am selben Tag einstimmig im Bundestag angenommen wurde, vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4790 bzw. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 149. Sitzung, S. 11104.

¹⁷ Für den Wortlaut des Antrags der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und der Grünen vom 23. Juni 1989 zu den Todesurteilen in der Volksrepublik China, der am selben Tag einstimmig im Bundestag angenommen wurde, vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4873 bzw. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 153. Sitzung, S. 11576.

¹⁸ Für die Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 6. Juni 1989 zu China vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 423f.

¹⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. AAPD 1989, I, Dok. 189 und Dok. 194.

²⁰ Dem Vorgang nicht beigefügt.

²¹ Die Internationale Kambodscha-Konferenz begann am 30. Juli 1989 mit einem Treffen auf Außenministerebene, das bis 1. August 1989 andauerte. Anschließend wurden die Verhandlungen bis 30. August 1989 fortgesetzt. Vgl. dazu AAPD 1989, II, Dok. 258.

²² Der Nationale Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, und der amerikanische stellvertretende Außenminister Eagleburger hielten sich am 1./2. Juli 1989 für eine erst im Dezember 1989 bekannt gewordene Geheimmission in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu BUSH/SCOWCROFT, World Transformed, S. 105–111; QIAN QICHEN, Episodes, S. 133–137.

Öffentlich besuchten Scowcroft und Eagleburger Peking erneut am 9./10. Dezember 1989. Vgl. dazu BUSH/SCOWCROFT, World Transformed, S. 174–179; QIAN QICHEN, Episodes, S. 140–142. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke vom 19. Dezember 1989; B 32 (Ref. 204/221), Bd. 179531.

(Außerdem: Verkauf von vier Boeing 757 mit „militärähnlichen“ Navigationssystemen; Erlaubnis zum Verkauf von 3 Satelliten, die mit chinesischen Trägersystemen befördert werden sollen.) Die US-Regierung begrüßte die Aufhebung des Ausnahmezustands in Peking (10.1.); US-Regierung plädiert dafür, China nicht zu isolieren; sie muß sich jedoch sehr vorsichtig bewegen, da der Kongreß weiter eine sehr restriktive Politik gegenüber China verfolgt.

– Japan

- a) Keine Beschränkungen bei Exportbürgschaften.
 - b) EZ-Altprojekte wurden inzwischen fortgeführt; hochrangige Beratungen über EZ in Peking im Januar; Wiederaufnahme der Vorbereitungen für den EZ-Mammut-Kredit (US-\$ 6 Mrd./1990–95).
 - c) Ab September 1989 japanische hochrangige politische – nicht offizielle – Besucher in Peking. Ende Januar offizieller Besuch des chinesischen Planungsministers Zou Jiahua in Tokio (für Februar ist Besuch Politbüro-Mitglieds Li Tieying in Tokio geplant).
- (MP Kaifu sprach sich bei jüngstem Besuch in Bonn²³ für Fortsetzung der Zusammenarbeit mit China aus.)

– Frankreich

- a) Kurzfristige Bürgschaften.
 - b) EZ eingeschränkt; keine neuen Projekte, aber Unterzeichnung des EZ-Frühjahrsprotokolls von 1989 nach dem 4. Juni 1989.²⁴
 - c) Gespräche von AM Dumas und AM Qian Qichen während der Kambodscha-Konferenz in Paris und der VN-Generalversammlung; Senator Lecanuet (PR²⁵) wird im März mit Delegation aus Kreisen der Opposition China besuchen.
- (Entscheidung von Präsident Mitterrand, keine Fregatten an Taiwan zu verkaufen, wurde mit Rücksicht auf VR China getroffen.)

– GB

- a) Kurzfristige Bürgschaften.
- b) EZ eingeschränkt, keine neuen Projekte.
- c) AM-Kontakte am Rande internationaler Treffen und andere hochrangige Kontakte wegen der besonderen Situation Hongkongs²⁶; Besuch einer kleineren Parlamentariergruppe in Peking im Oktober 89.

– Italien

- a) Kurzfristige Bürgschaften.
- b) EZ eingeschränkt; keine neuen Projekte.

²³ Zum Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Kaifu vom 8. bis 10. Januar 1990 vgl. Dok. 4.

²⁴ Zum Passus „Frankreich ... Juni 1989“ notierte Ministerialdirigent Zeller handschriftlich: „Die Angaben zur Deckung mittelfristiger Geschäfte bei unseren Partnern sind unpräzise. Ich schließe nicht aus, daß dies von Fall zu Fall geschieht.“

²⁵ Parti républicain.

²⁶ Großbritannien und die Volksrepublik China vereinbarten am 19. Dezember 1984 die Rückgabe von Hongkong, das mit Ablauf des auf 99 Jahre angelegten Pachtvertrags von 1898 ab 1. Juli 1997 eine Sonderverwaltungszone innerhalb der Volksrepublik China werden sollte. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. UNTS, Bd. 1399, S. 61–73. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 630–643.

c) Keine hochrangigen Kontakte.

Italien ist innerhalb der EG das Land, das am deutlichsten zum „business as usual“ zurückkehren will.

3) Die G7-Stellvertreter haben sich am 14.1. in Paris geeinigt, daß die Weltbank Mitte Februar einen IDA-Kredit für China (25 Mio. SZR für Nord-China-Erdbebenprojekt) zur Abstimmung bringt. Damit wäre Beschluß des WWG Paris vom 15.7.89, die Prüfung von Weltbankkrediten an China vorläufig zurückzustellen, relativiert.

Das 205. PK vom 17./18.1. in Dublin hat

- Kontakten auf Beamtenebene auf höherem Niveau als bisher zugestimmt; Kontakte auf „Minister- oder vergleichbarer Ebene“ bleiben bis auf weiteres ausgeschlossen;
- Einigung über Einzelfallprüfung bei Weltbankprojekten in China unter Berücksichtigung eines positiven Ansatzes bei Projekten humanitären Charakters zur Kenntnis genommen.

4) Die Niederschlagung der Demokratiebewegung in China hat seit dem 3./4. Juni 1989 zu einer äußerlich stabilen innenpolitischen Situation geführt. Die „konservative“ Richtung in der chinesischen Parteiführung wurde gestärkt, die „reformerische“ geschwächt. Die Parteiführung reagierte durch Umerziehungskampagnen und Umbesetzungen, ging aber auch gegen Korruption und Amtsmissbrauch in ihren eigenen Reihen vor. Wohl mit Rücksicht auf den immer noch einflußreichen Reformflügel der KPCh ist dabei eine gewisse Zurückhaltung unverkennbar:

- kein Schauprozess gegen den ehemaligen Parteichef Zhao Ziyang;
- keine Todesurteile gegen Studenten, sondern nur gegen Personen, die während der Demonstrationen schwere Gewalttätigkeiten begangen hatten;
- Betonung der Fortsetzung der Reform- und Öffnungspolitik.

Die Ereignisse in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben in der chinesischen Führung Besorgnisse ausgelöst; sie weiß, daß der Erneuerungsprozess in den sozialistischen Ländern Einfluß auf China ausübt.

Der neue Generalsekretär der KPCh, Jiang Zemin, hat bisher kaum eigenes politisches Gewicht erwerben können. Sollte Deng Xiaoping aus der Politik endgültig ausscheiden, so wird eine neue Situation entstehen.

5) Die Lage der chinesischen Wirtschaft zeigt ein differenziertes Bild. Die seit 1988 betriebene Austeritätspolitik hat zu einer Rezession geführt. Die überschäumende Industrieproduktion konnte gebremst (1989: +6,8%) und die Inflationsrate zurückgeführt werden (gegen Jahresende 1989 nur noch 7%). Die Arbeitslosigkeit wächst und mit ihr die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht nahm zwar 1989 etwas zu, ist insgesamt aber nicht besorgniserregend. Das Leistungsbilanzdefizit ist 1989 etwas gewachsen; die Devisenreserven haben abgenommen. Die Schuldendienstquote ist mit ca. 10–15% der Güter- und Dienstleistungsexporte nicht besorgniserregend. Die Abwertung der chinesischen Währung am 16.12.1989 um ca. 21% gegenüber dem Dollar beweist den Willen der Regierung, alles zu tun, damit China seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen kann.

Die Rezentralisierung der Entscheidungskompetenz und die Verstärkung der planwirtschaftlichen Elemente sind geeignet, die wirtschaftliche Initiative zu entmutigen.

6) Unser Ziel bleibt es, soweit möglich, China außenpolitisch in der Verantwortung zu halten und innenpolitisch auf Mäßigung hinzuwirken. Dazu müssen wir in enger Zusammenarbeit mit unseren westlichen Partnern eine Isolierung Chinas vermeiden.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Peking am 10.1.1990 ist vornehmlich eine Reaktion der chinesischen Führung auf die Politik der westlichen Länder seit dem 4.6.1989. Außenpolitisch ist die Aufhebung des Ausnahmezustandes (ebenso wie die jüngste Entlassung von 573 Demonstranten aus der Haft, die Wiederaufnahme der Gespräche über den Studentenaustausch im Rahmen des Fulbright Exchange und über ein Peace Corps-Programm in China und die Erlaubnis zur Neubesetzung der Vertretung der Voice of America in Peking) als Signal auf die Mission von Scowcroft und Eagleburger und wohl auch auf japanische Avancen zu verstehen. Schon vorher hatten wir den Eindruck, daß die chinesische Führung die Intensität und die Geschlossenheit der westlichen Reaktion anfangs unterschätzt hatte, dann aber sich darauf einstellte und nun reagiert. Allerdings dürfte die Grenze negativer Maßnahmen erreicht sein. Jetzt sollten wir überlegen, wie – positiv – die Reformkräfte ermutigt und Entwicklungen in China gefördert werden könnten, die eventuell aus der gegenwärtigen Verhärtung herausführen.

Wir würden mit solchen Gedanken nicht alleinstehen.

Die westliche Staatengemeinschaft insgesamt – angeführt von USA und Japan – neigt zu einer schrittweisen Lockerung der wirtschaftlichen und politischen Isolierung der VRC.

Sie läßt sich dabei von folgenden Überlegungen leiten:

- China ist als ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats und als eine bedeutende Regionalmacht ein wichtiger welt- und regionalpolitischer Faktor. Die Gesprächsmöglichkeiten mit der chinesischen Führung sollten deshalb so gut wie möglich aufrechterhalten werden. Gespräche geben auch Gelegenheit, unsere Ablehnung der Repression zum Ausdruck zu bringen.
- Mit politischen Umwälzungen, ähnlich wie in Osteuropa, ist in China im Augenblick nicht zu rechnen. Politische Reformen sind eher als Folge innenpolitischer Entwicklungen, d.h. durch eine Stärkung der Reformkräfte in der Parteiführung, denkbar. Diese Kräfte gilt es durch Kontakte und Zusammenarbeit zu ermutigen und zu stärken.
- Für Europa gilt außerdem, daß es nicht zu sehr gegenüber den beiden anderen an China interessierten Mächten, USA und Japan, zurückbleiben darf.

7) Vor diesem Hintergrund wird für das weitere Vorgehen der Bundesregierung vorgeschlagen:

a) Hermesbürgschaften: Nach dem stillschweigenden Einverständnis, das bei dem ER in Straßburg am 8./9.12.1989 über eine Fortentwicklung der gemeinsamen Haltung gegenüber China erzielt wurde, können wir uns in wirtschaftlichen Fragen eine „angemessene Flexibilität“ erlauben. Das Verständnis war,

daß die Mitgliedstaaten jetzt über Ausfuhrbürgschaften für China frei entscheiden können. Eine Wiederaufnahme kurzfristiger Deckungen erscheint risikopolitisch vertretbar. Wir würden uns damit der Deckungspolitik unserer Partner anpassen. Das BMWi als federführendes Ressort hat es übernommen, die Zustimmung der politischen Kräfte, die die Entschließung des Deutschen Bundestages getragen haben, herbeizuführen. Sobald dies erfolgt ist, könnte im Interministeriellen Ausführargarantieausschuß ein Beschluß über die Änderung der Deckungspolitik herbeigeführt werden.²⁷

b) Entwicklungszusammenarbeit: In einem ersten Schritt sollte die Definition der Altprojekte, die „unmittelbar der Bevölkerung zugute kommen“, großzügiger ausgelegt werden als bisher, um alle Altprojekte wiederaufnehmen und seit vor dem 4. Juni 1989 ausstehende Notenwechsel durchführen zu können. In einem weiteren Schritt sollte das (paraphierte) Protokoll der 7. Sitzung der gemischten Kommission für Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 1. Juni 1989 finalisiert und implementiert werden. (Anlage nur für StS: Protokoll der 6. und 7. Sitzung²⁸)

c) Hochrangige Kontakte: Besuche auf Ebene der Staats- und Regierungschefs und Minister sollten bis auf weiteres unterbleiben. Ausgenommen davon sollten Treffen des BM mit AM Qian Qichen am Rande internationaler Konferenzen sein. Das Gesprächsniveau kann jetzt auf Ebene der beamteten StS/Vizeminister angehoben werden. Dieser Anhebung würde es entsprechen, wenn im Laufe des Jahres wieder Sitzungen von deutsch-chinesischen gemischten Kommissionen auf und unter dieser Ebene stattfinden könnten (dies sollte von Fall zu Fall entschieden werden).

8) Die politische Wachsamkeit gegenüber China sollte neben diesen Schritten nicht vernachlässigt werden.

Repressive Maßnahmen der chinesischen Führung sollten weiterhin kritisch kommentiert werden. Verletzungen der Menschenrechte sollten in den geeigneten internationalen Fora behandelt werden, wie der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen.²⁹

9) Der Deutsche Bundestag hat am 15.6. und 23.6. die Aussetzung von weiteren Hermesbürgschaften, hochrangigen politischen Kontakten sowie Beschränkungen der EZ beschlossen.

Das unter 7) vorgeschlagene Vorgehen müßte im Deutschen Bundestag abgestimmt werden. Im gegenwärtigen Stadium sondieren die für die Sachgebiete jeweils federführenden Ressorts (BMW, BMZ) und suchen nach Zustimmung zu einzelnen Schritten entsprechend 6a und b. Zur Frage eventueller weiterer pro-

²⁷ An dieser Stelle notierte Ministerialdirigent Zeller handschriftlich: „Dies sollte rasch geschehen, und wir sollten uns danach die mittelfristigen Geschäfte von Fall zu Fall vornehmen – wie dies m. E., trotz unklarer Angaben, auch bei einigen unserer Partner in der EG geschieht.“

²⁸ Dem Vorgang nicht beigefügt.

²⁹ Bundesminister a. D. Jaeger, z. Z. Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 6. März 1990, die VN-Menschenrechtskommission habe einen Resolutionsentwurf zur Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China mit 17 zu 15 Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt: „Entscheidend war die geschlossene Enthaltung der lateinamerikanischen Länder. Die SU hat mit China gestimmt. [...] Im übrigen bestand die Mehrheit für China aus Ländern, die entweder selbst eine unbefriedigende Menschenrechtssituation haben oder als kleine afrikanische Länder starkem chinesischem Druck ausgesetzt waren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 599; B 37 (Ref. 341), Bd. 161867.

zeduraler Schritte im Bundestag wird das Referat 011 Ihnen eine gesonderte Vorlage fertigen.³⁰

D4³¹ und RL 011³² haben mitgezeichnet (RL 011 telefonisch).

Scheel

B 37 (Ref. 341), Bd. 161824

18

Kapitän zur See Clausen, Paris, an das Auswärtige Amt

114-10488/90 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 259
Citissime

Aufgabe: 29. Januar 1990, 18.00 Uhr
Ankunft: 29. Januar 1990, 19.06 Uhr

Betr.: Prästrategisches System Hades¹

Bezug: Anforderung Fü S III 1 vom 22.1.1990

Zeit des Vorgangs: Aufkommen: 1989/90

Quelle: Bewertung:

1) Presseberichte 1) B2²

2) Gespräche 2) A2

Sperrvermerk: entfällt

Deskriptoren!

³⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel nahm am 16. Februar 1990 Stellung zur Randbemerkung des Staatsministers Schäfer: „Wir verbessern die Menschenrechtslage in China nicht durch Isolierung, sondern dadurch, daß wir Gesprächsmöglichkeiten, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Kontakte so gut wie möglich aufrechterhalten, auch, wie die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 15.6. ausführt, „um der chinesischen Führung unsere Besorgnisse und Erwartungen darzulegen.“ Die Tibetfrage sei älter als die Volksrepublik und ihre Lösung „nur langfristig durch eine Versöhnung der Tibeter mit den Han-Chinesen denkbar“. Auch beim Kambodscha-Konflikt komme es darauf an, „China weiter einzubinden und zu konstruktiver Mitwirkung hinsichtlich der Kontrollen der Roten Khmer anzuhalten. Positiven Einfluß darauf kann der Westen nur dann ausüben, wenn die bilateralen Kontakte und Beziehungen vorsichtig verbessert werden.“ Vgl. B 37 (Ref. 341), Bd. 161824.

³¹ Alois Jelonek.

³² Wolfgang Ischinger.

¹ Zum französischen nuklearen Kurzstreckensystem „Hades“ vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 3. November 1989: „Vorgesehene Reichweite knapp unter 500 km. Zahl der Werfer (Gerücht: 45) und der Flugkörper (Gerücht: ca. 90) ist noch nicht festgelegt.“ Der Umfang des Systems solle „nach erfolgter Entwicklung 1992 von den dann erreichten Fortschritten in der konventionellen Abrüstung abhängig“ gemacht werden: „Offiziell ist die Stationierung der Hades nur in Frankreich vorgesehen.“ Vgl. B 14 (Ref. 201), Bd. 151161.

² In Militärattaché-Berichten des BMVg wurde wie beim BND zur Bewertung der Zuverlässigkeit der Quelle der Meldung bzw. des Wahrheitsgehalt ihres Inhalts ein System aus Buchstaben und Zahlencode verwendet. Dieser reichte von A (zuverlässig) bis F (kann zur Zeit nicht beurteilt werden) bzw. von 1 (von anderer Seite bestätigt) bis 6 (nicht zu bewerten).

Kurzfassung des Einzelberichtes

I. Sachstand

1) Das Programm des prästrategischen Raketensystems Hades befindet sich nach hiesiger Kenntnis im zeitlich vorgesehenen Entwicklungsstand, der die geplante Einführung der neuen Waffe ab 1992 ermöglichen wird. Es hat bislang 3 erfolgreiche Testschießen gegeben!

2) Pressequellen zufolge soll die künftige Hades-Division aus 3 Regimentern bestehen, die mit jeweils 15 Werfern ausgerüstet werden. Jeder Werfer wird mit 2 Raketen bestückt werden. Der erste Verband, der mit dem neuen System ausgestattet werden soll, sei das 15. Artillerie-Regiment in Suippes (Marne). Dieser Verband soll noch in 1992 operativ funktionsfähig werden. Der folgende Verband sei das 3. Artillerie-Regiment in Mailly (Aube). Der dritte Verband sei noch nicht bezeichnet worden.

3) Neben Divisionsstab und den drei genannten Regimentern soll die Hades-Division ein FM-Regiment³ erhalten, das mit Kommunikationstechnik analog dem System Rita ausgestattet sein wird, eine AA-Batterie⁴ Mistral (kürzerer Reichweite), ein Versorgungsbataillon sowie drei Infanterieregimenter als Objektschutz. Bei letzteren soll es sich um gekaderte Einheiten handeln.

II. Beurteilung

Sämtliche Stellungnahmen zu dieser Thematik, insbesondere seitens des französischen Verteidigungsministers⁵, sind in ihrer übereinstimmenden Aussage unzweideutig. Das System Hades wird in der Nachfolge der Pluton als unverzichtbarer Bestandteil der französischen Force de dissuasion ab 1992 im französischen Heer eingeführt werden. Als Variable ist hingegen die vorgesehene Anzahl an Werfern (45) und A-Sprengköpfen (90) anzusehen. Der Bericht der französischen Nationalversammlung zum Verteidigungshaushalt 1990 spricht indes sogar von einer möglichen Raketenanzahl von über einhundert.

Hier scheint es bislang keine definitive Festlegung zu geben, Präsident⁶ und Regierung sehen hierin ein Mittel einer flexiblen Anpassung an die rüstungskontrollpolitische Landschaft der kommenden Jahre.

Die Reichweite des Systems soll mit 480 km knapp unter dem Schwellenwert 500 km liegen. Vereinzelt wurde jedoch in zurückliegenden Presseveröffentlichungen von einer Maximalreichweite von annähernd 800 km gesprochen. Offizielle Stellungnahmen sind hierzu nicht bekannt. Der KT-Wert soll bei maximal 80 KT liegen und variabel sein.

Ungeklärt bleibt der Widerspruch zwischen technischem Reichweitevermögen des Systems und der Versicherung des französischen Präsidenten, die „letzte Warnung“ werde nicht auf deutschem Boden stattfinden.⁷

³ Fernmelde-Regiment.

⁴ Anti-Aircraft-Batterie.

⁵ Jean-Pierre Chevènement.

⁶ François Mitterrand.

⁷ Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Oktober 1987 im Rathaus von Aachen; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 136–140. Für Auszüge im deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 597–602.

Zur deutsch-französischen Konsultationsvereinbarung über einen möglichen Einsatz französischer prästrategischer Nuklearwaffen vgl. AAPD 1989, I, Dok. 107.

Im rüstungskontrollpolitischen Bereich trifft für Hades die gleiche Situation zu wie für die übrigen Komponenten der französischen Nuklearabschreckung: Solange die Supermächte auf nuklearem Gebiet nicht in etwa auf das quantitative Niveau Frankreichs reduziert haben, sieht Frankreich für sich keinen Anlaß, an entsprechenden Verhandlungen teilzunehmen. Die obenerwähnte Option einer flexiblen Haltung läßt jedoch erkennen, daß die französische Regierung durchaus einen möglichen aufoktroierten Handlungsbedarf nicht ausschließen kann, sollten die Supermächte zu einer Reduzierungsvereinbarung gelangen.

[gez.] i. V. Clausen, Kapitän z. S.

B 130, VS-Bd. 11863 (202)

19

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem mexikanischen Präsidenten Salinas de Gortari

30. Januar 1990¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari am Dienstag, 30.1.1990, 12.20 – 13.20 Uhr²

Gesprächsteilnehmer

auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau LR I Lehnhardt als Dolmetscherin.

Auf mexikanischer Seite: Präsident Salinas de Gortari, Herr José Cordoba, Chef des Präsidialamtes, als Note-taker, Frau Eda Webell als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* (BK) beglückwünscht Präsident Salinas de Gortari (P) zu dem seit Amtsübernahme erreichten wirtschaftlichen Aufschwung in Mexiko. Er sei über die Entwicklung in Mexiko laufend durch seinen verstorbenen Freund Herrhausen unterrichtet worden, der ein Vorkämpfer der jetzt erreichten Schuldenlösung gewesen sei.³ Er hoffe, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung Mexi-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 6. Februar 1990 gefertigt und am folgenden Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „mit der Bitte um Billigung und Zustimmung zur Unterrichtung des Auswärtigen Amts“ über Bundesminister Seiters, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet.

Hat Seiters am 8. Februar 1990 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der Teltschik um Rücksprache bat. Zum Vorschlag einer Unterrichtung des Auswärtigen Amts vermerkte er handschriftlich: „Nein.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34114.

² Der mexikanische Präsident Salinas de Gortari hielt sich am 30. Januar 1990 in der Bundesrepublik auf.

³ Zu den Überlegungen des am 30. November 1989 in Bad Homburg von der „Roten Armee Fraktion“ ermordeten Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Herrhausen, anpassungsbereiten Schuldnerländern durch Schuldenreduzierungen entgegenzukommen, vgl. AAPD 1986, II, Dok. 367. Vgl. dazu ferner Herrhausens Artikel „Die Zeit ist reif – Schuldenkrise am Wendepunkt“; *HANDELSBLATT* vom 30. Juni/1. Juli 1989, S. 6.

Am 16. Januar 1990 notierte Referat 422: „An Mexikos Umschuldungsvereinbarung mit seinen staatlichen Gläubigern im ‚Pariser Club‘ vom 30.5.1989 (Mexiko III)“ war die Bundesregierung mit

kos fortsetzen werde, eines Landes, das aufgrund seiner menschlichen und natürlichen Ressourcen im 21. Jahrhundert eine wichtige Rolle in der Region und in der Welt spielen könne. Er habe dies bereits Salinas' Vorgänger de la Madrid gesagt.

Präsident bittet den Bundeskanzler, Frau Herrhausen sein Beileid zu übermitteln. Für sein Engagement zur Verwirklichung des Schuldenabkommens, das am kommenden Sonntag⁴ unterzeichnet werde, bewahre man ihm in Mexiko ein ehrenvolles Gedenken.⁵

P berichtet dann über das inzwischen erreichte 3%ige Wirtschaftswachstum und die Senkung der Inflationsrate in Mexiko von 200 auf 20% p.a. Ein kräftiges reales Wachstum sei auch vordringlich, da er während seiner Regierungszeit mit einer Vermehrung der mexikanischen Bevölkerung um 10 Millionen rechnen müsse. Er hoffe auf Erfolge seiner Politik des wirtschaftlichen Strukturwandels im Innern und der Öffnung zum Weltmarkt.

BK unterstreicht den Nutzen einer solchen Politik für die wirtschaftliche Entwicklung jedes Landes. In den Jahren 2000–2010 dürften weltweit die militärischen Fragen an Bedeutung verlieren. Die Nuklearwaffen dürften auf ein Drittel ihres gegenwärtigen Bestandes eingefroren sein. Was dann für die Bedeutung eines Landes zähle, sei dessen „Statur“, d.h. seine wirtschaftliche, soziale und Infrastruktur, der Ausbildungsstand seiner Bevölkerung sowie Kapazität und Innovationskraft seiner Wissenschaftler und Techniker.

BK erläutert sodann seine Vision einer langfristigen Bildung von drei wirtschaftlichen Schwerpunktregionen in der Welt, wobei Mexiko in der amerikanischen Region eine bedeutende Rolle spielen werde.

Deutschland werde seinerseits in einem künftigen vereinten Europa erhebliches Gewicht haben. Vor dieser Perspektive mache es Sinn, die deutsch-mexikanische Zusammenarbeit, die gegen niemand gerichtet sei, bereits jetzt auszubauen. Auch dies habe er bereits *Präsident de la Madrid* erläutert.

BK kommt sodann auf die Lage in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu sprechen: Nach dem demokratischen Aufbruch der Völker Osteuropas und der Entwicklung in der Sowjetunion selbst könnte niemand – selbst bei einem Sturz Gorbatschows – das Rad wieder zurückdrehen: Die Zeit des Stalinismus sei endgültig vorbei.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion sei chaotisch, was ihn, *BK*, sehr beunruhige, da uns an der Stabilität Osteuropas gelegen sein müsse.

In der ČSSR sei bald mit einem wirtschaftlichen Aufschwung zu rechnen; die Tschechoslowaken zählten zu den begabtesten Völkern Europas.

Fortsetzung Fußnote von Seite 81

280 Mio. DM beteiligt (bilaterales Umschuldungsabkommen vom 31.8.89). Durch den außergewöhnlich langen Konsolidierungszeitraum (bis 31.5.92) wurde Mexiko eine erhebliche Atempause verschafft.“

Vgl. B 52 (Ref. 422), Bd. 149248. Vgl. dazu auch Dok. 209.

⁴ 4. Februar 1990.

⁵ Am 15. Januar vermerkte Referat 412: „Mexiko ist der Modellfall für eine gelungene Schuldenreduzierungsoperation nach der Brady-Initiative. Ein zentraler Bestandteil der Vereinbarung war das Bankenpaket, das nun endlich zustande gekommen ist. Bei einem Gesamtvolumen von 48 Mrd. US-Dollar optierten 41% der Banken für Schuldenreduzierung, 49% für Schuldendienstverringerung und 10% für Neukredite. Das Paket soll Ende Januar/Anfang Februar 1990 in Kraft treten.“ Vgl. B 52 (Ref. 422), Bd. 149248.

Die deutsche Einigung werde niemand verhindern können. Wir sähen unsere Aufgabe darin, den Einigungsprozeß mit unseren Nachbarn abzustimmen und zugleich alles zu unterlassen, was den Zusammenschluß Europas bremsen könnte. Präsident Mitterrand habe uns mit der Aussage unterstützt, daß niemand 80 Millionen Deutsche, die sich zusammenschließen wollten, daran hindern könne.⁶

Frankreichs Politik sei es immer gewesen, Realitäten zu respektieren. Deutschland müsse jedoch bei seinem Einigungsprozeß Rücksicht auf seine europäischen Nachbarn nehmen. Wenn sich der deutsche Einigungsprozeß in solcher Weise entwickle, werde auch die Bedeutung Europas noch zunehmen.

Wir Deutschen müßten im Umgang mit unseren Nachbarn stets ein psychologisches Problem – das Trauma des letzten Weltkrieges – in Rechnung stellen. Wir müßten daher vor allem dafür sorgen, daß der Alptraum der Errichtung eines Vierten Reiches bei unseren Nachbarn gar nicht erst aufkomme.

Mit der Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992⁷ gewinne das Europa der Zwölf noch stärkere Konturen. Wir würden uns nachdrücklich dafür einsetzen, daß es sich nicht zu einer handelspolitischen Festung entwickle. Wir verdankten 40 Jahre wirtschaftlichen Aufschwungs der Freiheit des Welthandels und hätten in dieser Zeit ganz sicher keine Festungsmentalität entwickelt. Auch nach Vollendung des europäischen Binnenmarkts habe der deutsch-mexikanische Wirtschaftsaustausch große Chancen. Dies gelte insbesondere, wenn die von P begonnene Wirtschaftspolitik fortgeführt werde.

Präsident bemerkt, daß ihm der Bundeskanzler damit einen großen Teil seiner Sorgen nehme.

BK weist auf die besondere Affinität vieler unserer EG-Partner zu Afrika hin, die auf deren alten kolonialen Bindungen beruhe. Dies habe auch Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik der EG. Wir seien nicht gegen eine aktive Afrikapolitik, aber unsere traditionellen Interessen gälten mehr Lateinamerika und Asien. Mexiko möge – historisch gesehen – engere Bindungen zu anderen europäischen Ländern haben. Dies sollte aber für Mexiko wie für uns kein Hindernis darstellen, auf der Grundlage nationaler Interessen neue Schwerpunkte zu setzen.

Präsident begrüßt ausdrücklich diese Aussage des Bundeskanzlers.

BK bemerkt, daß die Beziehungen im Kulturbereich ebensoviel Gewicht hätten wie die Wirtschaftsbeziehungen. Uns sei auch bekannt, daß der Kulturaustausch ein besonderer Schwerpunkt des mexikanisch-französischen Verhältnisses sei.

Präsident weist darauf hin, daß der deutsche kulturelle Einfluß in Mexiko im 19. Jahrhundert sehr bedeutend gewesen sei. Seit Mitte dieses Jahrhunderts sei er leider erheblich zurückgegangen.

F und GB unterhielten in Mexiko Kulturinstitute der „Alliance française“ bzw. des „British Council“. Dagegen sei ihm von der Präsenz eines deutschen Kulturinstituts in Mexiko nichts bekannt. Dies sei besonders bedauerlich, da in seinem Lande die deutsche Kultur noch immer einen großen Ruf genieße.

⁶ Vgl. dazu die gemeinsame Pressekonferenz des französischen Präsidenten Mitterrand mit Bundeskanzler Kohl am 3. November 1989 in Bonn; AAPD 1989, II, Dok. 346.

⁷ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 6, Anm. 2.

BK bemerkt, daß ein solches Versäumnis – das er kaum für denkbar halte – bedauerlich wäre.⁸ Seit seinem Amtsantritt vor sieben Jahren habe er eine Reihe kulturpolitischer Initiativen entwickelt. So gäbe es als Folge einer dieser Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland heute mehr chinesische Stipendiaten als in Japan.

Er, BK, habe auch den Nutzen einer Vertiefung der deutsch-mexikanischen Kulturbeziehungen auch gegenüber Präsident de la Madrid angesprochen, sei damit aber auf Desinteresse gestoßen und habe dieses Thema schließlich fallenlassen.

Präsident schlägt vor, die Gelegenheit zu einer deutsch-mexikanischen Kulturinitiative zu nutzen und hierüber die Öffentlichkeit zu unterrichten. Konkret könne man bekanntgeben, daß von deutscher Seite die Eröffnung eines Kulturinstituts in Mexiko geplant sei und daß man vermehrt Stipendienplätze für die Ausbildung junger Mexikaner in Deutschland zur Verfügung stellen wolle.

BK sagt zu, dieses Thema in allgemeiner Form in seiner Tischrede anzusprechen.⁹ Er bittet P, seine konkreten Vorstellungen in einer Aktennotiz niederzulegen und sie ihm direkt zu übermitteln. Er wolle bei dieser Gelegenheit P anbieten, auch sonst in Fragen von gemeinsamem Interesse jederzeit Kontakt mit ihm zu suchen und ihn ggf. telefonisch oder durch einen Beauftragten anzusprechen.¹⁰

BK fügt hinzu, daß ihm bei seinen Bemühungen um ein verstärktes Gewicht der Kulturbeziehungen daran gelegen sei, eine neue Note in die deutsche Politik zu bringen. Traditionell hätten sich die kulturellen Beziehungen Deutschlands zu vielen Ländern der Welt unabhängig von den staatlichen Beziehungen und

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer teilte Staatsminister Stavenhagen, beide Bundeskanzleramt, am 14. Februar 1990 mit, die Bundesrepublik unterhalte in Mexiko bereits zwei Goethe-Institute (in Mexiko-Stadt bzw. Guadalajara). Jenes in Mexiko-Stadt verfüge über mehr entsandte Kräfte als die Goethe-Institute in Brasilien oder Argentinien. Auch im Stipendienbereich liege Mexiko mit 50 DAAD-Stipendien „in der vorderen Reihe der Empfängerländer. Wir werden große Mühe darauf verwenden müssen, wenn wir den gegenwärtigen guten Standard halten wollen, da erhebliche Kürzungstendenzen zum Auffangen der Sonderprogramme für die USA und für die osteuropäischen Staaten bestehen.“ Vgl. Bundesarchiv, B 136, Bd. 34114.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 30. Januar 1990 beim Mittagessen für den mexikanischen Präsidenten Salinas de Gortari vgl. BULLETIN 1990, S. 151 f.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, übermittelte dem Auswärtigen Amt am 20. Februar 1990 Auszüge aus dem Protokoll des Gesprächs von Bundeskanzler Kohl mit dem mexikanischen Präsidenten Salinas de Gortari sowie dessen Dankschreiben an Kohl vom 6. Februar 1990. Darin wiederholte Salinas den Wunsch nach einer „verstärkte[n] Präsenz eines deutschen Kulturinstituts (sic) in Mexiko und mehr Stipendien für junge Mexikaner für Studienaufenthalte“ in Deutschland. Ueberschaer bat um entsprechende Vorschläge. Vgl. B 33 (Ref. 331), Bd. 146910. Vortragende Legationsrätin Höynck-Lüthgen vermerkte dazu am 1. März 1990, bei der Vorbereitung von Salinas Besuch sei trotz Rückfrage auf einen Beitrag zu den Kulturbeziehungen verzichtet worden, um die Gesprächsmappe des Bundeskanzlers zu entlasten. Nun zeige sich, daß niemand „über die wirkliche Situation orientiert war (2 Goethe-Institute, 3 deutsche Schulen etc.)“. Weil „gerade die Länder der Dritten Welt“ häufig über kulturelle Fragen sprechen wollten, sollten künftig alle Unterlagen zur Besuchsvorbereitung Informationen zur Kulturpolitik enthalten. Vgl. B 33 (Ref. 331), Bd. 146910. Im Antwortschreiben an Salinas vom 2. April 1990 verwies Kohl auf „die bereits bestehende Zusammenarbeit auf der Grundlage des Kulturabkommens von 1978“, wobei er um erleichterte Aufenthaltsgenehmigungen für das an deutschen Kultureinrichtungen tätige Personal bat. Kohl versprach, sich für einen Stipendienausbau einzusetzen: „Neben der Zusammenarbeit im Bildungsbereich bietet die reiche Geschichte Mexikos Gelegenheit für eine intensive Zusammenarbeit des Deutschen Archäologischen Instituts mit mexikanischen Wissenschaftlern.“ Vgl. B 33 (Ref. 331), Bd. 146910.

neben diesen her entwickelt. Ein gutes Beispiel hierfür seien die von deutschen Gelehrten in Indien seit langem betriebenen indologischen Forschungen. Ähnliches gelte für die Erforschung lateinamerikanischer Kulturen durch Gelehrte wie Humboldt.

Deutschland sei heute wirtschaftlich weltweit sehr aktiv; vielfach fehle den dadurch gewachsenen Bindungen aber das „staatliche Dach“. Der Bundesregierung sei sehr daran gelegen, Deutschland seine Weltoffenheit zu erhalten. Der hohe Anteil unseres Exports am Bruttosozialprodukt sei nicht ohne „offene Fenster“ zu erhalten.

Präsident wirft dann die Frage nach der Zukunft des neuen Denkens in der Sowjetunion angesichts der dortigen desolaten Wirtschaftslage auf. *BK* bemerkt, daß sich der Demokratisierungsprozeß in der SU zwar noch zeitlich verschleppen, aber nicht mehr aufhalten lasse. Er müsse hier an die Bemerkung Talleyrands gegenüber Napoleon denken, daß „man auf Bajonetten nicht sitzen könne“. Der Ablauf der Ereignisse in Polen biete hierfür das beste Beispiel.

Die SU sei das letzte noch bestehende Imperium. Dessen weiterer Fortbestand sei allein schon durch die jetzt aufgebrochenen ethnischen und religiösen Konflikte¹¹ in Frage gestellt. Aufgrund der demographischen Entwicklung werde in naher Zukunft die Mehrheit aller Wehrpflichtigen der Roten Armee dem Islam angehören (wenn man nicht die Dienstzeit der großrussischen Wehrpflichtigen entsprechend verlängere). Trotz jahrzehntelanger Unterdrückung der Religion im gesamten sozialistischen Lager habe sich diese als die stärkere Kraft erwiesen.

In der SU sei es neben der Nationalitätenfrage vor allem das Problem der Konsolidierung der Wirtschaft, das Gorbatschow in den Griff bekommen müsse. Er, *BK*, habe hierüber lang mit ihm gesprochen.¹² Materielle Anreize seien eine ganz wesentliche Motivation für menschliches Handeln. Wenn die Menschen arbeiteten, wünschten sie dafür auch einen angemessenen materiellen Ausgleich. Vor allem bei einer Benachteiligung im Vergleich zu anderen würden sie unruhig. Mit Gewalt und Unterdrückung lasse sich ein Volk nur für eine begrenzte Periode niederhalten, bis es eines Tages die eigene Macht erkenne. Das Beispiel der DDR lehre, daß kein Gewaltregime einer Million Demonstranten gewachsen sei. Nach den Entwicklungen in Europa im letzten halben Jahr würde wahrscheinlich selbst die chinesische Regierung – erneut vor die Situation des Juni 1989¹³ gestellt – nicht mehr schießen lassen.

Für die künftige Gestaltung der Ost-West-Beziehungen werde der Westen viel Geduld benötigen. Im Sicherheitsbereich komme es jetzt vor allem darauf an, Worte nicht mit Taten zu verwechseln und die beiderseitige kontrollierte Abrüstung voranzutreiben. Nach den Entwicklungen in der DDR, in Polen, in der ČSR, in Bulgarien und in Rumänien bestehe die Kampfkraft des Warschauer Paktes heute nur mehr aus der Kampfkraft der Roten Armee. Auch deren Unterhalt im bisherigen Umfang bedeute aber eine ungeheure wirtschaftliche Belastung für die SU.

¹¹ Zur Lage in der UdSSR vgl. Dok. 87.

¹² Vgl. dazu den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik; Dok. 7, Anm. 5.

¹³ Zur Niederschlagung der Demokratiebewegung in der Volksrepublik China vgl. Dok. 17, Anm. 9.

Er, BK, werde über die amerikanischen Abrüstungsvorstellungen noch am Nachmittag von Unterstaatssekretär Eagleburger unterrichtet werden.¹⁴

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34114

20

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vollers

230-381.59/1

30. Januar 1990¹

Über Dg 23², D 2³, Herrn Staatssekretär⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Unsere Beteiligung an der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika (ONUCA)⁵

Mit der Ausreise der zweiten größeren Gruppe des medizinischen Personals für ONUCA, dem Einsatz des Verbindungsflugzeuges und mit der Entsendung von VLR Roesch in den politischen Beraterstab von ONUCA haben wir nunmehr in allen Bereichen unserer freiwilligen Beteiligung unsere Verpflichtungen erfüllt. Die Bereiche, für die wir die Verantwortung tragen, funktionieren reibungslos.

1) Dislozierung von ONUCA

Der Aufbau von ONUCA befindet sich in der zweiten von insgesamt vier Phasen. Unter Führung des energischen General Quesada (Spanien) sollen bis Ende Februar neunzig der insgesamt 260 Militärbeobachter im Einsatz sein, alle fünf

¹⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Eagleburger am 30. Januar 1990 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 153.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vollers und Legationsrat I. Klasse Kobler konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Schilling am 31. Januar 1990 vorlegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 31. Januar 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Tue Gutes und rede darüber = Hintergrundgespräch mit Presse.“

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Februar 1990 vorgelegen, der handschriftlich für das Pressereferat vermerkte: „Darüber sollte man einigen Journalisten etwas sagen. Zur Ergänzung müßte noch die Rolle von Kollegen Roesch plastisch dargestellt werden.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vollers am 1. Februar 1990 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kopie direkt an 013.“

⁵ Zum Friedensprozeß in Zentralamerika vgl. AAPD 1989, II, Dok. 245.

Referat 230 notierte am 4. Dezember 1989, der VN-Sicherheitsrat habe am 7. November 1989 die Einsetzung einer VN-Beobachtergruppe für Zentralamerika (Observadores de las Naciones Unidas en Centroamérica, ONUCA) beschlossen mit Hauptquartier in Tegucigalpa und Verbindungsbüros in den Hauptstädten von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua: „Aufgabe der Gruppe ist es, von insgesamt 33 sogenannten Verifikationszentren entlang den zentralamerikanischen Grenzen zu überwachen, daß kein Staat sein Territorium für Aufständische anderer Staaten zur Verfügung stellt oder diese mit Waffenlieferungen unterstützt.“ Die Bundesrepublik übernehme dabei die medizinische Versorgung der Beobachter. Zusätzlich stelle sie dem ONUCA-Kommando ein Verbindungsflugzeug zur Verfügung. Vgl. B 30 (Ref. 230), Bd. 248943.

Verbindungsbüros in den zentralamerikanischen Hauptstädten sowie 10 der insgesamt 33 Verifikationszentren eingerichtet sein.

Bereits jetzt befinden sich fünf Verifikationszentren im Aufbau, davon drei in Honduras. In diesen Tagen werden die restlichen Verbindungsbüros in El Salvador und Costa Rica eingerichtet.

2) Verbindungsflugzeug für das ONUCA-Kommando

Das Verbindungsflugzeug ist auf große positive Resonanz seitens des ONUCA-Kommandos gestoßen und leistet seit Mitte Dezember 1989 unentbehrliche Dienste. Es verbindet nach einem regelmäßigen Flugplan die fünf zentralamerikanischen Hauptstädte für Kurierflüge und wird darüber hinaus vom ONUCA-Kommando ständig für Sondereinsätze in Anspruch genommen.

Das Flugzeug ist ca. 100 Stunden im Monat im Einsatz. Es wird von zwei deutschen Piloten geflogen, ein entsandter Mechaniker übernimmt die Wartung. Der 20-Sitzer befördert Personen, kann daneben aber auch Fracht mitnehmen und ist von uns darüber hinaus als Unfallrettungsflugzeug ausgerüstet.

Zunehmend muß das Verbindungsflugzeug auch die Landeplätze der Verifikationszentren in unzugänglichem Gebiet anfliegen. Einem Antrag der betreibenden Firma, das Flugzeug zu diesem Zweck mit einem sicheren Navigationssystem auszustatten, haben wir entsprochen.

Die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen vor Ort ist gut. Der Chefpilot nimmt an den täglichen Lagebesprechungen mit dem ONUCA-Kommando teil.

Insgesamt hat sich sowohl die Auswahl des robusten Flugzeugtypes Do 228 von der Größe und seinen Flugeigenschaften her (z. B. kurze Start- und Landestrecken) als auch die Auswahl der betreibenden Firma, mit der wir reibungslos zusammenarbeiten, sehr bewährt.

3) Der medizinische Dienst von ONUCA

Der medizinische Dienst im ONUCA-Einsatzgebiet befindet sich in der Aufbauphase und befaßt sich noch mit organisatorischen Problemen. Mit dem am 1. Februar 90 ausreisenden Personal werden sich vier Ärzte und fünf Krankenpfleger/-schwestern in Zentralamerika befinden. Der medizinische Dienst von ONUCA wird dann in Nicaragua, Honduras, Costa Rica und El Salvador vertreten sein.

Unser Verbindungsflugzeug kann für medizinische Notfälle mit entsprechendem Gerät, das wir mitgeliefert haben, umgerüstet werden. Das medizinische Personal ist z. Z. dabei, vier Helikopter entsprechend für Ambulanzflüge auszurüsten.

In Absprache mit dem ONUCA-Kommando wird sich ab März die Zahl von uns zu entsendenden Ärzten von vier auf fünf erhöhen, die Zahl der Krankenpfleger/-schwestern von zehn auf acht vermindern. Es ist geplant, daß der Malteser Hilfsdienst die vom leitenden Arzt von ONUCA angeforderte Ausrüstung sowie die Medikamente auf Kosten der Vereinten Nationen beschafft und versendet.

Die Zusammenarbeit mit dem Malteser Hilfsdienst ist ausgezeichnet. Bislang wurden alle anfallenden Fragen problemlos und unbürokratisch gelöst. Das vom Malteser Hilfsdienst in Zusammenarbeit mit der Johanniter-Unfall-Hilfe ausgewählte Personal wurde unter unserer Beteiligung in Köln eingewiesen und macht einen kompetenten und verlässlichen Eindruck.

4) Wertung

Bisher erwies sich die Auswahl unserer freiwilligen Leistungen für ONUCA als richtig. Unsere Leute waren rechtzeitig vor Ort, konnten sich schnell organisieren und mit den lokalen Gegebenheiten vertraut machen und leisten eine effiziente Hilfe für die Friedensmission, die von den VN dankbar anerkannt wird und der Unterstützung der ihr übertragenen Aufgabe unmittelbar dient.

Vollers

B 30 (Ref. 230), Bd. 248943

21

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-322.00 SOW

31. Januar 1990¹

Über Herrn Dg 21², Herrn D 2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵
Betr.: Besuch des MP Modrow in der Sowjetunion, 30.1.1990⁶

Anlg.: 2⁷

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Modrows Besuch in Moskau markiert mit den Äußerungen Gorbatschows zur deutschen Frage ein Umdenken in der sowjetischen Deutschlandpolitik. Gorbatschow stellt ein „Einvernehmen“ der Deutschen in Ost und West sowie der Vier Mächte darüber fest, „daß die Vereinigung der Deutschen niemals und von

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Vortragendem Legationsrat Brandenburg konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 31. Januar 1990 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 31. Januar 1990 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Februar 1990 vorgelegen.

⁵ Hat laut Stempel des Ministerbüros Bundesminister Genscher vorgelegen.

Das Ministerbüro verfügte am 5. Februar 1990 den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Höynck an Referat 210.

Hat Kastrup am 6. Februar 1990 erneut vorgelegen.

Hat Höynck und Lambach erneut vorgelegen.

⁶ Am 29./30. Januar 1990 besuchte der Ministerpräsident der DDR, Modrow, die UdSSR und sprach am 30. Januar 1990 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Vgl. COUNTDOWN, Dok. 62, bzw. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 67.

Unmittelbar vor Gesprächsbeginn erklärte Gorbatschow der Presse, „daß die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wird“, doch alle Beteiligten müßten verantwortungsvoll handeln. Vgl. dazu den Artikel „Für verantwortungsvolles Handeln bei Annäherung beider deutschen Staaten“, NEUES DEUTSCHLAND vom 31. Januar 1990, S. 1.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für die im Nachrichtenspiegel „Ostinformationen“ des Informations- und Bundespresseamts wiedergegebene TASS- bzw. ADN-Meldungen „Begegnung zwischen Hans Modrow und Michail Gorbatschow“ und „Hans Modrow: Weg der Konföderation weiter verfolgen“ sowie den im „DDR-Spiegel“ des BPA abgedruckten ADN-Bericht „DDR-Ministerpräsident bei Michail Gorbatschow“, alle vom 31. Januar 1990, vgl. B 38 (Ref. 210), Bd. 140713. Für die TASS-Meldung bzw. den ADN-Bericht vgl. auch DEUTSCHLAND-ARCHIV 3/1990, S. 468–471.

niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wird“. Auf gar keinen Fall dürften die Interessen der Deutschen „geschmälert“ werden (ADN). Er setzt diese Erkenntnis um in den Auftrag, den gesamteuropäischen Prozeß mit den Interessen beider deutscher Staaten und den Verpflichtungen der Vier Mächte in Einklang zu bringen.

Der Zeitpunkt von Gorbatschows Äußerungen (Bildtermin vor⁸ Beginn des Gesprächs mit Modrow) macht deutlich, daß der Besuch des DDR-Ministerpräsidenten zwar den Anlaß gegeben, ihren Inhalt jedoch nicht beeinflusst hat. Gleichwohl dürfte dem Wandel in der sowjetischen Haltung – gegenüber AM Fischer sprach Schewardnadse am 20.1. noch von „stabiler, schrittweiser Entwicklung in der DDR“ sowie der „Festigung ihrer Souveränität und ihrer internationalen Position“⁹ – eine ähnliche, realistische Analyse der inneren DDR-Entwicklung zugrunde liegen, wie sie Modrow in dem Gespräch am 30.1. ausführlich dargelegt hat.

Modrow selbst sprach gegenüber Gorbatschow von einer „neuen Partnerschaft“ beider deutscher Staaten und einer „Vertragsgemeinschaft als praktischem Schritt zur Konföderation“ (TASS-Kommuniqué). In der abschließenden Pressekonferenz erklärte er wörtlich: „...in Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes standen Fragen der Vereinigung beider deutscher Staaten zur Diskussion“; an anderer Stelle fordert er, sich der „Frage für ein einiges deutsches Vaterland“ mit Entschiedenheit zuzuwenden.¹⁰ Auch er geht damit über bisherige Stellungnahmen hinaus. Bemerkenswert an seinen Presseäußerungen ist im übrigen die Relativierung der Vier-Mächte-Verantwortung: Beide deutsche Staaten müßten jetzt handeln. Gespräche der Vier oder der Sechs seien als Übergangsstadium denkbar. Bei entsprechender Vorarbeit könne dann bereits auf dem Helsinki-2-Gipfel¹¹ „Formulierungsarbeit“ geleistet werden.

2) Für Modrow hat der Besuch die Gewißheit gebracht, in der prinzipiellen Ausrichtung auf eine Vereinigung beider deutscher Staaten nicht mehr mit sowjetischen Störmanövern rechnen zu müssen. Er erfährt dadurch Entlastung bei der Aufgabe, der DDR-Bevölkerung möglichst schnell eine glaubwürdige politische Perspektive zu bieten. Das TASS-Kommuniqué läßt erkennen, daß er die Lage in der DDR seinen sowjetischen Gesprächspartnern nicht weniger schonungslos geschildert hat als vor wenigen Tagen den Abgeordneten der Volkskammer.¹² Als ein Grund für die Krise wird ausdrücklich die Ausreise Hunderttausender von Menschen im arbeitsfähigen Alter genannt.

Gleichzeitig hilft der Besuch, den Kurswechsel der SED-PDS hin zu einer Vereinigung beider Staaten abzustützen. Daß eine Wahlhilfe zu ihren Gunsten nicht unbeabsichtigt war, machen die Passagen des Kommuniqués deutlich, in denen beide Seiten sich über Neofaschismus in der DDR besorgt zeigen und vor

⁸ Korrigiert aus: „von“.

⁹ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse und der Außenminister der DDR, Fischer, führten am 20. Januar 1990 in Moskau ein Gespräch. Vgl. COUNTDOWN, Dok. 60. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 323 des Gesandten Heyken, Moskau, vom 22. Januar 1990; B 38 (Ref. 210), Bd. 140713.

¹⁰ Zur Pressekonferenz des Ministerpräsidenten der DDR am 30. Januar 1990 vgl. den Artikel „Hans Modrow vor der Presse in Moskau“; NEUES DEUTSCHLAND vom 31. Januar 1990, S. 2.

¹¹ Zum Vorschlag für eine KSZE-Gipfelkonferenz 1990 vgl. Dok. 8, Anm. 13.

¹² Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 29. Januar 1990 vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/8a, S. 45–48.

den Folgen eines – mit den Prinzipien guter Nachbarschaft unvereinbaren – „Eindringens in das politische Leben eines souveränen Staates“ warnen. Durch die Einmischung würden Spannungen angeheizt und die Geschäftsfähigkeit der Regierung unterminiert. Eine Destabilisierung würde Folgen „für die Lage in der ganzen europäischen Region“ heraufbeschwören.

Diese Warnungen decken sich mit kritischen Äußerungen Modrows aus den letzten Tagen. Sie sollten als Ausdruck sowjetischer Sorge vor einem „Forcieren“ des Prozesses nicht unterbewertet werden, sind jedoch kaum geeignet, der SED-PDS im Wahlkampf¹³ wirksam zu helfen.

3) Hinsichtlich der bilateralen Beziehungen SU–DDR betonen beide Seiten die engen wirtschaftlichen Bindungen, die „in Fleisch und Blut übergegangen seien“. Sie sollen als Folge der Reformen in beiden Ländern stufenweise auf ein neues Verrechnungssystem umgestellt werden. Gorbatschow sieht die Veränderungen der Sowjetunion und der DDR als Teil der „Befreiung Osteuropas vom administrativen Kommandosystem“, das sich selbst überlebt habe. Gefährlichste Gegner dieses Prozesses seien Elemente des Nihilismus, das Diktat der Menge und Versuche von „sozialem und ideologischem Revanchismus“. Diese Äußerungen scheinen auch oder sogar überwiegend für den innersowjetischen Gebrauch bestimmt. Die enge Parallele zwischen den Reformentwicklungen in beiden Staaten macht jedenfalls deutlich, welche Aufgaben Gorbatschow auch im eigenen Land auf sich zukommen sieht.

4) Gorbatschow und Ryschkow wurden zu einem Besuch in der DDR „in der nächsten Zeit“ eingeladen. Ein solcher Besuch könnte bald nach den DDR-Wahlen stattfinden und helfen, ein gewisses Maß an Schulteranschluß auch mit der neuen Regierung herzustellen.

Lambach

B 38 (Ref. 210), Bd. 140713

¹³ Wegen der sich überstürzenden Entwicklungen in der DDR wurde in einem Gespräch des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, mit Vertretern des Zentralen Runden Tisches am 28. Januar 1990 entschieden, die bislang für 6. Mai 1990 vorgesehene Wahlen zur Volkskammer auf den 18. März 1990 vorzuziehen. Zudem sollten bislang nicht in der Regierung beteiligte Gruppierungen des Zentralen Runden Tisches je einen Minister ohne Geschäftsbereich in die neue „Regierung der nationalen Verantwortung“ entsenden. Vgl. dazu ZENTRALER RUNDER TISCH, Bd. 3, S. 551, bzw. die Regierungserklärung Modrows am 29. Januar 1990; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/8a, S. 45.

22

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
tschechoslowakischen Außenminister Dienstbier in Nürnberg**

214-321.11 TSE

1. Februar 1990¹

Von BM noch nicht gebilligt

Besuch des tsch. AM Dienstbier in Nürnberg am 1./2.2.1990;

hier: Delegationssitzung am 1.2.1990

BM begrüßt *AM* zum ersten offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. Es gebe wichtige Themen in einer wichtigen Zeit zu besprechen.

AM dankt für den Empfang. Er sei seit zwei Monaten im Amt und heute zum dritten Mal in der Bundesrepublik Deutschland.² Er wolle eine Reihe konkreter Themen ansprechen. In der Frage der Grenzübergänge müsse man eine Lösung finden. Es gehe darum, so bald wie möglich neue Übergänge zu öffnen. Dabei müßten aber auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigt werden. Fortschritte müsse es auch beim kleinen Grenzverkehr geben. Hier sollte wieder möglich sein, was fast 1000 Jahre gegolten habe. Man müsse zur Normalität zurückkehren. In diesen Zusammenhang gehöre auch die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht.³ Mit Österreich sei sie vereinbart; mit Italien befinde man sich in Verhandlungen; mit Deutschland wolle man sie erreichen. Es gelte, alle Hindernisse zu beseitigen, auch in den Bereichen Verkehr und Zollfragen.

Ein weiterer wichtiger Bereich sei die Zusammenarbeit in der Wirtschaft und beim Umweltschutz. Seine Regierung bereite derzeit eine Expertise vor, in der aufgelistet werde, wo im einzelnen ein Nachholbedarf bestehe.

Was die West-Ost-Wirtschaftskonferenz in Bonn⁴ angehe, so beabsichtige die ČSSR, dabei eine sehr aktive Rolle zu spielen.

BM unterstreicht das Interesse der Bundesregierung an der baldigen Öffnung neuer Grenzübergänge. Er weist vor allem auf Waldsassen hin. Notfalls müsse man im Wege einer Stufenregelung vorgehen. Den Menschen müsse man zeigen, daß es vorangehe. Deshalb sollten neue Übergänge geöffnet werden.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 2. Februar 1990 gefertigt.

² Der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier führte am 23. Dezember 1989 ein Gespräch mit Bundesminister Genscher, nachdem sie symbolisch den Grenzzaun am Übergang Waidhaus–Rozvadov/Roßhaupt durchschnitten hatten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höyneck vom 27. Dezember 1989; B 42 (Ref. 214), Bd. 139911.

Am 2. Januar 1990 begleitete Dienstbier den tschechoslowakischen Präsidenten Havel bei dessen Gespräch mit Bundeskanzler Kohl in München. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 134.

³ Legationsrat I. Klasse Rüniger, Prag, informierte am 2. Januar 1990, die ČSSR habe Anfang Dezember 1989 Reisefreiheit eingeführt und Ausreisegenehmigungen abgeschafft: „Für die Einreise in die Bundesrepublik ist ein Sichtvermerk erforderlich, der bei der Botschaft zu beantragen ist.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 5; B 89 (Ref. 514), Bd. 217632.

⁴ Zur Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KWZE) vom 19. März bis 11. April 1990 vgl. Dok. 97.

Was die Sichtvermerksfrage angehe, sei dieses Thema in Dublin⁵ von uns aus angesprochen worden. Wir hätten dafür plädiert, eine unzeitgemäße Praxis nicht fortzusetzen. Er werde der Bundesregierung vorschlagen, in dieser Frage einen mutigen Schritt zu tun. Man müsse den Menschen gerecht werden. Die Erklärung beider AM zur Frage der Grenzübergänge wird gebilligt.⁶

Zur West-Ost-Wirtschaftskonferenz begrüßt BM die tsł. Absicht, eine aktive Rolle spielen zu wollen. Er plädiert für den baldigen Abschluß eines IFV.⁷ Man warte auf den Terminvorschlag der tsł. Seite für die Fortsetzung der Expertengespräche.

AM weist zum IFV darauf hin, daß für März ein Termin vereinbart werde zur Fortführung der Gespräche in Bonn. Die tsł. Seite sei derzeit dabei, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für den Abschluß eines IFV zu schaffen.⁸

BM: Der Abschluß eines IFV werde die Reformen in der ČSSR unterstützen. Er spricht sich für einen Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im bilateralen Verhältnis und zwischen der EG und der ČSSR aus.

AM spricht das Problem der Asylanter aus der ČSSR in Deutschland an. Es gebe eine große Zahl, die mit Asylpässen ausgestattet sei, aber mit diesen Dokumenten nicht in die ČSSR reisen könne. Es bestehe die Gefahr, daß sie im Falle einer Reise in die ČSSR ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland verlören. Diese Menschen wollten nach der Änderung der Verhältnisse in der ČSSR ihre Angehörigen dort wiedersehen. Man bitte, diesem Personenkreis, der etwa 15 000 Menschen umfasse, wenigstens einmal pro Jahr die Reise in die ČSSR zu gestatten. Mit Österreich sei eine dahingehende Regelung getroffen.

BM: Dieses Problem ergebe sich auch im Verhältnis zu anderen mittel- und osteuropäischen Staaten. Für Menschen, die auf Grund der geänderten Verhältnisse in ihre alte Heimat zurückkehren wollten, gebe es kein Problem. Anders sei

⁵ Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20. Januar 1990 in Dublin vgl. Dok. 5, Anm. 30.

⁶ Für die Erklärung „zur Frage der Eröffnung weiterer Grenzübergänge“ vgl. B 42 (Ref. 214), Bd. 156434.

⁷ Referat 422 notierte am 8. Januar 1990, in Prag hätten am 10./11. Mai 1989 Expertengespräche über einen Investitionsförderungs- und -schutzvertrag (IFV) stattgefunden, die sich auf Kernelemente konzentriert hätten, „d.h. Definition von Kapitalanlagen und Investor, Inländerbehandlung, Enteignungsschutz, freier Transfer und internationale Schiedsgerichtsbarkeit“. Die tschechoslowakische Seite habe sich bei der Frage des freien Transfers von Erträgen nicht zu einer Vereinbarung in der Lage gesehen, „die grundsätzlich auch die in nicht-konvertierbarer Währung erwirtschafteten Gewinne umfaßt“. Die für Ende November 1989 anvisierte Fortsetzung der Gespräche sei auf Bitten der ČSSR verschoben worden. Vgl. B 52 (Ref. 422), Bd. 149416.

⁸ Nach erneuter Verschiebung auf tschechoslowakische Bitte fanden die Expertengespräche über einen Investitionsförderungs- und -schutzvertrag am 8./9. Mai 1990 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 15. Mai 1990; B 52 (Ref. 422), Bd. 149416.

Am 28. August 1990 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Runge, am 14. August 1990 sei in Prag „nach rund vierjähriger Verhandlungsdauer der deutsch-tschechoslowakische Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen paraphiert“ worden. Der Vertrag entspreche „im wesentlichen unserem allen Verhandlungen zugrunde gelegten Mustervertrag (insbesondere bei der Frage des uneingeschränkten Transfers und der vollen Gültigkeit des Prinzips der Inländerbehandlung) und steht in seiner Qualität dem IFV mit dem vergleichbaren Noch-RGW-Mitgliedstaat Ungarn nicht nach.“ Vgl. B 52 (Ref. 422), Bd. 149416.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 2. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 295–299.

es bei den Personen, die in Deutschland inzwischen einen neuen Lebensmittelpunkt aufgebaut hätten, den sie nicht aufgeben wollten. Er wolle sich in der Bunderegierung dafür einsetzen, praktikable Lösungen zu finden, die auch diesem Personenkreis den uneingeschränkten Verkehr mit ihrer alten Heimat ermöglichen.⁹ Man dürfe nicht Mauern aus Paragraphen errichten, nachdem man gemeinsam den Stacheldraht durchschnitten habe. BM fragt, ob hinsichtlich der auf Arbeitsebene vorbereiteten Erklärung zur Gründung einer Historiker-Kommission Einverständnis bestehe.¹⁰

AM stimmt zu und teilt mit, daß Prof. Křen auf tsch. Seite den Vorsitz übernehmen werde.

BM schlägt vor, die Erklärungen zur Frage der Grenzübergänge und zur Historiker-Kommission für die Presseveröffentlichung als erste Ergebnisse der Gespräche freizugeben.¹¹

AM stimmt zu. Er kommt auf den Übergang Waldsassen zurück und erklärt, wegen der erforderlichen Investitionen werde es kaum möglich sein, diesen Übergang schon im laufenden Jahr zu öffnen. Vielleicht sei es möglich, kleinere Übergänge schon eher zu öffnen.

BM unterstreicht unser Interesse an Waldsassen. Er bittet um Prüfung, ob nicht eine Teillösung in Gestalt der Öffnung für PKW möglich sei.

AM weist auf die Expertengespräche am 6.2.1990 hin, in der die Frage weiterbehandelt werden solle.¹²

BM spricht die Unterbringungsfrage für unser Kulturinstitut in Prag an. Er bittet, uns bei der Beschaffung eines geeigneten Gebäudes behilflich zu sein.

- ⁹ Ministerialdirektor Oesterhelt legte am 15. März 1990 dar, auf Bitten des Bundesministers Genscher habe sich Staatssekretär Lautenschlager in Sachen Zurückweisung tschechoslowakischer Asylberechtigter an Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, gewandt. Mit Schreiben vom 28. Februar habe Neusel dargelegt, daß „bislang keinem Asylberechtigten aus der ČSSR bei der Rückreise in das Bundesgebiet die Wiedereinreise verwehrt wurde“. Allerdings könnte dies Asylberechtigten verweigert werden, „wenn sich der Betreffende freiwillig erneut dem Schutz seines Heimatstaates unterstellt hat.“ Vgl. B 89 (Ref. 514), Bd. 217633.
- ¹⁰ Vortragender Legationsrat Annen notierte am 10. Januar 1990, der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier habe am 19. Dezember 1989 „zur Bildung einer gemeinsamen Kommission (von Historikern, Juristen und Soziologen) zur Prüfung des Problemkreises der Vertreibung“ aufgerufen und diesen Vorschlag gegenüber Bundesminister Genscher am 23. Dezember 1989 in Waidhaus erneuert. Genscher habe dies begrüßt, aber eine von der DDR gewünschte Beteiligung abgelehnt. Vorgesehen sei eine „Wissenschaftliche Kommission von Fachleuten (Professoren) beider Länder“ ohne „Beteiligung von Regierungen oder dritten Institutionen (Sudetendeutschen)“. Vgl. B 42 (Ref. 214), Bd. 156434.
- ¹¹ In der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister vom 2. Februar 1990 hieß es: „Aufgabe der Kommission soll es sein, die gemeinsame Geschichte der Völker beider Länder, vor allem in diesem Jahrhundert, gemeinsam zu erforschen und zu bewerten. Die Kommission sollte alle diese Fragen in breitem historischem Kontext erforschen, einschließlich der positiven Seiten des gegenseitigen Zusammenlebens, aber auch der tragischen Erfahrungen der Völker beider Länder im Zusammenhang mit dem Beginn, dem Verlauf und den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges. Beide Minister gehen davon aus, daß die am 9.11.1989 vereinbarte Förderung der direkten Zusammenarbeit der Archive einschließlich des Austausches solcher Archivalien, die die Geschichte der jeweils anderen Seite betreffen, die Arbeit der Kommission erleichtern wird.“ Vgl. B 42 (Ref. 214), Bd. 156451.
- ¹² Nach bilateralen Expertengesprächen am 6./7. Februar 1990 gab das Bundesministerium des Innern die Eröffnung von neun neuen Grenzübergängen zur ČSSR bekannt. Vgl. dazu BULLETIN 1990, S. 199f.

AM weist auf Probleme mit der Stadt Prag hin. Es sei aber ein neuer Ausschuß gebildet worden. Er glaube, man werde bald zu einer einvernehmlichen Lösung gelangen.

BM schlägt Übergang zum Vier-Augen-Gespräch vor.¹³

B 42 (Ref. 214), Bd. 156434

23

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem designierten brasilianischen Präsidenten Collor de Mello

2. Februar 1990¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem gewählten Präsidenten der Föderativen Republik Brasilien, Dr. Fernando Collor de Mello, am Freitag, den 2. Februar 1990, 12.30–13.30 Uhr²

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau VLR Eichhorn als Dolmetscherin.

Teilnehmer auf brasilianischer Seite: der gewählte Präsident Collor de Mello, Botschafter de Salvo Coimbra als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* (BK) beglückwünscht Collor de Mello (P) zu dessen Wahl.³ Er bedauert, wegen der Volkskammerwahlen in der DDR⁴ nicht zur Amtseinfüh-

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix listete am 2. Februar 1990 als weitere Gesprächsergebnisse auf: „Unterzeichnung des Abkommens über Kulturinstitute; Zeichnung eines Konsultationsprotokolls der Außenministerien; Einvernehmen über den Austausch von GK (München/Preßburg) [...]; Einsetzung einer gemeinsamen Historiker-Kommission zur Aufarbeitung der deutsch-tsl. Geschichte insbesondere des 20. Jahrhunderts [...]; Einvernehmen über schrittweise Öffnung zusätzlicher Grenzübergänge unter Berücksichtigung der verkehrsmäßigen, finanziellen und ökologischen Aspekte“. Vgl. den Runderlaß Nr. 1074; B 42 (Ref. 214), Bd. 156434.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 14. Februar 1990 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, gefertigt und nach Billigung durch Bundeskanzler Kohl am 27. Februar 1990 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Reiche „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.

Hat Reiche und Vortragendem Legationsrat Krekeler am 27. Februar 1990 vorgelegen. Letzterer verfügte die Weiterleitung über Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Henze an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heubaum „mit der Bitte um Übernahme“.

Hat Schlagintweit und Henze am 28. Februar 1990 vorgelegen.

Hat Heubaum am 1. März 1990 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Nadolski, wie besprochen.“ Vgl. das Begleitschreiben; B 33 (Ref. 330), Bd. 142836.

² Der designierte brasilianische Präsident Collor de Mello hielt sich vom 1. bis 3. Februar 1990 in der Bundesrepublik auf.

³ Bei der ersten direkten Präsidentschaftswahl in Brasilien seit 1960 am 15. November 1989 erhielt keiner der Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit. In der Stichwahl am 17. Dezember 1989 siegte der Gouverneur des Bundesstaates Alagoas, Collor de Mello.

⁴ Zur Vorverlegung der Wahlen zur Volkskammer auf den 18. März 1990 vgl. Dok. 21, Anm. 13.

rung Collors nach Brasilia kommen zu können. Er wolle seinen Besuch – wenn möglich – im Sommer 1991 nachholen.

Präsident freut sich, Deutschland und den Bundeskanzler wiederzusehen.⁵ Er habe einen deutschen Großvater; Deutschland sei daher für ihn eine zweite Heimat. Für den Bundeskanzler empfinde er Freundschaft und – insbesondere im Hinblick auf dessen staatsmännische Leistungen in jüngster Zeit – Bewunderung.

BK hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit P nach Beginn seiner Amtszeit. Man könne sich bei Bedarf jederzeit telefonisch in Verbindung zu setzen.

Präsident wünscht dem Bundeskanzler für die Herbeiführung der deutschen Einheit Glück und Erfolg. Deutschland solle eine „Weltmacht im positiven Sinne“ werden. *BK* habe in schwierigen historischen Augenblicken große Führungskraft bewiesen. Die sich jetzt anbahnende Lösung für die deutsche Einheit erfülle alle Freunde Deutschlands mit Freude. Er, P, freue sich besonders, bei seiner Reise auch Berlin und das offene Brandenburger Tor⁶ sehen zu können.

BK begrüßt, daß P Berlin in seine Reise einbezieht; er fragt sodann nach den Entwicklungen in Brasilien.

Präsident berichtet, daß die Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten am 15. März zu Ende gehe und daß er am gleichen Tage seine fünfjährige Amtszeit beginne. Auf Frage erläutert er, daß der brasilianische Kongreß mit insgesamt etwa 600 Mitgliedern aus dem Abgeordnetenhaus als Gesetzgebungsinstanz und dem – wesentlich kleineren – Senat als Prüfungsinstanz bestehe.

Als Präsident werde er vom ersten Tag seiner Regierungszeit an der Wirtschaftspolitik höchste Priorität geben. Sein Ziel sei ein modernes, integeres, glaub- und kreditwürdiges Brasilien. Wichtig sei insbesondere ein befriedigendes Wirtschaftswachstum, da sich nur so die sozialen Probleme des Landes lösen lassen würden. Er wolle, obwohl Brasilien in der Tat noch ein Entwicklungsland sei, seinen Mitbürgern die damit verbundenen Komplexe nehmen. Brasilien solle effizient und wettbewerbsfähig werden und dadurch an der internationalen Entwicklung teilhaben.

BK erinnert P daran, daß sie über dieses Thema bereits im Juni 1989 gesprochen hätten. Brasilien gehöre zu den zwei oder drei Ländern in der Welt, die langfristig in den Jahren 2000–2030 weltwirtschaftlich großes Gewicht erlangen könnten, wenn sie dies wirklich wollten. Er, *BK*, habe diese These auch schon gegenüber dem Vorgänger des gegenwärtigen Präsidenten Sarney vertreten.⁷ Allerdings müsse Brasilien die dazu erforderlichen Leistungen selbst erbringen; von außen könne man es dabei nur unterstützen. Er, *BK*, könne sich vorstellen, daß sich die Einführung eines Systems der sozialen Marktwirtschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens sehr positiv auswirken würde. Ein Erfolg

⁵ Der Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Alagoas, Collor de Mello, besuchte vom 27. bis 29. Juni 1989 die Bundesrepublik. Dort führte er u. a. Gespräche mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Roesch vom 11. Januar 1990; B 33 (Ref. 330), Bd. 142836.

⁶ Entsprechend der Vereinbarung vom 19. Dezember 1989 in Dresden eröffneten der Ministerpräsident der DDR, Modrow, und Bundeskanzler Kohl zusammen mit dem Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Krack, und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Momper, am 22. Dezember 1989 zwei Grenzübergangsstellen für Fußgänger am Brandenburger Tor.

⁷ João Baptista de Oliveira Figueiredo.

dürfte sich gerade in einer Epoche, in der weltweit ein Zusammenbruch sozialistischer Wirtschaftssysteme zu verzeichnen sei, weit über die Grenzen Brasiliens hinaus auswirken. Gerade die wirtschaftliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten in den letzten 40 Jahren nach einer in etwa gleichen Ausgangslage zeige „wie im Bilderbuch“ die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen über das planwirtschaftliche Wirtschaftsmodell.

Präsident betont, daß genau dies, ein „verantwortungsbewußter Kapitalismus“, seinen Vorstellungen entspreche. Daß dieses System in Brasilien funktioniere, müsse man der Welt zeigen. Wichtig sei insbesondere die soziale Komponente. Die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft, verbunden mit einer verstärkten wirtschaftlichen Öffnung zum Ausland und einer deutlichen Verminderung der staatlichen Einflußnahme in den einzelnen Betrieben, sei seine Botschaft an die Wähler gewesen. Sie habe ihm im ersten Wahlgang zu 21 Millionen Stimmen, im zweiten Wahlgang zu 36 Millionen (= 53 % aller Stimmen) verholfen. Allgemein sei vermerkt worden, daß die Brasilianer diesmal nicht nur für einen bestimmten Kandidaten, sondern auch für eine klar definierte Politik gestimmt hätten.

Auf Frage von BK nach dem Umfang des Staatsanteils in der brasilianischen Wirtschaft erwidert *Präsident*, daß dieser in allen Branchen der Industrie bei 75 % aller Firmen liege. Die brasilianische Staatswirtschaft sei gigantisch, durchweg ineffizient und korrupt. Er, P, wolle sie beweglich, sparsam und effizient machen. Er habe dies im Wahlkampf thematisiert; das Volk habe mit seiner Stimmabgabe für diese Politik votiert und erwarte jetzt von ihm deren Durchführung.

BK wirft ein, daß bei einer solchen Politik am Anfang mit dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze zu rechnen sei. *Präsident* erklärt dazu, daß er im Jahre 1986 nach Übernahme des Amtes des Gouverneurs des Bundesstaates Alagoas 25 % aller Arbeitnehmer entlassen und eine Reihe von Betrieben geschlossen habe. Diese zunächst sehr unpopuläre Maßnahme habe binnen kurzem zu einer Sanierung des Staatshaushalts geführt. Bei den Präsidentenwahlen hätten dann im Bundesstaat Alagoas 88 % der Wählerschaft für ihn gestimmt.

Auf Frage von BK erläutert *Präsident*, daß der hohe Staatsanteil an der Wirtschaft in Brasilien historische Gründe habe. Brasiliens Staatspräsidenten hätten in der Vergangenheit das Land stets paternalistisch regiert und Schritt für Schritt – ohne nach dem Willen der Bürger zu fragen – die staatlichen Beteiligungen an der Wirtschaft des Landes vorangetrieben. Dieses paternalistische System habe in den 80er Jahren Brasilien in eine wirtschaftliche Katastrophe geführt. Jetzt sei Gelegenheit und Zeit, es zu ändern.

Die Frage von BK, ob der *Präsident* angesichts der föderalistischen Struktur Brasiliens auch die Möglichkeit habe, Betriebe zu privatisieren, die sich im Eigentum einzelner Bundesländer befänden, bejaht *Präsident*.

Zur Haltung des brasilianischen Militärs bemerkt P, daß dieses sich der Bedeutung des Redemokratisierungsprozesses bewußt sei und sich ruhig verhalte.

Probleme sehe er hingegen während seiner *Präsidentenschaft* mit der im Oktober 1988 ausgearbeiteten Bundesverfassung.⁸ Die damalige allgemeine Begeisterung

⁸ Für den deutschen bzw. portugiesischen Wortlaut der am 5. Oktober 1988 in Kraft getretenen brasilianischen Verfassung vgl. Wolf PAUL (Hrsg.), Die Brasilianische Verfassung von 1988. Ihre Be-

für die Redemokratisierung habe zur Aufnahme von Normen in die Verfassung geführt, die nicht zur Kodifizierung geeignet seien, wie z. B. der Grundlinien des damaligen Regierungsprogramms.

Der designierte Justizminister in seiner künftigen Regierung⁹ sei Berichterstatter in der damaligen Verfassungsgebenden Versammlung gewesen und beherrsche die verfassungsrechtliche Problematik. Er, P, habe ihm sein neues Regierungsprogramm gezeigt und ihn beauftragt, die seinerzeit geschaffenen verfassungsrechtlichen Probleme jetzt auch selbst zu lösen.

P wirft ein, daß er für 1991 auf einem Gegenbesuch des Bundeskanzlers nach der gewonnenen Bundestagswahl¹⁰ bestehe.¹¹

BK kommt sodann auf Fragen der Weltökologie zu sprechen: Was könne P für die Erhaltung des tropischen Regenwaldes¹² tun?

Präsident berichtet, daß seine künftige Regierung durchsetzen wolle, daß der von den VN geplante Internationale Kongreß über Fragen von Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 in Brasilia abgehalten werde.¹³ Brasilien würde dann dazu beitragen, daß die Diskussionen auf dieser Konferenz sachlich, ohne Ideologie und ohne die Emotionen verliefen, die den Blick für das Notwendige verstellen. Die Konferenz solle zu einem politischen Forum auf höchster Ebene werden, auf dem sich die beteiligten Staats- und Regierungschefs gegenseitig unterstützen.

BK begrüßt die Durchführung dieser Konferenz, sofern sie gut vorbereitet werde. Viele wirtschaftliche Probleme seien im Rahmen einer sachlichen Diskussion lösbar. Die gleiche Emotion, die früher Religionskriege ausgelöst habe, heize heute die ökologische Diskussion an. Die Emotion ersetze vielfach den Verstand. Bei uns herrsche vielfach eine Haltung, die Forderungen nach umfassendem Umweltschutz erhebe, aber die Kosten dafür Dritten auflaste oder die Kostenfrage bewußt negiere.

Richtig sei, daß man in Deutschland und in Westeuropa zu spät angefangen habe, sich mit Umweltfragen zu befassen. In den vergangenen 20 Jahren sei es uns zwar z. B. gelungen, die Verschmutzung des Rheinwassers erheblich herabzusetzen. Noch besser und wesentlicher ökonomischer wäre es jedoch gewesen, es gar nicht so weit kommen zu lassen. Allerdings hätten uns vor 20 Jahren gerade im Umweltbereich viele der heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und technischen Möglichkeiten noch nicht zur Verfügung gestanden. Wichtig für Länder wie Brasilien sei es, schlechte Erfahrungen, die wir selbst gemacht hätten, nicht zu wiederholen. Ein vernünftiges Handeln sei auch ein wirtschaftliches Handeln. Im ökologischen Bereich begangene Fehler seien teurer als andere.

Präsident bekräftigt die Erkenntnis, daß die Verpflichtung gegenüber der Umwelt auf der Verpflichtung gegenüber dem Leben beruhe. Er werde die neu zu schaffende Stelle eines Staatssekretärs für Umweltfragen direkt dem Präsidial-

Fortsetzung Fußnote von Seite 96

deutung für Rechtsordnung und Gerichtsverfassung Brasiliens, Frankfurt am Main 1989, S. 121–189 bzw. S. 192–227.

⁹ José Bernardo Cabral.

¹⁰ Der Termin für die Bundestagswahl wurde erst im Laufe des Sommers 1990 auf den 2. Dezember 1990 festgelegt.

¹¹ Bundeskanzler Kohl besuchte Brasilien vom 22. bis 29. Oktober 1991. Vgl. dazu AAPD 1991.

¹² Zur Tropenwald-Politik der Bundesregierung vgl. Dok. 154.

¹³ Die VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung fand vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro statt.

amt unterstellen und damit den Stellenwert unterstreichen, den er der Umweltpolitik beimesse. Schwerpunktbereiche der brasilianischen Umweltpolitik würden nicht nur die Amazonasregion, sondern auch die Regenwälder im Mittelwesten und an der Atlantikküste werden.

Die ökologische Problematik beziehe sich heute nicht mehr allein auf die Erhaltung der Umwelt, sondern auch auf die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Der Abbau der Ost-West-Konfrontation und die damit verbundene Abrüstung könnten einen großen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Hätte man die bisher weltweit für Rüstungszwecke ausgegebenen 8 Billionen Dollar in Umweltprojekte investiert, so hätten wir heute eine saubere Umwelt. Dies mache deutlich, daß die Prioritäten zum Umweltschutz von den entwickelten Ländern gesetzt werden müßten, die auch die Mittel für die nötigen Investitionen hätten, um die zu ihrem Schutz erforderlichen Technologien zu entwickeln und anzuwenden.

B 33 (Ref. 330), Bd. 142836

24

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-330.00

2. Februar 1990¹

Über Dg 21 i. V.², D 2³, Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Konzeption „Für Deutschland, einig Vaterland“ des Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, vorgelegt und begründet am 1. Februar 1990 bei einer internationalen Pressekonferenz in Berlin (Ost)⁴;
hier: Analyse und Bewertung

Anlg.: 2⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Vortragendem Legationsrat Pauls konzipiert.

² Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 2. Februar 1990 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 2. Februar 1990 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Luy am 2. Februar 1990 vorgelegen, der handschriftlich zum Verteiler der Aufzeichnung vermerkte: „Er[ledigt]. Ausfertigung] an Ministerbüro durch H[errn] Herden (D2) erledigt!“

Hat Vortragendem Legationsrat Pauls am 5. Februar 1990 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anmerkung 02: Fazit: Grundsätzliche Übereinstimmung im Ziel der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Es bleibt abzuwarten, wie die freigewählte Regierung sich zu einer solchen Konzeption stellt. Deshalb für uns kein Anlaß, bei der Regierung Modrow auf Klärung der offenen Fragen zu drängen.“

⁴ Für die Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, vgl. den Anhang zum Nachrichtenspiegel I vom 2. Februar 1990; B 38 (Ref. 210), Bd. 158560. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. auch TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, III/8a, S. 49–51.

⁵ Dem Vorgang teilweise beigefügt. Vgl. Anm. 4.

I. Die einleitende Begründung sowie Antworten auf Journalistenfragen

1) Modrow stellte die Konzeption betont als seine eigene und nicht als die der DDR oder Regierung der DDR vor. Ausdrücklich verneinte er die Frage, ob es eine Konzeption der SED-PDS sei. Der Konzeption als Vorstellungen des ehrlichen, bemühten und bescheidenen Modrows eine bessere Aufnahme sichern zu wollen, wird deutlich.

Bescheidenheit prägt auch die Sprache: Es handelt sich um eine Konzeption, nicht einen Plan. Es sind Vorschläge, wie die Überwindung der Spaltung vorstellbar ist, sie werden unterbreitet, vorgetragen und nicht als Ziele erläutert.

Die Konzeption sei mit Gorbatschow nicht abgestimmt, es sei aber darüber gesprochen worden.⁶ Auf die Frage nach Gorbatschows Reaktion verwies Modrow auf dessen Erklärung vom Dienstag⁷. (Eine Reaktion aus Moskau liegt zur Zeit noch nicht vor.)

2) Als Motiv seiner Konzeption nannte Modrow das Gebot, dem verständlichen Drängen großer Teile der Bevölkerung in beiden Staaten ein Richtmaß zu geben.

Weitere Motive dürften sein:

- Werben um internationales Vertrauen und Sympathie („Verständnis für das Machbare und für Europa Ertragbare (ist) erforderlich“; „Die Konzeption ... sieht ein stufenweises, für die europäischen Völker überschaubares und berechenbares Zusammengehen beider deutscher Staaten vor“.)
- die, nachdem sich so gut wie alle politischen Kräfte in der DDR für die deutsche Einheit ausgesprochen haben und die Ausführungen Gorbatschows erfolgt sind, gebotenen Vorstellungen der DDR darzulegen und damit die Initiative zu ergreifen.
- sich durch die von der Bundesregierung zu erwartende Ablehnung bestimmter Teile des Konzepts Entlastung und Raum für offensives Vorgehen zu verschaffen. Kennzeichnend hierfür ist die Aussage, es dürfe nicht zugelassen werden, daß der praktische Weg zu grundlegenden qualitativen Veränderungen in den deutsch-deutschen Beziehungen durch unausgewogene oder rechtswidrige Forderungen blockiert wird.

3) Das relativ breite Eingehen auf frühere Vorschläge der DDR zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands überrascht auf den ersten Blick. Die entsprechenden Vorschläge Ulbrichts und Grotewohls aus dem Jahre 1957⁸ sind erkennbar so eindeutig auf die Entmilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland, die Anerkennung der DDR sowie gerade auf eine Verhinderung der deut-

⁶ Zum Besuch des Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 29./30. Januar 1990 in der UdSSR vgl. Dok. 21.

⁷ Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 21, Anm. 6.

⁸ Am 30. Dezember 1956 schlug der Erste Sekretär des ZK der SED, Ulbricht, vor, eine Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege einer Konföderation oder Föderation als Zwischenlösung anzustreben. Vgl. dazu DzD III/2, S. 1002–1012.

Dieser Vorschlag wurde 1957 dahingehend konkretisiert, daß nach dem Ausscheiden beider deutscher Staaten aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt und dem Abzug der alliierten Streitkräfte ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR geschlossen und ein paritätisch besetzter Gesamtdeutscher Rat geschaffen werden sollte. Vgl. dazu die Rede Ulbrichts vor dem 30. Plenum des ZK der SED am 30. Januar 1957 sowie die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, Grotewohl, vom 26. Juli 1957; DzD III/3, S. 80–94 bzw. S. 1299–1304.

schen Einheit ausgerichtet gewesen, daß sie heute als Berufungsgrundlage ausscheiden müßten. Beabsichtigt sein kann daher nur, einen Vergleich der jetzigen Überlegungen der DDR mit ihren damaligen zu provozieren. Bei diesem Vergleich erweisen sich die Ausführungen Modrows zu Vertragsgemeinschaft, Konföderation sowie Föderation als von völlig anderer Qualität, tatsächlich den Weg zur Einheit vorzeichnend.

4) Es fällt auf, daß die EG weder in Begründung noch in der Konzeption auch nur einmal erwähnt wird. Eine Erklärung hierfür ist nicht ersichtlich. Zwar sprach sich AM Fischer kürzlich in Moskau gegen einen Beitritt der DDR zur EG aus⁹, der Stellvertretende Außenhandelsminister der DDR, Meyer¹⁰, erklärte jedoch noch am 30. Januar 1990 anlässlich seiner Gespräche mit Bangemann in Brüssel, die gegenwärtige Führung denke über die gerade begonnenen Verhandlungen hinaus und könne sich intensivere Formen der Zusammenarbeit vorstellen, die von einer Assoziation bis zur Vollmitgliedschaft reichten.¹¹

5) Modrow machte sich sowohl Gedanken Gorbatschows wie auch solche Mitterrands¹² zu eigen, als er von dem „Bau des gesamteuropäischen Hauses“ und der „europäischen Konföderation“ sprach, mit dem der Prozeß der deutschen Vereinigung nach der Logik und seinem Sinn eng verbunden sein würde.

6) Seiner Konzeption unterstellte Modrow, sie eröffne ganz neue Perspektiven der Abrüstung für Europa und darüber hinaus; Deutschland, und nicht nur Deutschland, habe die realistische Chance, von Massenvernichtungswaffen frei zu werden. Diese Aussage wird durch den Inhalt der Konzeption in keiner Weise gerechtfertigt. Die Aussage ist damit zwar publikumswirksam, jedoch falsch.

7) Der KSZE-Prozeß wird in der Konzeption namentlich nicht erwähnt. In der Begründung heißt es lediglich an einer Stelle, bestehende gesamteuropäische Strukturen, wie vor allem der KSZE-Prozeß, sollten für das Zusammengehen beider deutscher Staaten den Rahmen bilden.

II. Die Konzeption

1) Die deutsche Einheit

Der Weg zu ihr folgt einem Stufenplan ohne zeitliche Elemente.

⁹ Zum Besuch des Außenministers der DDR, Fischer, am 20. Januar 1990 in Moskau vgl. Dok. 21, Anm. 9.

¹⁰ Korrigiert aus: „Mayer“.

¹¹ Zu den Beziehungen der DDR zur EG vgl. Dok. 5 und Dok. 26.

¹² Botschafter Pfeffer, Paris, berichtete am 2. Januar 1990, der französische Staatspräsident Mitterrand habe in seiner Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1989 erklärt, angesichts der Umbrüche in den mittel- und osteuropäischen Staaten löse sich Europa aus der Abhängigkeit von den Supermächten und kehre „in seine Geschichte und seine Geographie zurück“. Der weitere Aufbau Europas können in zwei Phasen erfolgen: Zunächst gelte es, die Strukturen der Europäischen Gemeinschaften zu stärken: „Die zweite Etappe müsse noch erfunden werden: Auf der Grundlage der Vereinbarungen (accords) von Helsinki rechne ich im Verlauf der Neunziger Jahre mit dem Entstehen einer Europäischen Konföderation im wahren Sinn des Wortes, die alle Staaten unseres Kontinents in einer gemeinsamen und ständigen Organisation für Austausch, Frieden und Sicherheit verbindet.“ Pfeffer urteilte: „Bei allen Anklängen von Mitterrands Gedanken an das sowjetische Konzept vom gemeinsamen Haus, scheinen seine Bedingungen eher auf ein Gegenkonzept hinauszulaufen: Nur ein an den westlichen demokratischen Werten orientiertes Mittel- und Osteuropa ist konföderationsfähig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; B 24 (Ref. 203), Bd. 151110. Für den Wortlaut der Rede vgl. POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989, Novembre-Décembre, S. 227 f.

Die Stufen sind:

- Vertragsgemeinschaft (mit bereits wesentlichen konföderativen Elementen),
- Konföderation,
- Föderation.

Die genannten Einzelelemente der jeweiligen Stufen sind realistisch und makel-frei. Hervorhebung verdient, daß die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Rechtsangleichung als wesentliche konföderative Elemente genannt werden, die bereits die Vertragsgemeinschaft enthalten sollte. Hiermit wird der desolaten Wirtschaftslage der DDR zutreffend Rechnung getragen.

2) Dargelegt wird der historische Rahmen, der die deutsche Einigung ermöglicht:

- Herausbildung der Voraussetzungen für eine friedliche und gutnachbarliche Zusammenarbeit aller Völker in Europa.
- Als Ergebnis der zu bauenden neuen Friedensordnung werden sowohl die Teilung Europas wie auch die Spaltung der deutschen Nation überwunden werden. Die Formulierung liest sich, als müßte der Aufbau der neuen Friedensordnung beendet sein, bevor die Einheit stattfinden könnte. An anderer Stelle der Konzeption heißt es jedoch, eine endgültige Lösung der deutschen Frage müsse den gesamteuropäischen Prozeß fördern, der unseren Kontinent ein für allemal von militärischen Gefahren befreien soll. Die endgültige Lösung der deutschen Frage ist nach der Konzeption die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates. Wenn dieser deutsche Staat den gesamteuropäischen Prozeß fördern soll, dessen Ergebnis die neue europäische Friedensordnung sein muß, so spricht dies gegen die oben dargelegte Reihenfolge, erst Friedensordnung, dann deutsche Einheit.

Dieser Dissens ist Bestandteil der Konzeption.

- Die historische Situation weist den Weg zur deutschen Einheit: in freier Selbstbestimmung der Deutschen in beiden Staaten, bei Zusammenarbeit mit den Vier Mächten und unter Berücksichtigung der Interessen aller europäischen Staaten.

3) Zu den aus der gegebenen historischen Situation zu ziehenden Konsequenzen gehört nach Modrow auch, einen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg zu ziehen, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen. Dort, wo diese Passage aufgeführt ist, liest sie sich, als ob der Friedensvertrag vor Erreichen der deutschen Einheit abzuschließen sei. Dies hieße, daß der Friedensvertrag mit Deutschland, vertreten durch die beiden deutschen Staaten, geschlossen werden müßte. Ein Konzept, das die Sowjetunion bereits bei den entsprechenden Vier-Mächte-Konferenzen in den 50er Jahren vertreten hat.

In der Frage des Friedensvertrages zeigt die Modrowsche Konzeption einen zweiten Dissens. Es heißt, durch den Friedensvertrag werden alle Probleme geregelt, die mit der Aggression Hitler-Deutschlands und dem Scheitern des „Dritten Reiches“ verbunden sind. Zu diesen Problemen gehört zwingend die Ablösung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes und Berlin. Diese Vier Mächte sollen jedoch, wie es weiter unten in der Konzeption heißt, ihre Absicht erklären, nach Bildung eines einheitlichen deutschen Staates alle aus dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegsperiode entstandenen Fragen abschließend zu regeln. Diese Fragen kann es jedoch

nur so lange geben, wie ein deutscher Friedensvertrag noch nicht abgeschlossen ist.

Die Probleme, die durch den Friedensvertrag geregelt werden sollen, zählt Modrow im einzelnen nicht auf. Die Formulierung „alle Probleme, die mit der Aggression Hitler-Deutschlands und dem Scheitern des ‚Dritten Reiches‘ verbunden sind“, läßt die weitestgehende Interpretation zu. Es könnten z.B. darunter fallen:

- Ersatz der Kriegsfolgeschäden in besetzten Ländern im Wege von Reparationen.
- Anerkennung der polnischen Westgrenze.
- Selbst ein „Lastenausgleich seitens der Bundesrepublik Deutschland an die DDR“ (Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten!) ließe sich hierunter subsumieren.

4) Modrow nennt eine Reihe von Voraussetzungen für die Entwicklung hin zur deutschen Einheit. Folgerichtig ist, daß beide deutsche Staaten ihre Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern und Ländergruppen ordnen müßten. Auch gegen die Forderung und Erfüllung der zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Verträge läßt sich nichts einwenden. Das Anführen des Einmischungsverbots in die jeweils inneren Angelegenheiten des anderen deutschen Staates liegt auf der Linie von Äußerungen der DDR und der SU anlässlich des zurückliegenden Modrow-Besuchs in Moskau.

Zwei der aufgeführten Voraussetzungen ist entscheidende Bedeutung beizumessen:

- Die eine ist die „militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation“. Die Bundesrepublik Deutschland müßte aus der militärischen Integration des NATO-Bündnisses ausscheiden. Die zentraleuropäische Verteidigungsstruktur der NATO wäre damit hinfällig. Zwar könnte die Bundeswehr ihre militärische Stärke bei dieser Forderung ungeschmälert aufrechterhalten, da ihr jedoch die militärische Zusammenarbeit mit den NATO-Streitkräften auf unserem Boden untersagt wäre, müßte die NATO eine neue Verteidigungsstruktur entwickeln, die nach Lage der Dinge zu einem Abzug aller NATO-Verbände aus der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Neu-gruppierung westlich unserer Grenzen führen müßte. Aufrechterhalten werden dürfte die politische NATO-Integration, diese wäre jedoch für die Bundesrepublik Deutschland und die NATO ein Torso.

Die DDR müßte ihrerseits die Nationale Volksarmee aus der militärischen Integration des Warschauer Paktes herauslösen. Angesichts der Stärke der Nationalen Volksarmee und der Stärke der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR wären die Auswirkungen auf die militärische Strukturierung des Warschauer Paktes auch nicht annähernd von der gleichen über-ragenden Bedeutung wie das Ausscheiden der Bundeswehr aus der NATO-Integration.

Ein konkreter Zeitpunkt für das Eintreten der militärischen Neutralität der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist nicht genannt. Es heißt „auf dem Weg zur Föderation“. Der Weg zur Föderation hält theoretisch so lange an, wie diese nicht vollendet ist. Es wäre demnach vorstellbar, daß die von

Modrow angesprochene neue Friedensordnung in Europa vollendet wäre, bevor die Verpflichtung zur militärischen Neutralität bindend würde. Dies wäre dann der Fall, wenn die deutsche Einheit Ergebnis einer Friedensordnung zu sein hätte. Zu der neuen Friedensordnung gehört zwingend ein kooperatives Sicherheitssystem in Europa. Im Rahmen dieses Systems hätten Warschauer Pakt und NATO als militärische Bündnisse jedoch keinen Platz mehr. Die Widersprüchlichkeit der Modrowschen Konzeption zur Frage „deutsche Einheit vor oder nach Bestehen einer neuen Friedensordnung in Europa“ muß vor diesem Hintergrund noch dringlicher beseitigt werden.

- Sofern „auf dem Weg“ bedeuten sollte vom ersten Schritt des Stufenplans an, also ein Synonym für „während des ganzen Weges“ wäre, müßte die militärische Neutralität in allernächster Zukunft verwirklicht werden, da die Vertragsgemeinschaft von der DDR so schnell wie möglich angesteuert wird. Dies wäre ein absolut irreales Ziel, das noch nicht einmal Verhandlungscharakter aufwiese.
- Es heißt weiter „die Vier Mächte sollten ihre Absicht erklären, nach Bildung eines einheitlichen deutschen Staates alle aus dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegsperiode entstandenen Fragen abschließend zu regeln, einschließlich der Anwesenheit ausländischer Truppen auf deutschem Boden und der Zugehörigkeit zu Militärbündnissen“. Hier ist unklar, wessen Zugehörigkeit zu Militärbündnissen gemeint ist. Denkbar wäre die Zugehörigkeit des einheitlichen deutschen Staates zu Militärbündnissen, d. h. Doppelmitgliedschaft in der NATO und im Warschauer Pakt.
- Denkbar ist weiterhin, daß damit die Frage aufgeworfen werden soll, ob das geeinte Deutschland überhaupt Militärbündnissen angehören darf.

Im Zeitpunkt der Einigung müssen DDR und Bundesrepublik Deutschland, der Konzeption folgend, beide militärisch neutral sein. Das geeinte Deutschland wäre damit im Zeitpunkt seines Entstehens ebenfalls militärisch neutral. Sollten sich die Vier Mächte, die ausschließlich in ihrer Verantwortung für Deutschland als Ganzes zu einer Regelung aufgerufen sein können, hinsichtlich der Frage, ob Deutschland einem Militärbündnis (oder welchem) angehören darf, nicht einigen können, so bliebe es bei der Neutralität des geeinten Deutschland. Hier stellte sich wiederum die Frage, ob die neue Friedensordnung in Europa zu diesem Zeitpunkt bereits vorläge.

Letztlich käme noch eine andere Auslegung in Frage. Zu den aus dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegsperiode entstandenen Fragen zählen die Gründung von NATO und Warschauer Pakt. Wenn mit der Formulierung „ausländischer Truppen auf deutschem Boden“ lediglich die Truppen der Vier Mächte gemeint sein sollten, so wäre es klarer und einfacher gewesen, das Wort „ausländisch“ durch „ihre“ zu ersetzen. Die gewählte Formulierung kann damit über den Kreis der Vier Mächte hinaus auf andere NATO-Truppen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland (Holländer, Belgier, Kanadier) zielen. Bei dieser Interpretation bezöge sich die Zugehörigkeit zu Militärbündnissen nicht mehr auf bestimmte Länder, sondern generell auf die Frage, ob es eine Zugehörigkeit zu Militärbündnissen in Europa geben muß. Die Antwort könnte mit Blick auf kooperative Sicherheitsstrukturen und eine neue Friedensordnung ein glattes Nein sein.

4) Gegen Ende der Konzeption heißt es, „alle Seiten bekunden ihren Willen zur demokratischen und gewaltlosen Form der politischen Auseinandersetzung und schaffen dazu notwendige Garantien einschließlich Volksbefragungen“. Zum einen ist unklar, welches Volk befragt werden soll, das in der Bundesrepublik Deutschland, das in der DDR oder beide, zum anderen ist nicht ersichtlich, auf welche Weise Volksbefragungen zu einer Garantie für bestimmte Formen der politischen Auseinandersetzung werden könnten.

III. Bewertung

Eine über die in den Einzelabschnitten erfolgten Bewertungen hinausgehende Gesamtbewertung der Modrowschen Konzeption „Für Deutschland, einig Vaterland“ ist angesichts der vielen aufgezeigten Ungereimtheiten nicht möglich. Diese müssen zunächst geklärt werden.

Die Konzeption hinterläßt die Frage, wer sie wie ein Puzzle zusammengestellt hat, bei dem entscheidende Stücke fehlen und warum dies geschehen ist.

Lambach

B 38 (Ref. 210), Bd. 140721

25

Botschafter Freiherr von Richthofen, London, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 269
Citissime

Aufgabe: 3. Februar 1990, 14.06 Uhr¹
Ankunft: 3. Februar 1990, 16.18 Uhr

Betr.: Großbritannien und die deutsche Frage²

Bezug: Lfd. Berichterstattung

Bei den Gesprächen des brit. AM in Bonn am 6.2.1990 wird die deutsche Frage im Mittelpunkt stehen.³ Ich möchte daher die brit. Haltung zu diesem Themenkomplex nochmals zusammenfassen:

1) Die Haltung von PM Thatcher zur deutschen Einheit ist bekanntermaßen reserviert. Sie setzt sich für Selbstbestimmungsrecht und Demokratie in allen Staaten Mittel- und Osteuropas einschließlich der DDR ein. Eine deutsche Wiedervereinigung, die „viele Emotionen wecke“ (so im Unterhaus am 12.12.1989) dürfe dagegen nicht zu schnell erfolgen und müsse die internationalen Verpflichtungen (NATO, Warschauer Pakt, KSZE) berücksichtigen.⁴ BK Kohl und BM – so

¹ Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Klaiber, London, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf Leutrum von Ertingen am 5. Februar 1990 vorgelegen.

² Zur Haltung Großbritanniens zur deutschen Einheit vgl. auch AAPD 1989, II, Dok. 432.

³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd am 6. Februar 1990 vgl. DIE EINHEIT, Dok. 45, bzw. GERMAN UNIFICATION, Dok. 129. Für Hürds Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 162, bzw. GERMAN UNIFICATION, Dok. 133.

⁴ Für die Ausführungen der britischen Premierministerin Thatcher vgl. HANSARD, Commons, 1989, Bd. 163, Spalte 855.

sagte sie am 25.1.1990⁵ im Interview mit dem Wall Street Journal – sollten ihre engeren nationalistischen Ziele den längerfristigen europäischen Notwendigkeiten unterordnen.⁶ Graf Lambsdorff hat sie auf die Unterstellung nationalistischer Ziele angesprochen, diese zurückgewiesen und ihr die aktuelle Lage und die daraus folgenden Notwendigkeiten eingehend erläutert.⁷ Er hatte den Eindruck, daß dies gewirkt hat.

Man ist versucht, die PM an eine Erklärung zu erinnern, die diese im Mai 1984 anlässlich deutsch-britischer Konsultationen⁸ abgegeben hat: „It is the belief of successive British Governments that real and permanent stability in Europe will be difficult to achieve so long as the German nation is divided against its own will.“⁹

2) In den vergangenen Wochen hat sich in den brit. Kanzleien die Erkenntnis durchgesetzt, daß die deutsche Einheit nicht (mehr) aufzuhalten ist und rasch bewirkt werden muß. Dabei überzeugt hier in London insbesondere das Argument, daß nur bei einem sehr raschen und weitgehenden Zusammenwachsen sowie umfassender wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung das politische Chaos und der wirtschaftliche Kollaps der DDR zu verhindern ist. AM Hurd konnte sich anlässlich seines kürzlichen Besuchs in der DDR persönlich ein Bild von der Lage machen.¹⁰ Graf Lambsdorff und RBM Momper haben ihm die Situation aus bundesdeutscher und Berliner Sicht eindringlich geschildert und ihm den Ernst der Lage vor Augen geführt. Er hat sich diese Sicht nach meinem Eindruck zu eigen gemacht. Hurd sagte Momper, daß die Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf 4 Feldern zu prüfen seien:

- auf die NATO und die europäische Sicherheit,
- auf die EG,
- auf die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte,
- auf den KSZE-Prozeß und die Schaffung einer europäischen Friedensordnung.

Das dürften auch die Punkte für seine Gespräche am 6.2. in Bonn sein.

3) Nach meiner Beobachtung hat das Verständnis für unsere Belange in den letzten Wochen, vor allem auf der Arbeitsebene, spürbar zugenommen. Aber auch StM Waldegrave (FCO), der am 17.1.1990 Bonn besuchte, zog eine sehr positive Bilanz seiner Gespräche und machte sich im wesentlichen unsere Argu-

⁵ Korrigiert aus: „26.1.1990“.

⁶ Vgl. dazu den Artikel „London Views: Thatcher Says Germans Should Slow Any Move Toward Reunification“; THE WALL STREET JOURNAL, Europa-Ausgabe vom 25. Januar 1990, S. 1 f. Vgl. dazu auch DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 148.

⁷ Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff hielt sich vom 29. Januar bis 2. Februar 1990 in Großbritannien auf, wo er Gespräche mit der britischen Premierministerin Thatcher und Außenminister Hurd führte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 270/271 des Botschafters Freiherr von Richthofen, London, vom 5. Februar 1990; B 4 (Ref. 011), Bd. 150596.

⁸ Für die deutsch-britischen Regierungsgespräche am 2. Mai 1984 in Chequers vgl. AAPD 1984, I, Dok. 122.

⁹ Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und der britischen Premierministerin Thatcher vom 3. Mai 1985 vgl. REPORT FROM THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY 1984, hrsg. von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, London 1984.

¹⁰ Der britische Außenminister Hurd besuchte vom 22. bis 24. Januar 1990 die DDR. Vgl. dazu GERMAN UNIFICATION, Dok. 106 und 107, sowie LEHMANN, Außenpolitik, Dok. 34.

mente zu eigen.¹¹ Wie wir im FCO erfahren, will AM Hurd in seinem Vortrag am 6.2. vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn die bisher weitestgehende brit. Unterstützung für die deutsche Einheit zusichern.¹²

4) Was eine frühe Einbindung eines konföderierten und vereinten Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft angeht, so wurden die diesbezüglichen Delors-Vorschläge¹³ in der brit. Presse aufmerksam registriert. Die Auswirkungen der deutschen Einheit auf die EG werden z.Zt. innerhalb der Regierung untersucht. Wirtschaftsminister Ridley warf im Gespräch mit Graf Lambsdorff eine Reihe von Fragen auf (darüber wird gesondert berichtet¹⁴). Sorge besteht vor allem vor der größeren Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

5) Alle brit. Politiker, allen voran PM Thatcher selbst, sehen die sicherheitspolitische Einbindung eines vereinten Deutschlands in Europa als die schwierigste Aufgabe an. Nach hiesigen Vorstellungen, die denen der USA entsprechen, kann eine für den Westen befriedigende Lösung nur lauten, daß ein vereintes Deutschland Mitglied des westl. Bündnisses bleibt. Die damit verbundenen Probleme (Mitgliedschaft der DDR im WP, Stationierung sowj. Truppen in der DDR, sowj. Sicherheitsinteressen etc.) werden zwar gesehen, aber nur zögernd im Hinblick auf eine baldige Lösung analysiert. Die Äußerungen von BM in Bild am Sonntag vom 4.2.¹⁵, die hier vielfach als Hinweis auf einen Ausstieg der Bundesrepublik aus der NATO fehlinterpretiert wurden, lösten alarmierte Kommentare im FCO aus. Die Ausführungen von D2 im erweiterten Ständigen Rat der WEU¹⁶, die Tutzing-Rede BMs¹⁷ mit dem Pressehintergrundgespräch von D2 und die

¹¹ Zum Besuch des Staatsministers im britischen Außenministerium, Waldegrave, vgl. GERMAN UNIFICATION, Dok. 100.

¹² Für die Rede des britischen Außenministers Hurd vgl. GERMAN UNIFICATION, Dok. 131.

¹³ Zu den Vorschlägen des EG-Kommissionspräsidenten Delors vgl. Dok. 5.

¹⁴ Botschafter Freiherr von Richthofen, London, berichtete am 5. Februar 1990, das Gespräch des FDP-Vorsitzenden Graf Lambsdorff mit dem britischen Wirtschaftsminister Ridley habe sich „auf die Entwicklung in Osteuropa und in der DDR“ konzentriert. Ridley habe betont, Großbritannien konzentriere sich auf die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten: „Die DDR sei mehr oder weniger Angelegenheit der Bundesrepublik Deutschland.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 271; B 4 (Ref. 011), Bd. 150596.

¹⁵ In einem Interview mit der Wochenzeitung „Bild am Sonntag“ erklärte Bundesminister Genscher am 28. Januar 1990 auf die Frage, ob „die heutige DDR in einem vereinigten Deutschland Teil der NATO werden“ solle: „Nein, das wäre das Ende unseres Strebens nach Einheit. Wer die Grenze der NATO bis zur Oder und Neiße ausdehnen will, schlägt die Tür zu für ein geeintes Deutschland. Unser Verbleib in der NATO ist dagegen unbestritten.“ Die bestehenden Militärbündnisse würden „Bauelemente kooperativer Sicherheitsstrukturen für ganz Europa“ werden. Vgl. die Mitteilung für die Presse Nr. 1021 vom 27. Januar 1990; B 7 (Ref. 013), Bd. 179077.

¹⁶ Ministerialdirektor Kastrup nahm am 29./30. Januar 1990 an der erweiterten Sitzung des Ständigen Rats der WEU in London teil. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, berichtete am 30. Januar 1990, Kastrup habe erklärt, die Entwicklung zur deutschen Einheit sei nicht aufzuhalten. Die Bundesregierung sei sich bewußt, daß das „für viele unserer Partner Probleme aufwerfe. Wir legen daher Wert darauf, daß sich die Wiedervereinigung im Rahmen der europäischen Integration vollziehe. Das Ziel der Europäischen Politischen Union werde von uns mit unverminderter Intensität angestrebt. Auch wolle die BR Deutschland Teil des europäischen Sicherheitssystems bleiben. Wir wiesen allerdings darauf hin, daß die Grenze des NATO-Gebietes nicht bis zur Oder-Neiße-Linie verschoben werden könne, da dies gegen sowjetische Interessen verstoßen würde. Wer dies anstrebe, mache die Wiedervereinigung unmöglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 228; B 29 (Ref. 209), Bd. 148785.

¹⁷ Bundesminister Genscher hielt am 31. Januar 1990 an der Evangelischen Akademie in Tutzing eine Rede „zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen“. Er erklärte, bei einer deutschen Einheit stehe die fortdauernde Mitgliedschaft in der EG ebensowenig zur Disposition wie „die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis. Ein ‚neutralistisches Gesamtdeutschland‘ wollen wir nicht.“ Zugleich schränkte er